Bereinigt und genehmigt: 15.11.2012
(Korrekturen siehe dort)

Protokoll Nr. 18

Stadtratssitzung
Donnerstag, 13. September 2012, 13.30 Uhr, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Grossratssaal im Rathaus

	Traktanden	Geschäftsnummer
1.	Dringliche Interpellation Ueli Jaisli (SVP): Nein zu einer neuen Asylbewerberunterkunft in Bern West (BSS: Olibet)	12.000256
2.	Kleine Anfrage Manuel C. Widmer (GFL): Technische Neuerungen im Schulzimmer – In die Zukunft investieren? (BSS: Olibet)	12.000266
3.	Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Rahel Ruch, JA!): Auftragsvergabe von Gemeinderat, Verwaltung und ausgelagerten Betrieben (FPI: Hayoz)	12.000258
4.	Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Rahel Ruch, JA!): Stellenbesetzung in der städtischen Verwaltung und den ausgelagerten Betrieben – ohne Ausschreibungen? (FPI: Hayoz)	12.000257
5.	Kleine Anfrage Fraktion GLP (Peter Ammann, GLP): Wurden die StaBe-Verwaltungsratsmandate richtig besetzt und ist die Rückführung auf Kurs? (FPI: Hayoz)	12.000262
6.	Kleine Anfrage Alexander Feuz (FDP): Aareschwimmen – Sicheres Badevergnügen auch auf der rechten Aareseite im Raum Marzili oder bestehendes Gefahrenpotential in Kauf nehmen? (TVS: Rytz)	12.000261
7.	Kleine Anfrage Alexander Feuz (FDP), Roland Jakob (SVP): Kann die Sukkulentensammlung in der Elfenau bei der Orangerie mit vertretbarem Aufwand gerettet werden? (TVS: Rytz)	12.000260
8.	Kleine Anfrage Alexander Feuz (FDP), Roland Jakob (SVP): Müssen die Tropenhäuser bei der Orangerie definitiv geopfert werden? Werden die Tropenhäuser trotz Grosserfolg der Orchideenausstellung im Februar 2011 ein hilfloses Opfer der städtischen Politik? (TVS: Rytz)	12.000263
9.	Kleine Anfrage Werner Pauli (AP), Kurt Rüegsegger (SVP): Hochwasserschutz in der Berner Matte (TVS: Rytz)	12.000265
10.	Kleine Anfrage Luzius Theiler (GPB-DA): Zur neuesten Respektlosigkeit des Gemeinderates gegenüber dem Stadtrat: Sind verbindliche Termine im Ge-	12.000267

schäftsreglement des Stadtrates für den Gemeinderat nicht verbindlich?
(GuB: Tschäppät)

11. Kleine Anfrage Fraktion SVPplus (Werner Pauli, AP): Der Weihnachtsbaum auf dem Bundesplatz und die elektronische Lichterschau am Bundeshaus 12.000264
(PRD: Tschäppät)

12. Kleine Anfrage Alexander Feuz (FDP): „Parknicking“ – Narrenfreiheit für die Veranstaltungen? Was zieht der Gemeinderat für Konsequenzen für die Zukunft? 12.000259
(SUE: Nause)

13. Produktegruppen-Budget 2013 (Abstimmungsbotschaft) 12.000200
(vgl. Ablaufplan auf der Rückseite)
(FD: Jordi / FPI: Hayoz)

Inhaltsverzeichnis

Seite

Protokoll Nr. 18 965
Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 16.35 Uhr..... 968
Mitteilungen der Präsidentin 969
Traktandenliste..... 969
1 Dringliche Interpellation Ueli Jaisli (SVP): Nein zu einer neuen Asylbewerberunterkunft in Bern West..... 969
2 Kleine Anfrage Manuel C. Widmer (GFL): Technische Neuerungen im Schulzimmer – In die Zukunft investieren?..... 971
3 Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Rahel Ruch, JA!): Auftragsvergabe von Gemeinderat, Verwaltung und ausgelagerten Betrieben 972
4 Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Rahel Ruch, JA!): Stellenbesetzung in der städtischen Verwaltung und den ausgelagerten Betrieben – ohne Ausschreibungen? 973
5 Kleine Anfrage Fraktion GLP (Peter Ammann, GLP): Wurden die StaBe-Verwaltungsratsmandate richtig besetzt und ist die Rückführung auf Kurs? 973
6 Kleine Anfrage Alexander Feuz (FDP): Aareschwimmen – Sicheres Badevergnügen auch auf der rechten Aareseite im Raum Marzili oder bestehendes Gefahrenpotential in Kauf nehmen?..... 975
7 Kleine Anfrage Alexander Feuz (FDP), Roland Jakob (SVP): Kann die Sukkulentensammlung in der Elfenau bei der Orangerie mit vertretbarem Aufwand gerettet werden? 976
8 Kleine Anfrage Alexander Feuz (FDP), Roland Jakob (SVP): Müssen die Tropenhäuser bei der Orangerie definitiv geopfert werden? Werden die Tropenhäuser trotz Grosserfolg der Orchideenausstellung im Februar 2011 ein hilfloses Opfer der städtischen Politik? 977
9 Kleine Anfrage Werner Pauli (AP), Kurt Rüegsegger (SVP): Hochwasserschutz in der Berner Matte 978
10 Kleine Anfrage Luzius Theiler (GPB-DA): Zur neuesten Respektlosigkeit des Gemeinderates gegenüber dem Stadtrat: Sind verbindliche Termine im Geschäftsreglement des Stadtrates für den Gemeinderat nicht verbindlich?..... 978
11 Kleine Anfrage Fraktion SVPplus (Werner Pauli, AP): Der Weihnachtsbaum auf dem Bundesplatz und die elektronische Lichterschau am Bundeshaus 980

12 Kleine Anfrage Alexander Feuz (FDP): „Parknicking“ – Narrenfreiheit für die Veranstaltungen? Was zieht der Gemeinderat für Konsequenzen für die Zukunft? 981
13 Produktegruppen-Budget 2013 (Abstimmungsbotschaft)..... 982
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr 1005
13 Fortsetzung: Produktegruppen-Budget 2013 (Abstimmungsbotschaft).....1006
Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 23.10 Uhr 1035
13 Fortsetzung: Produktegruppen-Budget 2013 (Abstimmungsbotschaft).....1036
Eingänge.....1074

Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 16.35 Uhr

Vorsitzend
Präsidentin Ursula Marti

Anwesend

Peter Ammann
Vinzenz Bartlome
Giovanna Battagliero
Lea Bill
Manfred Blaser
Rithy Chheng
Bernhard Eicher
Peter Erni
Tania Espinoza
Alexander Feuz
Claudio Fischer
Regula Fischer
Rudolf Friedli
Jacqueline Gafner Wasem
Judith Gasser
Simon Glauser
Thomas Göttin
Claude Grosjean
Beat Gubser
Monika Hächler
Kurt Hirsbrunner
Mario Imhof
Daniel Imthurn
Ueli Jaisli
Roland Jakob
Stefan Jordi
Dannie Jost
Daniel Klauser
Michael Köpfli
Martin Krebs
Peter Künzler
Lea Kusano
Prisca Lanfranchi
Annette Lehmann
Daniela Lutz-Beck
Corinne Mathieu
Robert Meyer
Patrizia Mordini
Esther Oester
Werner Pauli
Stéphanie Penher
Pascal Rub
Rahel Ruch
Kurt Rüegsegger
Alexandre Schmidt
Martin Schneider
Silvia Schoch-Meyer
Miriam Schwarz
Hasim Sönmez
David Stampfli
Matthias Stürmer
Bettina Stüssi
Luzius Theiler
Martin Trachsel
Gisela Vollmer
Nicola von Greyerz
Peter Wasserfallen
Jürg Weder
Manuel C. Widmer
Rolf Zbinden
Christoph Zimmerli

Entschuldigt

Cristina Anliker-Mansour
Rania Bahnan Büechi
Sonja Bietenhard
Dolores Dana
Susanne Elsener
Guglielmo Grossi
Lukas Gutzwiller
Ruedi Keller
Philip Kohli
Edith Leibundgut
Martin Mäder
Christine Michel
Eveline Neeracher
Halua Pinto de Magalhães
Judith Renner-Bach
Hasim Sancar
Aline Trede
Béatrice Wertli

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
Barbara Hayoz FPI
Reto Nause SUE
Edith Olibet BSS
Regula Rytz TVS

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär
Annemarie Masswadeh, Protokoll
Nik Schnyder, Ratsweibel
Margrit Bigler, Sekretariat

Stadtkanzlei

Christa Hostettler, Vizestadtschreiberin

Mitteilungen der Präsidentin

Vorsitzende *Ursula Marti*: Ich gratuliere Peter Künzler zu seinem Geburtstag.

Traktandenliste

Traktandum 3 und 4 werden gemeinsam diskutiert.

1 Dringliche Interpellation Ueli Jaisli (SVP): Nein zu einer neuen Asylbewerberunterkunft in Bern West

Geschäftsnummer 12.000256 / 12/226

Vorsitzende *Ursula Marti*: Ich möchte eine Frage klären, die in der letzten Sitzung und auch schon früher zu Diskussionen Anlass gab: Für das Ermitteln, ob die Diskussion gewährt wird oder nicht, zählen die Stadtrats-Mitglieder, die sich an der Abstimmung beteiligen und nicht die, die laut Anwesenheitsliste präsent sind. Das wird aus dem Reglement nicht ganz klar ersichtlich, aber wir haben es bisher immer so gehandhabt.

- Das Quorum für die Diskussion wird erreicht (15 Ja, 30 Nein). -

Interpellant *Ueli Jaisli* (SVP): Besten Dank dafür, dass wir ein paar Worte zu dieser Angelegenheit verlieren dürfen. Es geht um folgendes: Wir erhalten in nächster Zeit im Kleefeld in Bümpliz neue Nachbarschaft, es werden dort Asylanten in eine Baracke einziehen, die klammheimlich in ein Asylantenheim umgebaut wurde. Wir wurden alle völlig überrascht, aber zum Glück hat man es vor zwei oder drei Wochen doch noch bemerkt, weil uns aus der unmittelbaren Nachbarschaft mitgeteilt wurde, es sei eine rege Bautätigkeit im Gang. Wir haben uns dann erkundigt und man hat uns mitgeteilt, es sei vorgesehen, dort Asylanten zu beherbergen. Das war natürlich für uns keine Riesenfreude, wir wurden vor ein fait accompli gestellt. Man hat dann bei der Gemeinde auch noch ein wenig die Fristen angeschaut: Man habe vergessen zu informieren, aber das werde raschmöglichst nachgeholt, und so wurde es auch gemacht.
Das ganze Vorgehen ist sehr komisch, das habe ich auch in den Antworten auf meine Interpellation gesehen. Es ist alles wunderschön, fast wie in einem Märchen, wie es hier geschrieben ist: Es werde geschaut, es würden auch Familien einziehen, es seien nicht mehr als 25 Personen, es seien alles Liebe, es seien keine Bösen dabei. Das beruhigt uns natürlich absolut nicht, wir wissen, dass die Realität in Gottes Namen nicht so ist. Wir haben darum eine Petition gestartet, und dies sehr erfolgreich: Am Bümpliz-Märit vom vergangenen Samstag konnten wir bereits einige hundert Unterschriften sammeln. Das ist sehr leicht gegangen, der Unmut ist sehr gross.
Wir als einzige Partei werden darum bemüht sein, das zu bekämpfen. Wir lassen es uns nicht bieten, dass man uns etwas unterschiebt. Es ist ganz klar, dass der Gemeinderat die Sache am liebsten an der Bevölkerung und an der Anwohnerschaft vorbeigeschleust hätte. Zum Glück haben wir es noch entdeckt, sind damit an die Öffentlichkeit gegangen und haben eine Pressemitteilung gemacht. Der Gemeinderat war daraufhin gezwungen, das Ganze auch von seiner Seite her bekannt zu geben. Es ist beschämend, dass der Gemeinderat so gezwungen werden musste, an die Öffentlichkeit zu gehen. Man hat sich dann auch entschuldigt, man

habe ganz vergessen, uns zu informieren. – solche faule Ausreden wurden vorgebracht, um in einer Art Verlegenheitsübung ein wenig abzuwiegeln.
Die SVP bleibt am Ball, wir werden das weiter verfolgen und auch weiter bekämpfen, weil das ganze Vorgehen eine Schweinerei ist.

Vorsitzende *Ursula Marti*: Bitte keine derartigen Ausdrücke.

Interpellant *Ueli Jaisli* (SVP) Ich habe noch eine Frage an den Gemeinderat: In seiner Antwort werden weitere Plätze in der Stadt erwähnt, ich möchte gern wissen, wo die sind.

Fraktionserklärungen

Martin Schneider (BDP) für die Fraktion BDP: Was für mich als Mitunterzeichner der Interpellation vor allem noch offen und nicht beantwortet ist, ist die Frage der Durchmischung, wenn wir in der Stadt Bern Asylbewerber aufnehmen. Wo wie viele untergebracht sind oder werden, geht aus der Antwort des Gemeinderats nicht hervor. Aber dies möchten wir sehr gern wissen, vor allem im Hinblick darauf, dass dieses Zentrum in den Westen von Bern, nach Bümpliz, kommen soll, wo wir definitiv den höchsten Anteil an Migrationsbevölkerung haben. Das ist nicht ganz einfach und niemals mit einem Kirchenfeld zu vergleichen.

David Stampfli (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion bedankt sich für die kurze und klare Antwort des Gemeinderats. Ich möchte trotzdem noch einige Bemerkungen anbringen. Erstens sind Asylsuchende nicht ein Problem, das irgendwo hingeschoben wird, sondern es sind Menschen auf der Suche nach Hilfe. Im Weiteren ist es nicht so, dass Bümpliz-Bethlehem der einzige Stadtteil ist, in dem es Asylunterkünfte gibt. Im Hochfeld im Länggassquartier gibt es ebenfalls eine Asylunterkunft und ich bin wahrscheinlich einer der wenigen hier im Saal, der diese Unterkunft besichtigt hat. Im Gegensatz zur geplanten Unterkunft in Bümpliz ist die im Hochfeld unterirdisch und dies ist höchst problematisch, nicht zuletzt deshalb, weil es dort auch Kinder hat. Genau deshalb finden wir es wichtig, dass es in der Stadt Bern auch oberirdische Asylunterkünfte gibt, denn es kann nicht sein, dass sich Kinder in unterirdischen Zivilschutzanlagen aufhalten.
Es wurde erwähnt, es sei komisch, dass das, was für WK-Soldaten genüge, für Asylsuchende nicht genügen solle. Ich war im WK selber für drei Wochen in einer Zivilschutzanlage, das war nicht gemütlich. Aber hier geht es nicht um drei Wochen, sondern um Monate, mit unbestimmtem Ausgang. Ich möchte auch festhalten, dass die QBB am 13. August 2012 informiert wurde, das liegt mehr als drei Wochen zurück. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er die betroffenen Quartiere und insbesondere die Quartierkommissionen regelmässig informiert. Ich hoffe, dass sich die Akzeptanz auch in Bümpliz erhöht. Es sind nicht Probleme, sondern es sind Asylsuchende. Wir müssen ihnen helfen, und dies nicht nur mit Zivilschutzanlagen, sondern es braucht auch oberirdische Asylunterkünfte.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP) für die Fraktion FDP: Der Gemeinderat verwahrt sich in seiner Antwort auf die Interpellation dagegen, dass die Probleme nach Bern West abgeschoben würden, und er behauptet auch, dass es solche Asylantenunterkünfte über die ganze Stadt verteilt gebe. Gleichzeitig sagt er aber auch, man könne derartige Asylantenunterkünfte nur an Orten realisieren, wo es nicht allzu viel koste. – Er sagt es nicht genau in diesen Worten, aber so ist es gemeint. Nun ist ja auch bekannt, dass das Preisniveau, was Wohnungen betrifft, im Westen deutlich tiefer ist als im Rest der Stadt. Vor diesem Hintergrund möchte auch die Fraktion FDP vom Gemeinderat gern wissen, wo konkret in welchen anderen Quartieren es noch derartige Unterkünfte gibt.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: Zuerst an die Adresse von Ueli Jaisli: Es ist nicht der SVP wegen, auch wenn er dies noch hundertmal wiederholt, dass wir die Anwohnenden informiert haben, sondern das machen wir immer dann, wenn mehrere Personen in einer Unterkunft einziehen, wie dies hier der Fall ist, im ehemaligen Albatross, einer Unterkunft für drogenabhängige Menschen. Aber wir informieren die Anwohnenden dann, wenn wir es wissen. Wir polemisieren nicht im Voraus, wie es die SVP und auch Ueli Jaisli hier wieder gemacht haben. Ich verwahre mich gegen die hier gemachten Aussagen, auch im Namen des Gemeinderats. Die Unterkunft in Bümpliz ist nicht vergleichbar mit dem Hochfeld. Das Hochfeld ist eine Kollektivunterkunft für den Fall, dass die Durchgangszentren voll sind, und nachher werden die Asylbewerbenden auf die Gemeinden verteilt. Jede Gemeinde hat die Aufgabe, Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Und wir nutzen oder mieten dort Wohnraum, wo es ihn gibt, in dem Preissegment, das auch auf Grund der Abgeltung der übergeordneten Staatsebene bezahlbar ist. Wir machen das in ganz verschiedenen Quartieren und wir informieren wie gesagt die Anwohnenden, wenn mehrere Leute einziehen, wie jetzt bei dieser Zwischennutzung an der Mädergutstrasse 64. Aber wenn wir in einem Haus nur eine einzelne Wohnung mieten, informieren wir die Anwohnenden nicht, sondern in dem Fall ziehen diese Leute ein wie alle anderen auch, die in dieser Stadt eine Wohnung haben. Diese Wohnungen sind auf die ganze Stadt verteilt. Ich kann Ihnen nicht auswendig sagen, wo überall sie sind, aber wir können das selbstverständlich zusammenstellen und beispielsweise der SBK darüber Bericht erstatten. Das sind einfache Wohnungen mit einem tiefen Standard, das sind zum Teil auch Zwischennutzungen, wie im Fall der Mädergutstrasse 64, weil diese Baracken keine lange Lebensdauer mehr haben. Auch an der Landoltstrasse gibt es eine Zwischennutzung, wo Leute wohnen, wenn sie von der ersten in die zweite Phase wechseln.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden.

2 Kleine Anfrage Manuel C. Widmer (GFL): Technische Neuerungen im Schulzimmer – In die Zukunft investieren?

Geschäftsnummer 12.000266 / 12/236

Die Direktorin BSS *Edith Olibet* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen der Gemeinderats wie folgt: *Zu Frage 1:* Der technische Fortschritt im Bereich Multimedia geht rasant vorwärts. Viele heutige Technologien werden in wenigen Jahren bereits veraltet sein. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass nicht Technologien, sondern die Anforderungen an bestimmte Funktionalitäten im Vordergrund stehen. Am Beispiel des heutigen Beamers müsste die Vorgabe lauten: Vorrichtung zur Präsentation von Multimediainhalten an eine ganze Klasse.
Zu Frage 2: Das Schulamt hat im Zusammenhang mit den Erfordernissen der neuen Lehrmittel und den Bedürfnissen der Schulen bereits eine Umformulierung der Raumstandards bei Sanierungen und Neubauten von Schulraum formuliert und im Rahmen der Vernehmlassung zu den Baustandards in der Stadt Bern an die entsprechenden Projektverantwortlichen vorgeschlagen. Voraussichtlich werden diese Änderungen so aufgenommen. Anstelle der bisherigen Formulierung „Buchwandtafel magnethaftend inkl. Zubehör oder Aktivboard ohne Beamer und Software“ soll die neue Formulierung folgendermassen lauten:
Buchwandtafel oder Schiebewandtafel magnethaftend mit

- integrierter Projektionsfläche resp. Projektionsfläche dahinter an der Wand

– Beamer und Aktivlautsprecher (fest installiert)
– Visualisierung

oder

– alternative Einrichtung für multimediale Präsentationen mit Bild, Ton und Visualisierung.

Eine solche alternative Einrichtung kann z.B., aus einem grossen LCD-Display (>70 Zoll) bestehen. Die Preise dieser Systeme bewegen sich aktuell stark nach unten. Als modernste Technologie für Unterrichtszimmer werden immer wieder die interaktiven Tafelsysteme genannt. Interessanterweise haben sich aufgrund von Präsentationen mit solchen interaktiven Whiteboards im letzten halben Jahr gerade zwei Schulhauskollegien vor der anstehenden Sanierung ihres Schulhauses gegen diese Technologie und für konventionelle Tafelsysteme entschieden, ergänzt mit Vorrichtungen für die Präsentation von Bild und Ton.

Die Hauptargumente gegen interactive Boards sind:

– Für die Benutzung sind ständig Computer und Beamer in Betrieb,
– eine Tafelanschrift oder -zeichnung kann nicht stehengelassen werden,
– der Schulungsaufwand ist gross,
– die Vorbereitung der Lektionen mit Einbezug dieser neuen Technologien ist deutlich grösser als mit konventionellen Methoden und kann nur am Computer geschehen,
– sehr viele Funktionen sind reine Spielereien.

Zu Frage 3: Es ist gut vorstellbar, dass die Klassenzimmer der Stadt Bern nicht mit Beamern, sondern mit neueren Projektionstechnologien ausgerüstet werden. Obwohl es heute sehr leistungsstarke Beamer – auch mit interaktiven Möglichkeiten – gibt, haben diese auch gewichtige Nachteile:

- Es braucht eine stärkere Verdunkelung der Räume,
- die Verkabelung und die Aufhängeeinrichtung von Beamer und Lautsprecher sind aufwändig,
- der Installations- und Justieraufwand von mobilen Beamern auf Wagen ist aufwändig, zudem bilden die notwendigen Kabel eigentliche Stolperfallen.

Die Kosten für neue Multimediasysteme sind ein wichtiger Faktor für die Wahl der weiteren Schritte. Für die Beschaffung und die Installation fallen höhere Kosten an als bisher. Auf Grund der Kostenentwicklung des Markts hält sich dieser Aufwand aber in Grenzen. Installationskosten sind bei grossen LCD-Displays deutlich kleiner als bei Beameranlagen, da sie die Lautsprecher bereits enthalten. Deutlich höher werden aber die Betriebskosten sein, wenn die aktuellen Lebenszyklen elektronischer Geräte berücksichtigt werden. Nach fünf bis sieben Jahren ist voraussichtlich spätestens mit einer Erneuerung der vorhandenen Geräte zu rechnen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

- Die Traktanden 3 und 4 werden gemeinsam behandelt. -

3 Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Rahel Ruch, JA!): Auftragsvergabe von Gemeinderat, Verwaltung und ausgelagerten Betrieben

Geschäftsnummer 12.000258 / 12/228

- Die Diskussion wird nicht verlangt. -

Siehe Votum unter Traktandum 4

Beschluss
1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion GB/JA! ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

4 Dringliche Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Rahel Ruch, JA!): Stellenbesetzung in der städtischen Verwaltung und den ausgelagerten Betrieben – ohne Ausschreibungen?

Geschäftsnummer 12.000257 / 12/227

- Die Diskussion wird nicht verlangt. -

Interpellantin *Rahel Ruch* (JA!): Ich gebe zu beiden Interpellationen eine kurze Erklärung ab, weil sie nicht das gleiche Thema betreffen. Zur Interpellation Traktandum 3: Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort, sie ist sehr kurz ausgefallen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass es bei freihändigen Vergaben, beispielsweise an Juristen, beim Gemeinderat keine Richtlinien gibt, das ist zu überdenken. Grundsätzlich möchten wir festhalten, dass für eine Stadt – und dies gilt auch für die ausgelagerten Betriebe – höchstmögliche Transparenz ein Muss ist. Wie die Filzvorwürfe zur StaBe-Untersuchung zeigen, fehlt hier aber offensichtlich auch beim Gemeinderat das nötige Fingerspitzengefühl. Wir behalten uns deshalb vor, in einem weiteren Vorstoss entsprechende Regelungen zu fordern, oder aber noch weitere Informationen zu verlangen, in einem passenden Vorstoss, wie es der Gemeinderat so schön formuliert.
Auch im Falle des Vorstosses Traktandum 4 danken wir für die kurze Antwort. Offenbar ist dem Gemeinderat das Thema sehr unangenehm. Zumindest ein Link auf die Prämienreglemente der ausgelagerten Betriebe wäre ja wirklich angebracht gewesen. Zum Grundsätzlichen: Es ist sehr problematisch, dass die ausgelagerten Betriebe erstens über keine Vorgaben für Stellenbesetzungen oder Ausschreibungen verfügen und zweitens sogar derartige Prämienregelungen haben. Auch hier: Für ausgelagerte Betriebe muss gelten, dass die Transparenz sehr hoch ist und nicht einfach nur so hoch wie nötig, bevor ein Journalist darauf kommt, dass es hier etwas herauszufinden gäbe. Der Gemeinderat ist aufgefordert, via Verwaltungsrat der ausgelagerten Betriebe dafür zu sorgen, dass die entsprechenden Schritte unternommen werden, vor allem bezüglich Prämienreglemente. Auch hier behalten wir uns einen nächsten Vorstoss vor.

Beschluss
1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Interpellantin Fraktion GB/JA! ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

5 Kleine Anfrage Fraktion GLP (Peter Ammann, GLP): Wurden die StaBe-Verwaltungsratsmandate richtig besetzt und ist die Rückführung auf Kurs?

Geschäftsnummer 12.000262 / 12/232

Die Direktorin FPI *Barbara Hayoz* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Die vom Verwaltungsrat der Stadtbauten Bern angeordnete Untersuchung soll insbesondere die Umstände der Vergabe von drei Aufträgen und die Abläufe bei einer Stellenbesetzung einer Assistentin Immobilienmanagement klären. Die Ergebnisse der Untersuchung liegen noch nicht vor. Bekannt ist aber bereits Folgendes: Die drei Aufträge wurden

erteilt, bevor Herr Emmenegger sein Amt als Verwaltungsratspräsident angetreten hat und die Rekrutierung einer Assistentin im Immobilienmanagement fällt nicht in die Zuständigkeit des Verwaltungsratspräsidenten. Der Gemeinderat ist deshalb überzeugt, dass Guy Emmenegger nach wie vor die richtige Besetzung für das Verwaltungsratspräsidium der Stadtbauten Bern ist. *Zu Frage 2:* Der Gemeinderat beteiligt sich nicht an Spekulationen über ein mögliches Untersuchungsergebnis und schon gar nicht masst er sich eine Würdigung eines solchen hypothetischen Ergebnisses an. *Zu Frage 3:* In den StaBe werden umfassende und aussagekräftige Instrumente der Unternehmungsführung und der Corporate Governance geführt. Dazu gehören alle Leistungen einer ordentlichen Revision – inklusive Risikoanalyse und Internes Kontrollsystem IKS – sowie ein klar formulierter Zielprozess mit Balanced Scorecard. Zudem bestehen weitere Berichterstattungen wie ein quartalsweises Projektreporting. Vor allem die Risikoanalyse, das BSC Reporting und das Projektreporting sind in den letzten beiden Jahren in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat weiter optimiert und den aktuellen Gegebenheiten angepasst worden. Anlässlich seiner Sitzung vom 23. Februar 2012 hat der Verwaltungsrat eine Weiterführung der Berichterstattung in obigem umfassendem Rahmen bis zur Rückführung beschlossen. Im November 2010 haben die StaBe zudem im Rahmen der Risikoanalyse eine grössere Zahl rechtlich relevanter Dokumente extern überprüfen lassen (Legal Compliance). Das Untersuchungsergebnis zeigt, dass die StaBe über einen vergleichsweise hohen Organisationsstandard verfügen, der mit einer klaren Dokumentenhierarchie einhergeht. *Zu Frage 4:* Die Direktorin für Finanzen, Personal und Information und der Verwaltungsratspräsident der Stadtbauten Bern wussten nicht um die Parteimitgliedschaft des Untersuchungsbeauftragten. Herr Berger wurde vom Verwaltungsrat mit der Untersuchung betraut, weil er eine fachlich kompetente Persönlichkeit ist, die den Auftrag unabhängig und objektiv zu erfüllen weiss. Da die Parteizugehörigkeit kein Kriterium für die Auftragsvergabe war, wurde diese auch nicht überprüft. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass die Parteimitgliedschaft kein entscheidendes Kriterium für die Auswahl einer Untersuchungsperson beziehungsweise für deren Unabhängigkeit in der Urteilsfindung sein kann. Ansonsten würde dies nämlich bedeuten, dass unzähligen Aufsichtsgremien und Gerichte, in denen in der Regel Personen mit Parteibuch Einsitz nehmen, von vorneherein befangen sind und man ihnen Filz vorwerfen müsste. *Zu Frage 5:* Die Rückführung der StaBe in die Stadtverwaltung erfolgt im Rahmen des Projekts „Zukünftiges Immobilienmanagement der Stadt Bern“ (ZIMBE). In den bisherigen vorbereitenden Phasen wurde ein umfassendes Konzept erstellt, das die wesentlichen Aspekte regelt. In der folgenden Umsetzungsphase werden die operativen Voraussetzungen für einen reibungslosen Übergang geschaffen. Dabei gilt der Anpassung heutiger Abläufe und Standards an die städtischen Prozesse grösstes Augenmerk. Auch bereits in die Umsetzung einfliessen werden gegebenenfalls Erkenntnisse aus den laufenden Untersuchungen betreffend StaBe.

Peter Ammann (GLP): Wir haben jetzt gehört, dass im Rahmen von ZIMBE diverse Massnahmen für eine möglichst erfolgreiche Rückführung laufen. Ich möchte noch einmal nachfragen – und hoffe, das wird bestätigt –, ob die Bereinigung der jetzigen Situation, sollten dort allfällige Unzulänglichkeiten in der Struktur oder personell zum Vorschein kommen, durch den jetzigen Verwaltungsrat bereinigt werden, so dass sie also nicht in die Stadt mitgenommen werden.

Direktorin FPI *Barbara Hayoz*. Es ist klar, dass, sollte in der Untersuchung etwas zum Vorschein kommen, das relevant ist und entsprechende Massnahmen erfordern würde, der Verwaltungsrat, der heute in Amt und Würden ist, diese Massnahmen ergreifen muss.

Beschluss
Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

6 Kleine Anfrage Alexander Feuz (FDP): Aareschwimmen – Sicheres Badevergnügen auch auf der rechten Aareseite im Raum Marzili oder bestehendes Gefahrenpotential in Kauf nehmen?

Geschäftsnummer 12.000261 / 12/231

Die Direktorin TVS *Regula Rytz* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Am 5. Juli 2012 hat die Fraktion FDP (Alexander Feuz) ein Dringliches Postulat betreffend „Sicheres Schwimmen in der Aare; Verbesserung der Ausstiegssituation auf der rechten Aareseite am Dalmaziquai“ eingereicht. Die Dringlichkeit wurde vom Büro des Stadtrats abgelehnt. Der Gemeinderat hat demzufolge Frist bis am 19. Dezember 2012, um das Postulat zu beantworten.
Am 16. August 2012 wurde die vorliegende Kleine Anfrage eingereicht, welche weitestgehend zur selben Thematik wie das erwähnte Postulat vom Gemeinderat Antworten auf insgesamt 14 Einzelfragen verlangt. In diesem Zusammenhang erlaubt sich der Gemeinderat den Hinweis auf Artikel 65 Absatz 1 des Geschäftsreglements des Stadtrats, welcher folgende Vorgaben macht: „Die Kleine Anfrage beauftragt den Gemeinderat, über einen Gegenstand mündlich eine kurze Auskunft zu erteilen. Die Fragen müssen mit einfachem Aufwand beantwortet werden können.“ Es ist offensichtlich, dass die vorliegend gestellten Fragen nicht mit einfachem Aufwand im Rahmen einer kurzen mündlichen Auskunft beantwortet werden können, zumal für eine sachgerechte Beantwortung verschiedene Dienststellen und Direktionen involviert werden müssen. Der Gemeinderat wird sich deshalb der aufgeworfenen Thematik im Rahmen der Behandlung des erwähnten Postulats Fraktion FDP mit der gebührenden Sorgfalt annehmen. Die Badesaison ist ohnehin bereits zu Ende.

Alexander Feuz (FDP): Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort, ich bin klar nicht zufrieden damit. Ich bin der Meinung, es ist häufig Sache, dass man, wenn die Dringlichkeit nicht gewährt wird, nachher mit wenigen einfachen Fragen, von denen ich der Meinung bin, man könne sie beantworten, nachdoppelt. Ich habe mich damals insbesondere geärgert, als der zuständige Mitarbeiter der Sanitätspolizei sagte, es gebe genügend Ausstiege auf der rechten Seite. Es gibt genau einen. Ich bin der Meinung, Sicherheit sei etwas Wichtiges. Ich habe inzwischen auch erfahren, dass man die Rettungsringe angeblich aus Angst vor Vandalen entfernt hat. Ich werde am Thema dranbleiben. Es ist mir klar, dass man es nicht mehr in dieser Phase beantworten kann. Aber wir führen heute auch noch eine Budgetdebatte und mein Ziel wäre es gewesen, den Mitgliedern des Stadtrats Auskunft geben zu können, und ich wäre auch bereit gewesen, die Sache zurückzuziehen, falls die Kosten über diese 110'000 Franken hinausgegangen wären. Jetzt kann ich dies nicht machen, ich werde im Rahmen der Budgetdebatte auf die prekäre Sicherheitssituation zurückkommen.

Beschluss
Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

7 Kleine Anfrage Alexander Feuz (FDP), Roland Jakob (SVP): Kann die Sukkulentensammlung in der Elfenau bei der Orangerie mit vertretbarem Aufwand gerettet werden?

Geschäftsnummer 12.000260 / 12/230

Die Direktorin TVS *Regula Rytz* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Die Schliessung der beiden Schauhäuser steht heute im Stadtrat nicht zum ersten Mal zur Diskussion – jetzt und nachher auch noch in der Budgetdebatte –, sondern sie wurde mit dem Produktgruppenbudget 2012 am 15. September 2011 vom Stadtrat beschlossen und am 20. November 2011 von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern bestätigt.
Zu Frage 1: Das Kakteen-Sukkulenten-Haus ist sicher für bestimmte Pflanzenliebhaberinnen und Pflanzenliebhaber interessant, die Mehrheit der Besucherinnen und Besucher verweilt aber in der Parkanlage. Kakteen und Sukkulenten werden im Übrigen auch im Botanischen Garten ausgestellt. *Zu Frage 2a:* Die jährlichen Betriebskosten von gesamthaft 110 000 Franken lassen sich in zwei Drittel für die Orchideen und in einen Drittel für die Sukkulenten, nämlich 36 000 Franken, unterteilen. *Zu Frage 2b:* Nein, der Aufwand ist nicht gering. Zwar ist die Einrichtung einer Dauerausstellung für Sukkulenten technisch möglich. Hingegen ist mit zusätzlichen Investitionskosten von rund 1 Mio. Franken und Betriebskosten von 35 000 bis 40 000 Franken pro Jahr zu rechnen. Ausserdem erachtet der Gemeinderat die Weiterführung eines deutlich reduzierten Ausstellungsangebots (nur Sukkulenten) als nicht sinnvoll. *Zu Frage 2c:* Die Antwort entspricht der Antwort auf Frage 2b. *Zu Frage 2d:* Mit dem Entscheid, die beiden Schauhäuser zu schliessen, stehen für ein solches Angebot keine finanziellen Mittel mehr zu Verfügung. Es handelte sich ja um eine Sparmassnahme, die ganz explizit vom Stadtrat gutgeheissen wurde. Eine Kompensation ist also im Rahmen des bestehenden und auch im Rahmen des heute vorgeschlagenen Budgets nicht möglich. *Zu Frage 3:* Die Stadtgärtnerei ist bestrebt, möglichst viele Pflanzen weiterhin der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dazu laufen momentan Abklärungen mit dem BOGA Bern, anderen Botanischen Gärten und weiteren Institutionen in der Schweiz. Für eine abschliessende Beurteilung ist es noch zu früh. Es ist aber davon auszugehen, dass sicher ein Teil der Pflanzen an Private verkauft oder abgegeben werden muss.

Alexander Feuz (FDP): Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort. Zuerst etwas für mich ganz Wichtiges: Es geht hier nicht um ein Gegeneinander BOGA gegen die Schauhäuser. Der BOGA ist rein baulich für Kakteen nicht geeignet und Markus Fischer, der Leiter des BOGA, hat die Petition ausdrücklich unterstützt und gesagt, man brauche freundschaftliche Verbindungen, man ergänze sich. Der BOGA ist wissenschaftlich ausgerichtet, und die Schauhäuser in der Elfenau sind eben auch etwas für die Bevölkerung. Interessanterweise wird das auch von Bern Tourismus unterstützt, dort sagt man ganz klar, das wäre etwas Schönes und Wichtiges. Ich bin der Meinung, in einer Bundeshauptstadt gebe es sehr wohl Platz für Kakteen und Orchideen, für mich braucht es beides. Die Kosten für die Erhaltung der Kakteen wären vertretbar, Sie wissen selber, wofür wir Geld ausgeben. Ich mache darauf aufmerksam, dass innerhalb weniger Tage 15 000 Personen die Orchideenausstellung besucht haben.

Direktorin TVS *Regula Rytz*: Ich muss noch einmal betonen, dass die Schliessung der Schauhäuser Teil eines Sparpakets war, das gerade auch von der Seite, die jetzt gewissermassen eine Rückgängigmachung dieser Massnahmen fordert, beschlossen wurde, und dass wir dies schweren Herzens gemacht haben. Aber wir werden heute ja auch noch über die schwierige finanzielle Situation der Stadt Bern sprechen. Es wäre schön, wenn man in der Stadt Bern an zwei Orten Sukkulenten ausstellen könnte. Aber es ist ganz klar, dass die Sukkulenten im

BOGA nicht für die wissenschaftliche Arbeit benützt werden, sondern der Bevölkerung zugänglich sind. Das haben wir hier ja auch schon ausführlich diskutiert und der Stadtrat hat beschlossen, dass wir den BOGA mit städtischen Geldern unterstützen, obwohl es ein kantonales Angebot ist. Man muss sich also überlegen, wie viele solche Angebote man haben kann. Wir haben in der Elfenau auch etwas, was es im BOGA nicht gibt, nämlich den Pro-Specie-Rara-Garten, der öffentlich zugänglich ist und sehr stark besucht wird. Man müsste sich in einer schwierigen finanziellen Situation vielleicht überlegen, ob man die Angebote ein wenig aufteilen könnte.

Beschluss
Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

8 Kleine Anfrage Alexander Feuz (FDP), Roland Jakob (SVP): Müssen die Tropenhäuser bei der Orangerie definitiv geopfert werden? Werden die Tropenhäuser trotz Grosserfolg der Orchideenausstellung im Februar 2011 ein hilfloses Opfer der städtischen Politik?

Geschäftsnummer 12.000263 / 12/233

Die Direktorin TVS *Regula Rytz* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Die Schliessung der beiden Schauhäuser wurde mit dem Produktgruppenbudget 2012 am 15. September 2011 vom Stadtrat beschlossen und am 20. November 2011 von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern bestätigt.
Zu Frage 1: Die Schauhäuser sind insbesondere für Pflanzenliebhaberinnen und -liebhaber von Interesse. Die viertägige Orchideenausstellung 2011 war ein grosser, auch touristischer Erfolg. Solche temporäre Ausstellungen – und es ist mir wichtig, das hier hervorzuheben – sind auch in Zukunft möglich. *Zu Frage 2:* Die Stadtgärtnerei ist bestrebt, möglichst viele Pflanzen weiterhin der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dazu laufen momentan Abklärungen mit dem BOGA Bern, anderen Botanischen Gärten und weiteren Institutionen in der Schweiz. Für eine abschliessende Beurteilung ist es noch zu früh. Es ist aber davon auszugehen, dass sicher ein Teil der Pflanzen an Private verkauft oder abgegeben werden muss.
Zu Frage 3: Die Investition in die Sanierung bzw. in den Ersatz der beiden Schauhäuser beträgt gemäss Machbarkeitsstudie rund 900 000 Franken.

a) Die jährlichen Betriebskosten von 110 000 Franken setzen sich zu drei Vierteln aus Personalkosten und zu einem Viertel aus der Miete und der Energie zusammen.
b) Nein.
c) Grundsätzlich ja, aber es wären zusätzliche Investitionen in Installationen und Einrichtungen notwendig.
d) Von den direkt betroffenen Interessentengruppen ist nicht zu erwarten, dass diese die jährlichen Betriebskosten übernehmen könnten. Eine umfassende Abklärung dazu fand nicht statt.

Alexander Feuz (FDP): Zuerst herzlichen Dank für die Antwort, ich bin teilweise befriedigt. Ich kann Sie nicht mit dem zarten Duft von Vanilleschoten überzeugen, hoffe aber, dass mir dies mit sachlichen Argumenten gelingt. Wichtig ist: Man hat dazumal die Sachen vom BOGA weggebracht, weil man sie dort nicht brauchen konnte, jetzt sollen sie wieder dorthin zurückgehen. Aber wir müssen klar sehen: Wenn die Sache einmal weg ist, kann man das nicht mehr machen. Weg ist weg. Ich habe auch festgestellt, dass man hätte versuchen müssen, mit anderen Sponsoren – ich denke hier an die Burgergemeinde, an die Gemeinde Muri –

etwas zu unternehmen. Und wie gesagt, bei Bern Tourismus und unter Museen Bern im Internet wird ein Video zur Elfenau gezeigt, in dem die beiden Schauhäuser prominent vertreten sind. Ich appelliere noch einmal, auch an Sie als Freisinnige: Es gibt gewisse Sachen, bei denen man nicht sparen muss und von denen ich der Meinung bin, man müsse und könne sie erhalten. Es geht hier nicht gegen den BOGA, es geht um ein Miteinander. Die beiden Institutionen wollen zusammen arbeiten, darum bitte ich Sie um Unterstützung.

Beschluss
Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

9 Kleine Anfrage Werner Pauli (AP), Kurt Rüegsegger (SVP): Hochwasserschutz in der Berner Matte

Geschäftsnummer 12.000265 / 12/235

Die Direktorin TVS *Regula Rytz* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: *Zu Frage 1:* Die Einsatzkosten werden laut Angaben der Berufsfeuerwehr Bern auf ca. 120 000 Franken geschätzt. *Zu Frage 2:* Das Ausmass der Gesamtschäden, welche die Hochwasserereignisse der Jahre 1999 und 2005 in den vier Quartieren Dalmazi, Marzili, Matte und Altenberg verursacht haben, ist bekannt. Die jeweilige Schadensumme wird auf rund 25 Mio. Franken (1999) bzw. rund 60 Mio. Franken (2005) geschätzt. Die langfristigen Hochwasserschutz-Massnahmen, welche das Projekt „Gebietsschutz Quartiere an der Aare" vorsieht, sind darauf ausgerichtet, die gefährdeten Quartiere entlang der Aare künftig vor solchen Schäden zu schützen. *Zu Frage 3:* Ja. Es ist vorgesehen, dass der Vortrag an den Stadtrat und die Abstimmungsbotschaft für den Projektierungskredit zur Erarbeitung des Wasserbauplans „Gebietsschutz Quartiere an der Aare" vom Gemeinderat in nächster Zukunft zuhanden des Parlaments verabschiedet werden. *Zu Frage 4:* Seit dem Jahr 2000 wird das Schwellenmätteli regelmässig vermessen. Dadurch kann die Kiesmenge, die im Schwellenmätteli liegen bleibt, genau bestimmt werden. Gemäss den Vorschriften des Kantons darf die Stadt Bern jeweils nur so viel Kies ausbaggern, bis es im Schwellenmätteli Platz für 50 000 Kubikmeter Kies hat. Sinkt dieses so genannte Speichervolumen unter 20 000 Kubikmeter, darf wieder Kies entnommen werden. Letztmals war dies 2008 der Fall. Der jährliche Geschiebeeintrag im Schwellenmätteli beläuft sich je nach Wasserabflussmenge auf 6 000 bis 19 000 Kubikmeter. Gegenwärtig beträgt das Speichervolumen noch rund 20 000 Kubikmeter. Es ist daher geplant, die nächste Ausbaggerung im Winter 2012/2013 durchzuführen.

Kurt Rüegsegger (SVP): Ich danke dem Gemeinderat für seine ausführliche Antwort.

Beschluss
Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

10 Kleine Anfrage Luzius Theiler (GPB-DA): Zur neuesten Respektlosigkeit des Gemeinderates gegenüber dem Stadtrat: Sind verbindliche Termine im Geschäftsreglement des Stadtrates für den Gemeinderat nicht verbindlich?

Geschäftsnummer 12.000267 / 12/237

Der Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 12. März 2009 sein totalrevidiertes

Geschäftsreglement verabschiedet. Artikel 58 Absatz 5 GRSR sieht tatsächlich vor, dass die Beantwortung Dringlicher Vorstösse mittels E-Mail jeweils bis spätestens Montagmittag vor dem Sitzungstag an die Mitglieder des Stadtrats erfolgt. Das totalrevidierte Geschäftsreglement ist am 1. Juli 2009 in Kraft getreten.
Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 18. November 2010 sein Geschäftsreglement teilrevidiert. Dies als Folge des 14-täglichen Sitzungsrhythmus', der auf anfangs 2011 eingeführt wurde. Im Rahmen der gleichen Teilrevision hat der Stadtrat die Vorschriften angepasst, die die Fristen für die Beantwortung der Dringlichen Vorstösse regeln. Die Fristen sind dabei – eben als Folge des neuen Sitzungsrhythmus' – halbiert worden. Der Gemeinderat hat von Anfang an darauf hingewiesen, dass die neue Fristenregelung in Ausnahmefällen zu Problemen führen kann. Insbesondere führt die Regelung im Verbund mit der Einführung des elektronischen Vorversands dazu, dass der Verwaltung in gewissen Konstellationen praktisch keine Zeit mehr zur Verfügung steht, um Dringliche Interpellationen zu bearbeiten. Eine solche Situation ist auch im Hinblick auf die Stadtratssitzung vom 16. August 2012 eingetreten, die den Vorstösser zur Einreichung der hier zu beantwortenden Anfrage animierte. Folgendes war passiert:

- Am 21. Juni 2012 sind im Stadtrat drei Dringliche Interpellationen eingereicht worden.
- Gemäss stadträtlichem Geschäftsreglement mussten diese Dringlichen Interpellationen „spätestens am zweiten auf die Dringlicherklärung folgenden Sitzungstag behandelt" werden, d.h. am 16. August 2012.
- Der Gemeinderat konnte am 27. Juni 2012 von den Vorstössen Kenntnis nehmen und sie der zuständigen Direktion bzw. den zuständigen Direktionen zur Bearbeitung zuweisen.
- Bereits einen Tag später, d.h. am 28. Juni 2012, hätten die Antworten auf die dringlichen Interpellationen erstellt sein müssen, damit sie für die Gemeinderatssitzung vom 4. Juli 2012 (letzte Gemeinderatssitzung vor den Sommerferien) hätten traktandiert werden können. Nur so wäre es möglich gewesen, die Antworten fristgerecht zu verabschieden, damit sie den Stadtratsmitgliedern elektronisch am 13. August 2012 hätten zugestellt werden können.
- Der Gemeinderat hat deshalb die Verabschiedung der Antworten auf die erste Sitzung nach den Sommerferien gelegt, damit die Antworten überhaupt erst erarbeitet werden konnten. Dadurch war es aber natürlich nicht mehr möglich, die Antworten bereits am Montag vor der ersten Stadtratssitzung nach den Sommerferien zu verschicken.

Selbst wenn man berücksichtigt, dass die Verwaltung bereits vor der offiziellen Zuweisung durch den Gemeinderat Dringliche Vorstösse zu bearbeiten beginnt, ist der Zeitraum von einem bis maximal drei Arbeitstagen zur Erarbeitung einer auch nur einigermassen tragfähigen Antwort nicht zumutbar oder in vielen Fällen ganz einfach nicht möglich. Bereits unter der Ägide der letztjährigen Stadtratspräsidentin hat sich deshalb – in Absprache zwischen Ratssekretariat und Stadtkanzlei – die Praxis entwickelt, dass die Antworten auf Dringliche Interpellationen in Ausnahmefällen jeweils erst am Mittwoch nach Verabschiedung im Gemeinderat elektronisch zugestellt wurden. Diese Praxis wurde auch im Jahr 2012 weitergeführt.
Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die Antworten auf Dringliche Interpellationen in Ausnahmefällen wie dem geschilderten erst am Mittwoch vor der Stadtratsdebatte elektronisch den Stadtratsmitgliedern verschickt werden sollen. Wie aufgezeigt, ist das Einhalten der reglementarischen Fristen als Folge der nicht aufeinander abgestimmten Geschäftsreglements-Revisionen nicht möglich, sofern für die Beantwortung wenigstens eine einigermassen angemessene Zeitdauer zur Verfügung stehen soll. Der Gemeinderat würde es im Übrigen begrüssen, wenn im Rahmen der laufenden Teilrevision des Geschäftsreglements die Frist für die Beantwortung Dringlicher Interpellationen jener für die Beantwortung Dringlicher Motionen und Postulate angeglichen würde. Damit könnte auch die groteske Situation bereinigt werden, dass der Verwaltung und dem Gemeinderat heute mehr Zeit für die Beantwortung Kleiner An-

fragen zur Verfügung steht als für die Beantwortung Dringlicher Interpellationen, obwohl die Beantwortung Kleiner Anfragen eigentlich mit weniger Aufwand möglich sein sollte als die Beantwortung von Dringlichen Interpellationen.
Verständnis hat der Gemeinderat hingegen dafür, dass der Stadtrat erwartet, dass ihm die Antworten auf Dringliche Motionen und Postulate immer so rechtzeitig zugehen, dass sie den Stadtratsmitgliedern jeweils am Montag vor der Stadtratssitzung zugestellt werden können. Dadurch besteht die Möglichkeit, die Antworten in den Fraktionen vorzubesprechen und die Stadtratsdebatten vorzubereiten. Der Gemeinderat wird deshalb in Situationen, in denen die Sitzungs- und Ferienkonstellation es erfordert, in Zukunft die verwaltungsinternen Bearbeitungsfristen verkürzen und die Verabschiedung der Antworten vorziehen, damit der Stadtrat rechtzeitig bedient werden kann.

Luzius Theiler (GPB-DA): So ungefähr habe ich mir die Antwort vorgestellt. Ich finde, sie ist sehr geprägt vom Geist einer Einstellung von Minimalismus. Wenn etwas ein bisschen Schwierigkeiten bietet, so entlastet man sich, ein bisschen nach der alten Volksweisheit „Erledige nicht heute, was du auch morgen erledigen kannst." Uns mutet man zu, innerhalb von weniger als 24 Stunden, nämlich vom Mittwoch am späten Nachmittag bis Donnerstag am späten Nachmittag, eine Antwort zu beurteilen und vielleicht eine Rede zu schreiben und im Stadtrat eine Stellungnahme zu einer Interpellationsantwort abzugeben. Wir, die wir zum grossen Teil nicht Profi-Stadträte sind und noch anderes zu tun haben, die wir keine Infrastruktur haben wie der Gemeinderat, abgesehen vom Lohn, den wir erhalten. Das ist im Verhältnis einfach eine Ungerechtigkeit. Ich erinnere auch an das E-Mail, das wir vergangene Woche erhalten haben und in dem behauptet wird, die Fristen gälten bei ausserordentlichen Sitzungen erst ab der nächsten Sitzung. So etwas gibt es gar nicht, nach Ratsreglement gibt es nur Sitzungen.

Beschluss
Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

11 Kleine Anfrage Fraktion SVPplus (Werner Pauli, AP): Der Weihnachtsbaum auf dem Bundesplatz und die elektronische Lichterschau am Bundeshaus

Geschäftsnummer 12.000264 / 12/234

Der Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: *Zu Frage 1:* Seit dem Jahr 2005 finanziert und organisiert „Die Vereinigung für Bern" (Idée Bern) mit der Unterstützung der Burgergemeinde Bern auf dem Bundesplatz einen grossen Weihnachtsbaum. Dafür hat die Vereinigung jeweils beim Polizeiinspektorat (Veranstaltungsmanagement) der Stadt Bern eine Bewilligung beantragt. In diesem Jahr hat die „Vereinigung für Bern" kein Gesuch eingereicht. Der Grund dafür ist, dass der Ausschuss und der Vorstand der Vereinigung am 10. November 2011 beschlossen haben, im Jahr 2012 auf einen Baum zu verzichten und stattdessen das Projekt Rendez-vous Bundesplatz zu unterstützen. Dies natürlich in Anbetracht des enormen Interessens und der Begeisterung, welche die Veranstaltung Rendez-vous Bundesplatz im letzten Jahr generiert hat. *Zu Frage 2:* Wenn die Vereinigung für Bern beschliesst, wieder einen Weihnachtsbaum aufstellen zu lassen, wird sie sich wiederum per Gesuch an das Polizeiinspektorat (Veranstaltungsmanagement) der Stadt Bern wenden und darin ihren Wunschstandort angeben. Das Polizeiinspektorat (Veranstaltungsmanagement) wird prüfen, ob dieser Wunschstandort für die beantragte

Zeitspanne zur Verfügung steht oder nicht. Steht der Platz aus irgendwelchen Gründen nicht zur Verfügung, werden der Vereinigung für Bern Alternativstandorte vorgeschlagen.

Werner Pauli (AP): Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort. Sie ist einleuchtend, aber ich finde es doch ein wenig mager, dass sich der Gemeinderat nicht für den schönen Baum, der dort immer gestanden und der bei der Bevölkerung hohen Anklang gefunden hat, eingesetzt hat. Aus meinen Fragen geht ja hervor, dass ich nicht genau wusste, wer eigentlich dahinter steht, und ich hoffe jetzt, dass es sich hier nicht um einen Deal handelt, den der Gemeinderat mit dieser Vereinigung für Bern gemacht hat, damit er keine weiteren Bemühungen unternehmen muss. Eine Ergänzungsfrage: Würde der Gemeinderat eine andere private Organisation unterstützen? Könnte und möchte er das überhaupt?

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät:* Selbstverständlich ist es jedermann überlassen, einen Tannenbaum aufzustellen. Das Problem ist der Standort. Es ist ja nicht so, dass wir das nicht geprüft hätten, aber der Münsterplatz kommt des Weihnachtsmarkts wegen nicht in Fragen, das gleiche gilt für den Waisenhausplatz. Bundeshaus Ost geht nicht, weil eingerüstet wird. Auf dem Bahnhofplatz haben wir ein Management, wie man ihn bewirtschaften will, auf dem Rathausplatz hat neben einem Tannenbaum nichts anderes mehr Platz. Es ist also nicht ganz einfach. Man muss wahrscheinlich, wenn man den Bundesplatz als Standort behalten will, das eine fallenlassen und das andere vorziehen. Ob die Bevölkerung dies will, muss sich weisen. Ob dieses Rendez-Vous Bundesplatz nächstes Jahr wieder stattfindet, wissen wir nicht, das ist eine Finanzierungsfrage. Einen Tannenbaum aufzustellen wird natürlich einfacher zu finanzieren sein als eine doch recht aufwendige Lichtshow.

Beschluss
Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

12 Kleine Anfrage Alexander Feuz (FDP): „Parknicking“ – Narrenfreiheit für die Veranstaltungen? Was zieht der Gemeinderat für Konsequenzen für die Zukunft?

Geschäftsnummer 12.000259 / 12/229

Der Direktor SUE *Reto Nause* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats wie folgt: *Zu Frage 1.1:* Bei diesem Event handelt es sich und um eine Veranstaltung auf öffentlichem Boden, womit gesteigerter Gemeingebrauch vorliegt. Gemäss Verordnung vom 28. Juni 2000 betreffend die besondere Nutzung öffentlicher Strassen (Strassennutzungsverordnung; SNV; SSSB 732.211) oder bei politischen Veranstaltungen gemäss Reglement vom 20. Oktober 2005 über Kundgebungen auf öffentlichem Grund (Kundgebungsreglement; KgR; SSSB 143.1) bedarf es dazu einer Bewilligung.
Zu Frage 1.2: Nein, für diese Veranstaltung wurde keine Bewilligung eingeholt. Demzufolge wurden auch keine Bewilligungsgebühren entrichtet. *Zu Frage 2.1:* Da die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (Polizeiinspektorat) zum Zeitpunkt der Veranstaltung keine Kenntnis von der Veranstaltung hatte, wurden durch sie keine Kontrollen vor Ort durchgeführt. Die Kantonpolizei hingegen hatte Kenntnis von den politisch motivierten Aktionen und überwachte diese sporadisch. Die anwesenden Personen hatten jeweils für die Dauer der Besetzung Parkscheine gelöst und bezahlt. Da keine Gefahr in Verzug war und auch niemand behindert wurde, griff die Kantonspolizei aus Gründen der Verhältnismässigkeit nicht ein. *Zu Frage 2.2:* Bisher wurden keine Anzeigen und Bussen verhängt oder Gebühren eingefordert. Um erfolgreich anzeigen zu können, muss eine verantwortliche Person ausfindig gemacht

werden bzw. es muss belegt werden können, dass die betreffende Person für den Anlass verantwortlich war. *Zu Frage 3:* Es wird immer wieder über die Social Media zu nicht bewilligten Veranstaltungen aufgerufen. Da solche Aufrufe in der Regel anonym erfolgen, können die verantwortlichen Organisatorinnen bzw. Organisatoren nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Die Teilnahme an unbewilligten Veranstaltungen ist nicht strafbar. Kann eine verantwortliche Person eruiert werden, wird diese angezeigt.

Alexander Feuz (FDP): Ich bin von der Antwort teilweise befriedigt. Für mich ist klar: Man hätte die Personalien dieser Personen feststellen können, wir haben ja Leute, die politisch für diese Organisation eintreten. Ich bin der Meinung, man hätte die verantwortliche Person bei Befragungen eruieren können. Ich sage einfach: Wenn jemand das Auto falsch parkiert, ist es einfacher.

Beschluss
Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der mündlichen Antwort des Gemeinderats.

13 Produktegruppen-Budget 2013 (Abstimmungsbotschaft)

Geschäftsnummer 12.000200 / 12/238

Gemeinderatsantrag
1. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung mit den Produktegruppen-Budgets für das Jahr 2013, der bei Aufwendungen und Erträgen von je Fr. 1 031 489 202.63 ausgeglichen ist, wird den Stimmberechtigten mit folgenden Festlegungen zur Annahme empfohlen:
   - die **Steueranlage** beläuft sich unverändert auf das **1,54-fache** der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze,
   - die **Liegenschaftssteuer** beträgt weiterhin **1,5 Promille** des amtlichen Werts,
   - die **Hundetaxe** je Hund und Jahr beträgt wie bisher **Fr. 100.00**, ab Inkraftsetzung des neuen Hundegesetzes Fr. 115.00.
2. Der Stadtrat genehmigt das Produktegruppen-Budget 2013 mit den Globalkrediten pro Dienststelle, den übergeordneten Zielen und den Steuerungsvorgaben zu Handen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.
3. Er bereinigt und genehmigt die Botschaft an die Gemeinde.

Bern, 20. Juni 2012

Rückweisungsantrag Peter Wasserfallen (parteilos)
Das PGB 2013 wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit dem Auftrag, ein neues Budget vorzulegen, das einen Gewinn in der Höhe von Fr. 31 489 202.63 vorsieht. Diese Summe wird zur Schaffung von Eigenkapital verwendet.
Begründung:
Das Budget 2013 ist definitiv zu hoch und es ist dringend nötig, für die Zukunft, zum Beispiel für den Neubau bzw. die Sanierung von Hallen- und Freibädern, Eigenkapital zu schaffen. Es ist deshalb Eigenkapital in der Höhe von Fr. 31 489 202.63 zu schaffen. Diese Summe spart der Gemeinderat im Jahr 2013 ohne einen einzigen Rappen Mehrausgaben in Eigenkompetenz ein.

Rückweisungsantrag Fraktion SVPplus
Das PGB 2013 wird mit folgenden Auflagen an den Gemeinderat zurückgewiesen:
Der Gemeinderat hat dem Stadtrat ein Budget vorzulegen, welches 2013

- Eigenkapital in der Höhe von mindestens 10 Mio. Franken vorsieht,
- keine einmalige Ablieferung von 12,1 Mio. Franken der StaBe vorsieht,
- die Mehrkosten für den Leistungsausbau nur im Bereich der anfallenden Kosten Betreuungsgutscheine übergeordnetem Recht vorsieht,
- ausgeglichen ist.

Begründung

Der Gemeinderat verzichtet in seinem PGB 2013 bewusst auf die Bildung von zusätzlichem Eigenkapital, weil seines Erachtens zurzeit genügend Eigenkapital (56,7 Mio. Ende 2011) vorhanden sei. Diese Meinung teilt die SVPplus-Fraktion nicht. Mit dem Abfalldebakel von ca. 21 Mio. Franken, das der Gemeinderat verschuldet hat und den Ertragsausfällen von weiteren 3,7 Mio. Franken durch den Bundesgerichtsentscheid im Littering-Fall wird das Budget und somit der Steuerzahler und die Steuerzahlerin in Bern zusätzlich belastet. Da ist es auch nicht angebracht, einen einmaligen Aderlass bei den StaBe von 12,1 Mio. Franken zu vollziehen. Insbesondere, da man weiss, dass diverse Instandhaltungs- und Umbauprojekte in naher Zukunft bei der StaBe anstehen. Nach dem Schröpfen von ewb sollen nun noch kurz vor der Reorganisation der StaBe diese als Geldlieferant hinhalten. Einem solchen Schachzug des Gemeinderates kann die SVPplus-Fraktion nicht zustimmen. Der Leistungsausbau soll sich auf die vom Stimmvolk gutgeheissene Einführung der Betreuungsgutscheine beschränken.

Sprecher Finanzdelegation (FD) *Stefan Jordi* (SP): Wir haben hier vorliegend ein ausgeglichenes Budget von 1.031 Mia. Franken, bei einer gleich bleibenden Steueranlage von 1.54. Was fällt bei diesem Budget ins Gewicht? Einerseits die reduzierte Gewinnablieferung von ewb von 20.5 Mio. Franken, die teilweise durch eine einmalige höhere Gewinnablieferung der StaBe von 12.1 Mio. Franken kompensiert werden kann. Wir haben weiter einen Leistungsausbau von 6.7 Mio. Franken netto und einen Ertragsausfall von 3.7 Mio. Franken zu verbuchen, den man auf den Bundesgerichtsentscheid (BGE) zur Littering-Gebühr zurückführen kann. Weiter gibt es verschiedene so genannte Haushaltsverbesserungsmassnahmen für 15.3 Mio. Franken sowie 10.2 Mio. Franken, die durch Kürzungen und Mehrerträge erreicht werden können. Wir haben 2013 auch eine Verschlechterung des Cashflow von –8% auf 33 Mio. Franken zu verbuchen, womit die geplanten Investitionen von 41 Mio. Franken nicht ausgleichen werden können, der Selbstfinanzierungsgrad ist also hier nicht gegeben. Und wir haben gegenüber dem Budget 2012 eine Erhöhung des Steuerertrags von 1.7% oder 7 Mio. Franken.

Ein paar Bemerkungen zum Mehraufwand. Wir haben einen Mehraufwand bei den Beiträgen an Dritte, das ergibt sich vor allem aus dem Lastenausgleich im Sozialen und macht 28.2 Mio. Franken aus, wir haben einen gestiegenen Sachaufwand von 2.7 Mio. Franken, wir haben gestiegene Passivzinsen von 1.4 Mio. Franken.

Wir haben aber auch Minderaufwand zu verbuchen, weil wir 6.1. Mio. Franken weniger Entschädigung an den Kanton bezahlen müssen und wegen eines tieferen Personalaufwands. Wir haben auch einen Mehrertrag, weil wir die Gebühren an die Teuerung angepasst haben und durch weiter dank Umsatzsteigerung in gewissen Bereichen von 8.7 Mio. Franken, höheren Steuererträgen, höheren Vermögenserträgen von 5.7 Mio. Franken und höheren Konzessionseinnahmen.

Zum Leistungsausbau – alles ist auch im Budget auf Seite 20 erwähnt: Wir haben die Aufhebung der Lohnobergrenze, falls das Stimmvolk dem Geschäft zustimmt, wir haben eine Erhöhung der Polizeipräsenz, die ja auf den Gegenvorschlag zu einer Initiative zurückzuführen ist, wir haben höhere Kosten bei den Volksschulen. Auch die Einführung der Betreuungsgutscheine bedeutet einen Leistungsausbau, und schliesslich übernimmt die Stadt das Projekt Primano, das bisher drittfinanziert war.

Zu den Haushaltsverbesserungsmassnahmen – also Sparmassnahmen –, die man ja schon im IAFP besprochen hatte. Kurz vor ihrer Sitzung hat die FD vom Gemeinderat einen Brief bezüglich FILAG erhalten, so kurzfristig, dass wir das Thema nur andiskutieren konnten. Das Budget, das uns vorlag, enthielt eine Entlastung von 4.5 Mio. Franken, jetzt gibt es aber eine Mehrbelastung von 8.5 Mio. Franken. – Sie finden das auch aufgeführt in den Anträgen 33 und 45. Dies hat damit zu tun, dass der Kanton die Planungshilfe erst im August an die Ge-

meinwesen abgibt, und damit kann man sie – Sie kennen den Ablauf in der Stadt Bern – nicht mehr in die Erstellung des Budgets einbeziehen. Aber wenn wir ein ausgeglichenes Budget wollen, müssen wir sie trotzdem noch darin abbilden können. Der Grund für die Mehrbelastung sind die Umsetzung des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr und des Gesetzes bezüglich Erwachsenen- und Kindesschutz. Der Grosse Rat hat beschlossen, dies über den vertikalen Lastenausgleich zu machen, das heisst, es gibt eine Verteilung der Lasten auf die Gemeinden gemäss ihrer Bevölkerungszahl, und die Stadt Bern ist durch diesen Entscheid natürlich stark betroffen. Ein Teil dieser Mehrbelastung von 8.5 Mio. Franken wird über eine Rückstellung im 2012 gehen, dazu wird ein Nachkredit über 2 Mio. Franken in den Stadtrat kommen, womit im 2013 noch 7 Mio. Franken einzusparen sind. Wenn wir im Stadtrat zustimmen, wird uns der Gemeinderat im Februar 2013 ein 13. Massnahmenpaket für Haushaltsverbesserungsmassnahmen – ein 13. Sparpaket – unterbreiten. Wir haben den Gemeinderat in der FD gebeten, uns heute kurz aufzuzeigen, wo er diese 7 Mio. Franken einzusparen gedenkt. Aber er wird dies natürlich nicht im Detail ausführen können, angesichts der kurzen Zeit, die ihm geblieben ist.
Das FILAG – dank Finanzverwalter Hans Arni haben wir relativ ausführlich darüber debattiert – ist ein sehr filigranes System, bei dem es darauf ankommt, wo man „schraubt“. Wir sehen, was passiert, wenn man über den vertikalen Lastenausgleich geht, und wir sehen auch, was diese Entscheide im Grossen Rat bedeuten: Ursprünglich haben wir mit einer Entlastung budgetiert, jetzt werden wir mit einer Mehrbelastung konfrontiert.
Ich komme zu den grossen Vorhaben im Investitionsbudget 2013. Die Marktgass-Sanierung wird 2 Mio. Franken kosten, die Mühledorfstrasse 1.2 Mio. Franken. Ein Thema wird auch die Erneuerung von Lichtsignalanlagen sein, für 1.2 Mio. Franken, ein weiteres die erste Tranche Sanierung Stadttheater, die mit 2 Mio. Franken zu Buche schlagen wird.
Wir haben jetzt das erste Mal auch über die Planungserklärungen debattiert, die wir zum IAFP beschlossen hatten. Der Gemeinderat hat uns in der FD verdankenswerterweise aufgezeigt, wie er sie umzusetzen gedenkt, das liegt als Tischvorlage auf. 1.3 Mio. Franken Minderertrag im Budget 2013 ergeben sich aus einer Planungserklärung, weil der Stadtrat beschlossen hat, den Kostendeckungsgrad bei den Friedhöfen nicht zu verbessern. Sie sehen also, Planungserklärungen haben auch einen Einfluss auf das aktuelle Budget.
Interessant ist die neue Schul-Fünf-Jahresplanung, So sieht man endlich, wie die Schülerzahlen in den kommenden Jahren aussehen werden, bis 2020, das ist eine gute Planungsgrundlage. Weiter haben wir auch die Konzeptvorlage für die Einführung der Basisstufenklassen. Wir sehen, dass dazu auch räumliche Anpassungen notwendig sein werden, auch dazu liegt ein Raumkonzept vor. Wir haben uns auch über die verschiedenen Spezialfinanzierungen informieren lassen. Wie es damit in den kommenden Jahren aussieht, lässt sich im Budget nachlesen.
Wenn die Defizite so eintreffen wie prognostiziert, werden dies im 2014 13 Mio. Franken sein und bis 2016 bereits 20 Mio. Franken.
Wir haben auch darüber diskutiert, was es für die Stadt Bern bedeutet, wenn die Exportwirtschaft des starken Frankens wegen einen Rückgang zu verzeichnen hat. Wir wurden informiert, dass die Gewinnsteuern, also die Steuern der juristischen Personen, in den vergangenen Jahren abgenommen haben. Im 2010 beliefen sie sich auf 95 Mio. Franken und im 2011 auf nur noch 74 Mio. Franken. Im Budget 2012 sind 94 Mio. Franken eingestellt, aber eigentlich geht die Finanzdirektion davon aus, dass man diese Summe nicht erreichen wird. Für 2013 sind 86 Mio. Franken budgetiert. Sie sehen daraus, wie wichtig es ist, in der Stadt Bern natürliche Personen anzusiedeln: Sie sind für uns die grosse Einnahmequelle.
Zu den Anträgen des Gemeinderats. Die FD hat dem Antrag bezüglich des bereits erwähnten Ausgleichs dieser 8.5 Mio. Franken zugestimmt, hat aber darum gebeten, dass man uns ungefähr aufzeigt, wo die 7 Mio. Franken 2013 eingespart werden können. Wir empfehlen auch

alle weiteren Anträge des Gemeinderats zur Annahme, konkret, das Budget 2013 anzunehmen, die Steueranlage gleich bleibend zu lassen, und auch die Hundetaxen-Erhöhung empfehlen wir Ihnen zur Annahme.
Zu den Anträgen, die uns aus den Kommissionen vorlagen. Im Antrag 13 PVS geht es um 100'000 Franken Kürzung bei der Stadtentwicklung, weil die Bevölkerungsbefragung nur noch alle vier Jahre und abgestimmt auf die anderen Städte durchgeführt werden soll, das nächste Mal 2015. Wir sind der Argumentation der PVS gefolgt. Den Antrag aus der FSU (Antrag 15), der Kantonspolizei zusätzlich 100'000 Franken zur Verfügung zu stellen, haben wir abgelehnt und mittlerweile wurde er von der FSU zurückgezogen. Ein Argument der FD gegen den Antrag war, dass wir nicht genau bestimmen können, wo die Kantonspolizei die 100'000 Franken einsetzt. Den Antrag 20 FSU haben wir ebenfalls zur Ablehnung empfohlen, die FSU hat ihn zurückgezogen. Auch bei Antrag 24 – da geht es um die Securitrans – haben wir Rückzug empfohlen, jetzt liegt er aber als Antrag von GB/JA! vor.
Bei der Botschaft empfehlen wir Annahme, beantragen aber zwei Ergänzungen, nämlich dass man den interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Begriffe Eigenkapital und FILAG erklärt.

Fraktionserklärungen

Daniel Klauser (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Ich mache zuerst einige allgemeine Bemerkungen zur finanzpolitischen Grundhaltung der Fraktion GFL/EVP, dann folgt eine Gesamtwürdigung des Budgets, und zum Schluss gehe ich noch auf die Anträge des Gemeinderats in Zusammenhang mit dem Lastenausgleich ein und wie damit umzugehen ist.
Zum ersten Punkt: Es ist jedes Jahr das gleiche Bild: Von der einen Seite des Rats kommen unzählige Kürzungsanträge. Sie sind korrekt gestellt und richtig begründet – das ist ein Fortschritt gegenüber früher und einem früheren Fraktionschef, als dies nicht immer der Fall war, in dem Sinn haben wir also eine Verbesserung –, aber sie nehmen keine Rücksicht auf Verluste, Verluste von Leistungen, von denen wir der Meinung sind, wir möchten nicht darauf verzichten. Die andere Seite des Rats möchte gern hier noch ein wenig mehr Geld ausgeben und dort noch ein wenig mehr – für Sachen, die durchaus auch sinnvoll sind, aber am Ende muss das Budget stimmen. Wir müssen mit dem Geld auskommen, das zur Verfügung steht. Heute habe ich am Radio gehört, dass Alt Bundesrat Otto Stich gestorben ist. Er hat immer und immer wieder gesagt, das war sein Mantra: Man kann nicht mehr ausgeben, als man hat. Die Fraktion GFL/EVP beteiligt sich weder an einem Sparakiri, wie es von der einen Seite vorgetragen wird, noch an einem „Darf's no es bitzeli meh sy?" von der andern Seite des Rats. Wir werden einzelnen Anträgen zustimmen, dabei aber immer darauf bedacht sein, dass das Budget am Ende ausgeglichen bleibt.
Zur Gesamtwürdigung des Budgets. Das vorliegende Budget ist ein „Chnorz". Das war es bereits, als der Gemeinderat es vorlegte, und es ist es jetzt noch mehr, mit den Zusatzanträgen des Gemeinderats des FILAG wegen, darauf komme ich noch zurück. Warum ist das Budget ein „Chnorz"? Als erstes fällt die um 20.5 Mio. Franken reduzierte Gewinnablieferung von ewb ins Gewicht, das ist ein grosser Brocken. Es ist für mich immer noch nicht ganz nachvollziehbar, wie sich Planzahlen von ewb in so kurzer Zeit so massiv verändern konnten, das sind ja nicht einfach Peanuts. Weiter fehlen uns, als Folge des Littering-Entscheids, 3.7 Mio. Franken Ertrag im Budget, und wir haben einen Leistungsausbau von fast 7 Mio. Franken. Bei der Polizeipräsenz und der Einführung der Betreuungsgutscheine werden Volksentscheide umgesetzt.
Die Einführung der Betreuungsgutscheine verzögert sich, weil das Referendum ergriffen wurde, und wir werden heute darüber zu befinden haben, wie mit der Verzögerung umzugehen ist. Dazu ist in letzter Minute von linker Seite ein Antrag gekommen, der aus unserer Sicht in dieser Form nicht tauglich ist, aber wir werden selber noch einen Antrag einreichen und ich

bin zuversichtlich, dass er im Rat eine Mehrheit findet. Er soll ermöglichen, dass die Eltern, die per 1.1.2013 Anspruch auf einen Kita-Gutschein gehabt hätten, dieses Geld auch erhalten, soweit dies möglich ist in dieser rechtlich schwierigen Situation, wo wir das Reglement noch nicht haben.
Um die genannten Ertragsausfälle und Mehrausgaben zu kompensieren, sieht der Gemeinderat eine einmalige Gewinnablieferung von 12 Mio. Franken durch die StaBe vor. Damit wird die laufende Rechnung auf Kosten der Substanz der StaBe um 12 Mio. Franken entlastet. Weiter geht der Gemeinderat von 7 Mio. Franken höheren Steuereinnahmen aus. Aus unserer Sicht sind die budgetierten Steuereinnahmen 2013 eher optimistisch. Wenn man diese 12 Mio. Franken besondere Gewinnablieferung und die optimistische Steuerprognose berücksichtigt, muss man sagen, dass der Haushalt der Stadt Bern ein strukturelles Defizit aufweist. Das zeigt dieses Budget und das zeigt auch der IAFP.
Zum letzten Punkt, den Korrekturanträgen des Gemeinderats als Folge der veränderten Planzahlen beim FILAG. Nach dem Studium der Unterlagen sind wir zum Schluss gekommen, dass der Gemeinderat wahrscheinlich tatsächlich bis vor kurzem nicht wissen konnte, was da in Bezug auf das Budget 2013 noch auf die Stadt Bern zukommt. Wir fragen uns, ob sich der Grosse Rat bewusst war, was er da entschieden hat. Ausbaden müssen das die Gemeinden – alle Gemeinden, nicht nur die Stadt Bern. Wahrscheinlich wird noch die eine oder andere Gemeinde im Kanton Bern eine heisse Budgetdiskussion erleben. Es gibt in dieser Situation keine guten Lösungen. Eine Rückweisung des Budgets ist aber aus unserer Sicht nicht zielführend. Es kann vom Gemeinderat auch nicht erwartet werden, innert so kurzer Zeit ein Sparpaket von 7 Mio. Franken zu schnüren. Das wäre aus unserer Sicht unseriös. Der Vorschlag des Gemeinderats, im Budget ein noch zu beschliessendes Sparpaket in der Höhe von 7 Mio. Franken einzustellen, ist bestimmt keine sehr elegante Lösung. Wir kaufen damit ein Stück weit die Katze im Sack, aber es ist wichtig, dass wir diese Katze kaufen, denn ohne verbindlichen Sparauftrag für dieses 7-Millionen-Paket ist das Budget für uns nicht tragbar. Ich fasse zusammen: Der Haushalt der Stadt Bern weist ein strukturelles Defizit auf, und nur dank dieser Sonderablieferung der StaBe kann man es kompensieren. Das Sparpaket ist also auch nötig, um den Haushalt in den kommenden Jahren zu entlasten, das zeigt im Übrigen auch der IAFP. Fazit: Das Budget 2013 ist ein „Chnorz“ und wird uns mit dem Sparpaket, das wir noch werden beschliessen müssen, im 2013 noch weiter beschäftigen, und auch das wird wahrscheinlich ein „Chnorz“ werden. Die Fraktion GFL/EVP tritt auf diesen „Chnorz“ oder eben das Budget 2013 ein.

Christoph Zimmerli (FDP) für die Fraktion FDP: Alle Jahre wieder haben wir Freisinnigen bei der Vorbereitung der Budgetdebatte ein ambivalentes Gefühl. Einerseits anerkennen wir die sehr gute und detaillierte Arbeit der Finanzdirektion, andererseits bedauern wir es, dass die Stadt weiterhin und auch in Zukunft keinen finanziellen Handlungsspielraum hat und sich damit nicht so entwickeln kann, wie wir es gern hätten. Positiv an diesem Budget ist, dass Haushaltsverbesserungsmassnahmen für 25.5 Mio. Franken vorgenommen werden konnten, dass bei natürlichen Personen mit leicht steigenden Steuererträgen von 13.9 Mio. Franken gerechnet wird und dass schliesslich keine Mittel für den Teuerungsausgleich vorgesehen werden müssen, weil die Teuerung bekanntlich in Richtung Null geht. Negativ ist an diesem Budget, dass wie jedes Jahr Mehrausgaben beantragt werden, wenn auch nur in bescheidenem Umfang. Negativ ist des Weiteren, dass mit sinkenden Steuern der juristischen Personen zu rechnen ist, aufgrund der Situation in der Exportwirtschaft. Negativ ist auch, dass die Stadt Bern die Auswirkungen der katastrophalen Finanzsituation im Kanton Bern gewärtigen muss, dass des Weiteren die viel gescholtenen StaBe insgesamt 34.6 Mio. Franken an die Stadtkasse abliefern müssen und schliesslich, dass die Stadt Bern immer noch eine hohe Schuldenlast hat, von der jetzt niemand mehr spricht, die aber ebenfalls einschränkend wirkt.

Der Gemeinderat präsentiert uns ein Budget, das vordergründig ausgeglichen ist, eine schwarze Null. Das hat ja bekanntlich schon fast Tradition in diesem Haus. Wenn man die Budgetzahlen ein wenig kritischer hinterleuchtet, so kommt man bestenfalls dazu, von einer roten Null zu reden, aber bestimmt nicht von einer schwarzen, und zudem haben wir düstere Prognosen am Horizont. Das Budget sieht also ein Ergebnis Null vor, es wird logischerweise kein Gewinn ausgewiesen, womit der Gemeinderat vom Weg der Tugend, nun endlich ein Eigenkapital von mindestens 100 Mio. Franken zu bilden, abweicht. Der Cashflow sinkt gegenüber dem Vorjahr von 35.9 auf 33% und die Investitionen gehen von 48.8 auf 41.3 Mio. Franken zurück. Ab 2014 werden erhebliche, steigende Defizite prognostiziert, und nachdem Barbara Hayoz dazumal leider nicht mehr Finanzdirektorin sein wird, werden die wahrscheinlicher. Die Schuldenwirtschaft steht wieder vor der Türe, was uns grosse Sorgen bereitet, zumal es ja heutzutage üblich ist, wenn nicht sogar zum guten Ton gehört, dass auch der Staat Schulden macht.
Im Folgenden werde ich auf einige aus unserer Sicht wesentliche Aspekte des Budgets eingehen. Erstens die bereits angesprochenen kurzfristig angekündigten Zahlungen in den kantonalen Lastenausgleich. Vor Wochenfrist musste uns der Gemeinderat mitteilen, die Stadt Bern müsse 8.4 Mio. Franken mehr als geplant in diesen kantonalen Lastenausgleich einzahlen, für Zusatzkosten in den Bereichen Erwachsenen- und Kindesschutz und öffentlicher Verkehr. Warum diese Zusatzkosten erst eine Woche vor der städtischen Debatte verkündet werden, ist nicht nachvollziehbar, es ist ein weiteres Indiz dafür, dass man in der kantonalen Finanzdirektion nicht mehr Herr der Sache ist. Die Mehrkosten im Bereich öV finden wir besonders pikant. Sie erinnern sich: zuerst hat man uns den direkten Bus vom Bahnhof zum Flughafen gestrichen. Und jetzt, nachdem das Leistungsangebot reduziert worden ist, verlangt man mehr Geld von der Stadt. Dieses Vorgehen ist ein Affront gegenüber der Stadt und eine Zumutung gegenüber dem Stadtrat. Er wird seines Rechts beraubt, heute vollumfänglich über ein Budget beschliessen zu können.
Zweitens: die Sanierungskosten bei den städtischen Liegenschaften. 570 Mio. Franken Rückstand, hat uns der Gemeinderat unlängst vorgeworfen, haben wir bei der Sanierung der städtischen Infrastruktur, und von diesem riesigen Betrag sind nur 279 Mio. Franken zurückgestellt, das macht einen Sanierungsrückstand von ca. 291 Mio. Franken. Der Gemeinderat hat uns erklärt, das sei knapp vertretbar. – „Ein offenes Feld“ nenne ich es. Für uns ist das nicht vertretbar, sondern beängstigend. Um die Situation zu veranschaulichen: In dieser noblen Stadt gibt es Schulhäuser, die seit fast 80 Jahren nicht mehr renoviert worden sind, wo einem schier das Dach auf den Kopf fällt, ganz abgesehen von den Installationen, die die Schülerinnen und Schüler dort zur Verfügung haben. Ich sage nicht, dass der heutige Gemeinderat für diese Situation verantwortlich ist, aber ich sage: er perpetuiert die Situation, wenn er diese Positionen nicht auch ins Budget aufnimmt, sondern einfach in die Zukunft trägt, bis eben der Moment einmal kommt, wo den Schülern das Dach wirklich auf den Kopf fällt. Und damit wären wir beim dritten Punkt, der Gewinnablieferung von Gemeindeunternehmen. Nachdem während Jahren ewb als Milchkuh herhalten musste und heute nicht mehr in der Lage ist, seine neue Energiestrategie umzusetzen, sind wir jetzt bei den StaBe angelangt. Sie sollen eine einmalige Gewinnablieferung von 12.1 Mio. Franken machen, in Zusammenhang mit der geplanten Rückführung in die Stadtverwaltung. Die viel gescholtenen StaBe sind also gut genug, um insgesamt 34.6 Mio. Franken an die Stadt abzuliefern. Jetzt soll mir doch bitte jemand erklären, wo man denn die nötigen Mittel hernimmt, um später all die Sanierungen zu machen, wenn man das Geld jetzt für etwas anderes braucht. Das geht einfach nicht auf, liebe Kolleginnen und Kollegen.
Und jetzt sind wir bei meinem Lieblingspunkt, den zu hohen Steuern in diesem Kanton und in dieser Stadt. Wir beraten heute ein Budget von 1 Mia. Franken. Die Einnahmen stammen zu 40% aus Steuern und zu 16% aus Gebühren. Um die im interkantonalen Vergleich ohnehin

exorbitant hohe Steuerbelastung irgendeinmal auf ein einigermassen vernünftiges Mass zu reduzieren – ich erinnere daran, dass es in dieser Stadt Leute gibt, die 44.3% Steuern bezahlen, das ist mehr als der Höchststeuersatz in Deutschland, und zudem beklagt sich der Gemeinderat heute noch, dass ihm die Mittel fehlen, nachdem wir ihm in diesem Saal teilweise die Erhöhung von Gebühren verunmöglicht haben – um also diese Belastung zu reduzieren, müssen wir eine Grundsatzaufgabenüberprüfung machen und wir müssen den Kanton Bern neu strukturieren, und das muss von der Stadt Bern her kommen. So geht das nicht weiter. Dieses Jahr haben wir unseren üblichen Steuersenkungsvorstoss noch nicht debattieren können, Sie haben es vielleicht bemerkt. Erstaunlicherweise liegt dies für einmal nicht in der Verantwortung des Gemeinderats, sondern der sagt mir, der Vorstoss sei bearbeitet und liege seit zwei Monaten im Ratssekretariat. Aber er kommt nicht zur Traktandierung. Wahrscheinlich ist er ersoffen, in der Flut von Vorstössen und einfachen Anfragen zum immer gleichen Thema.
Die Fraktion FDP wird einen allfälligen Rückweisungsantrag unterstützen, selber aber keinen stellen. Das Budget werden wir selbstredend ablehnen, erstens weil das Sparpotenzial nicht ausgeschöpft ist, zweitens, weil das Budget abermals nur vermeintlich und nur dank Gewinnablieferungen der Gemeindeunternehmen ausgeglichen ist, drittens, weil der Sanierungsrückstand bei den städtischen Liegenschaften nicht berücksichtigt ist und nicht angegangen wird und weil viertens keine dringend nötige – und mögliche, wenn man es richtig machen würde – kleine Steuersenkung drin enthalten ist. Ein letztes: Die Hundetaxe verzeichnet eine Verteuerung von 15% ab Inkrafttreten des neuen kantonalen Hundegesetzes. Man hat man also doch noch eine Quelle gefunden, wenn nicht bei den Toten, so doch wenigstens bei den Hunden!

Esther Oester (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wir bedanken uns bei der Verwaltung und dem Gemeinderat für das sorgfältige und relativ ausgeglichene Budget. Es steckt viel Arbeit dahinter, und als Rat haben wir jetzt die Aufgabe, das grosse Bild, die finanzielle Ausstattung und die Steuerung dieser Stadt in ihrem Umfeld sorgfältig zu überprüfen. Das Umfeld ist von Unsicherheiten geprägt. Die eine ist eine Weltwirtschaftskrise, die die Schweiz noch nicht so stark betrifft, die andere ist die Situation dem Kanton Bern gegenüber. – Diese Unsicherheit ist hausgemacht. Sie und auch der Druck kommen aus dem bürgerlich dominierten Kanton. Mit seiner unsinnigen Steuersenkungspolitik unterhält er ein Steuersystem ohne Umverteilungseffekt von Reich zu Arm und zwingt damit die Stadt zu Sparanstrengungen. Wir setzen uns klar gegen den Abbau des Sozialstaates und gegen die Schwächung des Bildungs- und Forschungsstandorts Bern ein. Wir befürworten einen starken Service public und sprechen uns somit für eine solidarische Stadt Bern aus. Darum haben wir die kantonale Initiative „Faire Steuern für Familien“ lanciert.
Die städtischen Finanzen sind heute solid und der Haushalt ist in einem guten Zustand, das zeigt sich zum Beispiel im Anhang des Budgets, bei den Kennzahlen. 20 Jahre RGM stehen für viel Disziplin bei den Stadtfinanzen, für eine Zeit von elf schmerzhaften Haushaltsanierungsrunden. Dank dieser Disziplin konnte man in den vergangenen Jahren regelmässig Überschüsse erwirtschaften und die Altlasten waren im 2010 ausgeglichen, die Schulden sind bezahlt. Umso mehr stösst uns sauer auf, wenn der Kanton uns unter Druck setzt, wir lassen uns nicht in eine Sparhysterie versetzen.
Noch letztes Jahr haben sich der Gemeinderat und der Stadtrat zum Ziel gesetzt, pro Jahr 10 Mio. Franken Eigenkapital zu bilden. Mit dem erfreulichen Überschuss 2011 von 56.7 Mio. Franken wurde das Ziel der Eigenkapitalbildung von 10 Mio. Franken pro Jahr um ein Mehrfaches übertroffen. Es ist nur logisch, dass im vorliegenden Budget keine weitere Eigenkapitalbildung vorgesehen ist. Wir wehren uns dagegen, wenn der Sparteufel an die Wand gemalt wird. Die Einnahmenseite des Budgets zeigt, dass der Rückgang der Gewinnablieferung von

ewb zwar eine grosse wirtschaftliche Herausforderung darstellt, die sicher ernst zu nehmen ist, aber erfreulicherweise wird dieser Rückgang im kommenden Jahr von Seiten der StaBe abgefedert. Ein haushälterischer Umgang mit den Mitteln wird auch in Zukunft bedeuten, dass wir angemessene Lösungen für den Umgang mit den städtischen Betrieben wie auch mit den Reserven, also den Immobilien, finden müssen. Auf der Einnahmenseite haben wir weiter die Steuern und Gebühren. Die Steuereinnahmen sind in der Nähe der effektiven Einnahmen von 2011 budgetiert. In Anbetracht der wirtschaftlichen und demografischen Aussichten ist dies eine sehr vorsichtige Budgetierung und wir gehen davon aus, dass der Betrag eher höher ausfallen wird. Ich möchte doch daran erinnern, dass die Stadt in den vergangenen Jahren steigende Einnahmenüberschüsse ausweisen konnte. 2008 waren es 24 Mio. Franken, 2009 23.5 Mio. Franken, 2010 42 Mio. Franken und 2011 wie gesagt 56.7 Mio. Franken. Die Budgets waren jeweils entweder ausgeglichen oder sahen einen kleinen Überschuss vor. Der Druck des Kantons besteht zwar, und die Stadt muss sich anstrengen, um ihren soliden Haushalt zu verteidigen, aber auf Vorrat zu sparen ist nicht angezeigt. Behauptungen wie die, das Budget sei zu hoch, oder die Stadt habe unüberwindliche Finanzprobleme, sind Ideologie. Es wird Druck aufgebaut, um den Service public und die sozialen Errungenschaften dieser Stadt anzugreifen, und dagegen wehren wir uns.
Die Steuereinnahmen der juristischen Körperschaften oder Unternehmen machen wie bereits gehört weniger als einen Viertel der Einnahmen aus, das Gros wird durch Privatpersonen aufgebracht. Bern ist also eine Stadt von Privatpersonen, für sie muss in allen Bereichen ein attraktives Angebot garantiert werden. Nicht nur der Steuerfuss, sondern auch die Infrastruktur, der Nahverkehr und das Sozialangebot machen die Attraktivität aus. GB und JA! haben mit anderen Partnern eine Wohninitiative lanciert, die sich für zusätzlichen und speziell für zahlbaren Wohnraum einsetzt. Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass ein sozial abgefedertes Kita-Reglement mit einer Defizitgarantie in Kraft tritt. Wir werden dazu später noch einen Antrag stellen und begründen. Eine weitere Einnahmequelle sind die Gebühren. Wir bedauern den Gerichtsentscheid zu den Litteringgebühren. Von den Detailhändlern und von der FDP wurde er als Sieg gefeiert. Kehricht wird es weiterhin geben und die Kosten für dessen Entsorgung werden weiterhin anfallen, da erwarten wir von der Siegerseite konkrete Vorschläge, wie man das bezahlen soll, und nicht nur Sparaufrufe. Andernfalls setzt sie sich dem Vorwurf aus, die Stadt zu schwächen. GB und JA! vertreten immer noch die Meinung, dass Gebühren für Leistung erhoben werden oder aber eine Lenkungswirkung entfalten sollen, auch dazu haben wir einen Antrag formuliert: Die Stadt soll für privatwirtschaftlich organisierte Sportanlässe wie zum Beispiel Boxen keine Gebührenerlasse mehr gewähren, weil die städtische Infrastruktur belastet wird, das soll verursachergerecht abgegolten werden. Wenn aber beim Sport oder bei Freizeitanlässen ein grosser Anteil Freiwilligenarbeit geleistet wird, mindestens ein Drittel der aufgewendeten Stunden, so kann man von einer solidarischen Lastenteilung sprechen, und in dem Fall stehen wir gern hinter einem Gebührenerlass. Wir haben das Budget auf mögliche zusätzliche Einnahmen hin untersucht und sind auf 405'000 Franken gekommen. Auch diesen Antrag werden wir später noch ausführen. Es gibt weitere Budgetposten, bei denen wir finden, es gebe Luft, z.B. bei der Sicherheit im Bahnhof. Securitrans verursacht hohe Kosten; ob sie etwas bringt, daran haben wir grosse Zweifel. Wir haben auch dazu einen Antrag gestellt. Im Weiteren sind wir überzeugt, dass das Erfolgsmodell der Natur- und Umweltbildung der Stadtgärtnerei, das grüne Klassenzimmer, sehr gut ist und gestärkt werden soll. Wir werden später ausführen, was wir uns bei diesem Antrag genau vorstellen.
Zum Schluss noch etwas zum Antrag Nummer 80, dem Sparauftrag, den sich der Gemeinderat selber geben will. Wir sind hergekommen und hatten das Gefühl, es sei eine Katze im Sack, aber man kann in den Sack schauen. Und wir haben einige Ideen, in welche Richtung es gehen könnte. Aber grundsätzlich möchte ich dazu sagen: Diese Reduktion von 9 Mio. Franken aus dem vertikalen Lastenausgleich des Kantons ist kurz vor den Sommerferien

kommuniziert worden, inzwischen hat sich die Zahl wieder verändert und nach den Abstimmungen wird sie noch einmal anders sein. Es ist also noch gar nicht klar, ob wir in diesem Budget ein Defizit zu erwarten haben und wie gross es sein wird. Das Sparpaket, das der Gemeinderat uns hier vorgelegt hat, überzeugt uns nicht. 2.6 Mio. Franken sind zur Reduktion von Personalkosten eingesetzt, was 20 bis 50 Stellen entspricht. Es ist also ein Stellenabbau vorgesehen und dagegen wehren wir uns, das halten wir nicht für angemessen. Wir tragen das Budget verantwortungsvoll mit, aber mit einem Sparziel auf Vorrat können wir uns nicht einverstanden erklären, wir werden den Antrag Nr. 80 ablehnen. Bern ist eine Stadt, die wächst; die Leute die neu nach Bern kommen, brauchen zusätzliche Leistungen und sie werden ihren Anteil an die Steuereinnahmen beitragen. Sparen auf Vorrat würde bedeuten, in einer wachsenden Stadt Leistungen abzubauen, und das in einer Zeit, in der die Eigenmittel gesundet sind. Das ist ganz einfach unvernünftig. Die Eigenmittel hat man zurückgelegt für schwierige Situationen, und jetzt ist eine schwierige Situation eingetreten, mit der Notwendigkeit, die Litteringgebühren zurückzuzahlen. Das Polster aus der letztjährigen Rechnung erlaubt es immer noch, Planungsvorgaben einzuholen und sogar, die 7 Mio. Franken aufzufangen. Einen möglichen Budgetfehlbetrag kann man ruhig und entspannt aus dem Eigenkapital berappen. Und wenn man sich überlegt, dass eine Annahme der Initiative „Faire Steuern für Familien“ nach der Berechnung des Gemeinderats der Stadt per Saldo 6 Mio. Franken Mehreinnahmen bringt, so bleibt noch 1 Mio. Franken Defizit. Vergessen Sie also nicht, am 23. September 2012 Ja zu sagen zur Initiative – und natürlich auch zur Motorfahrzeugsteuer. Zum Schluss bleibt zu sagen: Es handelt sich hier um ein solides, haushälterisches Budget, wir danken für die gute Arbeit, wir werden dem Budget zustimmen und sind überzeugt, dass auch die Bevölkerung dies in einem grossen Mass machen wird.

Kurt Hirsbrunner (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Die Fraktion BDP/CVP dankt allen Beteiligten für das vorliegende Budget. Wer es aufmerksam gelesen hat, hat schnell gemerkt: Wirklich gespart hat der Gemeinderat nicht, er hat vielmehr mit den Finanzen jongliert. Konkret: Er beantragt, für das Jahr 2013, 25 Mio. Franken mehr auszugeben als im Vorjahr, und dies Nota bene bei Null Prozent Teuerung. Die Ausgaben wachsen bei 0% Teuerung um 2.5%. Bereits bei der Sanierung der altrechtlichen Bilanzfehlbeträge hat sich dies als kapitaler Taschenspielertrick gezeigt und das Budget ist ein veritables Luftschloss.
Trick 1: – Vielleicht kann Daniel Klauser dann nachvollziehen, warum ewb so dasteht: Man hat ewb im Verlauf der Jahre 200 Mio. Franken entzogen und das Geld für die Tilgung der altrechtlichen Schulden eingesetzt. Das Problem dabei: Das Stadtwerk hat nur noch eine Eigenkapitaldecke hart an der 30%-Grenze. Statt dass das Geld in Nachhaltigkeit investiert wurde, ist es im Dickicht des städtischen Etats versickert. Unsere Energieversorgung ist bei der Bewältigung der Energiewende auf sich selber gestellt, schlimmer noch: Sie hat die Stadt und ihre Begehrlichkeiten als Klumpenrisiko am Hals. Die rotgrüne Finanzpolitik entpuppt sich als Stolperstein für die Energiewende, der Minnegesang zur Nachhaltigkeit wird zur Farce. Immerhin: Nachdem der Gemeinderat bemerkt hat, dass er drauf und dran ist, das Tafelsilber zu verscherbeln, hat er seine Begehrlichkeiten bei ewb ein wenig zurückgestellt. Es sind aber immer noch 25 Mio. Franken, und wenn man genau liest, stellt man fest, dass es noch mehr werden können. Daraus wird sofort klar: Wenn die ewb-Millionen nicht munter fliessen, werden die strukturellen Defizite im Stadthaushalt schonungslos offen gelegt.
Trick 2: Man lagert die Stadtbauten aus und verfährt gleich wie bei ewb. Das Problem dabei: Die mageren rund 25% Eigenkapital der StaBe werden jetzt in die Stadt rückintegriert und damit auch die Schulden. Trick 3. Man schiebt die Sanierung der eigenen Pensionskasse auf die lange Bank, das Problem dabei: Mit jedem Jahr, das die Pensionskasse nicht im Beitragsprimat geführt wird, wächst der Schuldenberg für die künftigen Rentenversprechungen und schlussendlich bezahlt der Steuerzahler die Rechnung.

Trick 4: Man beschafft mit einem abenteuerlichen Abfallreglement neue Einnahmen, aber das Reglement hat der gerichtlichen Prüfung nicht standgehalten und jetzt fliegt der Bumerang dem Gemeinderat in Form eines Millionenlochs um die Ohren. Trick 5: Man vernachlässigt den Gebäudeunterhalt. Das Problem dabei: Auch diese Kosten werden uns einholen.
Trick 6: Man nimmt den Unterstützungsbeitrag der Reitschule ins Budget auf, ohne dass dazu der geforderte, von allen Parteien unterzeichnete Vertrag vorliegt. Das Problem dabei: Der Gemeinderat kann nach der Gutheissung des Budgets gemäss seiner Auslegung des Rechts das Geld fliessen lassen, ohne dass die Leistungen zusammen mit der Reitschule vereinbart worden sind. Trick 7: Der Kanton übernimmt Aufgaben wie zum Beispiel das Case Management Berufsbildung. Das Problem dabei: der Gemeinderat belässt die kantonalisierten Stellen im Stellenetat, bezahlt weiterhin für die kantonalisierten Aufgaben und die Kosten werden dem Steuerzahler aufgebürdet. Trick 8: Man nimmt die Mehrkosten für das Littering einfach nicht ins Budget auf. Das Problem dabei: Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern wird ein geschöntes Budget vorgelegt, die düstere Zukunft wird verschwiegen.
Fazit: Sparen heisst für den Herrn Gemeinderat überrissene Budgets kürzen. Munter werden neue Produkte ins Budget aufgenommen, anstatt dass man endlich mit dem sorgfältigen Haushalten ernst macht. Man kann den im November fünf neuen oder wieder gewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäten wohl nur einen Ratschlag geben: Hände weg von der Finanzdirektion, das könnte sich als schwierige Arbeit entpuppen. Die Fraktion BDP/CVP kann nur mit grossem Widerwillen auf das Budget eintreten. Wir haben eine Reihe Anträge formuliert, die zu einer Budgetverbesserung führen sollen, und nach der Diskussion wird sich unsere Fraktion entscheiden, ob sie dem Budget zustimmen kann.

Annette Lehman (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Jedes Jahr, wenn ich mich mit dem Budget befasse, wird mir bewusst, wie viele Leute an dessen Erarbeitung beteiligt sind und welch grosse Arbeit das ist. Ich möchte darum einen grossen Dank aussprechen: Der Finanzverwaltung und dem Gemeinderat, aber ebenso allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Bern, die sich täglich dafür einsetzen, dass wir in einer attraktiven und lebenswerten Stadt leben können. Der Dank geht aber auch an die Kommissionen, die sich jedes Jahr in das Budget reinknien.
Letztes Jahr habe ich an dieser Stelle den Umgang des Gemeinderats mit den Planungserklärungen gerügt und ihn gebeten, er solle doch wenigstens zu den überwiesenen Planungserklärungen Stellung beziehen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass es dieses Jahr sehr viel besser geklappt hat. Es hat uns aber eine Antwort zu einer überwiesenen Erklärung zu den Quartierplätzen gefehlt. Ich möchte aber noch einmal betonen, dass diese Diskussion eine andere Flughöhe hat und nicht eine vorgezogene Budgetdiskussion sein soll.
Zum PGB 2013: Wir haben zwar ein ausgeglichenes Budget, aber wie wir alle wissen, steht es auf etwas wackligen Beinen. Mehrere Faktoren machen die Situation schwierig: Wir haben einen Bundesgerichtsentscheid (BGE), der uns 3.7 Millionen Franken kostet, wir haben die reduzierte Gewinnablieferung von ewb, die zum Teil aufgefangen werden kann, und wir haben vor allem unvorhergesehene Einbussen beim FILAG. Wir haben Haushaltsverbesserungsmassnahmen von 15.3 Mio. Franken und globale Kürzungen und Mehrerträge von 10.2 Mio. Franken. Dem gegenüber steht ein Leistungsausbau von 6.7 Mio. Franken. Wenn also irgendjemand behauptet, dass die Ausgaben immer nur zunehmen und dass nicht gespart werde, stimmt das schlicht und einfach nicht. Es ist auch frech und unfair den städtischen Angestellten gegenüber, die bereits das x-te Sparpaket hinter sich haben. Was uns sehr freut ist, dass der Steuerertrag erhöht werden konnte. Da wir wissen, dass die Finanzdirektion mit den Steuerprognosen immer sehr vorsichtig budgetiert, nehmen wir das mit Befriedigung zur Kenntnis, ebenso, dass die Anzahl der steuerpflichtigen natürlichen Personen kontinuierlich

steigt. Auch das Märchen, dass in der Stadt Bern niemand Steuern bezahle und dass alle Steuerzahler aus der Stadt wegzögen, ist also zum wiederholten Mal widerlegt.
Die Fraktion SP/JUSO sieht, was auf uns zukommt. Wir stellen nicht in Abrede, dass die Finanzen nicht rosig sind; wir sind abhängig von den Entscheiden des Kantons. Wir möchten aber trotzdem davor warnen, erneut in eine Sparhysterie zu verfallen. Es braucht jetzt eine gewisse Gelassenheit. Es gibt viele grosse Wirtschaftsprofessoren, die mit Studien belegen, dass Sparen um jeden Preis die falscheste Reaktion ist. Investitionen sind wichtig, Investitionen in eine lebenswerte Stadt bringen schlussendlich mehr.
Zu den Anträgen nur im Groben: Wir lehnen die Rückweisungsanträge von Peter Wasserfallen und der Fraktion SVPplus ab, ich habe die Begründung schon geliefert. Es wäre verantwortungslos, diesen Anträgen zuzustimmen. Wie genau wollen Sie der Bevölkerung diesen Spardruck zugunsten des Eigenkapitals erklären? Das würde derart massive Leistungseinbussen nach sich ziehen, dass Sie Ihren Wählerinnen und Wählern erklären müssten, warum sie verzichten sollen, nur damit das Eigenkapital aufgestockt werden kann. Wir lehnen die Kürzungsanträge der SVP ab. Immerhin sagt sie, wo sie sparen will, im Gegensatz zur BDP. Diese schlägt wieder einmal nur Prozentkürzungen vor. Auch die lehnen wir ab. Die Anträge von GB/JA! unterstützen wir zum Teil, die Anträge der Kommissionen nehmen wir grösstenteils an. Wir werden uns in der Detailberatung nicht mehr zu jedem Antrag im Detail äussern. Bei einigen Anträgen kommen wir uns vor wie der Butler im Dinner for One, mit seinem Tigerfell. Wir haben einen finanzrelevanten Antrag zum AfU gestellt und zwei Anträge zu Bemerkungen zur familienexternen Kinderbetreuung, darauf kommen wir im Detail zurück.
Noch etwas zum Antrag 80 des Gemeinderats. Wir können das vorgeschlagene Sparpaket von 7 Mio. Franken nicht einfach unbesehen unterstützen. Wir wollen kein Sparen auf Vorrat, bevor klar ist, wie die Auswirkungen des FILAG genau sind. Und wie wollen wir der Bevölkerung und den städtischen Angestellten genau erklären, dass sie massive Einbussen in Kauf nehmen müssen, wenn wir daneben ein Eigenkapital von 56.7 Mio. Franken haben? Noch einmal, zur Erinnerung: Es sind in diesem Budget bereits Sparmassnahmen von 15.3 Mio. Franken enthalten. Seit heute haben wir eine Aufstellung, wie die Massnahmen aufgeteilt sein könnten. 2.6 Mio. Franken sind allein für die Reduktion der Personalkosten vorgesehen. Wir können nicht einfach so eine Blankovollmacht aussprechen, einerseits nicht den städtischen Angestellten gegenüber, andererseits nicht, weil diese Einsparung gezwungenermassen auch zu Leistungsabbau für die Bevölkerung führt. Wir sind bereit, über gewisse Einsparungen zu reden, aber erst, wenn wir über Fakten diskutieren können und wissen, wie die Situation aussieht. Der Antrag lässt uns diesmal dem Budget gegenüber etwas skeptischer sein, wir können ein Sparen um jeden Preis nicht unterstützen. Wir wollen eine gute Lebensqualität in unserer Stadt, gute Arbeitsbedingungen und genügend Wohnraum. Wir würden es begrüssen, wenn der Stadtrat anerkennen würde, welche Sparmassnahmen bereits unternommen wurden. Wir werden dem Gemeinderat genau zuhören, wenn er erläutert, wo er noch weitere 7 Mio. Franken sparen will. Auch wenn wir dem Budget, so wie es aussieht, zustimmen werden, nehmen wir bestimmt nicht unsere Zustimmung zu den Sparmassnahmen vorweg. Wir werden die Vorschläge seriös prüfen, wenn sie vorliegen. Unser Ja zum Budget wird kein Ja zum dreizehnten Sparpaket sein.

Roland Jakob (SVP) für die Fraktion SVPplus: Wir möchten der Verwaltung recht herzlich danken für ihre Arbeit, wir würdigen sie auch. Auch wenn wir jetzt gleich ziemlich ins Gericht gehen werden mit dem Budget, heisst dies nicht, dass wir nicht sehen, welchen Einsatz Sie immer wieder leisten.
Für die Fraktion SVPplus ist klar, dass ein Budget nicht allen gerecht werden kann, doch wenn der Gemeinderat im Vorfeld von einer schwarzen Null spricht, werden wir hellhörig. Denn wie wir gesehen haben, hat er Verschiebungen und Umlagerungen vorgenommen, von

unten nach oben, hintenrum und vorne wieder zurück, so dass am Schluss an den meisten Orten nicht mehr klar war, was er eigentlich will. Sein oberstes Ziel ist die schwarze Null und dafür versucht er vieles, auch viel Irreführendes, ins Feld zu führen. Aus diesem Grund haben wir uns nach langer Diskussion dazu entschlossen, einen Rückweisungsantrag zu stellen, und zwar einen, der mit Auflagen verbunden ist. Für uns ist klar, dass eine Eigenkapitalbildung von mindestens 10 Mio. Franken auch diesmal möglich sein sollte. Denn es braucht nicht nur Leistungsausbau, es braucht nicht nur ein Budget, das immer grösser wird, sondern es braucht auch einmal Kapital, damit man reagieren könnte, sollte es wirklich schlimm werden.
Was uns ebenfalls sauer aufstösst, ist, dass jetzt neuerdings nicht mehr ewb, sondern die StaBe Milchkuh spielen muss, damit der Gemeinderat seinem Budget und seiner schwarzen Null gerecht werden kann. Kurz bevor die StaBe rückgeführt werden, werden sie gemolken, und die Schulden kommen erst später zum Vorschein. Das ist eines Gemeinderats nicht würdig, das ist auch der Mitarbeiter der StaBe nicht würdig, die sich tagtäglich einsetzen, damit sie mit guten Zahlen brillieren können.
Mehrkosten beim Leistungsausbau, Mehrkosten allgemein: Das Budget steigt dort um fast 7 Mio. Franken, und da muss ich sagen: Das ist auch nicht in Ordnung. Der Gemeinderat soll sich einmal entscheiden, dass er das, was er hat, auch hat, und nicht weiter ausbauen. Die Betreuungsgutscheine, die heute auch noch zu reden geben, sind Volkswille. Für die SVP ist klar: Wenn wir einmal Ja dazu gesagt haben, so haben wir Ja gesagt. Wenn das Volk dies will, so helfen wir mit, es umzusetzen. Es kann nicht sein, dass man zu zwängen beginnt und versucht, im Budget kontraproduktiv dagegen anzugehen. Man kann nicht immer bei den Gewinnern sein, man ist manchmal auch bei den Verlierern. Die SVP kennt das in der Stadt Bern, und trotzdem sind wir immer wieder bereit, in verschiedenen Allianzen zum Wohl aller in der Stadt Bern mitzuwirken. Aus diesem Grund haben wir in unserem Rückweisungsantrag auch festgehalten, dass wir die Betreuungsgutscheine nicht antasten. Wir stehen dazu und verlangen, dass das so umgesetzt wird.
Wir wollen am Schluss nicht nur ein ausgeglichenes Budget, das eine schwarze Null generiert, die eventuell plötzlich zu einer roten wird, wie wir bereits gehört haben, sondern wir wollen ein ausgeglichenes Budget, das wenn immer möglich eine Vision für die Zukunft bietet, das Platz hat für Neues, aber zuerst einmal dem Alten gerecht werden soll. Wir müssen uns langsam überlegen, was überhaupt Pflicht und was Luxus ist in dieser Stadt, und genau anhand dessen müssen wir das Budget aufstellen. Das ist das Anliegen, das ich auch persönlich an den Gemeinderat habe: Versuchen Sie, ihre Luxusgedanken zu relativieren und machen Sie aus einem Budget wieder das, was es sein soll, nämlich das, was die Stadtbernerinnen und Stadtberner wollen, nicht mehr und nicht weniger. In der Begründung zu unserem Rückweisungsantrag haben wir klar gesagt, dass das Debakel mit den 21 Mio. Franken bereits für viel Unmut sorgt und dass die 12 StaBe-Millionen einen weiteren Anlass bieten für einen Rückweisungsantrag. Und wenn man von 56 Mio. Franken Eigenkapital spricht, aber weiss, dass ein grosser Teil davon dieses Littering-„Gschtürms“ wegen nicht gerechtfertigt erwirtschaftet worden ist, so muss ich sagen: Da muss man vorsichtig sein, wenn man sagt, man wolle 56 Mio. Franken wieder zurückführen, um das Budget halten zu können. Wenn wir es nicht schaffen, müssen wir ehrlich genug sein und entweder kürzen oder wir haben am Schluss eine rote Zahl.
Weiter ist störend, dass der Gemeinderat im Budget Unwahrheiten drucken lässt. Ich denke da insbesondere an die IKuR Reitschule, die einfach auf einer Liste aufgeführt wird, auf der „mehrjähriger Leistungsvertrag“ steht. Aber wenn wir ehrlich sein wollen: Im Moment hat sie ab 2013 keinen Leistungsvertrag. Es ist ja schön, dass der Gemeinderat die Kommissionsarbeit und die Arbeit des Stadtrats vorweg nimmt und selber entscheidet, was wir am Schluss absegnen sollen. Ich persönlich finde dies eine bodenlose Frechheit. Diese 380'000 Franken haben in diesem Budget nichts zu suchen und sollen demzufolge gestrichen werden. Die

IKuR erhält, wenn überhaupt, einen Leistungsvertrag, wenn er hier gemacht worden ist, wenn der Stadtrat Ja sagt dazu, und vorher gibt es nichts. Ebenfalls sehr bemühend ist für uns, dass man hier von Geld spricht, das fehlt, und dann kann man in den Medien wieder lesen – übrigens mit einem Foto unseres Stadtpräsidenten, wie er schön mit Blumen umhängt dasteht – dass wir 3.25 Mio. Franken für das Haus der Religionen wollen, und zusätzlich für den Unterhalt. Ich finde das einen sehr wichtigen Auftrag, absolut nötig: Die ganze Stadt Bern hat darauf gewartet und darum sind wir froh, dass unser Stadtpräsident sich dermassen dafür einsetzt, dass wir noch mehr Geld ausgeben können, nach dem Prinzip „Im Winde verweht".
Mit den Massnahmen, die man uns mit Antrag 80 sehr kurzfristig vorgelegt hat, sind wir auch nicht glücklich. Insbesondere wollen auch wir nicht die Katze im Sack kaufen. Der Gemeinderat ist professionell genug, damit er klar sagen kann, was er machen will, statt nur so pro forma etwas aufzuschreiben, von dem er genau weiss, dass beim Personal bestimmt RGM reklamieren wird und bei den Gebührenerhöhungen die Bürgerlichen. Und am Schluss kann er sagen: Wir wollten ja, aber ihr wollt nicht. So einfach kann man sich nicht aus der Verantwortung schlängeln, auch nicht als Gemeinderat. Und nichts, aber auch gar nichts hört man vom Gemeinderat seiner selber initiierten Lohnerhöhung wegen, die er in die Mogelpackung des Personalreglements reingepackt hat. Da hält er sich still, es geht ja schliesslich in den eigenen Sack. Da ist man ganz gern noch an einem Anlass dabei und hängt sich Blümchen um. Hauptsache, der Stimmbürger und die Stimmbürgerin merken nicht, dass sie eigentlich einen Teilzeitangestellten als Vollzeit-Gemeinderat bezahlen, und wenn er seinen Job erledigen sollte und wenn das Budget da ist, ist er nicht hier.
Für uns von der SVPplus-Fraktion ist das Budget in keinster Weise annehmbar. Wir werden am Rückweisungsantrag festhalten, wir werden das Budget ganz sicher nicht annehmen können, wenn es nicht noch zu sehr grossen Veränderungen in positiver Art kommt. Für uns gibt es am Schluss nur zu sagen: So viele Leute in der Verwaltung immer wieder versuchen, sich dieses Budgets anzunehmen und konstruktive Ideen liefern, so schlecht setzt der Gemeinderat die Arbeit seiner Mitarbeitenden um. Für uns wird es Zeit, dass die Wahlen kommen und damit hoffentlich neue Köpfe mit neuen Visionen, die uns hoffentlich nächstes Jahr ein gepflegteres Budget präsentieren werden. Ganz am Schluss möchten ich und meine Fraktion Hans Arni danken. Er ist der Mann, den wir anrufen können, wenn wir etwas wissen möchten. Er sagt uns, was wo steht im Budget, er hilft uns. Es ist wichtig, in der Verwaltung solche Ansprechpersonen zu haben, Leute, die uns sehr kompetent und neutral zeigen, was wir mit unseren Gedanken wo im Budget verändern können. In dem Sinn, wie gesagt: Unseren Rückweisungsantrag werden wir natürlich annehmen, und zum Budget sagen wir zum jetzigen Zeitpunkt Nein.

Michael Köpfli (GLP) für die Fraktion GLP: Ich beginne mit einem kurzen Rückblick, um das vorliegende Budget einzuordnen, auch in die Finanzpolitik der vergangenen paar Jahre. Seit wir im Stadtrat sind, finden wir, es sei zum Einen wichtig, dass man erst einmal die altrechtlichen Bilanzfehlbeträge abbaut und Eigenkapital schafft, und zum Anderen, dass man mittelfristig auch die eigentlichen Schulden senken kann. Wir sind in einem ersten Versuch gescheitert, mit einer Schuldenbremse, haben dann aber erfreulicherweise eine Planungserklärung durchgebracht, die die Stadt zum Einen beauftragt, jedes Jahr 10 Mio. Franken Eigenkapital zu bilden, und die zum anderen als mittelfristiges Ziel hat, die allgemeinen Schulden, die immer noch sehr hoch sind – je nachdem, wie man rechnet nahe an der Milliardengrenze oder weit darüber –, abzubauen. Die Planungserklärung ist, das wurde bereits angesprochen, sogar klar übererfüllt, darum haben wir ja auch schon beim IAFP anfangs Jahr gesagt, dass wir unter diesen Umständen ein ausgeglichenes Budget sprich eine schwarze Null mittragen würden. Wir haben ja immer gesagt, Eigenkapital sei dazu da, eine ausgleichende Wirkung zu

haben, und es müssen nicht jedes Jahr genau 10 Millionen sein, es kann auch einmal ein bisschen mehr sein und ein anderes Mal etwas weniger.
Man muss jetzt aber schon sagen, dass sich die Ausgangslage ein wenig verändert hat. Wir hatten als erstes einen BGE zu Littering-Gebühren, der dazu führt, dass die laufende Rechnung 2012 mit einem grossen Defizit von bis zu 21 Mio. Franken abschliessen wird. Zum Zweiten gab es die ebenfalls bereits erwähnte Botschaft des Kantons, dass am FILAG noch einmal herumgewerkelt wurde. Ich habe mich zuerst gefragt, ob man das nicht im Voraus wissen konnte, bin aber zum Schluss gekommen, dass man dem Gemeinderat nicht direkt einen Vorwurf machen kann. Man ist schon im IAFP von einer eher skeptischen Prognose ausgegangen, und jetzt ist der Kanton einfach noch weit darüber hinausgegangen und es wird noch mehr auf die Gemeinden abgewälzt. Das ist sehr unschön. Im Grossen Rat ist zwar immer wieder von Sparen die Rede, aber wenn man dann einfach Kosten auf die Gemeinden abschiebt, ist das netto nicht Sparen.
Es kommt noch mehr auf uns zu. Der IAFP zeigt auf, dass in den kommenden Jahren neue Defizite drohen – vielleicht können wir die noch abfangen, das wissen wir nicht –, und was noch mehr Sorgen bereitet ist, dass bei den Investitionsrechnungen der Eigenfinanzierungsgrad deutlich sinkt, was jedes Jahr zu einer Neuverschuldung führt. Und was wir noch nicht klar sehen, wo wir aber sehr gespannt sind, was passiert: Wird der Eigenfinanzierungsgrad des Hochbaus deutlich sinken, wird er sich sogar erholen, wenn die StaBe zurück in die Verwaltung kommen? Nach dem, was man hörte, dürfte es eher das erste sein, also eine zusätzliche Verschlechterung des Eigenfinanzierungsgrades und eine zusätzliche Verschuldung der Stadt Bern. Was ich damit sagen will: Es fällt uns immer schwerer, dem Budget, wie es jetzt vorliegt, zuzustimmen. Wir haben schon eine schlechtere Ausgangslage als anfangs Jahr beim IAFP, und jetzt kommt noch dazu, dass wir nur ein halbwegs ausgeglichenes Budget haben, ein Budget, in dem 7.36 Mio. Franken Haushaltsmassnahmen eingeschlossen sind, die erst im kommenden Jahr konkretisiert werden. – Eine Art Black Box, wir wissen nicht, was passieren wird. Das alles heisst auch, dass die Gefahr grösser wird, dass das Eigenkapital in diesem und in den kommenden ein, zwei Jahren massiv sinkt oder sogar aufgebraucht wird. Wenn die Sprecherin des GB meint, wir könnten uns ruhig und entspannt zurücklehnen und das alles mit dem Eigenkapital berappen, frage ich mich, was wir denn damit alles berappen können: Die Littering-Gebühren, diese 7 Millionen, dann die ganzen Investitionen, die anstehen, wahrscheinlich auch noch die jährliche Unterdeckung der Pensionskasse. Dafür reicht dieses Geld natürlich nie und nimmer, und darum ist es wichtig, dass wir das Eigenkapital weiter ausbauen, wie es die Planungserklärung vorsieht, und bestimmt nicht jetzt schon damit beginnen, es aufzubrauchen, nachdem wir nach sehr vielen Jahren endlich einmal eine minimale Reserve haben.
Zum Sparpaket, das der Gemeinderat vorschlägt. Ich habe es gesagt, es ist eine Black Box. Zuerst war es eine reine Black Box, und die FD hat dann gewünscht, dass etwas konkretisiert wird. Unsere Fraktion hat schon damals, als es an die Medien ging, gesagt, es sei zwingend, dass das Sparpaket konkretisiert werde. Es war uns klar, dass aus Zeitgründen nicht jedes Detail erläutert werden kann, aber wir haben gesagt, wir möchten zumindest wissen, wo und in welchen Bereichen gespart wird, aber das fehlt in der Aufstellung, die wir jetzt erhalten haben, völlig. Was heisst „Reduktion Personalkosten“? Werden Löhne gekürzt? Werden Stellen abgebaut? Und wenn Ja, wo? Unabhängig von der politischen Couleur müssten wir doch verlangen, etwas konkretere Informationen zu erhalten. Dasselbe beim „Verzicht Beträge an Dritte“. Die Berner Stimmberechtigten sollten doch wissen, worüber sie abstimmen, wenn sie über das Budget befinden. Ein dermassen undifferenziertes Sparpaket drin zu haben, finde ich fast schon eine Zumutung gegenüber den Stimmberechtigten. Wie gesagt, mache ich den Vorwurf nicht primär dem Gemeinderat, ich weiss, dass es schwierig ist. Dem Gemeinderat vertraue ich eigentlich durchaus, dass ein Sparpaket kommt, auch in neuer Zusammenset-

zung. Ich muss sagen, in den vergangenen drei oder vier Jahren hat er in der Finanzpolitik einiges richtig gemacht. Was ich mehr spüre, jetzt schon, das ist von SP und von GB gekommen: dass man zwar dem Budget zustimmt, aber natürlich dem Sparpaket nicht – oder wahrscheinlich oder vielleicht nicht. Und auf der anderen Seite haben wir Leute, die das Budget ablehnen. Wahrscheinlich wird es heute in diesem Saal eine Mehrheit geben, die dem Budget zustimmt, es wird vors Volk kommen und angenommen werden, aber die Leute, die dem Budget zugestimmt haben, damit es überhaupt vors Volk kommt, werden nächstes Jahr den Inhalt des Budgets ablehnen. Das geht so nicht auf und dazu können wir nicht Hand bieten. Wir werden das Budget aber auch nicht zurückweisen. Ein Rückweisungsantrag geht sehr weit und ich gehe auch nicht davon aus, dass man noch massiv Eigenkapital bilden kann. Was allenfalls realistisch gewesen wäre: Diese 7.36 Mio. Franken noch irgendwie aufzufangen. Man hat dies letztes Jahr gesehen, als ein Rückweisungsantrag vorlag. Da hat man es geschafft, in gleich kurzer Zeit wie man sie jetzt hat, immerhin zu über 2 Mio. Franken ganz konkret zu sagen, wo man sie einspart. Aber jetzt ist alles sehr schwammig, man sagt nicht einmal, in welchen Bereichen der Stadtverwaltung man sparen will. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn man zumindest bei einem Teil des Betrags konkreter geworden wäre. Aber vielleicht gibt es ja im Rahmen der Debatte noch mündliche Informationen, ich würde mich freuen, wenn der Gemeinderat das machen könnte. Wir sagen ganz klar: Wir werden im kommenden Jahr Hand bieten für das Sparpaket, wir wollen nächstes Jahr nicht ein Defizit im Umfang von 7.36 Mio. Franken anhäufen.
Wir werden heute eintreten, und dann hängt es für uns sehr davon ab, wie die Debatte verläuft. Ein Ausbau kommt für uns nicht in Frage, allenfalls können wir Umlagerungen akzeptieren, dass man also am einen Ort spart und das Geld an einem anderen Ort einsetzt. Eine Fraktion, die irgendwo ausbauen will, muss auch sagen, wo man das Geld einsparen kann. Zum Zweiten ist für uns der Entscheid sehr von der Konkretisierung des Gemeinderats abhängig, wie das Geld eingespart werden soll. Das gehört zwingend auch in die Abstimmungsbotschaft, um für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Transparenz zu schaffen, soweit dies möglich ist. Aber diese Transparenz zu schaffen ist heute ad hoc nicht möglich und darum haben wir den Antrag gestellt, die Abstimmungsbotschaft erst in der nächsten Sitzung zu behandeln. Das hat auf den Abstimmungstermin keinen Einfluss. Ich bitte Sie alle, unabhängig davon, ob Sie das Budget gut oder schlecht finden, ob Sie das Sparpaket gut finden oder nicht, der Verschiebung der Diskussion zur Botschaft auf nächste Woche zuzustimmen, weil Transparenz im Sinne aller ist. Ob wir dem Budget zustimmen ist sehr davon abhängig, wie es konkretisiert wird und auch davon, ob die Parteien, die dem Budget zustimmen, sich zum Sparpaket bekennen. Wenn dem nicht so ist, können wir nicht Hand bieten. Wir finden, man könne nicht mit Leuten ein Budget verabschieden und vors Volk bringen, die es am Schluss nicht mittragen. Wir treten auf das Budget ein, werden ihm aber mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht zustimmen können.

Einzelvoten

Peter Wasserfallen (parteilos); Sanierung der Pensionskasse, Sanierung des Stadttheaters, Hallenbäder, Freibäder, Primano-Ausbau, Betreuungsgutscheine-Ausbau, der Rest bleibt gleich – man will also nicht an der Kultur sparen – und und und. ewb kann man nicht mehr melken, die StaBe bald auch nicht mehr, weil es sie bald nicht mehr gibt. – Meine Damen und Herren, in ein paar Jahren werden wir in der Stadt Bern in ein Finanzloch fallen, es wird wieder viel Defizit geben, oder aber es wird eine Steuererhöhung nötig sein, von 1.54 auf 1.6 oder auf 1.65. Was jetzt in der Stadt Bern läuft, ist gelinde gesagt eine Katastrophe. Man will immer mehr ausgeben, man will die Autobahn im Ostring untertunneln – da muss man als Gemeinde auch daran bezahlen –, möchte das Kirchenfeld-Schosshaldequartier mit Wabenlö-

sungen in den Verkehrskollaps führen: Das kostet alles und es gibt fast keine Kantonsbeiträge oder sogar gar keine mehr dafür, wenn der Grosse Rat einmal sagt: Nein, das kriegt ihr nicht. Überall wird ausgebaut und beibehalten, aber irgendeinmal, am Sankt-Nimmerleinstag, muss alles erledigt sein, andernfalls stürzen Brücken ein oder irgendwelche Hallenbäder oder das Stadttheater. Also meine Damen und Herren: Wenn wir so weitermachen, haben Sie bald einmal wieder schöne Bilanzfehlbeträge, und dann können Sie nicht feiern – sprich den 80er-Jahre-Gemeinderäten die Schuld geben –, sondern das ist rein hausgemacht, von RGM. Vorher war es übrigens auch nicht immer der „Vierer mit", der schuld war, das hat schon früher angefangen, in den 70er-Jahren, dass man über die Verhältnisse gelebt hat, und es wird einfach so weitergehen.

Warum habe ich diesen Rückweisungsantrag eingereicht? Eigentlich habe ich gar keinen Rückweisungsantrag eingereicht, sondern beantragt, dass man eine Rückstellung in der Höhe von 31 Mio. Franken macht für Hallen- und Freibäder. Das ist genau der Betrag, den das Budget über 1 Mia. Franken liegt. Ich habe mir gesagt: Das ist zuviel, wir müssen Eigenkapital schaffen und sparen. Der Gemeinderat soll das in Eigenkompetenz machen, ohne einen Rappen mehr Ausgaben oder Einnahmen. Aber es ist rechtlich nicht möglich, eine Rückstellung zu machen für etwas, was im IAFP nicht eingeplant ist. Es ist nicht möglich, Eigenkapital zu schaffen und einen Globalsparauftrag zu geben. Rechtlich ist nur eine Rückweisung möglich und darum heisst das Ding jetzt so. Das muss man jetzt einfach machen, man muss das Budget zurückweisen, und der Gemeinderat muss 31 Mio. Franken einsparen. Ich kann vielleicht noch sagen: Statt 14 Wochen Schwangerschaftsurlaub bei 80%, wie es der Kanton minimal vorschreibt, hat man in der Stadt Bern 16 Wochen bei 100% – oder einfach mehr, als man kantonal zur Verfügung hätte. Da kann der Gemeinderat als Notmassnahme gut sagen, man gehe aufs kantonale Minimum. Oder man kann sagen, in der Kultur gebe es keine Beiträge mehr z.B. an den Progr, an die Reitschule etc. Das kann der Gemeinderat ja dann selber erledigen. Immer, wenn man sagt, man solle an einem Ort sparen, kommen Alexander Tschäppät und alle anderen und sagen: Nein, genau hier kann man nicht sparen und hier kann man nicht sparen. Darum sollen sie das in Eigenkompetenz machen. Und darum müssen wir zurückweisen und 31 Mio. Franken Eigenkapital schaffen, im Hinblick darauf, dass einmal die Sanierung von Stadttheater, der Hallenbäder und Freibäder kommen. Vorher legen wir es gut verzinst an, und wenn in drei oder vier Jahren – ich hoffe schon früher – die Hallenbäder hoffentlich mal an der Reihe sind, kann man dieses Geld dafür brauchen, und dann kann man im IAFP, bei dem ich zwar nicht mehr dabei sein werde, z.B. eine Planungserklärung zu diesem Eigenkapital erlassen und kann das einplanen. Infrastrukturmassnahmen kosten bei grösseren Objekten immer zweistellige Millionensummen, das ist nicht machbar, indem man 50'000 Franken hier und 50'000 Franken dort spart. Da muss man irgendwann das Kapitel dazu anschaffen, vielleicht sogar einmal einen Fonds schaffen nur für Infrastrukturmassnahmen, mit guten Zinsen. Und dann kann man etwas bauen, und hat nicht immer diese Zitterpartien: Jetzt geht es wegen der mittelfristigen Investitionsplanung nicht, wir müssen es hier noch ein wenig hinauszögern und dort auch, und dann fällt das Muubeeri tatsächlich einmal zusammen, oder es wird polizeilich oder wegen Sicherheitsproblemen geschlossen, und die Schüler können nicht mehr schwimmen lernen, die Schwimmklubs haben auch nichts mehr. Oder beim Stadttheater hat man nur noch die Vidmarhallen und und und. Jetzt müssen Sie einfach aufhören, immer nur Sozialausbau, Primano und das noch und noch Westwind und all die anderen netten „chüderlilinken" Projekte. Investieren Sie endlich einmal in die Hardware, und die besteht aus Gebäuden und Infrastruktur, und die muss man unterhalten. Die kommenden Generationen werden sich hauptsächlich mit Infrastrukturproblemen herumschlagen. Die Bevölkerungszahl in der Schweiz hat sich seit dem 2. Weltkrieg mehr als verdoppelt, wir haben Tausende von Kilometern Strasse, wir haben unzählige Gebäude und meinen, wir können immer noch mehr Gebäude bauen und Bändchen durchschneiden wie beim ZPK, und das

Bestehende könne man verlottern lassen. So haben wir hier bald einmal Zustände wie in gewissen Gebieten der USA, wo es inzwischen schon aussieht wie in der Sowjetunion oder der Ex-DDR. Mit maroden, verrotteten Anlagen, aber der Sozialstaat ist aufgebläht. Man steckt das Geld in die Software, in externe Familienbetreuung. Und hier und dort noch ein Projekt, hier noch etwas Nettes und dort noch etwas, und was man haben muss, kann man nicht haben. Man kann zwar nachher sagen, es habe wieder ein paar schöne Sachen in der Stadt, es ist wieder etwas eingeweiht worden, aber der Rest verlottert, geht kaputt und wird versprayt. Darum haben wir hier eine Chance zurückzuweisen, 31 Mio. Franken Eigenkapital zu schaffen. So wird ein wenig gespart bei der Software, und man kann wieder in die Hardware investieren. Das gilt übrigens nicht nur für die Stadt Bern, das gilt auch für den Kanton, und das gilt auch für die Eidgenossenschaft, dass man jetzt einfach einmal die Infrastrukturen unterhalten und dort investieren muss. Und zwar nicht in neue Infrastrukturen, sondern man muss bestehende sanieren und unterhalten. So kommen wir vorwärts, andernfalls laufen wir schweizweit, kantonsweit und stadtweit in den Hammer. Da nützt es gar nichts mehr, wenn wir die Kinder in die Tagesstätte schicken, wenn die Gebäude fast zusammenfallen oder wenn Ratten oder Mäuse darin hausen oder ein Läusebefall ist, weil die Fenster nicht mehr schliessen. Und wenn es im Winter kalt ist, ist diese Naphtalinsache noch das geringste Problem.
Irgendeinmal muss man einfach aufhören, und darum werde ich heute alle Rückweisungsanträge annehmen und ich werde alle Sparanträge annehmen. Und alles, was mehr kostet und nichts bringt, werde ich ablehnen. Ich werde aber auch den 7-Millionen-Antrag des Gemeinderats ablehnen, weil er nebulös ist. Wenn er gewollt hätte, hätte er sagen können, es könnte noch etwas kommen und schon einmal konkret sagen, wo er sparen will. Das hier ist ein Freipass. Beim Personal soll es zwar auf der Basis laufen von „Abgänge nicht ersetzen“ und „Kein Teuerungsausgleich dieses Jahr“, aber wie gesagt: Es bringt nichts, einen Blanko-Check auszustellen, in dem Fall lassen wir auch das sein. Wenn man in der Stadt Bern offenbar nicht einmal mehr Rückstellungen schaffen kann, sondern gleich direkt einen Rückweisungsantrag formulieren muss, so weisen wir halt zurück, dann geht man halt noch einmal drüber, das ist nicht das erste Mal in der Stadt Bern. Das AGR wird das schon in den Griff bekommen mit der Stadt Bern. Dann geht man halt mal ohne gültiges Budget ins neue Jahr. Das sollte auch ein Lehrstück sein für die Zukunft, dass man endlich anfängt zu sparen, und zwar so, dass es anfängt einzuschenken. Leistungen abzubauen, wo es nicht wirklich schmerzt, das geht in der Stadt an vielen Orten: Einfach ein paar Nice to have und ein paar Luxussachen weniger. Aber wenn ich sehe, wer so alles für den Gemeinderat kandidiert, muss ich sagen: Ich habe keine grossen Hoffnungen, es wird in Zukunft wahrscheinlich noch schlimmer werden. Darum, wie gesagt: Jetzt haben wir noch eine Chance, nächstes Jahr wird es noch schwieriger, die Fraktionen und Parteien werden auch immer mehr in diesem Parlament, irgendeinmal bricht das Bordell aus und irgendeinmal wird es heissen: Ihr habt wieder viele Schulden. Und irgendeinmal werden die Steuern steigen und dann wird noch der letzte normale Steuerzahler die Stadt Bern definitiv verlassen und dann werden Sie Zustände haben wie in Städten wie Berlin und so weiter: Nur die Leute angelockt, die Sie als Stammwählerschaft wollen, die anderen haben Sie vertrieben, und bezahlen soll das irgendjemand. Aber die Solidarität, die jetzt auch in Europa gefordert wird, von den Deutschen gegenüber ganz Südeuropa, diese Solidarität wird eines Tages europa-, schweiz- und kantonsweit nicht mehr spielen. Eines Tages sagt man: Wir mögen nicht immer diesen Firlefanz der Stadt oder irgendwelcher Leute finanzieren. Eines Tages wollen wir das Geld für uns haben und e ines Tages ist die Solidarität ausgereizt. Und dann werden harte Massnahmen kommen und dann heisst es einfach: Ihr habt ein Budget, und wenn ihr nicht durchkommt, so geht ihr halt finanziell drauf und dann ist Schluss. Sie haben es jetzt noch in der Hand, Gegensteuer zu geben, aber ich glaube nicht daran. Darum werde ich auch das Budget ablehnen. Wenn es abgelehnt

ist, ist es gut, und wenn nicht, so laufen Sie halt in ein paar Jahren in einen Hammer, aber das kümmert mich dann leider nicht mehr.

Rolf Zbinden (PdA): Will man den regelmässigen Verlautbarungen des Gemeinderats folgen, so befindet sich die Stadt Bern im Aufbruch. Die Zahl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner steigt parallel zur viel gepriesenen Lebensqualität, und kein Ende ist abzusehen. Solchen Verheissungen würde man gern glauben, und gern würde man einen solchen Aufbruch auch im aktuellen Budget entdecken. Höchst erstaunt stösst man dann aber, nur als Beispiel, auf eine Reduktion der Mittel für die Stadtplanung. Welchen Reim soll ich mir darauf machen? Muss das so verstanden werden, dass sich die Stadtentwicklung auf einzelne Leuchttürme konzentrieren soll, wie sie uns immer wieder angepriesen werden? Die Geschichte lehrt, wie gerade Prestigeobjekte nicht davor gefeit sind, in Ödnis zu versinken, wenn der Blick für die grossen, urbanen Zusammenhänge verloren geht. Stadtplanung ist eben kein Luxusprodukt, das man beliebig portionieren kann, sondern sie stellt zuerst einmal eine politische Verpflichtung dar. Ein Blick auf die städtische Wohnbaupolitik fällt unter dieser Perspektive aber nüchtern aus. Noch so gern scheint sich die Stadt aus dem Geschäft herauszunehmen und die aktive urbane Gestaltung, sei es durch Verkauf oder im Baurecht, abzugeben. So würde eine Einschränkung in der Stadtplanung allerdings wieder Sinn machen, und zwar auf Kosten der Lebensqualität gerade der Einwohnerinnen und Einwohner, die sich den finanziellen Höhenflug auf Leuchttürme nicht leisten können. So ein Sparstift im Stadtplanungsamt setzt falsche Signale. Solche Sparübungen könnten sich bald schon als sehr teuer herausstellen.
Dass Polizeikräfte auch in Zeiten von erhöhtem Spardruck den Gürtel nie enger schnallen, gehört zu den Erkenntnissen, die sich ziemlich unabhängig von Raum und Zeit gewinnen lassen. Gewisse Stimmen meinen sogar, dass der Druck auf die Leistungen der öffentlichen Hand im Speziellen und auf die Gesellschaft im Ganzen in einem ursächlichen Zusammenhang zur Aufrüstung der Polizeikräfte stehen. So wäre es denn erstaunlich, wenn ausgerechnet Police Bern eine Ausnahme machen würde. Im Unterschied zum Amt für Umweltschutz legt die Kantonspolizei zu. So wird die Abgeltung für Police Bern um 2% zunehmen. Was die PdA Bern beunruhigt, ist nicht nur die Höhe der Zunahme in Zeiten von erhöhtem Spardruck, sondern der Umstand, dass sich so über den Ressourcenvertrag mit dem Kanton noch mehr Geld und damit polizeiliche Mittel der demokratischen Kontrolle durch den Stadtrat entziehen werden. Vierteljährliche Controllinggespräche zwischen der Kantonspolizei und der Direktion SUE und die regelmässigen Informationen der Stadtrats-Kommission FSU über die jeweiligen Ergebnisse entsprechen nicht den Kontroll- und Leitungsbefugnissen, wie sie den politischen Instanzen einer Bundesstadt angemessen wären. Dass die Rückführung der Polizei aktuell nicht auf der Traktandenliste steht, ändert nichts daran, dass Bürgerinnen-Nähe nicht durch anonyme Grossaufgebote oder durch Folklore hoch zu Pferd entwickelt werden kann, sondern nur durch Vertrautheit mit den lokalen Gegebenheiten. Und genau darin liegt auch Sparpotenzial.
Mehr Polizei, weniger Kultur. – Ich will nicht den Teufel an die Wand malen, ein kritisches Nachhaken scheint mir aber dringend notwendig, wenn ich die Kürzung in der Kulturförderung anschaue. Hier scheint sich eine problematische Entwicklung anzubahnen. Beiträge an die direkte Kulturförderung werden gekürzt, und garniert wird das Ganze mit dem Hinweis, dass die Subventionsverträge für die Jahre 2012 bis 2015 ja schon fest abgeschlossen seien. Hier wird ein Zusammenhang suggeriert, der für die Berner Kultur als Ganzes nicht förderlich sein wird. Ein derartiges Auseinanderdividieren von unterschiedlichen kulturellen Angeboten wird schliesslich alle empfindlich schwächen. Welche Stadt wollen wir? Welche Kultur wollen wir? Wollen wir eine Kultur der Ausgrenzung und des Misstrauens pflegen, oder entscheiden wir uns für eine Kultur der Teilhabe, unabhängig von Portemonnaie, Herkunft und persönlichen Vorlieben? Eine derartige Kultur ist aber nicht gratis zu haben. Sie erfordert vor allem und von

uns allen ein klares Bekenntnis zur Verantwortung für eine soziale, weltoffene und vielfältige Stadt Bern. Zu diesen Zielen passen nicht alle Posten dieses Budgets, diese Posten müssen dann halt geändert werden, um das Budget als Ganzes zu retten. Die PdA bietet Hand dazu.

Luzius Theiler (GPB-DA): Ich will nicht zweimal im Jahr dasselbe sagen, beim PGB und bei der Rechnung. Nur ganz kurz: Es ist immer dasselbe Elend, wir stellen fest, dass wir mit dem New Public Management NPM, mit dem neuen Rechnungsmodell, praktisch nichts mehr zu sagen haben. Das PGB ist dermassen intransparent – man entscheidet nicht mehr über einzelne Posten, sondern man kann ganze Gruppen von Posten zusammenfassen, eben in diesen Produktegruppen, und man kann dort hin und her schieben, ohne dass wir es im Normalfall merken. Wir bemerken es nur, wenn zufällig doch irgendwo etwas krass „ausschlägt". Wir haben bei der Rechnung erlebt, wie man beispielsweise den Nachkredit für die Kunstlauf-EM aus dem Gleichstellungskredit gespiesen hat. Derartige Beispiele gibt es jedes Jahr en masse und damit macht man das Budgetrecht des Stadtrats und des Volkes zur Farce. Es ist kein Zufall, dass das neue Rechnungsmodell beim Kanton, der es auch eingeführt hatte, heute nur noch sehr ausgedünnt gehandhabt wird. Andere Gemeinden, wie z.B. Ostermundigen, brechen die Übung ab, und ich kenne keine Gemeinde, die es in den vergangenen paar Jahren eingeführt hat. Das müsste man einmal überdenken. Man bräuchte nicht genau zum alten Zustand zurückzukehren, aber man müsste überdenken, wie man das Budgetrecht des Stadtrats und des Volkes wiederherstellt, so dass es z.B. auch wieder möglich ist, wie es früher der Fall war, gegen einzelne Posten des Budgets das Referendum zu ergreifen und gesondert darüber abstimmen zu können. Das ganze Budget interessiert im Grunde genommen niemanden mehr, weil alle sagen, einiges sei gut, anderes sei schlecht, und machen kann man ohnehin nichts. – Die Resignation. Die Antwort darf nicht sein, wie es heute immer mehr gefordert wird – wenn auch noch nicht gerade in diesem Saal, aber in kleineren Kreisen –, dass man das Budgetrecht des Volkes abschafft und nur als Stadtrat darüber entscheidet. Diese Entdemokratisierung ist nicht das, was wir wollen, sondern man müsste schauen, wie man dem Budgetrecht wieder mehr Substanz gibt.
Christoph Zimmerli hat vorhin zu Recht gesagt, der Antrag 80 für eine pauschale Kürzung, von der wir nicht so recht wissen, was sie betrifft, sei eine weitere Einschränkung des Budgetrechts, das ohnehin schon sehr stark eingeschränkt ist. Da muss ich sagen: Ich habe erwartet, dass der Gemeinderat uns nach den 14 Tagen, in denen er mindestens weiss, dass es Kürzungen braucht, um ein ausgeglichenes Budget zu machen, eine Liste mit konkreten Vorschlägen aufs Pult legt. Wenn der Gemeinderat sagt, das sei eine zu kurze Zeit, so fehlt mir das Verständnis dafür, dass eine professionelle Verwaltung nicht in der Lage ist, innert vierzehn Tagen derartige Vorschläge zu machen, damit wir sie ins Budget integrieren und darüber entscheiden können, was wir wollen und was nicht. Was wir hier kaufen, das wurde auch schon gesagt, ist die Katze im Sack und dazu möchte ich ganz bestimmt sagen, dass ich grösste Zweifel habe, ob es nach dem kantonalen Finanzrecht zulässig ist, ein Budget vorzulegen, das nicht vollständig und in der geforderten Detaillierung vorliegt. Ich habe vorhin noch einmal das Handbuch der Finanzverwaltung des Kantons gelesen. Auch bei einem PGB wird gefordert, dass zumindest die Produktegruppen vollständig aufgeführt werden. Was in Antrag vorgeschlagen wird, hat meiner Meinung nach keine gesetzliche Grundlage. Ich werde mir vorbehalten, falls der Antrag 80 angenommen wird, einen Antrag zu stellen, die Debatte zu unterbrechen, bis die Vorschläge auf dem Tisch sind. Dies kann nach den Herbstferien sein, man hat so immer noch Zeit, das Budget am 25. November in die Abstimmung zu bringen. Der Bund ist auch in der Lage, bei einer Vorlage, dem Steuerabkommen, für das noch lange Unterschriften gesammelt werden, diese am 25. November zur Abstimmung zu bringen. Es ist nicht zu glauben, dass die Stadt dies nicht auch könnte.

Den Rückweisungsanträgen kann ich nicht zustimmen, weil ich mit deren Inhalten nicht einverstanden bin, aber einem PGB würde ich am Schluss nicht mehr zustimmen, weil es nicht dem Volk die nötige Entscheidungsmöglichkeit gibt.

Roland Jakob (SVP): Ich möchte noch kurz auf die Abstimmungsbotschaft eingehen. Auf Seite 10 hat der Gemeinderat hineinschreiben lassen „durch Stadtrat abgelehnte Massnahmen". Für uns ist klar, dass dies ein Negativsinn sein soll, darum stellen wir den **Antrag**: Durch den Stadtrat **zugunsten der Stadtberner Bevölkerung** abgelehnte Massnahmen". Die Formulierung des Gemeinderats ist irreführend und derartige Irreführungen sind eines Gemeinderats nicht würdig.

Direktorin FPI *Barbara Hayoz*: Ich danke den Sprecherinnen und Sprechern für die mehrheitlich konstruktiven Voten und für ihre Vorschläge und für die Diskussion, die zum Eintreten geführt wurde. Zu den wenigen polemischen und ehrverletzenden Ausführungen gebe ich keinen Kommentar ab. Zum Budget-Voranschlag 2013. Bei Aufwendungen von rund 1.031 Mia. Franken hat der Gemeinderat im Juni 2012 für das Jahr 2013 vermeintlich ein ausgeglichenes Budget verabschiedet. Aber inzwischen hat sich die Situation verändert, das wurde in verschiedenen Voten dargelegt. Das ist für uns und auch für das Parlament sehr unschön und wir sind jetzt glaube ich alle in einem Sachzwang, ich werde später noch ausführlich etwas dazu sagen.
Sie haben einen Voranschlag erhalten, wie üblich mit verschiedenen Massnahmen, mit verschiedenen Haushaltverbesserungsmassnahmen, mit verschiedenen Vorgabekürzungen, aber auch mit einem prognostizierten Anstieg der Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen. Wir wollen dem Volk eine unveränderte Steuerlage vorlegen, aber wir haben doch, und das wurde auch gesagt, einige markante Veränderungen, die im 2013 wirksam werden. Eine davon ist die Reduktion der Gewinnablieferung von ewb um 20.5 Mio. Franken. Auch der BGE zum Littering führt zu (laufenden) Ertragsausfällen von 3.7 Mio. Franken. Dass man dies nicht einfach schnell auffangen kann, ist allen bewusst. Der Gemeinderat hat sich trotzdem Mühe gegeben, mit dem Budget 2013 eine Vorlage zu erarbeiten, von der er das Gefühl hat, es sei ein ausgewogener Vorschlag, wie man das schwierige Jahr 2013 budgetmässig gut über die Runden bringen kann. Wir hatten per Ende 2011 ein Eigenkapital von 56.7 Mio. Franken, und allen ist bekannt, dass wir nach diesem Littering-Entscheid im 2012 eine Rückstellung von 19.65 Mio. Franken bilden und das Eigenkapital um diesen Betrag schmälern werden. Und es ist klar, dass wir 2013 unter den jetzt gegebenen Voraussetzungen wohl kein Eigenkapital bilden können. Was auch klar ist: Dass mit dem vorhandenen Eigenkapital die Planungserklärung noch bis Ende 2013 erfüllt werden kann. Nachher muss man, wenn man sie weiterhin erfüllen will, zwingend wieder Eigenkapital bilden. Wir gehen beim Steuerertrag immer noch von einem Anstieg aus. Dabei sind die natürlichen Personen ein wesentlicher Faktor, der sich in diesem Jahr und im vergangenen Jahr erfreulich entwickelt hat und sich hoffentlich auch im 2013 so entwickelt, wie wir das annehmen.
Ja, wir haben auch einen Leistungsausbau von 6.7 Mio. Franken geplant. Es ist nicht möglich, z.B. die Einführung der Betreuungsgutscheine einfach zu negieren. Das wurde so entschieden, und auch die uniformierte präventive Polizeipräsenz und die Frühförderung Primano sind Entscheide, die in diesem Saal getroffen wurden. Wenn das Parlament im laufenden Jahr solche Ausgaben in Form von überwiesenen Vorstössen oder von Sachvorlagen beschlossen hat, so muss das halt ins Budget einfliessen, und darum weist dieses Budget, wie alle Budgets der vergangenen Jahre, einen moderaten Leistungsausbau auf, von dem der Gemeinderat aber der Meinung ist, er sei absolut massvoll und vertretbar.
Ich habe bei der Präsentation des Budgets anfangs Jahr gesagt, wir hätten keinen Spielraum für Unvorhergesehenes, und durch das Unvorhergesehene, das inzwischen gekommen ist,

sind wir jetzt in der Bredouille. Der Gemeinderat hat dem Stadtrat ja bereits im IAFP gewisse Vorschläge gemacht, zum Beispiel die Erhöhung des Kostendeckungsgrades bei den Friedhöfen, die Prüfung der Einführung einer Feuerwehrersatzabgabe oder die Übernahme der Kosten für die Stadtbeleuchtung durch die Gebühren Zahlenden. Aber das Parlament hat dies alles im Rahmen des IAFP abgelehnt und ich finde es nichts als richtig, wenn man dies der Stimmbevölkerung auch sagt.
Bei der kleinsten Verschlechterung haben wir Probleme, bei weiteren unerwarteten Ausgaben drohen Defizite und das Eigenkapital, das wir jetzt mühsam erwirtschaften konnten, wird sich schmälern. Wir hatten in den vergangenen Jahren primär ein Ziel, den Abbau des Bilanzfehlbetrags, um wieder Handlungsspielraum zu gewinnen. Dieses Ziel hat man als oberstes Ziel verfolgt und man hat es auch erreicht. Und in den kommenden Jahren muss man Rezepte finden, um das strukturelle Defizit, das jetzt sichtbar geworden ist, anzugehen. Wie gesagt werden wir Ende 2013 der Planungserklärung noch Rechnung tragen können, aber ab 2014 ist keine Luft mehr drin.
Seit knapp drei Wochen ist bekannt, dass wir diese unerwarteten Mehrkosten haben. Sie waren nicht im Budget drin und um ein entsprechendes Defizit zu vermeiden, beantragt der Gemeinderat dem Parlament diese verbindliche Position über 7 Mio. Franken, und im Februar 2013 möchte er dem Stadtrat dieses Massnahmenpaket unterbreiten. Die FD hat am 31. August 2012 gewünscht, dass wir bereits sagen, an was wir dabei denken und dazu komme ich jetzt. Ihnen allen ist grossmehrheitlich bewusst, dass der Gemeinderat innert so kurzer Zeit keine konkreten Aussagen machen kann, auf das einzelne Produkt oder auf die einzelne Produktegruppe bezogen, wo wir diesen Mehraufwand kompensieren können. Auch wir sind erst vor kurzem über diese Mehrbelastung ins Bild gesetzt worden, und angesichts dieser kurzen Zeit kann der Gemeinderat heute lediglich Angaben dazu machen, in welchen Bereichen er ein mögliches Sparpotenzial prüfen will. Wo genau er später konkrete Massnahmen zur Haushaltverbesserung beantragen kann, muss er zuerst vertieft abklären. Erfahrungen mit Massnahmenpaketen zur Haushaltverbesserung haben Folgendes gezeigt: Je stärker die einzelnen Direktionen mit ihren Abteilungen und Dienststellen in die Massnahmenerarbeitung einbezogen werden, desto sorgfältiger erfolgt die Abklärung des Sparpotenzials und umso wirkungsvoller und nachhaltiger werden die beschlossenen Massnahmen später auch umgesetzt. In der Vergangenheit haben wir die Massnahmenpakete, die wir beschlossen hatten, zu 70 bis 80% umgesetzt, und dies heisst, dass man sie seriös planen muss. Eine klare und verbindliche Aussage kann der Gemeinderat aber zweifellos machen: Er wird dem Parlament im Februar 2013 ein ausgewogenes Massnahmenpaket in der Höhe von 7 Mio. Franken vorlegen. Sie kaufen heute nicht die Katze im Sack und der Gemeinderat und die Verwaltung haben in der Vergangenheit mehrfach millionenschwere Haushaltverbesserungsmassnahmenpakete geschnürt, die erfolgreich umgesetzt wurden.
Der Gemeinderat hat dem Stadtrat im IAFP 2013 bis 2016 zur Verbesserung des Finanzhaushalts auf der Einnahmenseite verschiedene Massnahmen vorgeschlagen, die aber zum grössten Teil abgelehnt wurden. Der Stadtrat will ausgewogene Massnahmen zur Verbesserung des Finanzhaushalts, zusätzlichen Ausgaben müssen mindestens Einsparungen in gleicher Höhe gegenüberstehen. Der Gemeinderat hat seine Lektion gelernt und wird dem Parlament darum im Februar 2013 ein ausgewogenes Paket präsentieren, das auf beiden Seiten Massnahmen beinhaltet, auf der Ausgaben- und auf der Einnahmenseite. Denn nur ein solches Paket, das die Lasten gleichmässig verteilt, wird die Chance auf eine Mehrheit finden, dessen ist sich der Gemeinderat bewusst.
Der Gemeinderat wird auf der Ausgabenseite sämtliche grossen Kostenblöcke auf ein Sparpotenzial prüfen. Dabei wird er auch den Personalaufwand anschauen müssen, weil dieser einer der grössten Kostenblöcke darstellt. Und hier möchte ich noch einmal klipp und klar sagen, was ich schon öffentlich gesagt habe: Für den Gemeinderat kommen bei diesen

Sparmassnahmen Entlassungen nicht in Frage. Wir wollen eine sozialverträgliche Arbeitgeberin sein, wie wir das bisher immer waren. Wir sehen anderes Sparpotenzial, das weniger einschneidend und sozialverträglich ist. Zum Beispiel fällt auf, dass die Direktionen ihr Personalbudget zum Teil nicht voll ausschöpfen. Da haben wir einen grossen Hebel. Wir können zum Beispiel die Fluktuationsgewinne mitnehmen, das heisst eine Stelle, die gekündet wird, ein paar Monate unbesetzt lassen, wenn die sofortige Wiederbesetzung nicht überlebensnotwendig ist für die Stadt Bern. Dies bedingt allerdings, dass alle Angestellten mithelfen, am Karren zu ziehen. Wenn wir Fluktuationsgewinne mitnehmen, so lastet dies natürlich auf den Schultern der noch verbliebenen Angestellten, die die Aufgaben wahrnehmen müssen. Aber auch das wollen wir sozialverträglich auf die anderen Arbeitnehmenden verteilen. Ein weiteres Sparpotenzial sieht der Gemeinderat bei den Beiträgen an Dritte, das heisst bei den so genannten Honoraren. Wir haben mancherorts doch ziemlich grosse Honorarpositionen und wir sind der Meinung, dass wir das ganz genau anschauen wollen. Im Weiteren sehen wir auch bei den Zinsen ein mögliches Potenzial. Das Ende der Tiefzinsphase zeichnet sich im Moment noch nicht ab, und darum können wir glaube ich auch im 2013 noch Einsparungen erzielen. Aber es ist klar, dass wir nicht nur auf der Ausgabenseite Massnahmenpakete schnüren können, sondern wir müssen auch die Einnahmen anschauen. Ein mögliches Potenzial liegt hier bei den Finanzbeteiligungen bei Unternehmen – aber, und das möchte ich betonen, ohne die städtischen Anstalten ewb und BERNMOBIL. Wir haben noch weitere Finanzbeteiligungen, die uns grosse Freude machen und die Dividenden ausschütten und wir haben das Gefühl, wir könnten dort, wo wir im Aktionariat einen wesentlichen Einfluss haben, für ein oder zwei Jahre höhere Dividenden beantragen. Weiter wollen wir auch noch einmal genau schauen, ob es nicht bei den Gebühren noch Positionen gibt, die wir an die Teuerung anpassen könnten. Und dann geht es auch darum, nicht kostendeckend erbrachte Dienstleistungen noch einmal zu überprüfen. Ein weiteres Sparpotenzial liegt bestimmt bei den Rückstellungen. Wir wollen noch einmal schauen, ob die Voraussetzungen für eine Rückstellung nach wie vor in allen Fällen vorhanden sind oder ob gewisse auch entfallen könnten.
Der Gemeinderat bittet den Stadtrat um Verständnis dafür, dass er zum heutigen Zeitpunkt keine weitergehenden Angaben zum möglichen Haushaltverbesserungsmassnahmen machen kann, aber ich hoffe, die Tabelle, die wir Ihnen abgegeben haben, ist nach diesen Erläuterungen ein wenig klarer. Und ich möchte noch einmal herausstreichen, dass Sie im Februar 2013 die Möglichkeit haben werden, sich dazu zu äussern. Es kommt noch etwas dazu, es ist nämlich noch offen, wie sich das Abstimmungswochenende vom 23. September 2012 auf das Budget 2013 auswirken wird. Je nach Ausgang der städtischen Abstimmung zur Aufhebung der Lohnobergrenze und der kantonalen Abstimmung zum Steuergesetz wird das Budget eine Entlastung oder eine zusätzliche Belastung erfahren und der Gemeinderat wird, wenn wir die Abstimmungsresultate kennen, zusammen mit der Verwaltung umgehend das 13. Massnahmenpaket zur Haushaltverbesserung erarbeiten und es Ihnen fristgerecht unterbreiten.
Zum Schluss möchte ich im Namen des Gemeinderats noch darauf hinweisen, dass sich unter den zahlreichen Abänderungsanträgen zum PGB 2013 einige finden, die das Budget 2013 zusätzlich belasten würden. Sollte am Ende der Budgetdebatte unter dem Strich eine Mehrbelastung resultieren, müsste diese über das 13. Massnahmenpaket aufgefangen und das Paket müsste entsprechend erhöht werden. Der Gemeinderat bittet darum den Stadtrat, bei Anträgen, die das Budget verschlechtern, äusserste Zurückhaltung zu übern. Insbesondere aber bittet er Sie, auf das Budget einzutreten und es zu verabschieden.
Und es ist eben nicht so, dass man einfach bis Ende der Herbstferien ein neues Budget aus dem Ärmel schütteln und es rechtzeitig zur Abstimmung bringen kann. Wir haben unsere Fristen, und wenn nicht auf das Budget eingetreten oder wenn es abgelehnt wird, werden wir anfangs 2013 kein Budget haben. Ich denke, das wäre schlimmer, als jetzt 7 Mio. Franken einzustellen und im Februar 2013 über diese 7 Mio. Franken noch einmal diskutieren zu dürfen.

Beschluss

1. Der Rückweisungsantrag SVPplus obsiegt in der Gegenüberstellung dem Rückweisungsantrag Wasserfallen (7 Ja, 42 Nein^{SVPplus}, 10 Enthaltungen). *Abst.Nr. 004*
2. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag SVPplus ab (18 Ja, 40 Nein). *Abst.Nr. 005*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-16:33 - 004
Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 42 Enthaltungen: 10 Abwesend: 20 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Espinoza, Gubser, Klauser, Künzler, Lanfranchi, Schneider, Wasserfallen
Nein gestimmt haben: Ammann, Battagliero, Blaser, Chheng, Eicher, Erni, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Glauser, Grosjean, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Keller, Köpfli, Krebs, Kusano, Lehmann, Lutz-Beck, Mathieu, Meyer, Mordini, Pauli, Penher, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Stüssi, Trachsel, Vollmer, Weder, Widmer
Der Stimme enthalten sich: Bartlome, Bill, Fischer R, Hächler, Hirsbrunner, Mäder, Oester, Ruch, Theiler, Zbinden
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bahnan Büechi, Bietenhard, Dana, Elsener, Fischer C, Göttin, Grossi, Gutzwiller, Kohli, Leibundgut, Michel, Neeracher, Pinto, Renner-Bach, Sancar, Trede, von Greyerz, Wertli, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-16:33 - 005
Ja-Stimmen: 18 Nein-Stimmen: 40 Enthaltungen: 0 Abwesend: 21 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Eicher, Erni, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Jost, Meyer, Pauli, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Wasserfallen
Nein gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Espinoza, Fischer R, Gasser, Grosjean, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Mordini, Oester, Penher, Ruch, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Stüssi, Theiler, Trachsel, Vollmer, Weder, Widmer, Zbinden
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bahnan Büechi, Bietenhard, Dana, Elsener, Fischer C, Göttin, Grossi, Gutzwiller, Jordi, Kohli, Leibundgut, Michel, Neeracher, Pinto, Renner-Bach, Sancar, Trede, von Greyerz, Wertli, Zimmerli

Die Sitzung wird um 16.35 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin: *Ursula Marti*

Die Protokollführerin: *Annemarie Masswadeh*

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzend
Präsidentin Ursula Marti

Anwesend

Peter Ammann
Rania Bahnan Büechi
Vinzenz Bartlome
Giovanna Battagliero
Lea Bill
Manfred Blaser
Rithy Chheng
Dolores Dana
Bernhard Eicher
Susanne Elsener
Peter Erni
Tania Espinoza
Alexander Feuz
Claudio Fischer
Regula Fischer
Rudolf Friedli
Jacqueline Gafner Wasem
Judith Gasser
Simon Glauser
Thomas Göttin
Claude Grosjean
Beat Gubser
Lukas Gutzwiller
Monika Hächler
Kurt Hirsbrunner
Mario Imhof
Daniel Imthurn
Ueli Jaisli
Roland Jakob
Stefan Jordi
Dannie Jost
Ruedi Keller
Daniel Klauser
Michael Köpfli
Martin Krebs
Peter Künzler
Lea Kusano
Prisca Lanfranchi
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Daniela Lutz-Beck
Martin Mäder
Corinne Mathieu
Robert Meyer
Christine Michel
Patrizia Mordini
Eveline Neeracher
Esther Oester
Werner Pauli
Stéphanie Penher
Halua Pinto de Magalhães
Judith Renner-Bach
Pascal Rub
Rahel Ruch
Kurt Rüegsegger
Alexandre Schmidt
Martin Schneider
Silvia Schoch-Meyer
Miriam Schwarz
Hasim Sönmez
David Stampfli
Matthias Stürmer
Bettina Stüssi
Luzius Theiler
Martin Trachsel
Aline Trede
Nicola von Greyerz
Peter Wasserfallen
Jürg Weder
Manuel C. Widmer
Rolf Zbinden

Entschuldigt

Cristina Anliker-Mansour
Sonja Bietenhard
Guglielmo Grossi
Philip Kohli
Hasim Sancar
Gisela Vollmer
Béatrice Wertli
Christoph Zimmerli

Vertretung Gemeinderat

Barbara Hayoz FPI
Reto Nause SUE
Edith Olibet BSS
Regula Rytz TVS

Entschuldigt
Alexander Tschäppät PRD

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär
Christine Gygax, Protokoll
Nik Schnyder, Ratsweibel
Margrit Bigler, Sekretariat

Stadtkanzlei
Christa Hostettler, Vizestadtschreiberin

13 Fortsetzung: Produktegruppen-Budget 2013 (Abstimmungsbotschaft)

Detailberatung

Gemeinde und Behörden (GuB)

SBK-Sprecherin *Lea Kusano* (SP): Ich halte mein Votum auch gleich zur PRD. In der GuB haben wir uns über das Konzept und das Budget des Vereins „Wir leben Bern“ informieren lassen. Dieser Verein wird die Stadt Bern an der BEA präsentieren. Zusätzlich haben wir noch Zahlenangaben zu den Ruhegehältern der alt Gemeinderätinnen und alt Gemeinderäte erhalten. In der PRD ging es vorrangig um den Stand der Dinge bei den Verhandlungen des Leistungsvertrags mit der IKuR. Es ging um die Frage, wann der Vertrag dem Gemeinderat vorgelegt wird, wann der Kommission und wann dem Stadtrat.
Bei beiden Ämtern stellten wir keine finanzrelevanten Anträge. Das Budget der GuB wurde einstimmig und dasjenige der PRD grossmehrheitlich angenommen.

Roland Jakob (SVP): Ich empfehle, Antrag 1 anzunehmen, weil die betreffende Kennzahl noch nie erhoben wurde. Ich weiss nicht, ob die Zufriedenheit der Mitglieder des Stadtrats in einem Budget wirklich relevant ist. Den Antrag betreffend Beziehungspflege und Repräsentation haben wir zurückgezogen; da liessen wir uns durch den Titel verleiten.

Die Vorsitzende *Ursula Marti*: Wir behandeln nun die Änderungsanträge nach Dienststellen.

GuB: Stadtrat

0.	S. 41 Stadtrat (010100)	Aufsichts-kommission	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 9‘138.41 auf Fr. 931‘864.65[1]
1.	S. 42 Stadtrat (010100)	SVPplus	Streichung Kennzahl 4) Anteil zufriedene Stadtratsmitglieder[2]
1a.	S. 45 Ombudsstelle (020000)	Aufsichts-kommission	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 11‘273.69 auf Fr. 390‘647.64[3]

[1] Beim Stadtratssekretariat handelt es sich um die Stabstelle des Stadtrates. Das Parlament ist bereit, bei Sparmassnahmen seinen Beitrag auch zu leisten. Aus der Sicht der Legislative müssten aber Kürzungen, welche Stellen und Leistungen betreffen, die dem Stadtrat unterstellt sind, vom budgetierenden Gemeinderat vorgängig mit der Aufsichtskommission besprochen werden.

[2] Kennzahl kann gestrichen werden, wenn keine Umfragen durchgeführt werden.

[3] Beim Ombudsmann und beim Datenschutzbeauftragten handelt es sich um eine dem Stadtrat angegliederte Stelle. Das Parlament ist bereit, bei Sparmassnahmen seinen Beitrag auch zu leisten. Aus der Sicht der Legislative müssten aber Kürzungen, welche Stellen und Leistungen, die dem Stadtrat unterstellt sind betreffen, vom budgetierenden Gemeinderat vorgängig mit der Aufsichtskommission besprochen werden. Die Ombudsstelle ist ein Amt, welche die Menge der Bürger/innen, die mit Anliegen an sie geraten, nicht abschätzen kann. Zudem gehört es zur Hauptaufgabe, Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern, welche mit den Verwaltungsstellen der Stadt im Clinch stehen, zu untersuchen. Hier soll – wenn überhaupt – nicht die Verwaltung, sondern nur der Stadtrat selber am Budget schrauben können.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 0 der AK zu (55 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.Nr. 006*
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 1 der Fraktion SVPplus zu (40 Ja, 23 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 008*
3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 1a der AK zu (64 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 009*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:10 - 006
Ja-Stimmen: 55 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 3 Abwesend: 20 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Fischer R, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Glauser, Grosjean, Hächler, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Keller, Klauser, Künzler, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Meyer, Michel, Mordini, Neeracher, Pauli, Penher, Pinto, Rub, Ruch, Schneider, Schoch-Meyer, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Weder, Widmer, Zbinden
Nein gestimmt haben: Gubser
Der Stimme enthalten sich: Krebs, Kusano, Renner-Bach
Abwesend sind: Ammann, Anliker-Mansour, Bietenhard, Göttin, Grossi, Gutzwiller, Jordi, Kohli, Köpfli, Mathieu, Oester, Rüegsegger, Sancar, Schmidt, Schwarz, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Wertli, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:13 - 008
Ja-Stimmen: 40 Nein-Stimmen: 23 Enthaltungen: 2 Abwesend: 14 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Blaser, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Klauser, Künzler, Lanfranchi, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Meyer, Neeracher, Pauli, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schneider, Stürmer, Trachsel, Weder, Widmer
Nein gestimmt haben: Battagliero, Bill, Chheng, Fischer R, Gasser, Hächler, Jordi, Keller, Kusano, Lehmann, Mathieu, Michel, Mordini, Penher, Pinto, Ruch, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Trede, Zbinden
Der Stimme enthalten sich: Krebs, Schmidt
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Göttin, Grossi, Kohli, Köpfli, Oester, Sancar, Theiler, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Wertli, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:14 - 009
Ja-Stimmen: 64 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 1 Abwesend: 13 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Fischer R, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Glauser, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Meyer, Michel, Mordini, Neeracher, Pauli, Penher, Pinto, Rub, Ruch, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Weder, Widmer, Zbinden
Nein gestimmt haben: Gubser
Der Stimme enthalten sich: Renner-Bach
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Göttin, Grossi, Kohli, Köpfli, Oester, Sancar, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Wertli, Zimmerli

GuB: Stadtkanzlei

2.	S. 54 Stadtkanzlei (040000)	SVPplus	Antrag zu P040010 Beziehungspflege und Repräsentation zurückgezogen.
3.	S. 55 Stadtkanzlei (040000)	Luzius Theiler (GPB-DA)	**Neues übergeordnetes Ziel:** Nach dem Prinzip des Open Government (offene und transparente Verwaltung) wird sichergestellt, dass alle Informationen und Daten, die gemäss kantonalem Informationsgesetz und gemäss dem in der Gemeindeordnung verankerten Öffentlichkeisprinzip von Amtes wegen oder auf Anfrage öffentlich zugänglich sind, im Internet bereitgestellt werden. Ausnahmen sind auszuweisen und zu begründen.

Luzius Theiler (GPB-DA): Ich nehme nun einmal das PGB ernst. Das heisst, man kann wirkungsorientierte Ziele formulieren. Ich schlage ein solch übergeordnetes Ziel vor, das eigentlich in der heutigen Zeit des Netzzeitalters selbstverständlich sein sollte: das Prinzip des Open Government. Das heisst, alle gesammelten Daten, die nicht aus irgendeinem zwingenden Grund – beispielsweise aufgrund des Persönlichkeits- oder Datenschutzes – vertraulich sein müssen, sollen der Öffentlichkeit zugänglich sein. Bis zu einem gewissen Grad ist dies in der Stadt Bern bereits so. Die Stadtratsunterlagen können alle Interessierten einsehen. Sie können jedoch kaum selber Vorschläge einbringen, die uns einen Input für unsere Diskussio-

nen geben könnten. Mein Antrag ist erst ein erster Schritt. Das Informationsgesetz des Kantons Bern, das bereits aus dem Jahr 1993 stammt, aber zumindest im Grundsatz zeitgemäss ist, legt nämlich das Recht auf Information, Akteneinsicht und Transparenz fest. Das Gesetz gilt für die Gemeinden. Diejenigen Daten, die gemäss Informationsgesetz eingesehen werden dürfen, sollen durch die Gemeinden selber zugänglich gemacht werden – abrufbar im Internet. Man kann entgegenhalten, dies sei mit riesigem Aufwand verbunden. Das ist es nicht. Wir haben ja GEVERIS beschlossen. Das heisst, verwaltungsintern – der Stadtrat mit einbezogen – werden meines Erachtens ohnehin alle relevanten Daten elektronisch digital gesammelt. Diese müsste man nur gegen aussen, gegenüber der Öffentlichkeit, zugänglich machen. Als man vor ungefähr zwei Jahren GEVERIS beschlossen hat, stellte ich den Antrag, die Daten allgemein zugänglich zu machen. Aber in der schnelllebigen Entwicklung des digitalen Zeitalters befindet man sich in einer anderen Periode dieser Geschichte. Deshalb hat die Ratsmehrheit dies abgelehnt. Ein Jahr später hat dann erfreulicherweise der Stadtrat seine Meinung geändert, und beim digitalen Langzeitarchiv hat man vor ungefähr einem halben Jahr beschlossen, dass die Daten allgemein zugänglich sein sollen. Da hat man eigentlich den Grundsatzbeschluss für das Open Government gefällt. Gerade bei einem Langzeitarchiv ist es sehr sinnvoll, in diese Richtung weiterzugehen, damit die Leute selber Informationen einspeisen können. Viele Erinnerungen gehen verloren, weil sie einfach niemand aufnimmt. Ich bitte als Zeichen, als ersten Schritt, dieser selbstverständlichen Forderung zuzustimmen.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät:* Dieser Antrag ist an sich sympathisch und kein Mensch ist gegen eine transparente Verwaltung. Bitte beachten Sie die Forderung: Sie verlangt, dass man alle Dokumente aufs Internet spielt. Wenn man dies im Budget 2013 fordert, müsste die Budgetposition mit einer siebenstelligen Zahl versehen sein. Es stellt sich die Frage, ob man das will. In Papierform ist diese Transparenz längst hergestellt. Das weiss Luzius Theiler genau. Auf Wunsch können die Akten eingesehen werden. Aber Sie fordern, dass sämtliche Akten aufs Internet gespielt werden. Falls man dies auf einmal umsetzen möchte, müssten unglaublich viele Ressourcen zur Verfügung gestellten werden.
Mit der Zielsetzung bin ich absolut einverstanden. Es muss das Ziel einer modernen Verwaltung sein, alle Unterlagen, soweit sie nicht geheim sind, allmählich auf dem Internet zugänglich zu machen. Aber hier wird verlangt, dies in einem Budgetjahr zu tun. Um diese Forderung umzusetzen, müsste ein siebenstelliger Betrag zur Verfügung gestellt werden.

Luzius Theiler (GPB-DA): Stadtpräsident Alexander Tschäppät, das ist doch einfach nicht wahr. Welche Unterlage, die ich einsehen möchte, existiert nicht bereits heute in digitaler Form? Um diese ins Internet zu stellen, braucht es doch keine siebenstellige Zahl. Da werden einfach künstlich Hindernisse aufgebaut und es wird gesagt, es koste sehr viel, weil man offenbar diese Transparenz noch nicht richtig will. Man hat sich noch nicht daran gewöhnt. Dies ist noch eine andere Generation von Politikerinnen und Politikern. Aber lassen Sie sich davon nicht beeindrucken.

Vinzenz Bartlome (BDP): Da muss ich Stadtpräsident Alexander Tschäppät absolut zustimmen. Wir arbeiten auf kantonaler Ebene im Bereich Archiv an der Umsetzung einer solchen Idee. Und das kostet sehr viel Geld. Der vorliegende Antrag verlangt, dass permanent Daten ins Netz gestellt werden. Dies geht nicht einfach über ein Microsoft-Programm, sondern benötigt eine besondere Software. Diese muss aufbereitet und der Datenschutz gewährleistet sein. Zudem ist zu beachten: Solange ein Geschäft noch in Bearbeitung ist, ist es nicht öffentlich zugänglich. Erst wenn es abgeschlossen ist, ist es nach Öffentlichkeitsrecht zugänglich. All das muss kontrolliert und überwacht werden. Ansonsten haben Sie Daten im Netz, die Sie

nicht zugänglich machen wollen. All das kostet Geld. Überdies muss die Sache geplant und gesteuert werden und kann nicht in einer Hauruck-Übung durchgezogen werden.

Stefan Jordi (SP): Ich möchte noch ergänzen und kann auch von Seiten des Bunds sagen, dass die Anzahl an Dokumenten sehr hoch ist. Es wäre ein horrendes Projekt, all diese Dokumente auf dem Internet zugänglich zu machen. Und dies kann nicht einfach so im Budget verankert werden. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt selbstverständlich dieses Begehren. Aber nicht auf diese Art und Weise. Dies ergäbe sehr hohe Kosten. Beim Bund versuchen wir beispielsweise schon nur intern die ganze Sache zu standardisieren. Ich bin selber bei einem solchen Projekt mit beteiligten externen Akteuren dabei. So einfach, wie es hier dargestellt wird, ist es nicht.

Beschluss
Der Stadtrat lehnt den Antrag 3 von Luzius Theiler ab (14 Ja, 48 Nein, 6 Enthaltungen).
Abst.Nr. 010

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:23 - 010
Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 48 Enthaltungen: 6 Abwesend: 11 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Bill, Eicher, Erni, Feuz, Fischer R, Gafner Wasem, Imhof, Jost, Michel, Rub, Ruch, Stürmer, Theiler, Zbinden
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Blaser, Chheng, Dana, Elsener, Espinoza, Fischer C, Friedli, Gasser, Glauser, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Keller, Klauser, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Meyer, Mordini, Neeracher, Pauli, Penher, Renner-Bach, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Trachsel, Weder
Der Stimme enthalten sich: Battagliero, Köpfli, Oester, Pinto, Trede, Widmer
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Göttin, Grossi, Kohli, Sancar, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Wertli, Zimmerli

Präsidialdirektion (PRD)

Direktionsstabsdienste und Gleichstellung

4.	S. 86 Direktionsstabsdienste und Gleichstellung (100300)	SVPplus	Kürzung der Nettokosten um Fr. 212‘467.02 auf Fr. 212‘467.01[4]
5.	S. 86 Direktionsstabsdienste und Gleichstellung (100300)	SVPplus	Streichung der Nettokosten von Fr. 212‘467.07 des Produkts P100310 Gleichstellungsprojekte[5]
6.	S. 86 Direktionsstabsdienste und Gleichstellung (100300)	SVPplus	**Eventualantrag, wenn Antrag Nr. 5 abgelehnt wird:** Kürzung der Nettokosten um Fr. 40‘000 auf Fr. 384‘934.03 zulasten P100310 Gleichstellungsprojekte[6]

[4] Die Gleichstellung ist grösstenteils vollzogen. Einde Reduktion des Budgets der Gleichstellung um 50 Prozent ist daher angebracht.

[5] Gleichstellung ist vollzogen und braucht keine Projekte mehr

[6] Gleichstellung sollte sich nun auch finanziell positiv auf das PGB auswirken.

7.	S. 86 Direktionsstabsdienste und Gleichstellung (100300)	SVPplus	Kürzung der Nettokosten um Fr. 30‘000 auf Fr. 394‘934.03 zulasten P100330 Öffentlichkeitsarbeit[7]

Roland Jakob (SVP): Zur Gleichstellung: Ich bitte, unserem Antrag 4 zu folgen. Denn nach den vielen Jahren der Förderung der Gleichstellung sollte diese auch einmal Früchte tragen. Dies bedeutet, dass die Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann wahrscheinlich nicht mehr so viele Kosten verursacht, wie sie nun budgetiert hat und der Betrag gekürzt werden kann. Dasselbe gilt bei den Direktionsstabsdiensten und Gleichstellung, wo wir die Streichung der Nettokosten bei den Gleichstellungsprojekten beantragen. Unsere Anträge wurden stets begründet. Das haben nicht alle geschafft. Die weiteren Anträge beinhalten die Öffentlichkeitsarbeit und weitere Gleichstellungsprojekte. Indem Sie die Anträge unterstützen, zeigen Sie, dass unsere Gesellschaft so weit ist und die Gleichstellung zum grössten Teil vollzogen ist. Dadurch kann dort Geld gespart werden, eventuell zugunsten unseres roten Null-Budgets und zugunsten anderer Projekte, die wichtiger sind.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 4 der Fraktion SVPplus ab (15 Ja, 48 Nein).*Abst.Nr. 011*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 5 der Fraktion SVPplus ab (14 Ja, 52 Nein).*Abst.Nr. 012*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 6 der Fraktion SVPplus ab (17 Ja, 49 Nein).*Abst.Nr. 013*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 7 der Fraktion SVPplus ab (19 Ja, 47 Nein). *Abst.Nr. 014*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:25 - 011
Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 48 Enthaltungen: 0 Abwesend: 16 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Eicher, Erni, Feuz, Friedli, Glauser, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rub, Rüegsegger
Nein gestimmt haben: Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Elsener, Espinoza, Fischer R, Gafner Wasem, Gasser, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Mordini, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Weder, Widmer, Zbinden
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Ammann, Anliker-Mansour, Bahnan Büechi, Bietenhard, Fischer C, Göttin, Grossi, Jost, Kohli, Leibundgut, Sancar, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Wertli, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:25 - 012
Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 52 Enthaltungen: 0 Abwesend: 13 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Eicher, Erni, Feuz, Friedli, Glauser, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rüegsegger
Nein gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Elsener, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gafner Wasem, Gasser, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Mordini, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Weder, Widmer, Zbinden
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bahnan Büechi, Bietenhard, Göttin, Grossi, Kohli, Leibundgut, Sancar, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Wertli, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:26 - 013
Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 49 Enthaltungen: 0 Abwesend: 13 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Friedli, Glauser, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rub, Rüegsegger, Schmidt
Nein gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gafner Wasem, Gasser, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Mordini, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Weder, Widmer, Zbinden
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bahnan Büechi, Bietenhard, Göttin, Grossi, Kohli, Leibundgut, Sancar, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Wertli, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:26 - 014
Ja-Stimmen: 19 Nein-Stimmen: 47 Enthaltungen: 0 Abwesend: 13 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)

[7] Die Öffentlichkeit ist sensibilisiert und muss nicht zusätzlich und unnötig berieselt werden.

Ja gestimmt haben: Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Friedli, Glauser, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Theiler, Weder
Nein gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gafner Wasem, Gasser, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Mordini, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Stüssi, Trachsel, Trede, Widmer, Zbinden
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bahnan Büechi, Bietenhard, Göttin, Grossi, Kohli, Leibundgut, Sancar, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Wertli, Zimmerli

8.	S. 93 Abt. Kulturelles (110000)	FDP.Die Liberalen	**Neues übergeordnetes Ziel**: Die Stadt Bern sorgt dafür, dass bei allen von ihr mitfinanzierten Kulturinstitutionen aktuelle und rechtsgültig unterzeichnete Leistungsverträge vorliegen. Ist dies nicht der Fall, stellt sie die von ihr vorgesehenen Leistungen bis zum Vorliegen eines entsprechenden Vertrags ein (P030).[8]
9.	S. 92 Abt. Kulturelles (110000)	BDP/CVP, SVPplus	Kürzung der Nettokosten um Fr. 380‘000 auf Fr. 34‘087‘117.58 zulasten P110030 Abgeltung Leistungsverträge[9]
10.	S. 92 Abt. Kulturelles (110000)	SVPplus	Kürzung der Nettokosten um Fr. 1‘820‘000 auf Fr. 32‘647‘117.58 zulasten P110030 Abgeltung Leistungsverträge[10]
11.	S. 92 Abt. Kulturelles (110000)	SVPplus	Kürzung der Nettokosten um Fr. 639‘196.64 auf Fr. 33‘827‘920.94 zulasten P110020 Beiträge direkte Förderung[11]
11a.	S. 92 Abt. Kulturelles (110000)	PdA	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 111‘558.29 auf Fr. 34‘578‘675.87 zugunsten P110200 Beiträge direkte Förderung[12]

Roland Jakob (SVP): Bei Antrag 9 geht es um die 380 000 Franken für einen Leistungsvertrag, der noch nicht gewährt wurde. Man kann den Betrag zwar ausweisen, aber dies sollte über einen Vermerk geschehen und wäre nicht budgetrelevant. Deshalb möchte ich beliebt machen, dass, solange fürs Jahr 2013 kein geltender Leistungsvertrag vorliegt, das Geld auch nicht ins Budget aufgenommen wird. Zu Antrag 10: Bei diesen Leistungsverträgen möchten wir auch eine Kürzung vornehmen, weil wir der Meinung sind, dass es an der Zeit ist, nicht nur bei den anderen Direktionen zu sparen, sondern auch bei der Kultur. Uns ist es wichtig zu unterscheiden zwischen Kultur, die bezahlbar ist und Kultur, die man nun wieder

[8] Die von der Stadt Bern budgetierten Unterstützungsbeiträge für Kulturinstitutionen sind i. d. R. an in mehrjährigen Leistungsverträgen festgehaltene Gegenleistungen gekoppelt. Entsprechend sollte die Stadt Bern Auszahlungen erst vornehmen, wenn sich die Kulturinstitutionen mit der rechtskräftigen Unterzeichnung eines aktuellen Leistungsvertrags zu den von ihnen erwarteten Leistungen bekannt haben.

[9] Streichung des Beitrags an die IKuR. Der Vertrag ist nach wie vor nicht abgeschlossen. Mit der Genehmigung im Stadtrat ist ein Nachkredit zu beschliessen. Begründung SVPplus**:** Es besteht kein Leistungsvertrag mit der Reitschule 2013. Hier wird der Stadtrat bewusst hinters Licht geführt.

[10] Streichung der Beiträge an die IKuR, Kunstverein und Verein Grosse Halle.

[11] Kürzung um 20 Prozent der Nettokosten des Produkts P110020. Da die Steuerungsvorgabe 2) eine Reduktion von 50 Prozent ausmacht, ist die Kürzung eine klare Schlussfolgerung

[12] Erhöhung der Nettokosten auf den Stand von 2012 (Fr. 3‘307‘541.50). Die Beiträge direkte Förderung sind für eine vielfältige Entwicklung der städtischen Kultur wesentlich. Eine Reduktion führt zu überproportional grossen Verlusten.

fremdfinanzieren lässt, sprich: sie durch die Kulturbetreibenden selber finanzieren lässt. Sie sollen selber auch einen Betrag generieren – sogenannte Einnahmen. Wir bitten, unsere Anträge zu unterstützen.

Annette Lehmann (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Ich spreche zu den Anträgen 8–11a. Auch beim Budget wird wieder gegen die Reitschule geschossen. Die BDP/CVP-Fraktion will den Beitrag an die IKuR streichen, obwohl wir diesen in diesem Jahr diskutieren und über den Leistungsvertrag beschliessen werden. Die SVPplus-Fraktion geht noch weiter und will sogar noch Beträge gestrichen haben, die mit Leistungsverträgen bereits gesprochen wurden. Wir können auch der Argumentation der BDP/CVP-Fraktion nicht folgen, allenfalls einen Nachkredit zu beantragen. Ein Budget ist ja dazu da, alle Dinge aufzunehmen und zu budgetieren. Das Budget würde ganz anders aussehen, wenn nur gesicherte Beträge enthalten wären. Sie verwechseln die Jahresrechnung mit dem Budget. Deshalb werden wir auch dem Antrag 8 der FDP-Fraktion nicht zustimmen. Zur Erinnerung: Der Stadtrat hat dem Leistungsvertrag mit der IKuR im Jahr 2012 für ein Jahr zugestimmt. Wir werden selbstverständlich auch den Kürzungsantrag 11 ablehnen. Wir wollen sicher nicht bei der direkten Förderung sparen. Im letzten Jahr war die Mehrheit im Stadtrat für eine Erhöhung um 100 000 Franken. Diese ist leider bereits wieder den Sparmassnahmen zum Opfer gefallen. Wir haben deshalb auch grosse Sympathien für den Antrag 11a von Rolf Zbinden. Konsequenterweise werden wir diesen Antrag unterstützen.

Bernhard Eicher (FDP) für die FDP-Fraktion: Ich begründe den Antrag 8 der FDP-Fraktion. Aus unserer Sicht versuchen wir ein übergeordnetes Ziel zu formulieren, das eigentlich logisch sein müsste: Nämlich, dass nur dann Auszahlungen vorgenommen werden, wenn rechtsgültige Leistungsverträge mit irgendwelchen Kulturinstitutionen vorliegen. Es wurde zuvor das Beispiel Reitschule genannt; es muss nicht nur bei der Reitschule der Fall sein. Übrigens reicht es auch nicht, wenn nur der Stadtrat einem Vertrag zustimmt. Für einen Vertrag braucht es das Einverständnis zweier Parteien. Wenn ihn eine andere Partei ablehnt, weil sie findet, dass die Bedingungen nicht akzeptabel sind, ist es eigenartig, wenn die Stadt dennoch Zahlungen vornimmt. Die Idee ist, dass, sobald ein Leistungsvertrag vorliegt, bei dem sich beide Parteien einig sind und den beide unterschrieben haben, selbstverständlich auch Geld fliessen kann – aber nicht vorher. Sonst möchte ich die Frage aufwerfen, wozu wir denn überhaupt über Leistungsverträge diskutieren, wenn wir sie künftig auch übers Budget steuern können. Wenn wir sie im Budget genehmigen, erhalten die Kulturinstitutionen Geld, und wenn wir sie nicht genehmigen, erhalten sie kein Geld. Wir können uns die ganze Diskussion um die Leistungsverträge künftig sparen. Insofern möchte ich bitten, diesem Antrag zuzustimmen. Er kommt aus der Diskussion um den Leistungsvertrag Reitschule. Der Gemeinderat hat anno dazumal die Argumentation ins Feld geführt, im Budget sei das Geld bereits eingestellt und deshalb würde die Zahlung nun vorgenommen, obwohl eigentlich die Gegenpartei den Vertrag nicht akzeptiert hat. Aber dieser Antrag soll genau keine Lex Reitschule sein, denn das Problem könnte sich auch bei jeder anderen kulturellen Institution stellen. Wir sind der Auffassung: Wenn man sich einig ist, wird bezahlt, sonst nicht. Dann steht es der Stadt auch zu, bis auf weiteres kein Geld zu überweisen.

Martin Schneider (BDP) für die BDP/CVP-Fraktion: Auch wir wollen keine Lex Reitschule. Aber es ist für die BDP/CVP-Fraktion klar: Ohne Vertrag gibt es kein Geld. Was uns nach wie vor sauer aufstösst ist die Tatsache, die Bernhard Eicher bereits erwähnt hat, nämlich dass es in der Stadt Bern offensichtlich möglich ist, ohne gültigen Leistungsvertrag Geld zu erhalten. Dies ist auch der Grund, weshalb wir den Antrag 9 eingereicht haben: die Kürzung der Nettokosten. Es geht aber keinesfalls darum, der Reitschule irgendwelche Dinge vors Bein zu

werfen, sondern einzig darum, dieses Geld erst auszubezahlen, wenn ein von beiden Seiten unterschriebener Vertrag vorliegt – was bis dato nicht der Fall ist. Für unsere Fraktion ist klar, wenn der Antrag 8 der FDP-Fraktion, diese Regelung für alle Kulturinstitutionen gelten zu lassen, was eigentlich logisch ist, angenommen wird, werden wir den Antrag 9 zurückziehen.

Daniela Lutz-Beck (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Ich spreche zu den Anträgen 8–11a. Die GFL/EVP-Fraktion stellt sich wie immer hinter die Reithalle. Dennoch wird sie den Antrag 8 der FDP-Fraktion annehmen. Es sollten unsererseits genügend Rechtsgrundlagen vorhanden sein, um Geld fliessen zu lassen. Der Leistungsvertrag verlangt Leistung von beiden Vertragspartnern. Solange kein gültiger Vertrag vorhanden ist, aus welchen Gründen auch immer – auch da liegt es wohl an beiden Vertragspartnern –, kann unseres Erachtens der Betrag nicht überwiesen, jedoch zurückgestellt werden. Sobald ein gültiger Vertrag existiert, kann das Geld dann überwiesen werden. Antrag 9 würde sich bei Annahme von Antrag 8 erübrigen. Die Anträge 10–11a lehnen wir ab.

Michael Köpfli (GLP) für die GLP-Fraktion: Zu den Reitschulanträgen: Der Stadtrat hat letztes Mal das Geld für die Reitschule gesprochen. Wir hätten einen mehrjährigen Vertrag unterstützt. Die Mehrheit des Stadtrats hat den Vertrag nur für ein Jahr genehmigt. Deshalb werden wir im Herbst wieder darüber verhandeln. Wir finden es richtig, dass das Geld auch im Budget enthalten ist, und falls die Mehrheit des Stadtrats diesen Vertrag nicht mehr genehmigt, wird das Geld nicht ausgegeben und dann haben wir zu viel budgetiert. Besser zu viel als zu wenig budgetieren und dann Nachkredite einholen. Genauso verschuldet man sich nämlich. Deshalb ist das Vorgehen des Gemeinderats richtig.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Zu den Anträgen im Einzelnen. Mit dem Antrag 8 der FDP-Fraktion habe ich im Grundsatz kein Problem. Der Grundsatz lautet: Geld gibt es nur, wenn der Vertrag da ist. Ob dies ein übergeordnetes Kulturziel ist, daran habe ich meine Zweifel. Nun ist zu betrachten, wie der Stadtrat damals mit dem Betrag von 380 000 Franken umgegangen ist. Man hat entschieden, den Betrag zu sprechen, aber man erwarte eine Nachverhandlung des Vertrags bis Ende dieses Jahrs. Der Vertrag wird bis Ende Jahr in den Rat kommen. Falls er genehmigt wird, können die entsprechenden drei Jahre Leistungsvereinbarung ausbezahlt werden. Wenn nicht, haben wir keine Grundlage mehr, weil der Stadtrat nur für das Jahr 2012 Geld gesprochen hat und für das nächste Jahr kein Geld mehr zur Verfügung steht. Deshalb erübrigt sich Antrag 9, weil klar ist: Ohne Vertrag gibt es kein Geld.
Weiter ist es inkonsequent, wenn man in der freien Kulturszene Geld aufstocken möchte. Dies ist so inkonsequent, wie wenn man das Geld kürzen möchte. Wir haben meines Wissens in den letzten Jahren die Problematik erwähnt, dass immer mehr Geld in den Kulturverträgen gebunden ist und immer weniger für freie Kulturszenen zur Verfügung steht. Und wenn Sie wollen, dass diese den Preis bezahlen sollen, weil wir aufgrund der gebunden Ausgaben immer mehr die Freiheit verlieren, weil die fixen Kosten steigen, dann ist sowohl die Erhöhung wie auch die Senkung falsch. Die Forderung der PdA ist zwar wünschenswert, aber nicht konsequent. Genau so ist es natürlich falsch, die freie Kulturszene strafen zu wollen, indem man Beträge kürzt. Deshalb bitte ich, weder den einen noch den anderen Antrag zu beschliessen.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 8 der Fraktion FDP zu (36 Ja, 31 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 015*
2. Die Fraktionen BDP/CVP und SVPplus ziehen den Antrag 9 zurück.
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 10 der Fraktion SVPplus ab (10 Ja, 58 Nein). *Abst.Nr. 016*

4. Der Antrag 11a der PdA obsiegt in der Gegenüberstellung dem Antrag 11 der Fraktion SVPplus (29 Ja, 35 Nein^{PdA}, 3 Enthaltungen). *Abst.Nr. 017*
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 11a der PdA ab (27 Ja, 41 Nein). *Abst.Nr. 018*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:38 - 015
Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 31 Enthaltungen: 1 Abwesend: 11 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Bahnan Büechi, Bartlome, Blaser, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Imhof, Jaisli, Jakob, Jost, Klauser, Künzler, Lanfranchi, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Meyer, Neeracher, Pauli, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Stürmer, Trachsel, Weder
Nein gestimmt haben: Ammann, Battagliero, Bill, Chheng, Fischer R, Gasser, Grosjean, Hächler, Imthurn, Jordi, Keller, Köpfli, Krebs, Kusano, Lehmann, Mathieu, Michel, Mordini, Oester, Penher, Pinto, Ruch, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trede, von Greyerz, Zbinden
Der Stimme enthalten sich: Gubser
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Göttin, Grossi, Kohli, Sancar, Vollmer, Wasserfallen, Wertli, Widmer, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:39 - 016
Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 58 Enthaltungen: 0 Abwesend: 11 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Friedli, Glauser, Gubser, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rüegsegger
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Fischer R, Gafner Wasem, Gasser, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Mordini, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, von Greyerz, Weder, Zbinden
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Göttin, Grossi, Kohli, Sancar, Vollmer, Wasserfallen, Wertli, Widmer, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:40 - 017
Ja-Stimmen: 29 Nein-Stimmen: 35 Enthaltungen: 3 Abwesend: 12 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Jost, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Meyer, Neeracher, Pauli, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Weder
Nein gestimmt haben: Bahnan Büechi, Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer R, Gasser, Gutzwiller, Hächler, Jordi, Klauser, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Mathieu, Michel, Mordini, Oester, Penher, Pinto, Ruch, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, von Greyerz, Zbinden
Der Stimme enthalten sich: Imthurn, Keller, Köpfli
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Göttin, Grossi, Hirsbrunner, Kohli, Sancar, Vollmer, Wasserfallen, Wertli, Widmer, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:40 - 018
Ja-Stimmen: 27 Nein-Stimmen: 41 Enthaltungen: 0 Abwesend: 11 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Battagliero, Bill, Chheng, Fischer R, Gasser, Hächler, Jordi, Keller, Krebs, Kusano, Lehmann, Mathieu, Michel, Mordini, Oester, Penher, Pinto, Ruch, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trede, von Greyerz, Zbinden
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Blaser, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Klauser, Köpfli, Künzler, Lanfranchi, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Meyer, Neeracher, Pauli, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Stürmer, Trachsel, Weder
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Göttin, Grossi, Kohli, Sancar, Vollmer, Wasserfallen, Wertli, Widmer, Zimmerli

Denkmalpflege

12.	S. 97 Denkmalpflege (120)	SVPplus	Streichung der Nettokosten von Fr. 705‘387.69 der PG120000 Denkmalpflege[13]

Roland Jakob (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Weshalb stellt die SVPplus-Fraktion einen Antrag auf Streichung der Denkmalpflege? Weil die Denkmalpflege der Stadt Bern dem Kanton angegliedert werden sollte. Es gibt einerseits immer wieder Zwist zwischen der Denkmalpflege und der Stadtberner Bevölkerung und andererseits zwischen der Denkmalpflege und der Stadt Bern, worauf dann jeweils Regierungsstatthalter Peter Lerch entscheidet und nicht mehr das Bauinspektorat der Stadt Bern. Wird beispielsweise bei einer Wohnbaugenossenschaft das Fenster ersetzt, gibt es so viel Disput, dass man bis vor Bundesgericht gehen muss und dann seitens der Denkmalpflege noch verliert. Andererseits werden beim PROGR alte Eichenfenster herausgeschnitten und weggeworfen, obwohl das Haus denkmalgeschützt ist. Und mit ganz normalen Fenstern wird dort ein neuer Eingang gebaut. Das ist dann wiederum legal. Jede normale Person der Stadt Bern käme wahrscheinlich ins Gefängnis, wenn sie dies ma-

[13] Denkmalpflege ist eine kantonale Aufgabe.

chen würde. Deshalb ist die Denkmalpflege unseres Erachtens für die Bevölkerung der Stadt Bern nicht mehr das, was sie früher einmal war und soll dem Kanton angegliedert werden. Der Kanton führt bereits heute für die Stadt Bern diverse Aufgaben im Bereich der Denkmalpflege aus. Mit der Angliederung hätten wir die Gewissheit, dass eine neutrale, übergeordnete Stelle korrekt und versiert handelt und verhandelt, wenn es um Baufragen geht. Deshalb bitten wir, diesen Antrag zu unterstützen.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP) für die FDP-Fraktion: Mein Vorredner hat sein Votum mit der Frage eingeleitet, weshalb die SVPplus-Fraktion jedes Jahr im Rahmen der Budgetdiskussion den Antrag stellt, die Denkmalpflege zu kantonalisieren. Ich kann es Ihnen nicht sagen. Wahrscheinlich deshalb, weil ihr Antrag jedes Jahr abgelehnt wird. Auch ich empfehle wie jedes Jahr im Namen der FDP: Lehnen Sie den Antrag ab. Glücklicherweise, würde ich sagen – wir können ja nichts dafür, es waren unsere Vorfahren –, haben wir mit der Altstadt ein UNESCO-Welterbe, und wenn es irgendwo eine städtische Denkmalpflege braucht, dann in der Stadt Bern. Dazu kommt, dass die Grundlagen, auf die sich der Kanton stützt, auch keine anderen sind als diejenigen, auf die sich die Stadt bei ihren Entscheiden stützt. Das vorgebliche Ziel, das die SVPplus-Fraktion erreichen will, erreicht sie über diesen Weg ohnehin nicht.

Nicola von Greyerz (SP): Ich kann das nicht unkommentiert lassen. Das Beispiel, das Roland Jakob zum PROGR vorgebracht hat, ist genau ein Beispiel dafür, dass man mit der Denkmalpflege sehr wohl diskutieren und mit ihr zusammen gute Lösungen finden kann.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 12 der Fraktion SVPplus ab (9 Ja, 48 Nein, 7 Enthaltungen).

Abst.Nr. 019

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:45 - 019
Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 48 Enthaltungen: 7 Abwesend: 15 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Glauser, Imhof, Jakob, Leibundgut, Meyer, Neeracher, Pauli, Rüegsegger
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer R, Gafner Wasem, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hächler, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lehmann, Mäder, Mathieu, Michel, Mordini, Oester, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Stüssi, Theiler, Trachsel, von Greyerz, Widmer, Zbinden
Der Stimme enthalten sich: Fischer C, Friedli, Gasser, Imthurn, Krebs, Penher, Weder
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Göttin, Grossi, Hirsbrunner, Jaisli, Kohli, Lanfranchi, Lutz-Beck, Sancar, Trede, Vollmer, Wasserfallen, Wertli, Zimmerli

PRD: Abteilung Stadtentwicklung, Bauinspektorat, Stadtplanungsamt

13.	S. 102 Stadtentwicklung (130100)	PVS	Kürzung der Nettokosten um Fr. 100‘000 auf Fr. 2‘239‘353.80[14]
14.	S.103 Stadtentwicklung (130100)	SVPplus	Kürzung der Nettokosten um Fr. 91‘517.87 auf Fr. 2‘247‘835.93 zulasten P130130 Aussenbeziehungen und Politisches Controlling[15]
14a.	S. 117 Stadtplanung (170500)	PdA	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 186‘584.17 auf Fr. 4‘504‘188.75[16]

[14] Die Bevölkerungsbefragung findet im mehrjährigen Turnus statt, d.h. alle vier Jahre statt. Das nächste Mal im Jahr 2015.

[15] Kürzung der Nettokosten des Produkts P130130 um 25 Prozent. Die Stadt soll sich auf die wesentlichen Beziehungen beschränken. Sie muss nicht überall dabei sein.

[16] Erhöhung der Nettokosten auf den Stand von 2012. Die Entwicklung einer sozialen und städtebaulich nachhaltigen Stadt erfordert keine Einschränkung, sondern eine Intensivierung der Stadtplanung.

PVS-Sprecher *Daniel Klauser* (GFL): Bei der Abteilung Stadtentwicklung hat sich die Diskussion in der PVS insbesondere um die Bevölkerungsbefragung fürs Jahr 2013 gedreht. Im Rahmen der Budgetdebatte 2009 wurde ein Antrag angenommen, der verlangte, dass das Geld im Budget 2009 für die Bevölkerungsbefragung gestrichen wird und dass anstelle eines zweijährigen Turnus ein mehrjähriger Rhythmus eingeführt wird. Nach 2007 fand im Jahr 2011 eine Befragung statt, also vier Jahre später. Nun wurde aber im Budget 2013 wieder ein Betrag dafür eingestellt. Es wäre also eine Rückkehr zum zweijährigen Turnus entgegen dem im Jahr 2008 beschlossenen Antrag gewesen. Der Gemeinderat hat klargestellt, dass dies ein Versehen war. Deshalb beantragt die PVS eine Streichung dieser 100 000 Franken im Budget 2013. Es gibt andere Städte, die diese Befragung auch durchführen, und zwar in den ungeraden Jahren. Für die Vergleichbarkeit ist es sinnvoll, einen Rhythmus mit geraden Zahlen in den ungeraden Jahren zu haben.
Beim Bauinspektorat ist ein Leistungsausbau budgetiert, und zwar eine zusätzliche Stelle für den Vollzug. Da geht es insbesondere darum, illegale Umnutzung von Wohnraum zu ahnden und Rückführungen vorzunehmen. Dies entspricht dem vom Stadtrat erheblich erklärten Vorstoss. Es gibt auch eine Zunahme von mangelhaften Baugesuchen beim Bauinspektorat, die zu Mehraufwand führen. Im Jahr 2013 wird uns auch noch die Änderung der Bauordnung als Nachfolgelösung für das Gesetz über die Erhaltung von Wohnraum (WERG) beschäftigen. Überdies wurde uns mitgeteilt, dass in vier bis fünf Jahren eine generelle Revision der Bauordnung anstehen wird.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 13 der PVS zu (64 Ja, 0 Nein). *Abst.Nr. 020*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 14 der Fraktion SVPplus ab (12 Ja, 53 Nein). *Abst.Nr. 021*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 14a der PdA ab (27 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 022*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:48 - 020
Ja-Stimmen: 64 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0 Abwesend: 15 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Göttin, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Meyer, Michel, Mordini, Neeracher, Oester, Pauli, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stürmer, Stüssi, Theiler, Trachsel, Weder, Widmer, Zbinden
Nein gestimmt haben:
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Fischer R, Gasser, Grossi, Jost, Kohli, Sancar, Stampfli, Trede, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Wertli, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:49 - 021
Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 53 Enthaltungen: 0 Abwesend: 14 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Eicher, Erni, Feuz, Glauser, Imhof, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Theiler
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Elsener, Espinoza, Fischer R, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Mordini, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stürmer, Stüssi, Trachsel, Trede, Weder, Widmer, Zbinden
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Fischer C, Grossi, Jost, Kohli, Rüegsegger, Sancar, Stampfli, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Wertli, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:49 - 022
Ja-Stimmen: 27 Nein-Stimmen: 41 Enthaltungen: 1 Abwesend: 10 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Battagliero, Bill, Chheng, Fischer R, Gasser, Göttin, Hächler, Jordi, Keller, Krebs, Kusano, Lehmann, Mathieu, Michel, Mordini, Oester, Penher, Pinto, Ruch, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Trede, von Greyerz, Zbinden
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Blaser, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Klauser, Köpfli, Künzler, Lanfranchi, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Meyer, Neeracher, Pauli, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Stürmer, Trachsel, Widmer
Der Stimme enthalten sich: Theiler
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Sancar, Vollmer, Wasserfallen, Weder, Wertli, Zimmerli

Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE)

FSU-Sprecher *Rudolf Friedli* (SVP): Die FSU stellt keine weiteren finanzrelevanten Anträge. Meines Wissens stand in der Zeitung, dass wir eine Diskussion zum autofreien Sonntag geführt haben. Weiter diskutierten wir über den Securitrans-Vertrag betreffend Bahnhofunterführung und dass dort künftig die Polizei für Ruhe und Ordnung sorgen soll. Das Geschäft ging dann in die FD. Diese stellte sich gegen unsere Erhöhungs- resp. Umschichtungsanträge. In der FSU wurde dies noch einmal reflektiert und sie kam zum Schluss, beide Anträge fallen zu lassen. Deshalb liegt nun Antrag 18 vor. Es geht dabei um die Einführung von neuen Kennzahlen. Eine knappe Mehrheit der FSU war für diese Kennzahlen, und zwar aus demokratiepolitischen Gründen und weil deren Erhebung keinen grossen Aufwand bedeuten würde. Zudem seien sie der politischen Arbeit dienlich.
Zu Antrag 30 der FSU: Darin geht es um eine Bereinigung: Der Begriff „Kontrolle“ steht dort schräg in der Landschaft. In der ersten Spalte ist das Aufführen von „Kontrolle“ richtig, aber weiter hinten sollte das Wort gestrichen werden. Dies dient der Klarheit.

SUE: Kantonspolizei

15.	S. 135 Kantonspolizei (210100)	FSU	Antrag zurückgezogen.
15a.	S. 135 Kantonspolizei (210100)	PdA	Kürzung der Nettokosten um Fr. 754‘068.00 auf Fr. 31‘475‘094.00[17]
16.	S. 138 Kantonspolizei (210100)	SVPplus	Einführung neue Steuerungsvorgabe 7) Kontrolle des Langsamverkehrs. **Soll 2013: 3000 Stunden**
17.	S. 139 Kantonspolizei (210100)	SVPplus	Aufteilung der Kennzahl 24) Kontrolltätigkeit im Verkehrsbereich in Stunden a) bei motorisiertem Privatverkehr b) bei E-Bikes und Veloverkehr c) bei Fussverkehr
18.	S. 139 Kantonspolizei (210100)	FSU	Einführung einer neuen Kennzahl: 25) Fernhalteverfügungen: a) Fernhalteverfügungen BM/Sucht b) Fernhalteverfügungen im Zusammenhang mit Kundgebungen
19.	S. 139 Kantonspolizei (210100)	FSU	Einfügen einer neuen Kennzahl 26) Anzahl Verzeigungen nach Bahnhofreglement

Simon Glauser (SVP): Vielleicht bin ich der Einzige, der im Moment mit dem Sitzungsablauf etwas Mühe hat. Mir ist bewusst, dass wir nicht antragsweise vorgehen, sondern es wird innerhalb einer Dienststelle querbeet über verschiedene Themen diskutiert. Dies ist meines Erachtens ziemlich unglücklich.
Zu unseren Anträgen: Zur Einführung einer neuen Steuerungsvorgabe. Wir fordern einen neuen Soll-Wert von 3000 Stunden ab dem nächsten Jahr, der explizit für die Kontrolle des Langsamverkehrs eingeführt werden soll. Weiter verlangen wir die Aufteilung der Kennzahl

[17] Kürzung der Nettokosten auf den Stand von 2012. Die Erhöhung der sichtbaren Präsenz soll über interne finanzielle Umschichtungen vorgenommen werden.

24. Es ist wichtig zu wissen, wie sich die Kontrolle aufteilt: zum einen auf den motorisierte Privatverkehr, zum anderen auf den Langsamverkehr – aufgeteilt nach E-Bikes und Veloverkehr – und zum Dritten auf den Fussverkehr. Es soll erfasst werden, was wo wie oft kontrolliert wurde. Wir bitten, den Antrag zu unterstützen.

Die Vorsitzende *Ursula Marti:* Zum Sitzungsablauf nach Dienststelle: Wir sind auch in den vergangenen Jahren so vorgegangen. Vielleicht verwirrt, dass die Kommissionssprechenden für den gesamten Bereich referieren und dann die Dienststellen behandelt werden. Aber dies war auch in den vergangenen Jahren so. Ich hoffe auf Verständnis.

Judith Renner-Bach (BDP): Vorneweg: Wir werden der Kürzung der Kredite für die Kantonspolizei nicht zustimmen, nachdem man erst kürzlich mehr Präsenz gefordert hat.
Ich spreche insbesondere zu den Anträgen 16–19. Sie gehören auch in diesen Bereich. Wir wehren uns gegen eine Aufblähung der Bürokratie. Wir können nicht nachvollziehen, was der Stadtrat in seinem Zuständigkeitsbereich mit all diesen zusätzlichen Kennzahlen machen soll. Die Reaktion der Verwaltung wird nicht lange auf sich warten lassen. Zusätzliche Stellen werden gefragt sein.

Direktor SUE *Reto Nause*: Zu Antrag 15a, Kürzung bei der Kantonspolizei. Darüber gab es eine Volksabstimmung, Rolf Zbinden. Es war der Wille des Berner Volks, dass man in diesem Jahr 10 000 Fusspatrouillenstunden und im nächsten Jahr 20 000 Fusspatrouillenstunden aufstockt. Und wenn man nun den Volkswillen durch die Hintertür gleich wieder pulverisieren will, finde ich das ein komisches Verständnis.
Zu den Anträgen im Bereich der Kennzahlen, Steuerungsvorgaben: Da geht es mir gleich wie Judith Renner-Bach. Wir wollen die Polizei an der Front haben und nicht bei der Erfassung von Steuerungsvorgaben oder Kennzahlen. Die ganze Unterteilung im Verkehr, die die SVPplus-Fraktion vorschlägt, muss man sich in der Praxis vorstellen: Velos, Autos, zu Fuss Gehende werden ja stets gleichzeitig kontrolliert, aber es müsste dann stets jemand mit der Stoppuhr daneben stehen. Bei der Kontrolle eines Velos müsste man eine Minute fürs Velo und bei einem Auto eine Minute fürs Auto erfassen. Das macht schlicht keinen Sinn. Es bedeutet einen riesigen Aufwand, bringt wenig Nutzen und viel Bürokratie. Bereits heute werden Kontrollen im Langsamverkehr vorgenommen und ausgewiesen. Aber sie werden nicht auf einzelne Verkehrsträger verteilt. Dasselbe Argument führen wir bei den Fernhalteverfügungen ins Feld. Diese werden heute nicht erfasst. Man muss wissen, dass Fernhalteverfügungen eine relativ schmale zeitliche Gültigkeit haben. Der Gemeinderat lehnt die Erhebung aufgrund des damit verbundenen grösseren administrativen Aufwands ab.

Roland Jakob (SVP): Ich möchte noch etwas zur Präzisierung unseres Antrags 17 an die Adresse des geschätzten Gemeinderats Reto Nause sagen. Es geht bei der Kennzahl zum Verkehr nicht um eine Zeiterhebung, sondern um die Stückzahl, das heisst, um die Anzahl der kontrollierten Autos und Velos sowie des kontrollierten Fussverkehrs. Und dies kann man ganz einfach, ohne grossen Aufwand, mit einem Strich auf dem Notizblock erledigen.

Simon Glauser (SVP): Ergänzend gehe ich davon aus, dass die Kantonspolizei jeweils Schwerpunkte setzt und einmal den motorisierten Verkehr kontrolliert und ein andermal beim Bahnhofplatz die Velofahrenden und zu Fuss Gehenden. Diese Zahl möchten wir gerne differenziert ausgewiesen haben, um zu sehen, wie oft der motorisierte Verkehr, der Velo- und der Fussverkehr kontrolliert werden.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 15a der PdA ab (11 Ja, 57 Nein). *Abst.Nr. 023*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 16 der Fraktion SVPplus ab (12 Ja, 55 Nein). *Abst.Nr. 024*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 17 der Fraktion SVPplus ab (14 Ja, 51 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 025*
4. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 18 der FSU zu (48 Ja, 18 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 026*
5. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 19 der FSU zu (47 Ja, 18 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 027*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:57 - 023
Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 57 Enthaltungen: 0 Abwesend: 11 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Bill, Fischer R, Gasser, Hächler, Michel, Oester, Penher, Ruch, Theiler, Trede, Zbinden
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Blaser, Chheng, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Göttin, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Meyer, Mordini, Neeracher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Stüssi, Trachsel, von Greyerz, Weder, Widmer
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Dana, Grossi, Kohli, Pauli, Sancar, Vollmer, Wasserfallen, Wertli, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:57 - 024
Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 55 Enthaltungen: 0 Abwesend: 12 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Feuz, Friedli, Glauser, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rüegsegger
Nein gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Mordini, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, von Greyerz, Weder, Widmer, Zbinden
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bahnan Büechi, Bietenhard, Dana, Grossi, Klauser, Kohli, Sancar, Vollmer, Wasserfallen, Wertli, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:58 - 025
Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 51 Enthaltungen: 1 Abwesend: 13 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rüegsegger, Weder
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Mordini, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, von Greyerz, Widmer, Zbinden
Der Stimme enthalten sich: Ruch
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Dana, Gasser, Grossi, Kohli, Sancar, Stürmer, Trede, Vollmer, Wasserfallen, Wertli, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:58 - 026
Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 18 Enthaltungen: 2 Abwesend: 11 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Battagliero, Bill, Blaser, Chheng, Eicher, Erni, Feuz, Fischer R, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Glauser, Göttin, Grosjean, Hächler, Imhof, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Keller, Köpfli, Krebs, Kusano, Lehmann, Mathieu, Meyer, Michel, Mordini, Neeracher, Oester, Pauli, Penher, Pinto, Ruch, Rüegsegger, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trede, von Greyerz, Weder, Zbinden
Nein gestimmt haben: Bahnan Büechi, Bartlome, Elsener, Espinoza, Fischer C, Gutzwiller, Hirsbrunner, Klauser, Künzler, Lanfranchi, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Renner-Bach, Schneider, Stürmer, Trachsel, Widmer
Der Stimme enthalten sich: Imthurn, Rub
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Dana, Grossi, Gubser, Kohli, Sancar, Vollmer, Wasserfallen, Wertli, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-17:59 - 027
Ja-Stimmen: 47 Nein-Stimmen: 18 Enthaltungen: 2 Abwesend: 12 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Battagliero, Bill, Blaser, Chheng, Eicher, Erni, Feuz, Fischer R, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Göttin, Grosjean, Hächler, Imhof, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Keller, Köpfli, Krebs, Kusano, Lehmann, Mathieu, Meyer, Michel, Mordini, Neeracher, Oester, Pauli, Penher, Pinto, Ruch, Rüegsegger, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trede, von Greyerz, Weder, Zbinden
Nein gestimmt haben: Bahnan Büechi, Bartlome, Elsener, Espinoza, Fischer C, Gutzwiller, Hirsbrunner, Klauser, Künzler, Lanfranchi, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Renner-Bach, Schneider, Stürmer, Trachsel, Widmer
Der Stimme enthalten sich: Imthurn, Rub
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Dana, Gasser, Grossi, Gubser, Kohli, Sancar, Vollmer, Wasserfallen, Wertli, Zimmerli

SUE: Amt für Umweltschutz

20.	S. 142 Amt für Umwelt-	FSU	Antrag zu P220140 Lokale Agenda 21 zurückgezogen.

	schutz (220100)		
21.	S. 142 Amt für Umweltschutz (220100)	BDP/CVP, SVPplus	Kürzung der Nettokosten um Fr. 150'000.00 auf Fr. 4‘759‘359.82 zulasten P220140 Lokale Agenda 21[18]
22.	S. 142 Amt für Umweltschutz	SP/JUSO	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 80‘000 auf Fr. 4‘989‘359.82 zugunsten P220150 Energie[19]
22a.	S. 142 Amt für Umweltschutz (220100)	GLP	Kürzung der Nettokosten um Fr. 75‘000 zulasten P220140 Lokale Agenda 21 und gleichzeitig Erhöhung der Nettokosten um Fr. 75‘000 zugunsten P220150 Energie[20]
23.	S. 144 Amt für Umweltschutz (220100)	BDP/CVP, SVPplus	Streichung der Steuerungsvorgabe 9) Durchführung autofreie Sonntage[21]
23a.	S. 144 Amt für Umweltschutz (220100)	GLP	Änderung der Steuerungsvorgabe 9) Durchführung autofreie Sonntage. **Soll 2013: 1** [statt 2]
24.	S. 150 Polizeiinspektorat (230200)	GB/JA!	Erhöhung des Nettoerlöses um Fr. 100‘758.20 auf Fr. 2‘067‘697.47 zulasten P230270 Vollzug und Kontrolle[22]
25.	S. 150 Polizeiinspektorat (230200)	GB/JA!	Erhöhung des Nettoerlöses um Fr. 417‘500 auf Fr. 2‘384‘439.27 zulasten P230280 Veranstaltungen[23]

[18] Verzicht auf die Durchführung von zwei autofreien Sonntagen. Die Idee ist überholt.

[19] Der Energierichtplan wird Anfang 2013 in Kraft gesetzt. Damit stehen beachtliche technische und auch organisatorische Herausforderungen an. Sowohl übergeordnete Energiestrategien wie auch ortsspezifische detailliertere Massnahmen, welche durch den Energierichtplan definiert werden, müssen gemäss den Zielvorgaben sorgfältig mit Einbezug aller beteiligten Akteur/innen koordiniert und begleitet werden (z.B. auch Energiepool, Pilotprojekt lokale Energiepotentiale). Soll also die Energiewende in der Stadt Bern seriös in Angriff genommen werden, bedingt dies unter anderem auch die nötigen personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

[20] Dieser Antrag soll einen Kompromiss zu den Anträgen 20 bis 23 der FSU, von BDP/CVP, SVPplus und SP/JUSO ermöglichen. Eine Aufstockung des Budgets wie auch die gänzliche Streichung der autofreien Sonntage werden keine Mehrheit finden. Dieser Kompromiss ermöglicht budgetneutral weiterhin die Durchführung eines autofreien Sonntages; gleichzeitig können die Mittel im Bereich Energierichtplan, der für die langfristig nachhaltige Entwicklung der Stadt Bern eine zentrale Bedeutung hat, moderat erhöht werden.

[21] Zwei autofreie Sonntage in der Form vom 2012 sind unnötig. Diese Vorgabe ist in der heutigen Form aufzuheben.

[22] Der Antrag wurde zunächst als Kommissionsantrag eingereicht, aber aufgrund der ablehnenden Empfehlung der Finanzdelegation von der FSU zurückgezogen. Die Angaben zur Erlöserhöhung beziehen sich auf Informationen aus dem Bericht zum Postulat Fraktion GB/JA (Hasim Sancar, GB) vom 3. März 2011: Gewaltmonopol einer modernen Stadt gehört der Polizei (11.000100) vom 2. Mai 2012, S. 3/8

26.	S. 152 Polizeiinspektorat (230200)	GB/JA!	Änderung der Steuerungsvorgabe 4) Vom Gemeinderat gewährte Gebührenbefreiungen und Kostenerlasse bei Veranstaltungen. **Soll 2013: 417‘500 Franken** [statt 835‘000 Franken][24]

Halua Pinto de Magalhães (SP): Ich spreche zu Antrag 22. Es hat sich ein kleiner Fehler eingeschlichen. Der Energierichtplan wird nicht anfangs 2013 in Kraft gesetzt, sondern natürlich anfangs 2014. Nächstes Jahr gelangt er zur Vorprüfung und kantonalen Genehmigung. Bereits anfangs dieses Jahrs ist das kantonale Energiegesetz in Kraft getreten. Dieses hat die energieintensiven Gemeinden dazu verpflichtet, einen kommunalen Richtplan Energie zu erstellen. Damit wurden bereits jetzt klare übergeordnete Leitplanken in der Energiepolitik gesetzt und mit diesen muss sich die Stadt Bern nun auseinandersetzen. Gemäss ihrer eigenen Energiestrategie und den vorangegangenen politischen Diskussionen und Entscheiden hat die Stadt Bern bereits verschiedene Massnahmen zur Energiewende in Angriff genommen. Aber diese Energiewende ist nicht gratis zu haben. Gerade deshalb müssen die Kosten für den Umbau optimiert sowie die finanziellen und personellen Ressourcen effizient eingesetzt werden. Damit erhält man sowohl eine kontrollierbare als auch eine kosteneffiziente Energiepolitik. Man muss die Koordination der Massnahmen unter Einbezug aller Akteurinnen und Akteuren so rasch wie möglich aufnehmen. Das heisst, falls man diese Energiewende wirklich seriös in Angriff nehmen will, bedingt dies unter anderem auch, die personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Ich hoffe, Sie werden diesen Antrag unterstützen.

Simon Glauser (SVP): Ich spreche zu unserem Antrag betreffend autofreie Sonntage. Zusammen mit der BDP/CVP-Fraktion beantragen wir die Streichung der zwei autofreien Sonntage. Zur Begründung: Bekanntlich habe ich am letzten autofreien Sonntag in der Länggasse selber teilgenommen. An sich war dies ein toller Anlass mit tollem Wetter und es waren auch einige Leute anwesend. Aber er schoss am Ziel vorbei. Für mich war dies kein autofreier Sonntag, der zum Verzicht auf das Auto hätte sensibilisieren sollen. Es ging eher darum zu zeigen, wie viel Platz die Autos normalerweise einnehmen. Wir sind der Meinung, dass es einen derartigen Anlass künftig nicht mehr braucht. Stattdessen soll beispielsweise ein Quartierfest veranstaltet werden. Man sperrt eine einzelne Strasse ab, so wie die Mittelstrasse abgesperrt wurde. Der Perimeter war ohnehin viel zu gross. In den meisten anderen Quartierstrassen lief nur ganz wenig. Man muss sich auch fragen, wo denn hier der Sinn oder Spass sein soll, wenn man einige Gartentische auf die Strasse stellt und ringsum parkierte Autos stehen. Wir bitten, die 150 000 Franken zu sparen, den autofreien Sonntag zu streichen und entsprechend auch im Antrag 23 die Steuerungsvorgabe zu streichen beziehungsweise auf Null zu setzen. Ich hoffe, dass der Antrag unterstützt wird.

Judith Renner-Bach (BDP): Wie eben erwähnt, waren die diesjährigen autofreien Sonntage einfach ein Flop. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich klar gezeigt, dass man mit 75 000 Franken pro Anlass ausser den Gemütern und vielleicht noch ein wenig die Medien nichts bewegen kann. Hören wir doch auf, Geld in den Sand zu setzen. Es macht aber Sinn, das eingesparte Geld in die Energiewende zu investieren. Deshalb werden wir den Antrag der SP/JUSO-Fraktion annehmen, falls unser Antrag auf Streichung der autofreien Sonntage ak-

[23] Zukünftig sollen die Veranstaltungen von einer Gebührenbefreiung bzw. einem Kostenerlass profitieren, die nachweisen können, dass mindestens 30% der verrichteten Arbeitsstunden durch Freiwillige geleistet werden.

[24] Hängt mit Antrag Nr. 25 zusammen, Begründung siehe dort.

zeptiert wird. Sollten beide Anträge abgelehnt werden, unterstützen wir den GLP-Antrag. Nicht zustimmen werden wir jedoch einer Reduktion von zwei Sonntagen auf einen Sonntag. Wir möchten nämlich keine sinnlosen autofreien Sonntage mehr.

Judith Gasser (JA!): Ich muss nun von meinem sorgfältig erstellten Skript etwas abweichen, weil Simon Glauser mir die Worte aus dem Mund genommen hat. Es geht bei einem autofreien Sonntag sehr wohl auch darum zu zeigen, wie viel Platz ohne Autos vorhanden wäre. Dies ist auch ein Ziel eines solchen Tags. Ich denke nicht, dass hier jemand das Gefühl hat, man könne mit zwei autofreien Sonntagen die Leute massenhaft zum Umsteigen und Aussteigen aus dem Auto bewegen. Dieses Ziel könnte man mit einer unserer Forderung erreichen, nämlich mit gemeindeübergreifenden Velotagen, muskelbetriebenen Sporttagen – wie man sie auch nennen mag. Einen SlowUp darf man offenbar nicht durchführen. Unsere Idee ist, dass das Quartier diese Tage mit organisiert und mitträgt. Das ist extrem wichtig. Wir sind der Meinung, diese Stossrichtung soll weiter verfolgt werden. Deshalb bin ich erstaunt, dass man das Geld nun streichen will. Auch wenn man ein solchen Anlass Quartierfest nennen will, müssen die Strassen gesperrt werden, und das kostet Geld. Dennoch haben wir diesen Antrag erwartet – alle Jahre wieder. In diesem Jahr sind zwei autofreie Sonntage zustande gekommen. Klar kann man sagen, dass die Bilanz ein wenig durchzogen sei. Der Breiterain ist tatsächlich ins Wasser gefallen. In der Länggasse war es toll, wie auch Simon Glauser gesagt hat. Nun ist der Zeitpunkt da, den anderen Quartieren die Chance zu geben. So hat man mehr Grundlagen, um zu schauen, ob diese Sonntage getragen werden und ob sie ein Bedürfnis der Bevölkerung sind und dann zu entscheiden. Wir sind deshalb klar der Meinung, dass im nächsten Jahr zwei solche Tage stattfinden sollen. Wir sind also gegen die Kürzung, welche die Fraktionen BDP/CVP und SVPplus beantragen. Dem Antrag der SP/JUSO-Fraktion werden wir zustimmen. Falls er abgelehnt würde, kämen wir beim GLP-Antrag ein wenig ins Schwitzen, weil die Fraktion nicht ganz derselben Meinung ist. Deshalb haben wir dort Stimmfreigabe beschlossen.

Peter Ammann (GLP): Manchmal ist es gut, wenn man ein wenig ins Schwitzen kommt. Ich hoffe, dass wir mit unseren beiden Anträgen einen Kompromiss zu einem Thema bieten können, das wir in der Stadt Bern bereits seit Langem diskutieren. Es geht um die Lokale Agenda 21 und das Projekt Energie. Beide Seiten, sowohl Regierung wie Parlament, haben es ein wenig „verchachelt“ oder wieder die Meinung geändert. Heute ist Fakt: Wir haben ab und zu einen autofreien Sonntag in verschiedener Form. Ungefähr die Hälfte der Stadtbevölkerung findet das noch cool und möchte ihn beibehalten. Den anderen ist es egal oder sie beginnen sich langsam zu ärgern. Ich denke, dies ist die Ausgangslage. Seitens der GLP-Fraktion sollen keine Feste verhindert werden, sie will keine Spielverderberin sein. Wir haben aber auch den Eindruck, dass die Quartierfeste auf kleiner Ebene letztlich mehr gefragt sind. Im Kirchenfeld gibt es diese Feste in einer Strasse beim Thunplatz, auf Privatinitiative von Quartierkommissionen und es funktioniert wunderbar. Wenn dort jemand einen halben oder ganzen Tag die Strasse sperren will, ist dies möglich. Wir wünschten uns sogar, dass diese Anlässe auf Quartierinitiative organisiert würden, ohne finanziellen Beitrag der Stadt Bern. So hätte man auch gleich ein Problem gelöst: In den letzten Jahren gab es nämlich immer, nachdem die Stadt das Datum für den autofreien Sonntag bekanntgegeben hat, irgendeine Stimme, die Überschneidungen mit anderen Anlässen feststellte. Wenn ein Quartier auf eigene Initiative einen Anlass durchführt und ein solches Gesuch stellt, kann es ihn nach seinem Belieben durchführen. Wir haben festgestellt, dass das Setzen dieser Steuerungsvorgabe auf Null nicht mehrheitsfähig ist. Wir stellen deshalb den Kompromissantrag und empfehlen, die Steuerungsvorgabe auf 1 zu setzen. Es geht mir nicht primär um diese Steuerungsvorgabe, sondern auch ums Budget, damit diese budgetneutral abgewickelt werden kann – nach jetzigem

Stand ist ein Betrag von 150 000 Franken für die autofreien Sonntage eingesetzt. Andererseits haben wir uns auch gefragt, in welchem Bereich wir die Klima- und Energiesituation in der Stadt Bern nachhaltig und auch langfristig verändern könnten. Und da gebe ich Halua Pinto de Magalhães absolut recht. Wir haben zwei- oder dreimal aus der gemeinderätlichen Energiekommission Informationen zu diesem Energierichtplan erhalten. Dahinter steckt eine riesige Arbeit dieses Amts. Ich denke, wenn wir punkto Nachhaltigkeit etwas verändern möchten, dann müssten wir dort ansetzen. Ich möchte deshalb alle Parteien, die den Begriff „grün" in ihrem Namen tragen, auffordern und einladen, unserem Kompromissantrag zuzustimmen.

Bernhard Eicher (FDP): Es gibt sowohl in der Musik wie auch in der Politik Evergreens. Einer davon ist die Reitschule, ein zweiter die Quotenfrage und der dritte, den man gerne in der Politik ausspielt, ist der autofreie Sonntag. Wenn sie diesen ausspielen, ist wenigstens die Stimmung garantiert, wie es sich für einen Evergreen gehört. Die FDP-Fraktion vertritt seit Jahren die gleiche Haltung. Wir sind der Auffassung, dass dieser Tag nichts bringt. Man konnte dies nun an zwei Beispielen beobachten. Man gibt zwar gerne dem Wetter die Schuld, aber letztlich hat es ausser einigen verbissenen Leuten niemanden interessiert, was am autofreien Sonntag geschieht. Die Leute gingen lieber in die Aare schwimmen, oder am anderen Tag, als es regnete, blieben sie lieber zu Hause. Insofern freut es uns, dass langsam, um das Votum von zuvor aufzunehmen, bei denjenigen, die das Wort „grün" in ihrem Namen tragen, ein Umdenken stattfindet. Der Evergreen ist zwar interessant für mediale Aufmerksamkeit und um für gute Stimmung zu sorgen, aber letztlich ist er weder effizient noch effektiv. Insofern wird die FDP-Fraktion alle Anträge unterstützen, die eine Reduktion in diesem Bereich ermöglichen. Alle Anträge, die eine Aufstockung auf zwei oder mehrere Tage fordern, werden wir ablehnen. Sollte es im nächsten Jahr dennoch einen autofreien Sonntag geben, könnte jemand auf die sehr originelle Idee kommen, die Band „FraktionsZwang" wieder anzufragen. Die Antwort kennen Sie allmählich.

Tania Espinoza (GFL): Wir werden sicher alle Anträge ablehnen, obwohl wir grün sind, oder gerade weil wir grün sind. Es ist nach wie vor so, dass man dafür oder dagegen ist. Wir haben zuvor von Bernhard Eicher gehört, das Thema sei ein Evergreen. Das stimmt. Aber immerhin kann man sagen, autofreie Sonntage seien mittlerweile selbstverständlich geworden und in den Ohren aller ein wenig bekannt. Das ist auch schön.
Wir möchten ein pragmatisches und einfaches Rahmenprogramm wie bisher beibehalten. Vermehrt sollen die Quartierbevölkerung, das lokale Gewerbe und die Restaurants an diesem autofreien Sonntag teilnehmen. Wir wollen keinen Grossevent im Sinn von Gemeinderat Reto Nause, der rund 400 000 Franken kostete. Wir wollen ein einfaches Programm, das sinnvoll ist. Es wurde gesagt, es sei nicht effektiv. Wir finden doch: Wenn sich Kinder, Familien und die Quartierbevölkerung dafür einsetzen, dass an einem Sonntag etwas geschieht und man feststellt, wie ruhig es für einmal ist, ist das sehr effektiv. Wie wär es, wenn man sich einmal Zeit nehmen würde, um zu reflektieren, wie wir mit Verkehr, mit Mobilitätsfragen umgehen. Man hat gesehen, dass sich die Quartierbevölkerung engagiert hat, sie hat mitgemacht – gerade in der Länggasse. Sie hat Projekte gestartet. Wir wünschen, dass es diese 150 000 Franken, die je 75 000 Franken, weiterhin für solche Anlässe geben soll. Und dass die Quartiere vielleicht auch noch selber Ressourcen nutzen und allenfalls ein grösseres Projekt zur Thematik autofreier Sonntag anpacken sollten, eventuell vernetzt mit einem Anlass des Quartiers. Wir werden deshalb alle Anträge ablehnen.

Stefan Jordi (SP): Ich kann mich Tania Espinoza anschliessen. Zu den autofreien Sonntagen im Allgemeinen: Der Stadtrat hatte eine Motion erheblich erklärt, die vier autofreie Sonntage forderte. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass dies eine Mehrheit war. Wir senk-

ten die Zahl der autofreien Sonntage dann auf zwei. Wir haben dem Gemeinderat gesagt: keep it simple. Es braucht nicht jedes Mal ein grosses Stadtfest zu werden, sondern es soll ein Sonntag sein, an dem die Quartiere die Strassen zurückerobern können. Der Anlass in dieser Art wurde nun zum ersten Mal im Breitenrain und in der Länggasse durchgeführt. Und es war ruhig. Die Leute konnten die Strassen geniessen, so wie sie dies an den anderen 51 Sonntagen nicht können. Diejenigen, die dort waren, haben gesehen, dass Kinder auf den Strassen spielten, Leute, die sogar bei schlechtem Wetter im Breitenrain hinausstuhlten und einen Brunch machten. Diejenigen, die nun sagen, das sei nichts gewesen, sind vielleicht auch gar nicht dort gewesen. Aber wir wollten bewusst kein grosses Tamtam. Denn so wäre es auf den Strassen wieder nicht ruhig gewesen. Wir haben dem Gemeinderat bewusst gesagt, er solle ein einfaches Konzept erstellen und schlicht die Strassen sperren. Der Anlass wird sich mit der Zeit schon entwickeln. Wenn wir nun im nächsten Jahr nur einen Sonntag durchführen, dann kann sich diese Tradition, die dann vielleicht aus den Quartieren kommt, zusammen mit einem Quartierfest, gar nicht entwickeln. Deshalb ist es für die SP/JUSO-Fraktion wichtig, dass man zumindest im nächsten Jahr die zwei autofreien Sonntage aufrecht erhalten kann und dafür sorgt, dass sich etwas Gutes daraus entwickeln kann. Dass es vielleicht nicht allzu nachhaltig sein wird, ist uns auch bewusst, aber wir haben etwas fürs Quartier. Die Rückmeldungen, die ich erhalten habe, waren zumindest sehr positiv. Sehr viele Leute haben es genossen und möchten einen solchen autofreien Sonntag nicht missen. Ich denke, wir sind wie das GB auch ein wenig am Schwitzen, was den Antrag der GLP-Fraktion anbelangt. Ich weiss derzeit nicht genau, wie unsere Fraktion dazu steht. Wir werden diesem Antrag vielleicht zur Hälfte zustimmen. Aber wichtig sind für uns die zwei autofreien Sonntage.

Alexander Feuz (FDP): Ich wohne im Kirchenfeld und kam in den Genuss eines solchen autofreien Sonntags. Für mich gibt es zwei Punkte, die Sie kennen sollen. Wir haben im Quartier zig Anlässe, die autofrei sind: Frauenlauf, Grand-Prix, Thunplatzfest. Da kommen all diese Aspekte zum Ausdruck, die zuvor aufgezählt wurden, wie ein verkehrsfreier Platz. Die Stadt hat wichtigen, nachhaltigen Aufgaben nachzugehen. Es gibt durchaus auch Forderungen der Grünen, die ich teilweise sogar mittragen kann. Aber diese autofreien Sonntage sind nicht nachhaltig. Ich bitte, den Anträgen der bürgerlichen Parteien und der GLP-Fraktion zu folgen.

Simon Glauser (SVP): Alle Jahre wieder, Evergreen, wurde zuvor gesagt. Es macht diesen Anlass dennoch nicht besser. Und dann jammern, es habe geregnet und deshalb seien zu wenige Leute gekommen. Oder beim zweiten Anlass sei es zu heiss gewesen und deswegen hätte es zu wenig Teilnehmende gehabt. Dies sind Argumente, die sicher nicht zählen. Stefan Jordi hat die Antwort soeben selber gegeben: Er hat gesagt, dies sei einmal ein Tag gewesen, an dem das Quartier Ruhe hatte. Dann machen Sie doch ein Quartierfest. Bei diesen autofreien Sonntagen fehlt meines Erachtens letztlich diese Sensibilisierung für das ursprüngliche Anliegen. Ich bin aber auch der Meinung: Wer in der Stadt wohnt und noch nicht bemerkt hat, dass man ohne Auto innerhalb der Stadt besser und schneller vorwärts kommt, dem ist ohnehin nicht zu helfen.
Ich habe zuvor vergessen zu sagen, dass wir noch sehr tolle Ideen haben, was mit diesen 150 000 Franken verwirklicht werden könnte, statt sie nur einzusparen. Und zwar haben wir drei entsprechende Anträge gestellt: Beim Antrag 50a möchten wir 50 000 Franken zugunsten der Bümplizer-Chilbi und beim Antrag 58 möchten wir 50 000 Franken für Ferien- und Freizeitprojekte im Jugendamt sprechen. Und der Antrag 61 beinhaltet ebenfalls 50 000 Franken zugunsten des Kindesschutzes. So möchten wir die 150 000 Franken umverteilt haben. Ich persönlich werde in den nächsten Jahren am autofreien Sonntag oder an den autofreien Sonntagen stets dagegen ansingen.

Direktor SUE *Reto Nause*: Ich und das Amt für Umwelt sind ja nicht Gegner dieses autofreien Sonntags. Im Jahr 2011 haben wir bewiesen, dass es funktioniert, dass ein publikumswirksamer autofreier Sonntag möglich ist. Ein Sonntag, bei dem man der Bevölkerung auf breiter Ebene vermitteln kann, dass es andere und neue Formen von Mobilität gibt. Dass sie den Strassenraum mit Rollerblades etc. erleben können. Aber das war ein anderes Konzept und hat über 20 000 Leute angelockt. Eines muss ich Ihnen sagen: Wer beim Konzept 2012 – und ich war dort – von einem Erfolg spricht, hatte Tomaten in den Augen. Dieses ist aus meiner Sicht ganz klar gescheitert. Man hat uns versprochen, die Strassen müssten nur gesperrt werden und es würden sich die Gassen mit Menschen füllen, die dann den Raum zu nutzen wüssten. Im Breitenrain habe ich diese Menschen nicht gefunden. Und wenn man einen autofreien Sonntag durchführt mit dem Hauptzweck, die Bevölkerung zu sensibilisieren und diese geht nicht hin, dann hat man eine teure Veranstaltung gemacht, bei der den wenigen Leuten, die erschienen sind, die Hunderternoten an den Füssen geklebt haben. Ich bitte Sie, den in meinen Augen doch sehr vernünftige Kompromissantrag der GLP-Fraktion zu unterstützen. Als Umweltdirektor muss ich Ihnen sagen: Wenn Sie wirklich etwas für die Nachhaltigkeit tun wollen, wenn Sie den eingesetzten Franken dafür einsetzen wollen, dass das CO_2 reduziert wird oder dass wir künftig erneuerbare Kilowattstunden haben, dann erreichen Sie das Ziel mit dem Konzept der autofreien Sonntage, wie sie dieses Jahr durchgeführt wurden, nicht. Dann geben Sie bitte dem Bereich Energierichtplanung budgetneutral diese Ressourcen.

Bernhard Eicher (FDP): Lieber Gemeinderat Reto Nause, eine Aussage schreit nach einer Replik: Wenn ich diese 380 000 Franken von der Stadt zur Verfügung gestellt erhalte, werde ich hoffentlich das bessere Fest organisieren als Sie im Jahr 2011.

Antrag 20 wurde zurückgezogen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 21 der Fraktionen BDP/CVP und SVPplus ab (27 Ja, 42 Nein). *Abst.Nr. 028*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 22 der Fraktion SP/JUSO ab (26 Ja, 41 Nein). *Abst.Nr. 029*
3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 22a der Fraktion GLP zu (34 Ja, 32 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 030*

Antrag 23 ist obsolet.

4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 23a der Fraktion GLP ab (46 Ja, 21 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 031*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-18:24 - 028
Ja-Stimmen: 27 Nein-Stimmen: 42 Enthaltungen: 0 Abwesend: 10 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Bartlome, Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hirsbrunner, Imhof, Jaisli, Jakob, Leibundgut, Mäder, Meyer, Neeracher, Pauli, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Wasserfallen, Weder
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer R, Gasser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Ruch, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, von Greyerz, Widmer, Zbinden
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Künzler, Mordini, Sancar, Vollmer, Wertli, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-18:25 - 029
Ja-Stimmen: 26 Nein-Stimmen: 41 Enthaltungen: 0 Abwesend: 12 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Battagliero, Bill, Chheng, Fischer R, Gasser, Göttin, Hächler, Jordi, Keller, Krebs, Kusano, Lehmann, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Ruch, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Trede, von Greyerz, Zbinden
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Blaser, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Klauser, Köpfli, Lanfranchi, Lutz-Beck, Mäder, Meyer, Neeracher, Pauli, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Stürmer, Trachsel, Wasserfallen, Weder, Widmer
Der Stimme enthalten sich:

Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mordini, Sancar, Theiler, Vollmer, Wertli, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-18:25 - 030
Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 32 Enthaltungen: 1 Abwesend: 12 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Battagliero, Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Köpfli, Kusano, Leibundgut, Mäder, Meyer, Neeracher, Pauli, Pinto, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Stampfli, Wasserfallen, Weder
Nein gestimmt haben: Bahnan Büechi, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer R, Gasser, Gubser, Gutzwiller, Hächler, Jordi, Keller, Klauser, Krebs, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Ruch, Schwarz, Sönmez, Stürmer, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, von Greyerz, Widmer, Zbinden
Der Stimme enthalten sich: Schoch-Meyer
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Göttin, Grossi, Hirsbrunner, Kohli, Künzler, Mordini, Sancar, Vollmer, Wertli, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-18:26 - 031
Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 21 Enthaltungen: 1 Abwesend: 11 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Battagliero, Bill, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Göttin, Grosjean, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Köpfli, Kusano, Lehmann, Leibundgut, Mäder, Meyer, Neeracher, Oester, Pauli, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Stampfli, von Greyerz, Wasserfallen, Weder, Widmer
Nein gestimmt haben: Bahnan Büechi, Elsener, Espinoza, Fischer R, Gubser, Gutzwiller, Hächler, Jordi, Keller, Klauser, Krebs, Lutz-Beck, Mathieu, Michel, Sönmez, Stürmer, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Zbinden
Der Stimme enthalten sich: Gasser
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Künzler, Lanfranchi, Mordini, Sancar, Vollmer, Wertli, Zimmerli

SUE: Polizeiinspektorat

24.	S. 150 Polizeiinspektorat (230200)	GB/JA!	Erhöhung des Nettoerlöses um Fr. 100‘758.20 auf Fr. 2‘067‘697.47 zulasten P230270 Vollzug und Kontrolle[25]
25.	S. 150 Polizeiinspektorat (230200)	GB/JA!	Erhöhung des Nettoerlöses um Fr. 417‘500 auf Fr. 2‘384‘439.27 zulasten P230280 Veranstaltungen[26]
26.	S. 152 Polizeiinspektorat (230200)	GB/JA!	Änderung der Steuerungsvorgabe 4) Vom Gemeinderat gewährte Gebührenbefreiungen und Kostenerlasse bei Veranstaltungen. **Soll 2013: 417‘500 Franken** [statt 835‘000 Franken][27]
27.	S. 154 Polizeiinspektorat (230300)	SVPplus	Reduktion des Nettoerlöses um Fr. 100‘000 Franken auf Fr. -12‘129.05 (Nettoaufwand) zulasten P230320 Transportgewerbe[28]
28.	S. 154 Polizeiinspektorat (230300)	SVPplus	Änderung der Steuerungsvorgabe 2) Monatliche Kontrollen im Taxiwesen. Soll 2013: 20 Kontrollen [statt 8 Kontrollen][29]
29.	S. 158 Polizeiinspektorat (230400)	SVPplus	Änderung der Steuerungsvorgabe 4) Monatliche Kontrollen betreffend illegal anwesenden ausländischen Personen. Soll 2013: 10 Kontrollen [statt

[25] Der Antrag wurde zunächst als Kommissionsantrag eingereicht, aber aufgrund der ablehnenden Empfehlung der Finanzdelegation von der FSU zurückgezogen. Die Angaben zur Erlöserhöhung beziehen sich auf Informationen aus dem Bericht zum Postulat Fraktion GB/JA (Hasim Sancar, GB) vom 3. März 2011: Gewaltmonopol einer modernen Stadt gehört der Polizei (11.000100) vom 2. Mai 2012, S. 3/8

[26] Zukünftig sollen die Veranstaltungen von einer Gebührenbefreiung bzw. einem Kostenerlass profitieren, die nachweisen können, dass mindestens 30% der verrichteten Arbeitsstunden durch Freiwillige geleistet werden.

[27] Hängt mit Antrag Nr. 25 zusammen, Begründung siehe dort.

[28] Die Missstände im Taxiwesen verlangen nach erhöhten Kontrollen.

[29] Die Missstände im Taxiwesen verlangen nach erhöhten Kontrollen, deshalb zurück auf den Wert von 2010.

			5 Kontrollen][30]
30.	S. 159 Polizeiinspektorat (230400)	FSU	Änderung der Steuerungvorgabe 6): Streichung des Wortes Kontrolle
31.	S. 183 Wirtschaftsamt (260100)	SVPplus	Änderung der Steuerungsvorgabe 2) Kontakte zu auswärtigen Unternehmungen. Soll 2013: 40 [statt 15][31]

Rahel Ruch (JA!): Ich spreche zu Antrag 24. Es geht darum, den Vertrag der Stadt Bern mit der Firma Securitrans für die Bewachung des öffentlichen Teils des Bahnhofs um rund 100 000 Franken zu kürzen. Der Hintergrund ist, dass die Ausgaben für die Bewachung des Bahnhofs heute laut Gemeinderat rund 326 000 Franken betragen, davon sind 200 000 Franken für die eigentlichen Sicherheitsaufgaben, für die Bewachung, vorgesehen, der Rest ist bei der Liegenschaftsverwaltung budgetiert. Im heutigen Budget kürzt der Gemeinderat den Posten aus Spargründen bereits selber um 100 000 Franken. Wir möchten diesen Vertrag ganz streichen. Weshalb? Ich möchte noch etwas zur Begriffsklärung sagen, da es stets wieder verwirrende Aussagen gibt. Securitrans ist ein Sicherheitsunternehmen, das im Besitz der SBB und der Securitas AG ist. Die Securitrans-Mitarbeitenden sind im Gegensatz zur Bahnpolizei keine Polizei. Die Securitrans-Mitarbeitenden haben demnach nicht mehr Befugnisse als wir alle und ihr Beitrag zur Sicherheit soll also sein, dass sie in Uniform herumstehen. Und wenn es ernst wird, müssen sie, wie wir alle, die Polizei rufen. Wir sind der Ansicht, dass es unsinnig ist, dafür 100 000 Franken auszugeben. Dazu kommt, dass die Securitrans AG besonders in der Stadt Bern bereits mehrmals durch Negativschlagzeilen bekannt wurde. In mindestens zwei Fällen hat die Securitrans versucht, den Bürgerinnen und Bürgern das Unterschriftensammeln, das laut Bahnhofreglement im städtischen Teil des Bahnhofs explizit erlaubt ist, zu verbieten. In einem anderen Fall, der von Schweiz aktuell dokumentiert wurde, haben Securitrans-Mitarbeiter Randständige zusammengeschlagen. Wir sind der Meinung, dass es sich nicht lohnt, für eine solche Scheinsicherheit Geld auszugeben. Wir haben die Polizei aufgestockt. Die Polizei ist auch in diesem Teil des Bahnhofs dadurch präsent, dass sie mit ihren Patrouillen ohnehin in der ganzen Stadt präsent ist. Es macht mehr Sinn, wenn die Polizei dieses Gebiet übernimmt, als dass wir Geld in eine Firma investieren, bei der unklar ist, ob sie wirklich etwas nützt. Ich bitte deshalb im Interesse der Sicherheit dieser Stadt, dem Antrag 24 zuzustimmen.

Judith Renner-Bach (BDP): Ich spreche zu den Anträgen 25 und 26. Mit der Annahme dieser Anträge werden wertvolle Events bestimmt untergehen. Bern ohne Buskers, ohne Fasnacht und ohne Bümplizer-Chilbi ist kein lebendiges Bern mehr. Die BDP/CVP-Fraktion wird deshalb die beiden Anträge auf eine indirekte Gebührenerhöhung ablehnen.

Stéphanie Penher (GB): Liebe Fasnächtlerinnen und Fasnächtler, liebe Frauenlaufteilnehmerinnen, liebe Grand-Prix-Teilnehmende, liebe Buskers-Zuhörende, liebe Bümplizer-Chilbi-Besuchende, es geht nicht darum, Sie mit dem Gebührenerlass zu bestrafen. Die GB/JA!-Fraktion begrüsst, dass der Gemeinderat zusammengelegt hat, was zuvor ein wenig unklar unter den Direktionen verteilt war. Auf der einen Seite bei der Polizei, auf der anderen Seite bei der TVS. Und alles befindet sich jetzt zusammen in der Direktion von Gemeinderat Reto

[30] Die Anzahl aufgegriffener, illegal anwesender Personen (P440) hat sich seit 2010 verdoppelt. Offenbar besteht hier Handlungsbedarf.

[31] Eines der Hauptziele der Wirtschaftsförderung muss es sein, auswärtige Unternehmungen für den Standort Bern zu gewinnen.

Nause. In den Medien haben wir gelesen – und wir nehmen die Medien beim Wort, wenn sie etwas schreiben –, dass die Stadt Bern für den Klitschko-Match Gebühren erlassen hat. Wir haben den Medien auch entnommen, dass dem Schweizer Fernsehen „SF bi de Lüt“ vor der wunderschönen Kulisse der Stadt Bern Gebühren erlassen wurden. Obschon man – und das konnte man auch in den Medien lesen – das Schweizer Fernsehen (SF) an sich bereit gewesen wäre, die Gebühren zu bezahlen. Wir fragen uns: Weshalb werden hochkommerziellen Anlässen wie dem Klitschko-Match, bei dem Plätze in der Reihe vier bis sieben 2200 Franken pro Platz gekostet haben, Gebühren erlassen? Schade, dass Stadtpräsident Alexander Tschäppät nicht mehr da ist. Deshalb frage ich den zuständigen Gemeinderat Reto Nause: Wo wurde denn der Gebührenerlass des Klitschko-Matchs und von „SF bi de Lüt“ im letzten Jahr verbucht? Wir wollen nicht gegen die traditionellen, grossen und kleineren beliebten Events in der Stadt Bern schiessen – im Gegenteil. Wir wollen diese schützen, damit sie nach wie vor Gebührenerlass erhalten. Aber wir denken, bei einer Gebührenbefreiung in der Höhe von 835 000 Franken, so wie es nun der Gemeinderat vorsieht, muss aufgeräumt werden. Deshalb möchte ich gerne noch einmal vom Gemeinderat hören, wo diese beiden grossen Events verbucht wurden. Allenfalls könnte der Gemeinderat gleich vorgehen wie der Winterdienst; dort setzt man einen Fixbetrag im Budget ein, und wenn dann mehr Schnee fällt und es kälter ist, beantragt der Gemeinderat einen Nachkredit. So wäre die Sache transparent und das Parlament könnte entscheiden, ob Gebühren erlassen werden sollen oder nicht. Aus diesen Gründen haben wir diesen Antrag gestellt und die Fragen hätte ich gerne beantwortet.

Simon Glauser (SVP): Von der Gebührenbefreiung zum Taxiwesen. Ich spreche zu den Anträgen 27–29 und habe gleichzeitig einen **Änderungsantrag**. Um einen ausgeglichenen Betrag zu erhalten, fordern wir **in Antrag 27 nicht eine Reduktion um 100 000 Franken, sondern um Fr. 87 870.95**. So erhält man einen Betrag von null und nicht ein Defizit von rund 12 000 Franken.
Weshalb fordern wir mehr Geld fürs Polizeiinspektorat? Dies hängt damit zusammen, dass unseres Erachtens das Taxiwesen künftig vermehrt kontrolliert werden sollte. Im Moment gibt es monatlich acht Kontrollen. Wir möchten diese Zahl mit dem Antrag 28 auf 20 Kontrollen erhöhen. Bekanntlich haben wir nicht sehr viele Einflussmöglichkeiten aufs Taxiwesen in der Stadt Bern. Vieles ist durch den Kanton geregelt beziehungsweise unterliegt der Gewerbefreiheit. Aber wir denken, dass man mit vermehrten Kontrollen auch ein wenig das Image des Taxiwesens in der Stadt Bern verbessern könnte.
Zu Antrag 29: Seit dem Jahr 2010 hat sich die Anzahl illegal anwesender Personen, die die Polizei aufgegriffen hat, von 400 auf über 800 verdoppelt. Wir sind der Meinung, dass da Handlungsbedarf besteht. Deshalb möchten wir künftig doppelt so viele Kontrollen pro Monat durchführen lassen, also nicht mehr fünf, sondern zehn.

Martin Trachsel (EVP): Ich nehme es vorweg. Wir werden nur dem Antrag 30 zustimmen und wenn ich das Wirtschaftsamt noch dazu nehme, dem Antrag 31.
Zu Antrag 24: Wir erachten es nicht als sinnvoll, dort eine Änderung vorzunehmen. Securitrans ist ein eingespieltes Team und ist in Kontakt mit der Stadt. Zudem ist es eine Sicherheitsfirma, die sowohl im SBB- als auch im städtischen Teil des Bahnhofs tätig ist. Wenn wir den Vertrag auflösen würden, gäbe es auch keine Gespräche mehr. Wir finden es wichtig, dass der Kontakt zur Securitrans auch seitens der Stadt vorhanden ist. Der Bahnhof ist ein wichtiger Bestandteil in der Stadt Bern, Bahnboden oder städtischer Boden ist, unterscheidet die Bevölkerung nicht.
Zu Antrag 26: Dort sind wir für den Status quo. Wir sind froh über den Vorstoss von Urs Frieden, dessen Forderung war, diesen Bereich zusammenzulegen. Dies ist erfolgt. Im letztjährigen Budget sind die Gebührenerlasse nicht abgebildet. Wir haben keine Grundlage zum Ver-

gleichen. Deshalb sagen wir: Status quo. Wir werden in der Jahresrechnung 2013 sehen, wie hoch die Kosten effektiv waren. Uns ist auch nicht klar, weshalb das Schweizer Fernsehen mit der Sendung „SF bi de Lüt“ von den Gebühren befreit wird. 60 000 Franken wurden aus unserer Sicht in den Sand gesetzt. Diese könnte man fürs nächste Jahr im Budget reduzieren. Wir haben jedoch keinen Antrag dazu gestellt. Somit wäre es vielleicht eine Sparmöglichkeit im Sparpaket.

Stefan Jordi (SP): Ich spreche zu Antrag 24: Es geht um die Sicherheit im und rund um den Bahnhof. Die SP/JUSO-Fraktion ist froh, dass die FSU ihren Antrag zurückgezogen hat: Man hätte der Kantonspolizei einfach noch 100 000 Franken in die Kasse gelegt, ohne zu sagen, wozu sie diesen Betrag verwenden soll.
Beim Bahnhof haben wir eine komplexe Situation. Im SBB-Teil des Bahnhofs ist selbstverständlich die Securitrans zuständig, da haben wir keinen Handlungsspielraum. Im städtischen Teil mit den Geschäften, wo der Fonds den Stadtboden betreut, ist auch die Securitrans zuständig. Dort besteht zwischen dem Fonds und der Securitrans eine Vereinbarung, eine vertragliche Situation mit einem Betrag von 100 000 Franken. Diese liegen in der Kompetenz des Fonds. Nun geht es noch um die Aufgänge und die zehn Meter rund um die Aufgänge. Wie können diese kontrolliert werden? Meines Erachtens wäre es sinnvoll, dort auch Präsenz zu markieren. Die SP/JUSO-Fraktion ist der Ansicht, es wäre sinnvoll, diesen Raum von der gleichen Firma überwachen zu lassen, die es auch im Bahnhof unten tut. Selbstverständlich sind wir für den Grundsatz, dass die Sicherheit in die Zuständigkeit der öffentlichen Hand gehört. Leider ist es in der Stadt Bern die Kantonspolizei.
Zur Begrifflichkeit: Im Jahr 2001 wurde die Bahnpolizei in die Securitrans überführt. Die zuvor erwähnte Bahnpolizei heisst Transportpolizei. Dies ist eine richtige Polizei, mit den nötigen Ausbildungen und Kompetenzen. Die Securitrans ist eine Art Zwitter. Wir bitten, den Antrag 24 abzulehnen.

Giovanna Battagliero (SP): Ich spreche zu den Anträgen 25 und 26, zu den Gebührenbefreiungen. Ich möchte betonen, dass es dieses Jahr erstmals einen Zusammenzug der Gebührenbefreiungen im PGB gibt, und zwar bei der SUE. Das heisst, es sind auch die Gebührenbefreiungen der TVS drin, beispielsweise für die Strassenreinigungen oder für die Signalisation. Dies einmal zum Betrag, wie er zustande gekommen ist. Offenbar entspricht dieser Betrag auch ungefähr demjenigen der Vorjahre. Er ist nicht exorbitant gestiegen, wie man dies vermuten könnte. Was würde nun die Kürzung dieses Betrags um die Hälfte bedeuten? Gemäss meinen Abklärungen würde dies heissen, dass der grösste Teil oder mindestens ein so grosser Teil, wie wir es nicht wünschen, für Gebührenbefreiungen bei den Kundgebungen wegfallen würde, weil diese von Gesetzes wegen von den Gebühren befreit werden müssen. Das heisst, wir hätten dann nicht mehr so viel Geld zur Verfügung, um die Anlässe, die uns am Herzen liegen wie Frauenlauf, Buskers etc., von den Gebühren zu befreien. Die SP/JUSO-Fraktion möchte vor allem denjenigen die Gebühren erlassen, die nicht kommerziell sind. Klitschko können wir nun beiseitelassen, da gehen die Meinungen vielleicht ein wenig auseinander. Aber ansonsten ist für uns auch klar, dass wir kommerzielle Veranstaltungen nicht befreien möchten. Dennoch werden wir diesen Antrag ablehnen, weil er unseres Erachtens genau das Gegenteil dessen bewirkt, was er fordert.

Rudolf Friedli (SVP): Ich spreche nur kurz zu Antrag 26. Aus der Begründung geht hervor, dass jemand nachweisen müsste, dass an s einem Anlass 30 Prozent der verrichteten Arbeitsstunden durch Freiwillige geleistet werden, damit eine Gebührenbefreiung möglich wäre. Dies würde eine riesige Bürokratie verursachen. Zuerst müsste die Verwaltung definieren, wann sie einen solchen Nachweis als erbracht erachten würde. Die Veranstaltenden müssten

irgendein System aufbauen, um erfassen zu können, dass 30 Prozent durch Freiwillige verrichtet wird und die restliche Arbeit bezahlt ist. Da möchte ich eher appellieren, dass die SUE vernünftig entscheiden soll, wer von den Gebühren befreit wird und wer nicht. Ich frage mich auch, und da muss ich der linken Seite recht geben, weshalb man dem Schweizer Fernsehen (SF) offenbar 60 000 Franken erlassen hat. Das geht für mich nicht auf. Da gibt es andere Anlässe, bei denen man eher noch über die Gebührenbefreiung diskutieren könnte; aber beim SF habe ich kein Verständnis.

Roland Jakob (SVP): Auch ich äussere mich noch zu den Gebühren. Wenn ich die Begründung lese, heisst es so schön: „Zukünftig sollen die Veranstaltungen von einer Gebührenbefreiung bzw. einem Kostenerlass profitieren, die nachweisen können, dass mindestens 30% der verrichteten Arbeitsstunden durch Freiwillige geleistet werden." Ich würde auch eine Klausel in Form einer Voraussetzung befürworten, und zwar: Wenn die Veranstaltung bewilligt ist, können wir darüber diskutieren. Denn unbewilligte Demonstrationen, Platzkundgebungen oder Festchen usw. werden auch nicht mit Gebühren belastet. Ich habe noch nie gehört, dass diese Veranstaltenden nachträglich noch eine Gebühr bezahlen mussten, weil sie auf dem Platz gestanden sind. Eventuell müssten Sie sich hier langsam auch Gedanken zum Thema Rechtsgleichheit machen. Und zwar geht es darum, nicht nur bei denjenigen das Geld abzuholen, bei denen man das Gefühl hat, sie hätten Geld. Es geht auch darum, sich und diejenige Klientel, die man vertritt, nicht besser zu behandeln. Es gibt hier keine Zweitklassengesellschaft, sondern Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit. Deshalb sind die beiden Anträge, auch wenn sie von der GB/JA!-Fraktion sehr freundlich formuliert sind, für uns nicht tragbar.

Direktor SUE *Reto Nause*: Ich spreche zuerst zu Antrag 24 betreffend Securitrans: Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass man gegenüber privaten Sicherheitsdiensten eine erhebliche Skepsis hat. Ich möchte aber auch hervorheben: Der Gemeinderat hat diese Dienstleistungen in der Vergangenheit sehr gut durchleuchtet. Wir haben sie zum Teil bereits heruntergefahren, wie auch im vorliegenden Budget 2013 beim Bereich Bahnhof. Wenn Sie nun diesen Antrag annähmen, wäre überhaupt keine Securitrans mehr im Perimeter aktiv. Das ist meines Erachtens nicht zu verkraften. Der Bahnhof und die Situation im Bahnhof haben sich in den vergangenen Jahren nicht schlecht entwickelt. Es ist aber stets eine volatile Situation, ein Brennpunkt, namentlich an den Weekends: Freitagnacht, Samstagnacht. Da wäre ich froh, wenn man sagen würde: Doch, das ist unsere Visitenkarte. Der Bahnhof ist für die Pendlerinnen und Pendler etc. wichtig. Dort besteht zusätzlicher Sicherheitsbedarf. Der Gemeinderat beantragt die Ablehnung von Antrag 24.
Zu den Veranstaltungen: Eine Replik an Stéphanie Penher. Zur Verbuchung hatten wir im Kreis der Verwaltung widersprüchliche Aussagen. Im Budget 2012 werden Sie das genau nachlesen können. Beim Antrag geht es darum, dass man die Gebührenbefreiungen auf einen Betrag von 417 000 Franken festlegt. Dieser Antrag ist komplett illusorisch. Giovanna Battagliero hat es erwähnt: Fast 200 000 Franken sind bereits Gebührenbefreiungen im Zug von politischen Kundgebungen. Dann folgt die ganze Liste mit den Veranstaltungen, die man Jahr für Jahr von den Gebühren befreit. Buskers, Bümplizer-Chilbi, „Dr Bärner Samichlous chunnt", Gassenfasnacht, Grand-Prix, „Granium-Märit", Museumsnacht, offizielle Bundesfeiern, Frauenlauf etc. Bereits diese Beträge übersteigen den Betrag, den Stéphanie Penher in ihrem Antrag hat. Dann gibt es noch Gebührenbefreiungen im kleineren Rahmen, die das Polizeiinspektorat in eigener Kompetenz beschliessen kann. Das sind kleine Gassenfeste, Umzüge etc. Damit liegt der Betrag bereits deutlich über den 417 000 Franken. Wenn das GB auch noch den Zibelemärit abschaffen will – der wäre auch in diesem Budgetposten, und das wäre dann vermutlich die Folge davon. Über den Inhalt kann man streiten. Es gibt zwei bis drei Grosskonzerte im Stade de Suisse, die von den Gebühren befreit werden. Dort sind jeweils

über 100 Helfende freiwillig im Einsatz – okay, das ist kommerziell. Aber wenn man Bruce Springsteen und AC/DC aus der Stadt jagen will, dann kann man das auch tun – und diesen Antrag annehmen. Wir würden, liebe Stéphanie Penher, dringend davon abraten. Ich denke, gerade diese gewachsenen Events sind eine Visitenkarte für die Stadt Bern. Sie machen sie zu einer lebenswerten Stadt und die Bevölkerung hat Freude daran. Der Gemeinderat lehnt die Anträge 25 und 26 ab.

Stéphanie Penher (GB): Ich finde weder für den Klitschko-Event noch für „SF bi de Lüt" eine Berichterstattung des Gemeinderats. „SF bi de Lüt" war ein guter Anlass, dies war eine schöne Werbeaktion für die Stadt Bern. Aber dann soll dies bitte transparent abgebucht werden. Unter den Gebühren ist der Anlass nicht enthalten. Ich habe schnell eine Abrechnung gemacht. Wir haben einige zusätzliche Informationen erhalten. Sichergestellt sind rund 600 000 Franken. **Ich formuliere meinen Antrag so um, dass eine Kürzung um 100 000 Franken vorgesehen ist**. Damit soll dem Gemeinderat signalisiert werden, dass nicht für alle Anlässe Gebühren erlassen werden können und um sicherzustellen, dass diejenigen, die wir gebührenbefreit haben wollen – da sind wir uns gemäss den heutigen Voten ziemlich einig –, auch künftig von den Gebühren befreit werden, trotz der nicht ganz einfachen Finanzlage der Stadt Bern. Und die 30 Prozent Arbeitsstunden, die Freiwillige für den Frauenlauf, den Grand-Prix, die Fasnacht etc. leisten, können die grossen Veranstaltenden vorweisen; dies habe ich bei ihnen abgeklärt. Diese Anlässe wird es also mit Gewissheit nicht treffen. Kürzung um 100 000 Franken, vielen Dank für die Unterstützung.

Mario Imhof (FDP) für die FDP-Fraktion: Ich muss zu diesem Thema etwas sagen. Ich bin Nutzniesser dieser Gebührenbefreiung. Den Rest mache ich privatwirtschaftlich für die Eisbahn auf dem Bundesplatz. Ich brauche keinen Rappen Geld mehr von der Stadt. Das Problem ist, dass Stadtpräsident Alexander Tschäppät nicht offenlegt, was diese Events der Klitschko-Match, „SF bi de Lüt" etc. kosten. Die Diskussion über die Gebührenbefreiung bei der Nutzung des öffentlichen Raums ist der kleinere Teil. Das Problem ist ein anderes: Es wird uns vorgängig nicht gesagt, wie viel man dafür ausgeben will. Dasselbe wird dann mit diesem Betrag von 200 000 Franken an der BEA geschehen, die nun budgetiert sind. Man weiss nicht, ob dieser Betrag bei einer Million Franken enden wird. Das Ganze ist völlig intransparent und das liegt am Stadtpräsidenten.

Direktor SUE *Reto Nause*: Entschuldigen Sie, ich habe noch die Taxis vergessen. Die SVPplus-Fraktion ist immerhin konsequent. Sie will quasi eine Stelle aufstocken, indem sie sagt, es seien mehr Kontrollen nötig. Dies ist an sich sympathisch, aber finanzpolitisch im Moment schlicht nicht verkraftbar. Ich bitte die Anträge 27–29 abzulehnen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 24 der Fraktion GB/JA! ab (19 Ja, 47 Nein, 2 Enthaltungen).

Abst.Nr. 032

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-18:51 - 032
Ja-Stimmen: 19 Nein-Stimmen: 47 Enthaltungen: 2 Abwesend: 11 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Bill, Chheng, Fischer R, Gasser, Hächler, Keller, Kusano, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Ruch, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Theiler, Trede, von Greyerz, Zbinden
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Blaser, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Klauser, Köpfli, Krebs, Lanfranchi, Lutz-Beck, Mäder, Meyer, Neeracher, Pauli, Pinto, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Stürmer, Stüssi, Trachsel, Wasserfallen, Weder, Widmer
Der Stimme enthalten sich: Göttin, Lehmann
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mordini, Sancar, Vollmer, Wertli, Zimmerli

Die Vorsitzende *Ursula Marti*: Über die Anträge 25 und 26 wird gemeinsam abgestimmt. Da hat es eine Änderung gegeben: Statt 417 500 Franken beträgt die Erhöhung des Nettoerlöses noch 100 000 Franken.

Beschluss
Der Stadtrat lehnt die Anträge 25 und 26 der Fraktion GB/JA! ab (11 Ja, 51 Nein, 6 Enthaltungen). *Abst.Nr. 033*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-18:52 - 033
Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 51 Enthaltungen: 6 Abwesend: 11 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Bill, Fischer R, Gasser, Hächler, Michel, Oester, Penher, Ruch, Theiler, Trede, Zbinden
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Göttin, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Klauser, Köpfli, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Mäder, Mathieu, Meyer, Neeracher, Pauli, Pinto, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Stüssi, Trachsel, von Greyerz, Wasserfallen, Weder, Widmer
Der Stimme enthalten sich: Espinoza, Feuz, Jordi, Keller, Krebs, Lutz-Beck
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mordini, Sancar, Vollmer, Wertli, Zimmerli

Die Vorsitzende *Ursula Marti*: Ich sage noch etwas zur Änderung von Antrag 27: statt eine Reduktion des Nettoerlöses um 100 000 Franken wird eine Reduktion um Fr. 87 870.95 beantragt.

Beschluss
1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 27 der Fraktion SVPplus ab (11 Ja, 54 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.Nr. 034*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 28 der Fraktion SVPplus ab (12 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.Nr. 035*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 29 der Fraktion SVPplus ab (11 Ja, 55 Nein). *Abst.Nr. 036*
4. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 30 der FSU stillschweigend zu.

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-18:53 - 034
Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 54 Enthaltungen: 2 Abwesend: 12 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Battagliero, Blaser, Feuz, Friedli, Glauser, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rüegsegger
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Theiler, Trachsel, Trede, von Greyerz, Wasserfallen, Weder, Widmer, Zbinden
Der Stimme enthalten sich: Krebs, Ruch
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mordini, Sancar, Stüssi, Vollmer, Wertli, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-18:53 - 035
Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 54 Enthaltungen: 1 Abwesend: 12 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Feuz, Friedli, Glauser, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rüegsegger
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Mäder, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, von Greyerz, Wasserfallen, Weder, Widmer, Zbinden
Der Stimme enthalten sich: Krebs
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Künzler, Leibundgut, Lutz-Beck, Mordini, Sancar, Vollmer, Wertli, Zimmerli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-18:54 - 036
Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 55 Enthaltungen: 0 Abwesend: 13 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Feuz, Friedli, Gubser, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rüegsegger, Wasserfallen
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stürmer, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Weder, Widmer, Zbinden
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Glauser, Grossi, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mordini, Sancar, Vollmer, von Greyerz, Wertli, Zimmerli

SUE: Wirtschaftsamt

31.	S. 183 Wirtschaftsamt	SVPplus *zurückgezogen*	Änderung der Steuerungsvorgabe 2) Kontakte zu auswärtigen Unternehmun-	

(260100) gen. **Soll 2013: 40** [statt 15][32]

Simon Glauser (SVP) für die SVPplus-Fraktion: Um was geht es beim Antrag 31? Auf Seite 183 des PGB 2013 sind die beiden Steuerungsvorgaben aufgeführt. Auf der einen Seite gibt es die Kontaktpflege zur Berner Wirtschaft, insbesondere zur Stadtberner Wirtschaft. Das sind 80 Kontakte. Da geht es primär darum zu versuchen, die ortsansässigen Unternehmen mit einem feinen Mittag- oder Nachtessen oder einem schönen Nachmittag auf dem Golfplatz in Bern zu halten. Worum geht es nun bei den Kontakten zu den auswärtigen Unternehmungen, bei denen nur 15 Kontakte gefordert werden? Aus unserer Sicht sind sie ganz klar der wichtigere Punkt. Es geht darum, mit auswärtigen Unternehmen in Kontakt zu treten und den Wirtschaftsstandort Stadt Bern entsprechend anzupreisen sowie dafür zu sorgen, dass auswärtige Unternehmen ihren Standort nach Bern oder wieder nach Bern verlegen. Wir sind der Meinung, dass diese Steuerungsvorgabe mit nur 15 Kontakten oder nur 15 Mal Mittagessen mit auswärtigen Betrieben nicht reicht. Man muss dort eine intensivere Kontaktpflege betreiben. Es sind Essen oder Golf Spielen, eventuell ganze Weekends, zu organisieren, um dafür zu sorgen, dass diese Unternehmen nach Bern kommen. Meines Erachtens ist eine Erhöhung dieser Steuerungsvorgabe sinnvoll. Eine Unterstützung würde mich freuen.

Michael Köpfli (GLP) für die GLP-Fraktion: Ich habe durchaus Sympathien für diesen Antrag. Aber um eine Steuerungsvorgabe zu erhöhen, müsste das Budget ausgebaut werden – und da machen wir nicht mit. Ich stelle aber ad hoc einen **Alternativantrag**: **Wir könnten die Kontakte zu den auswärtigen Unternehmungen nicht auf 40, sondern auf 25 – also um 10 – erhöhen und diejenigen zur Berner Wirtschaft könnte man um 10 Kontakte senken, dann verblieben noch 70 Kontakte.**

Direktor SUE *Reto Nause*: Lieber Simon Glauser: Hansjürg Gerber sitzt gleich zwei Reihen hinter Ihnen, spielt nicht Golf und es käme dem Wirtschaftsamt auch nicht in den Sinn, für solchen Blödsinn Geld auszugeben. Ich möchte, dass man fair bleibt und anerkennt, was das Wirtschaftsamt in den letzten Monaten und Wochen geleistet hat. Sie haben sich neu aufgestellt, es gibt ein neues Erscheinungsbild, eine neue Homepage. Sie bündeln all ihre Aktivitäten. Nun muss man etwas wissen: Es ist auch hier der Kanton, der uns zum Teil Leistungen gestrichen hat. Wir werden die Leistungen intern kompensieren. Aber ein einseitiger Ausbau dieser Kennzahl, wie sie nun aus dem Ärmel geschüttelt wurde, wird kaum möglich sein. Wir haben allerdings nichts gegen den Kompromissvorschlag von Michael Köpfli, indem man sagt, es bleibt im Lot, aber der Fokus soll vermehrt auf die Auswärtigen gerichtet werden.

Simon Glauser (SVP) für die SVPplus-Fraktion: An dieser Stelle möchte ich mich bei Hansjürg Gerber entschuldigen. Aber ich möchte gleichzeitig empfehlen, sofort mit Golf Spielen zu beginnen. **Wir ziehen unseren Antrag zugunsten des Antrags von Michael Köpfli zurück**.

Beschluss
Der Stadtrat stimmt dem Alternativantrag Michael Köpfli zu Antrag 31 der Fraktion SVPplus zu (41 Ja, 20 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.Nr. 037*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-18:58 - 037
Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: 20 Enthaltungen: 3 Abwesend: 15 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Blaser, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Klauser, Köpfli, Lanfranchi, Lutz-Beck, Mäder,

[32] Eines der Hauptziele der Wirtschaftsförderung muss es sein, auswärtige Unternehmungen für den Standort Bern zu gewinnen.

Meyer, Neeracher, Pauli, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Sönmez, Stürmer, Trachsel, Wasserfallen, Weder, Widmer
Nein gestimmt haben: Battagliero, Bill, Chheng, Fischer R, Gasser, Göttin, Hächler, Jordi, Keller, Lehmann, Mathieu, Michel, Pinto, Ruch, Schoch-Meyer, Schwarz, Stampfli, Stüssi, Theiler, Zbinden
Der Stimme enthalten sich: Kusano, Oester, Trede
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Jost, Kohli, Krebs, Künzler, Leibundgut, Mordini, Penher, Sancar, Vollmer, von Greyerz, Wertli, Zimmerli

Die Sitzung wird um 18.55 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin: *Ursula Marti*

Die Protokollführerin: *Christine Gygax Aglamaz*

Präsenzliste der Sitzung 20.30 bis 23.10 Uhr

Vorsitzend
Präsidentin Ursula Marti

Anwesend

Peter Ammann
Rania Bahnan Büechi
Vinzenz Bartlome
Giovanna Battagliero
Lea Bill
Manfred Blaser
Rithy Chheng
Dolores Dana
Bernhard Eicher
Susanne Elsener
Peter Erni
Tania Espinoza
Alexander Feuz
Claudio Fischer
Regula Fischer
Rudolf Friedli
Jacqueline Gafner Wasem
Judith Gasser
Simon Glauser
Thomas Göttin
Claude Grosjean
Beat Gubser
Lukas Gutzwiller
Monika Hächler
Kurt Hirsbrunner
Mario Imhof
Daniel Imthurn
Ueli Jaisli
Roland Jakob
Stefan Jordi
Dannie Jost
Ruedi Keller
Daniel Klauser
Michael Köpfli
Martin Krebs
Peter Künzler
Lea Kusano
Prisca Lanfranchi
Annette Lehmann
Daniela Lutz-Beck
Martin Mäder
Corinne Mathieu
Robert Meyer
Christine Michel
Eveline Neeracher
Esther Oester
Werner Pauli
Stéphanie Penher
Halua Pinto de Magalhães
Judith Renner-Bach
Pascal Rub
Rahel Ruch
Kurt Rüegsegger
Alexandre Schmidt
Martin Schneider
Silvia Schoch-Meyer
Miriam Schwarz
Hasim Sönmez
David Stampfli
Bettina Stüssi
Luzius Theiler
Martin Trachsel
Aline Trede
Gisela Vollmer
Nicola von Greyerz
Peter Wasserfallen
Jürg Weder
Manuel C. Widmer
Rolf Zbinden
Christoph Zimmerli

Entschuldigt

Cristina Anliker-Mansour
Sonja Bietenhard
Guglielmo Grossi
Philip Kohli
Edith Leibundgut
Patrizia Mordini
Hasim Sancar
Matthias Stürmer
Béatrice Wertli

Vertretung Gemeinderat

Barbara Hayoz FPI
Edith Olibet BSS
Regula Rytz TVS

Entschuldigt

Alexander Tschäppät PRD
Reto Nause SUE

Ratssekretariat

Daniel Weber, Ratssekretär
Barbara Waelti, Protokoll
Nik Schnyder, Ratsweibel
Margrit Bigler, Sekretariat

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann, Stadtschreiber

13 Fortsetzung: Produktegruppen-Budget 2013 (Abstimmungsbotschaft)

Fortsetzung: Detailberatung

Direktion für Bildung, Soziales und Sport

SBK-Referent *Michael Köpfli*: Weil die Parteianträge zur BSS, mit einer Ausnahme, zum Zeitpunkt der Beratung in der SBK nicht vorlagen, wurden diese nicht besprochen. Zu den Anträgen der SBK sowie dem Parteiantrag GB/JA!, der in der SBK gestellt worden ist und erneut vorgelegt wird: Beim Sozialamt beantragt die SBK die Überführung verschiedener Steuerungsvorgaben (SV) in Kennzahlen (KZ). Beim Delegationsbesuch fiel auf, dass SV existieren, die für die Stadt Bern gar nicht steuerbar sind, weil sie durch übergeordnete Vorgaben wie Regelungen auf nationaler Ebene oder durch den Konjunkturverlauf massgeblich beeinflusst werden. Es ist also ehrlicher, diese in KZ zu überführen. Weiter beantragen wir die Einführung neuer KZ beispielsweise bei den Testarbeitsplätzen oder im Bereich der familienexternen Kinderbetreuung, wo der Gemeinderat aufgrund des Systemwechsels einige KZ gestrichen hat, wobei die Kommission der Ansicht ist, dass viele dieser KZ auch beim System mit den Betreuungsgutscheinen weiterhin im Budget geführt werden können. In der Kommission wurden diese Anträge mit grosser Mehrheit angenommen.
Der in der SBK abgelehnte Antrag 62 der Fraktion GB/JA! wird nun dem Stadtrat unterbreitet. Es geht dabei um KZ zum Jugendamt, insbesondere zu PINTO. Obwohl die SBK nachvollziehen kann, dass mehr Transparenz an dieser Stelle wünschenswert wäre, ist sie dennoch der Meinung, die Erhebung von KZ ginge zu weit. Es wäre unvorteilhaft, wenn die Leute von PINTO mehr damit beschäftigt wären, Strichlisten über ihre Einsätze zu führen, statt sich ihren eigentlichen Aufgaben widmen zu können. Durch einen erhöhten Verwaltungsaufwand bei PINTO würde die Präsenz auf der Strasse eingeschränkt.
Zum Jugendamt stellt die SBK den Antrag auf Neuformulierung der übergeordneten Ziele bei der familienergänzenden Kinderbetreuung. Die Formulierung soll an den Gegenvorschlag zur Kita-Initiative, also an die Einführung der Betreuungsgutscheine, angepasst werden. Wir bitten um Annahme der Anträge der SBK, aber um Ablehnung des Antrags 62.

BSS: Direktionsstabsdienste

32.	S. 218 Direktionsstabsdienste (300)	BDP/CVP	Antrag zurückgezogen.
33.	S. 224 Direktionsstabsdienste (300300)	GR/Finanzdelegation	Antrag in Verbindung mit Nr. 45: Senkung der Erlöse des Produkts P300315 Lastenausgleich Sozialhilfe um Fr. 8‘500‘000 auf Fr. 125‘080‘610
34.	S. 224 Direktionsstabsdienste (300300)	GR	Senkung der Bruttokosten des Produkts P300315 Lastenausgleich Sozialhilfe um Fr. 2‘508‘000 auf Fr. 62‘475‘000

Beschluss

1. Der Antrag 32 wird von der Fraktion BDP/CVP zurückgezogen.
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 33 zu (55 Ja, 0 Nein). *Abst.-Nr. 038*

3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 34 zu.

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-20:36 - 038
Ja-Stimmen: 55 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0 Abwesend: 24 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Erni, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Friedli, Gasser, Glauser, Göttin, Hächler, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Mäder, Mathieu, Meyer, Michel, Neeracher, Oester, Pauli, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Rüegsegger, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Trede, von Greyerz, Weder, Widmer, Zimmerli
Nein gestimmt haben:
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Elsener, Feuz, Gafner Wasem, Grosjean, Grossi, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Kohli, Künzler, Leibundgut, Lutz-Beck, Mordini, Sancar, Schmidt, Stürmer, Theiler, Trachsel, Vollmer, Wasserfallen, Wertli, Zbinden

BSS: Kompetenzzentrum Integration

35.	S. 228 Kompetenzzentrum Integration (300400)	SVPplus	Kürzung der Nettokosten um Fr. 50‘000 auf Fr. 416‘002.52 zulasten P300410 Koordination und Zusammenarbeit mit Behörden und Migrationsbevölkerung[33]
36.	S. 228 Kompetenzzentrum Integration (300400)	SVPplus	Kürzung der Nettokosten um Fr. 50‘000 auf Fr. 416‘002.52 zulasten P300420 Beratung und Information[34]
37.	S. 229 Kompetenzzentrum Integration (300400)	SVPplus	Änderung der Steuerungsvorgabe 1) Anzahl verwaltungsinterner Informationsveranstaltungen und Kurse. **Soll 2013: 6** [statt 10][35]
38.	S. 230 Kompetenzzentrum Integration (300400)	SVPplus	Änderung der Steuerungsvorgabe 2) Anzahl verwaltungsexterner Informationsveranstaltungen und Kurse. **Soll 2013: 25** [statt 40]
39.	S. 230 Kompetenzzentrum Integration (300400)	SVPplus	Änderung der Steuerungsvorgabe 3) Einsatz von Kommunikationsmitteln **Soll 2013: 6** [statt 10]
40.	S. 230 Kompetenzzentrum Integration (300400)	SVPplus	Änderung der Steuerungsvorgabe 4) Forum/Treffen. **Soll 2013: höchstens 1** [statt mind. 1]
41.	S. 230 Kompetenzzentrum Integration (300400)	SVPplus	Änderung der Steuerungsvorgabe 5) Anzahl neuer Partizipationsprojekte. **Soll 2013: höchstens 1** [statt 2]

Ueli Jaisli (SVP): Ich fasse die Anträge 35 bis 41 zusammen: Das Thema der Integration hat sich inzwischen grösstenteils erledigt. Es macht keinen Sinn, Deutsche zu integrieren. Da diese Gruppe den Hauptanteil der Immigrierenden stellt, kann so Geld eingespart werden. Das Angebot an Informationsveranstaltungen und Kursen kann ebenfalls gestrafft werden. Man muss diese nicht in der vorgegebenen Vielzahl abhalten, da kann man kürzen. Dadurch können Ressourcen neu gebunden werden. Es könnte sogar ein Sparpotenzial generiert werden, von dem schliesslich alle profitieren.

[33] Zusammenarbeit straffen!

[34] Beratung straffen!

[35] Straffen.

Rania Bahnan Büechi (GFL): Unsere Fraktion war immer schon gegen Pauschalkürzungen, weil diese unserer Meinung nach kein geeignetes Instrument sind, da sie weder zu qualitativ guten noch zu nachhaltigen Lösungen führen. Wir lehnen die Anträge der SVPplus ab. Wir wissen, dass das Kompetenzzentrum Integration (KI) einen schwierigen Start hatte und dass einige Anstrengungen unternommen wurden, um die nötigen Korrekturen vorzunehmen, darüber sind wir froh. Eine der Schwierigkeiten dieser Stelle ist die mangelnde Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit. Auch zögert sie oftmals, die Federführung zu übernehmen. Während die Einwohnerdienste sämtliche Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung des Integrationsgesetzes an die Hand genommen haben, zeigt sich das KI diesbezüglich eher zurückhaltend – der Grund bleibt uns ein Rätsel. Wir wünschen uns von dieser Stelle mehr Eigeninitiative, vor allem dort, wo das KI zuständig und kompetent ist. Wir befinden uns in einer kritischen, aber zugleich spannenden Phase innerhalb der Integrationsproblematik, einerseits, weil der politische Druck zunimmt, Nägel mit Köpfen zu machen, andererseits, weil die Gesetze nun umgesetzt werden müssen. Da die Belastung noch zunehmen wird, ist eine klare und systematische Zielsetzung, was bis wann erreicht werden soll, erforderlich. Wir sind zuversichtlich, dass diese Stelle noch über Steigerungspotenzial verfügt und hoffen, dass das KI die Dinge an die Hand nimmt.

Pascal Rub (FDP): In unserer Fraktion stellt das KI eines der laufenden Themen dar, wir nehmen jedes Jahr Stellung dazu. Wir sind auch nicht zufrieden mit den Leistungen dieser Stelle. Dabei geht es aber nicht um die Aussenwirkung, zumal ja nicht mehr Geld in Marketingmassnahmen gesteckt werden soll. Es geht vielmehr um die effektive Wirkung. Anlässlich der letztjährigen Budgetberatung legten wir ausführlich dar, was anders gemacht werden könnte. Solche Verbesserungen erreichen wir nur über den Weg einer Budgetkürzung. Mit dieser Begründung – und nicht etwa aus homophoben Gründen – unterstützen wir die Anträge der SVPplus.

Die Präsidentin *Ursula Marti*: Die Fraktion SVPplus wünscht, dass über die Anträge 35 bis 41 einzeln abgestimmt wird.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 35 ab (17 Ja, 47 Nein). *Abst.-Nr. 039*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 36 ab (18 Ja, 44 Nein). *Abst.-Nr. 040*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 37 ab (9 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 041*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 38 ab (9 Ja, 54 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 042*
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 39 ab (8 Ja, 55 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 043*
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag 40 ab (10 Ja, 50 Nein, 4 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 044*
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 41 ab (11 Ja, 52 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 045*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-20:41 - 039
Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 47 Enthaltungen: 0 Abwesend: 15 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Dana, Erni, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rub, Rüegsegger, Zimmerli
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gasser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, von Greyerz, Weder, Widmer
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Eicher, Grossi, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mordini, Sancar, Schmidt, Stürmer, Vollmer, Wasserfallen, Wertli, Zbinden

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-20:41 - 040
Ja-Stimmen: 18 Nein-Stimmen: 44 Enthaltungen: 0 Abwesend: 17 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Dana, Erni, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Jost, Meyer, Neeracher, Pauli, Rub, Rüegsegger, Zimmerli

Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gasser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Michel, Oester, Penher, Renner-Bach, Ruch, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, von Greyerz, Weder, Widmer, Zbinden
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Battagliero, Bietenhard, Eicher, Grossi, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mathieu, Mordini, Pinto, Sancar, Schmidt, Stürmer, Vollmer, Wasserfallen, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-20:42 - 041
Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 54 Enthaltungen: 1 Abwesend: 15 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Friedli, Glauser, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rüegsegger
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Elsener, Erni, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, von Greyerz, Weder, Widmer, Zbinden, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich: Feuz
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Eicher, Grossi, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mordini, Sancar, Schmidt, Schneider, Stürmer, Vollmer, Wasserfallen, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-20:42 - 042
Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 54 Enthaltungen: 2 Abwesend: 14 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Friedli, Glauser, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rüegsegger
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Elsener, Erni, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, von Greyerz, Weder, Widmer, Zbinden, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich: Feuz, Imhof
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Eicher, Grossi, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mordini, Sancar, Schmidt, Stürmer, Vollmer, Wasserfallen, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-20:43 - 043
Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 55 Enthaltungen: 1 Abwesend: 15 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Friedli, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rüegsegger
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Fischer R, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, von Greyerz, Weder, Widmer, Zbinden, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich: Imhof
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Eicher, Glauser, Grossi, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mordini, Sancar, Schmidt, Stürmer, Vollmer, Wasserfallen, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-20:43 - 044
Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 50 Enthaltungen: 4 Abwesend: 15 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Friedli, Glauser, Gubser, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rüegsegger
Nein gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Elsener, Erni, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Krebs, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trede, von Greyerz, Weder, Widmer, Zbinden, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich: Bahnan Büechi, Feuz, Imhof, Köpfli
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Eicher, Grossi, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mordini, Sancar, Schmidt, Stürmer, Trachsel, Vollmer, Wasserfallen, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-20:44 - 045
Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 52 Enthaltungen: 1 Abwesend: 15 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Feuz, Friedli, Glauser, Gubser, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rüegsegger
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, von Greyerz, Weder, Widmer, Zbinden, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich: Imhof
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Imthurn, Jordi, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mordini, Sancar, Schmidt, Stürmer, Vollmer, Wasserfallen, Wertli

BSS: Sozialamt

42.	S. 233 Sozialamt (310)	BDP/CVP	Kürzung der Nettokosten um Fr. 900‘000 auf Fr. 99‘144‘262.64[36]
43.	S. 239 Sozialamt	SBK	Streichung der Steuerungsvorgaben 1) bis 4) und Überführung in die folgenden Kennzahlen:

[36] Reduktion der Kostensteigerung um 10 Prozent als Kompensation für die nicht budgetierten Mehrkosten (u.a. Abfallreglement).

	(310100)		Auslastungsgrad (P110) 4) aller Hilfestellungen 5) niederschwelliges Wohnen 6) begleitetes Wohnen 7) betreutes Wohnen
44.	S. 240 Sozialamt (310100)	SBK	Einführung einer neuen Kennzahl 8) Anzahl Personen, welche eine Institution nutzen
45.	S. 248 Sozialamt (310400)	GR/Finanz-delegation	Antrag in Verbindung mit Nr. 33: Kürzung der Nettokosten um Fr. 8‘500‘000 auf Fr. 87‘151‘597.12
46.	S. 254 Sozialamt (310400)	SBK	Einführung drei neue Kennzahlen: 13) Anzahl Personen TAP (davon abgebrochen, davon mit einmonatiger Verlängerung, davon nicht angetreten) 14) Alter der TAP-Teilnehmer (18-25 Jahre, 26-35 Jahre, 36-45 Jahre, 46-55 Jahre, 56-65 Jahre) 15) Dauer Sozialhilfebezug der TAP-Teilnehmer (0 Jahre, <1 Jahr, >1 Jahr<3 Jahre, >3 Jahre<6 Jahre, 6 und mehr Jahre)
47.	S. 256 Sozialamt (310400)	SBK	Bei Kennzahl 10) Einkassierte Sozialversicherungsleistungen werden zusätzlich die Lohneinnahmen und die Stipendien separat ausgewiesen.
48.	S.262 Sozialamt (310600)	SBK	Streichung der Steuerungsvorgaben 1) und 4) und Überführung in die folgenden Kennzahlen 29) Arbeitslosenquote 15-24-Jährige ≤Arbeitslosenquote 30) Anteil Integrationsbeurteilung aufgrund Zuweisung Sozialdienst, Erwachsene und junge Erwachsene

Judith Renner-Bach (BDP): In der Fraktionserklärung zu Beginn der Budgetdebatte wies Kurt Hirsbrunner auf unsere Sorge betreffend Aufwandwachstum bei Nullteuerung hin. Der Landesindex liegt gegenwärtig 0,6 Punkte unter dem Stand von Anfang Januar 2011. Wir sind uns bewusst, dass die Sozialausgaben steigen. Aber auch hier muss ein Effort unternommen werden. Mit Antrag 42 schlagen wir vor, das Kostenwachstum ein bisschen zu beschränken. Für das Jahr 2012 sind bereits zwei Millionen Franken Mehrkosten vorgesehen. 2013 sollen weitere neun Millionen dazukommen. Die vorgeschlagene Kürzung beträgt weniger als ein Prozent der Gesamtkosten. Dieser Antrag ist realistisch, deshalb bitten wir um Unterstützung.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: Auf den Einwand der Fraktion BDP/CVP verweise ich auf die Bemerkungen auf der Seite 233 mit der Begründung, weshalb 2013 neun Millionen Franken mehr veranschlagt werden. Zur Kostenzunahme kommt es, weil die Finanzierung der Krankenkassenprämien für die Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfeleistungen neu geregelt worden sind und jetzt über den Lastenausgleich laufen. Bitte lehnen Sie den Antrag 42 ab.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 42 ab (17 Ja, 47 Nein). *Abst.-Nr. 046*
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 43 zu.
3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 44 zu.
4. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 45 zu.
5. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 46 zu.
6. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 47 zu.
7. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 48 zu.

Abstimmungsnummer: 13.09.2012- ca.20:50 - 046: Namen wurden wegen eines technischen Defekts nicht aufgezeichnet.

BSS: Schulamt

49.	S. 269 Schulamt (320100)	GR	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 1‘167‘904 auf Fr. 82‘364‘506.22[37]
50.	S. 269 Schulamt (320100)	BDP/CVP	Kürzung der Nettokosten um Fr. 100‘000 auf Fr. 81‘096‘602.22[38]
50a.	S. 269 Schulamt (320100)	SVPplus	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 50‘000 auf Fr. 81‘246‘602.22 zugunsten P320110 Betrieb und Organisation[39]
51.	S. 269 Schulamt (320100)	SVPplus	Kürzung der Nettokosten um Fr. 180‘000 auf Fr. 81‘016‘602.22 zulasten P320120 Besondere Angebote für Integration und Chancengleichheit40
52.	S. 269 Schulamt (320100)	SVPplus	Kürzung der Nettokosten um Fr. 40‘000 auf Fr. 81‘156‘602.22 zulasten P320130 Kulturvermittlung und -pädagogik41
53.	S.273 Schulamt (320100)	SBK	Streichung der Steuerungsvorgaben 4) Auslastungsgrad Heilpädagogische Sonderschule 5) Kostendeckungsgrad Heilpädagogische Sonderschule 6) Auslastungsgrad Sprachheilschule 7) Kostendeckungsgrad Sprachheilschule
54.	S.273 Schulamt (320100)	SVPplus	Änderung der Steuerungsvorgabe 8) Anzahl durch das Schulamt vermittelte Kulturprojekte. Soll 2013: 15 [statt 30]
55.	S. 280 Schulamt (320200)	SVPplus	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 20‘000 auf Fr. 3‘044‘841.43 zugunsten P320220 Aufgabenhilfe42

Judith Renner-Bach (BDP): Ich begründe den Antrag 50: Die Fraktion BDP/CVP wundert sich, warum die Stadt dem Kanton 100'000 Franken zuschiessen will. Das Case Management Be-

[37] Lastenausgleich Lehrergehälter Kindergärten, Volks- und Sonderschulen.

[38] Verzicht auf Ausgaben, die inzwischen dem Kanton obliegen (Junior Coaching, Case Management im 7. Schuljahr).

[39] Umlagerung der Kosten für die Durchführung von autofreien Sonntagen (siehe auch Anträge Nr. 58 und 61). Die beantragten 50‘000 Franken sollen dem Verein Bümplizer Chilbi zugutekommen.

[40] Die Integration sollte nun teilweise vollzogen sein.

[41] Keine Kulturvermittlung auf Kosten der Schweizer Kultur.

[42] Direkte Hilfe fördert den Erfolg!

rufsbildung inklusive dem Junior Coaching wird durch den Kanton getragen und in Millionenhöhe mitfinanziert. Zur Erledigung seiner Aufgabe ist der Kanton nicht auf die 100'000 Franken von der Stadt angewiesen. Auf derartige Geschenke sollten wir verzichten, wenn die Verantwortung klar in kantonaler Hand liegt oder Teil des Auftrags an die Lehrpersonen bildet. Irritierend finden wir auch die Tatsache, dass der Gemeinderat den Schenkungsvertrag für 2013 bereits vor der heutigen Budgetdiskussion genehmigt hat. Für uns zeigt dies einmal mehr, dass der Gemeinderat das Parlament nicht ernst nimmt. Ich bitte Sie, unserem Streichungsantrag zuzustimmen. Wenn nicht bei den Geschenken an den Kanton, wo sonst sollen wir denn überhaupt noch sparen?

Lukas Gutzwiller (GFL): Wir unterstützen den Antrag 49 des Gemeinderats und den Antrag 53 der SBK. Zu Antrag 50 der Fraktion BDP/CVP: Der Antrag verlangt, dass die beiden Leistungsverträge von *incluso* und *Chamäleon* mit dem BIZ gekündigt werden, wodurch jeweils 100'000 Franken eingespart würden. Das finanzielle Engagement der Stadt für Mentoring-Projekte für Migrantinnen und Migranten sowie für Schülerinnen und Schüler mit besonderem Unterstützungsbedarf im Schulkreis Bern-West ist dank dem Case Management Berufsbildung des Kantons weniger notwendig geworden. Aber in Zusammenhang mit der Integration gibt es nach wie vor Schülerinnen und Schüler, die beim Berufswahlvorbereitungsprozess intensive Begleitung benötigen. Die systematische Berufsberatung des BIZ beginnt erst im achten Schuljahr, für bestimmte Jugendliche also zu spät. Die Erfolgschancen für den nahtlosen Übergang von der Sekundarstufe II in eine Lehre sind erwiesenermassen grösser, wenn die Jugendlichen bereits im siebten Schuljahr erfasst werden. Es besteht wachsender Bedarf an integrativen Anpassungen, deswegen lehnen wir Antrag 50 ab. Dagegen unterstützen wir den Antrag 55 der SVPplus: Die Nachfrage nach Aufgabenhilfe steigt im Zusammenhang mit der Integration. Mit zusätzlichen 20'000 Franken kann die Aufgabenhilfe um rund sieben Prozent auf 10'000 Stunden erhöht werden. Wir unterstützen diesen Antrag.

Roland Jakob (SVP): Unser Antrag 50a fordert eine Erhöhung der Nettokosten um 50'000 Franken, die dem Verein Bümplizer-Chilbi zugutekommen soll. Dieser Verein bietet der Bevölkerung nicht nur während dreier Tage pro Jahr einen tollen Anlass, sondern arbeitet das ganze Jahr an der Ausführung diverser Schulprojekte mit und unterstützt neben Schul- auch Seniorenprojekte, um mit den erwirtschafteten Erlösen Betroffenen direkt zu helfen. Wir halten dies für sehr lobenswert und wollen dieser nicht-profitorientierten Vereinigung die Mittel zukommen lassen, die ihre Tätigkeiten auch in Zukunft sichern. Wir bitten Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Mit Antrag 55 verlangen wir eine Erhöhung von 20'000 Franken für die Aufgabenhilfe. Hier geht es um direkte Hilfe vor Ort zugunsten von Kindern und Jugendlichen. Bitte folgen Sie diesem Antrag. Weiter beantragen wir eine Kürzung bei den besonderen Angeboten für Integration und Chancengleichheit. Unsere Argumentation bleibt sich gleich: Die Integration ist in den letzten Jahren enorm gefördert worden, was wahrscheinlich teilweise auch wichtig und nötig war. Aber einmal müssen wir auch Ergebnisse sehen, die zeigen, dass die Sache funktioniert und die Anstrengungen zurückgefahren werden können. Wir erwarten, dass der Gemeinderat ein Zeichen setzt, indem er sagt, die Integration sei teilweise umgesetzt und bisher aufgewendete finanzielle Mittel könnten jetzt anders eingesetzt werden. Integration ist durchaus als Chance zu begreifen, jedoch nicht, wenn sie in solch aufgeblasener Form wie momentan daherkommt. Mit Antrag 52 fordern wir eine Kürzung von 50'000 Franken bei der Kulturvermittlung und -pädagogik. Wir wollen, dass unsere eigene Kultur ins Zentrum gestellt wird, immerhin leben wir hier nicht in einem südlichen, nördlichen, westlichen oder östlichen Land, sondern zentral in der Schweiz, genauer im Kanton und in der Stadt Bern, wo wir eine eigene Kultur pflegen. Die Kulturvermittlungsstelle ist vor allem bestrebt, den Migrantinnen und Migranten die Pflege ihrer eigenen Kultur zu gewähren. Diese Bestrebungen wol-

len wir einschränken, denn wer hier lebt, soll sich unserer Kultur und unseren Gepflogenheiten annähern. Dies ist ein wichtiges Anliegen, zumal nicht angeht, dass am Ende die Vermittlung der einheimischen Kultur nicht stattfindet. Die weiteren Anträge sind sachlich begründet und bieten einen guten Mix. Ich bitte Sie, unseren objektiven Kriterien zu folgen.

Nicola von Greyerz (SP): Wir stimmen den Anträgen 49 und 53 zu. Die Anträge 50 bis 52 sowie 54 und 55 lehnen wir ab. Zur Begründung: Wie Lukas Gutzwiller zu Antrag 50 bereits erklärt hat, bringt die integrative Schule auch vermehrte Herausforderungen mit sich, indem mehr Schülerinnen und Schüler in den Realklassen besonderer Unterstützung bei der Berufswahl bedürfen. Zu Antrag 52 bemerke ich zuhanden der Fraktion SVPplus, dass Kulturvermittlung und interkultureller Austausch verschiedene Dinge sind, hier geht es um die Vermittlung von Kultur. Zu Antrag 55 verweise ich auf die Information von Seiten der Koordinationsperson der Aufgabenhilfe. Da diese mit den budgetierten Mitteln gut auskommt, ist keine Erhöhung nötig.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: Ich verzichte auf einen Kommentar zu Antrag 49, der wegen der Planungshilfe besteht. Zu Antrag 50: Ich stimme mit Judith Renner-Bach überein, dass das Mentoring bei *incluso* und *Chamäleon* nunmehr im Case Management des Kantons aufgegangen ist. Mit dem separaten Leistungsvertrag, der eine Summe von 60'000 Franken umfasst, wollen wir die Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen, die vor allem die Realklassen besuchen, bereits im siebten Schuljahr erheben, um sie beim Prozess der Berufswahl zu begleiten, damit ein nahtloser Übergang zur Sekundarstufe II stattfinden kann. Die 60'000 Franken sind gut investiertes Geld, da sie vor allem den Schülerinnen und Schülern nützen, aber ebenso die Lehrpersonen in einer anspruchsvollen Situation entlasten. Mit diesem Leistungsvertrag hat der Gemeinderat in keiner Art die Budgetkompetenz des Stadtrates bestritten oder vorweggenommen, denn solche Leistungsverträge stehen alle unter dem Vorbehalt der Budgetgenehmigung durch den Stadtrat. Bitte lehnen Sie Antrag 50 ab.
Zum Antrag 50a: Was die Bümplizer Chilbi mit der Produktegruppe Betrieb und Organisation der Schulen zu tun hat, bleibt mir schleierhaft. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Zum Kürzungsantrag 51, der auf die besonderen Angebote für Integration und Chancengleichheit zielt: Als Mitglied einer Schulkommission müsste Roland Jakob eigentlich wissen, dass die integrative Schule nicht innerhalb eines Jahres aus dem Boden gestampft werden kann. Es wäre wunderbar, wenn dies auf Knopfdruck funktionierte, aber vielmehr handelt es sich dabei um ein Schüler-Generationenprojekt. In dieser Produktegruppe finden wir nicht nur die im Schulreglement festgehaltene Stelle des Fachspezialisten für Integration, der die Begabtenförderung oder die zentralen Deutschförderkurse organisiert, sondern auch die Löhne der Leiterinnen der MuKi-Deutschkurse oder die Präventionsprojekte gegen sexualisierte Gewalt – also geht es um mehr als „nur“ die integrative Schule. Unsere Lehrpersonen sind auf dem Weg zur integrativen Schule. Sie arbeiten mit viel Engagement, aber es wird einige Zeit dauern, bis wir am Ziel sind. Ich bitte Sie auch um Ablehnung des Antrags 52 betreffend die Kulturvermittlung. Bei der Kulturvermittlung geht es nicht um schweizerische Kultur oder Kultur von Migrantinnen und Migranten, sondern um die Vermittlung von verschiedenen Kunstformen wie Musik, Tanz, Theater usw. Diese Projekte entfalten eine gewaltpräventive Wirkung. Die Stadt Bern vollbringt damit seit 25 Jahren eine Pionierleistung. Die Nachfrage nach Kulturvermittlungsprojekten, die in Zusammenarbeit mit Kulturschaffenden durchgeführt werden, ist grösser als wir mit unserem Angebot befriedigen können. Zu der mittels Antrag 55 geforderten Erhöhung für die Aufgabenhilfe: Wenn es nötig wäre, würden wir diese Mittel gerne annehmen, aber die Rückfrage bei der Koordinatorin ergab, dass die 20'000 Franken momentan nicht notwendig sind. Der Gemeinderat hatte die Aufgabenhilfe im letzten Jahresbudget aufgestockt, die SVPplus stellte einen Erhöhungsantrag, dem der Stadtrat stattgab. Die auf die-

ser Basis ermöglichten Stunden für die Aufgabenhilfe reichen aus. Wie sich aber die Situation im Jahr 2014 verhält, kann man heute nicht voraussehen.

Manfred Blaser (SVP): Zum Antrag 50a: Die Bümplizer Chilbi wurde in den 70er-Jahren von den Schulpflichtigen der siebten bis neunten Klassen und deren Lehrpersonen organisiert. Diese Organisationsform hat sich später verflüchtigt, als die Chilbi wegen Terminproblemen verschoben werden musste und der Auf- und Abbau nicht mehr von Schülerinnen und Schülern geleistet werden konnte. Heute richten die Vereine die Chilbi aus. Sie müssen hohe Abgaben entrichten, die Sache geht gerade noch knapp auf. Allfällige Gewinne kommen den Schulen, älteren Leuten oder den Kindergärten zugute, dieses Fest wirft aber keine grossen Profite ab. Bitte stimmen Sie der Budgeterhöhung zu.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 49 zu (64 Ja, 1 Nein). *Abst.-Nr. 047*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 50 ab (30 Ja, 36 Nein). *Abst.-Nr. 048*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 50a ab (22 Ja, 41 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 049*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 51 ab (19 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 050*
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 52 ab (12 Ja, 56 Nein). *Abst.-Nr. 051*
6. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 53 zu (56 Ja, 10 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 052*
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 54 ab (11 Ja, 55 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 053*
8. Der Stadtrat lehnt den Antrag 55 ab (30 Ja, 35 Nein, 4 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 054*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:04 - 047
Ja-Stimmen: 64 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 0 Abwesend: 14 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Fischer R, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hächler, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Meyer, Michel, Neeracher, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Rüegsegger, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Weder, Widmer, Zbinden, Zimmerli
Nein gestimmt haben: Wasserfallen
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Glauser, Grossi, Hirsbrunner, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mordini, Pauli, Sancar, Schneider, Stürmer, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:04 - 048
Ja-Stimmen: 30 Nein-Stimmen: 36 Enthaltungen: 0 Abwesend: 13 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gubser, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jakob, Köpfli, Mäder, Meyer, Neeracher, Pauli, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Wasserfallen, Weder, Zimmerli
Nein gestimmt haben: Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer R, Gasser, Göttin, Gutzwiller, Hächler, Jordi, Keller, Klauser, Krebs, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Ruch, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Widmer, Zbinden
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Jaisli, Jost, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mordini, Sancar, Schneider, Stürmer, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:05 - 049
Ja-Stimmen: 22 Nein-Stimmen: 41 Enthaltungen: 2 Abwesend: 14 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Friedli, Glauser, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Köpfli, Meyer, Neeracher, Pauli, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Theiler, Weder, Zbinden, Zimmerli
Nein gestimmt haben: Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer C, Gasser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Krebs, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Widmer
Der Stimme enthalten sich: Fischer R, Schoch-Meyer
Abwesend sind: Ammann, Anliker-Mansour, Bietenhard, Gafner Wasem, Grossi, Jost, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mordini, Sancar, Schneider, Stürmer, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:05 - 050
Ja-Stimmen: 19 Nein-Stimmen: 47 Enthaltungen: 1 Abwesend: 12 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Wasserfallen, Zimmerli
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gasser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Weder, Widmer, Zbinden

Der Stimme enthalten sich: Friedli
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Jost, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mordini, Sancar, Schneider, Stürmer, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:06 - 051
Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 56 Enthaltungen: 0 Abwesend: 11 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Feuz, Friedli, Glauser, Gubser, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rüegsegger, Wasserfallen
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Weder, Widmer, Zbinden, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mordini, Sancar, Schneider, Stürmer, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:06 - 052
Ja-Stimmen: 56 Nein-Stimmen: 10 Enthaltungen: 2 Abwesend: 11 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Weder, Widmer, Zbinden, Zimmerli
Nein gestimmt haben: Blaser, Friedli, Glauser, Gubser, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rüegsegger
Der Stimme enthalten sich: Feuz, Imhof
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mordini, Sancar, Schneider, Stürmer, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:07 - 053
Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 55 Enthaltungen: 1 Abwesend: 12 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Feuz, Friedli, Glauser, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rüegsegger, Wasserfallen
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Weder, Widmer, Zbinden, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich: Imhof
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mordini, Rub, Sancar, Schneider, Stürmer, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:07 - 054
Ja-Stimmen: 30 Nein-Stimmen: 35 Enthaltungen: 4 Abwesend: 10 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Bahnan Büechi, Blaser, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Gutzwiller, Imhof, Jaisli, Jakob, Jost, Klauser, Lanfranchi, Lutz-Beck, Meyer, Neeracher, Pauli, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Trachsel, Weder, Widmer, Zimmerli
Nein gestimmt haben: Ammann, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Fischer C, Fischer R, Gasser, Grosjean, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Köpfli, Krebs, Kusano, Lehmann, Mäder, Mathieu, Michel, Oester, Pinto, Renner-Bach, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Zbinden
Der Stimme enthalten sich: Göttin, Penher, Ruch, Trede
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Künzler, Leibundgut, Mordini, Sancar, Stürmer, Wertli

BSS: Jugendamt

56.	S. 290 Jugendamt (330)	BDP/CVP *zurück-gezogen*	Kürzung der Nettokosten um Fr. 500‘000 auf Fr. 45‘729‘753[43]
56a.	S. 291 Jugendamt (330)	SP/JUSO GB/JA! *zurück-gezogen*	Unter **Bemerkungen** wird im Anschluss an die Ausführungen zur Umsetzung des Gegenvorschlags zur Kita-Initiative folgende Ergänzung angebracht: „Gegen das vom Stadtrat verabschiedete Reglement zur Einführung der Betreuungsgutscheine (FEBR) wurde das konstruktive Referendum (Volksvorschlag) ergriffen. Der Systemwechsel ist trotz Referendum unbestritten. Der für die Betreuungsgutscheine eingestellte Betrag von Fr. 1'957'000.00 soll daher für den Ausbau der familienergänzenden Tagesbetreuung für Kinder eingesetzt werden, unabhängig davon, ob der Systemwechsel per 1. Januar 2013 oder später erfolgt.“
57.	S. 292 Jugendamt	SVPplus	Streichung der Nettokosten von Fr. 332‘202.43 des Produkts P330150 Mitwirkung von Kindern und Jugendli-

[43] Übertriebene Administration für die Betreuungsgutscheine, keine Anpassung der Anstellungsbedingungen von Vereinen zulasten der Stadt.

	(330100)		chen und gleichzeitig Erhöhung der Nettokosten des Produkts P330140 Offene Jugendarbeit um Fr. 332‘202.43 auf Fr. 2‘256‘312.39[44]
58.	S. 292 Jugendamt (330100)	SVPplus	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 50‘000 auf Fr. 9‘261‘779.89 zugunsten P330110 Ferien- und Freizeitprojekte[45]
59.	S. 295 Jugendamt (330100)	SVPplus	Änderung der Steuerungsvorgabe 4) Kontaktstunden in der offenen Arbeit mit Jugendlichen. **Soll 2013: 15‘000** [statt 10‘500]
60.	S. 295 Jugendamt (330100)	SVPplus	Änderung der Steuerungsvorgabe 6) Durchgeführte Kinder-Sessionen. **Soll 2013: 0** [statt 2]
61.	S. 299 Jugendamt (330200)	SVPplus	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 50‘000 auf Fr. 3‘379‘255.65 zugunsten P330210 Kindesschutz[46]
61a.	S. 299 Jugendamt (330200)	PdA	Streichung der Nettokosten von 1‘097‘647.20 des P330260 PINTO[47]
61b.	S. 299 Jugendamt (330200)	PdA	**Eventualantrag, falls Streichung PINTO abgelehnt wird:** Verschiebung des P330260 in die PG 230200 Ruhe und Ordnung[48]
62.	S. 301 Jugendamt (330200)	GB/JA!	Es sind folgende neue Kennzahlen einzufügen: 9) Anzahl Klientinnen und Klienten, die betreut werden/bei Interventionen involviert sind 10) Interventionen pro Stadtkreis 11) Anzahl spezifische Einsätze mit/für Jugendliche 12) Anzahl Anrufe bei der Polizei aufgrund von Interventionen 13) Anzahl bearbeiteter Beschwerden pro Stadtkreis 14) Anzahl Mediationen pro Stadtkreis
62a.	S. 306 Jugendamt (330400)	Beat Gubser (EDU)	Kürzung der Nettokosten um Fr. 2‘000‘000 auf Fr. 31‘688‘717.88 zulasten P330410 Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Tagesstätten[49]
62b.	S. 307 Jugendamt (330400)	SP/JUSO, GB/JA! *zurückgezogen*	Unter Bemerkungen wird im Anschluss an die Ausführungen zur Umsetzung der Betreuungsgutscheine folgende Ergänzung angebracht: „Sollte der Systemwechsel referendumsbedingt zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, wird der für die Be-

[44] Dieses Geld kann in der Offenen Jugendarbeit besser genutzt werden als in einer Kindersession, die je länger desto mehr zu einem Alibi-Mitwirkungsprojekt verkommen ist.

[45] Umlagerung der Kosten für die Durchführung von autofreien Sonntagen.

[46] Umlagerung der Kosten für die Durchführung von autofreien Sonntagen.

[47] Die Vermischung von repressiver Arbeit und sozialarbeiterischer Attitude gefährdet generell die Glaubwürdigkeit der Sozialarbeit.

[48] Mit der expliziten Ausrichtung auf Ruhe und Ordnung hat PINTO in der PG Ambulante Jugendhilfe nichts zu suchen.

[49] Die Nettokosten betrugen im PGB 2012 noch 30‘178‘675.16. Bei einer Kürzung von 2 Mio. Franken steigen die Ausgaben nur um 2 statt um 8 Prozent.

			treuungsgutscheine eingestellte Betrag für den Ausbau der familienergänzenden Tagesbetreuung für Kinder verwendet.“
63.	S. 308 Jugendamt (330400)	SBK	Neuformulierung der übergeordneten Ziele: – Die familienergänzende Tagesbetreuung verfolgt die folgenden Ziele: • Unterstützung der Eltern bei der Betreuung, wenn die Selbsthilfe nicht ausreicht • Vereinbarkeit von Familie und Beruf • Existenzsicherung von Familien • Integration von Kindern • Fördern der Chancengleichheit. Die Betreuung in den Einrichtungen erfolgt professionell, effizient und in guter Qualität (P410+P440). – Die einkommensabhängigen Betreuungsgutscheine erlauben es den anspruchsberechtigten Eltern, ihre Kinder in einer zugelassenen Tagesstätte ihrer Wahl betreuen zu lassen. So werden mittelfristig mehr Plätze in Tagesstätten entstehen (P410). – Die Eltern werden im Internet sowie durch Printmedien über die Betreuungsgutscheine orientiert (P410). – Die zentrale Vermittlungsstelle hilft bei der Platzsuche in sozial dringlichen Fällen (P410-P440).
64.	S. 309 Jugendamt (330400)	SBK	Einführung einer neuen Steuerungsvorgabe 11) Fixbeitrag. Soll 2013: CHF 6.00
65.	S. 310 Jugendamt (330400)	SBK	Folgende Kennzahlen sollen beibehalten werden: 5) Anteil Kinder von fremdsprachigen Eltern (Verständigungsschwierigkeiten) 6) Anteil Kinder von alleinerziehenden Eltern 9) Kostendeckungsgrad 10) Verhältnis ausgebildetes Betreuungspersonal (Anzahl Stellen) zu Anzahl Kita-Plätze
66.	S. 312 Jugendamt (330400)	SBK	Kennzahl 16) wird wie folgt geändert: „Anzahl Meldungen von sozial dringlichen Fällen bei der Vermittlungsstelle“

Interfraktionelle Anträge GFL/EVP, GLP, BDP/CVP, FDP, SVP

56b	S. 291 Jugendamt (330400)	GFL/EVP, GLP, BDP/CVP, FDP, SVPplus	Unter Bemerkungen wird im Anschluss an die Ausführungen zur Umsetzung des Gegenvorschlags zur Kita-Initiative folgende Ergänzung angebracht: Gegen das vom Stadtrat verabschiedete Reglement zur Einführung der Betreuungsgutscheine (FEBR) wurde das konstruktive Referendum (Volksvorschlag) ergriffen. Der Systemwechsel wird trotz Referendum kommen. Wenn wegen dem Volksvorschlag die Einführung der betreuungsgutscheine verschoben werden muss, wird der dafür eingestellte Betrag von Fr. 1'957'000 in einer Übergangsphase für den Ausbau der familienergänzen-

			den Kinderbetreuung in privaten Kitas verwendet, der bezüglich Anspruchsberechtigung und Anforderungen an die privaten Kitas in grösstmöglicher Anlehnung an das FEBR erfolgen muss, d.h. dass der Ausbau primär Erwerbstätigen zukommt.
62c	S. 307 Jugendamt (330400)	GFL/EVP, GLP, BDP/CVP, FDP, SVPplus	Unter Bemerkungen wird im Anschluss an die Ausführungen zur Umsetzung des Gegenvorschlags zur Kita-Initiative folgende Ergänzung angebracht: Sollte der Systemwechsel referendumsbedingt zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, wird der für die Finanzierung der Betreuungsgutscheine eingestellte Betrag in einer Übergangsphase für den Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung in privaten Kitas verwendet, der bezüglich Anspruchsberechtigung und Anforderungen an die privaten Kitas in grösstmöglicher Anlehnung an das FEBR erfolgen muss, d. h. dass der Ausbau primär Erwerbstätigen zukommt. Eine Verwendung dieses Betrags für städtische Kiras ist ausgeschlossen, da damit den privaten Kitas und Eltern geholfen werden soll, welche wegen dem Volksvorschlag per 1. Januar 2013 keine Betreuungsgutscheine erhalten, wie es das Volk beschlossen hat.

Lea Kusano (SP): Zu unserem Antrag 56a: Die rund zwei Millionen Franken sind für den Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung, also für die mit dem Systemwechsel kommende Subventionierung von Kita-Plätzen budgetiert worden. Aufgrund des Volksvorschlags wird der Systemwechsel erst in einem Jahr stattfinden, damit fehlt es an der Rechtsgrundlage, um diese Mittel zu sprechen. Wir haben unseren Antrag mit dem Ziel eingereicht, dass die Eltern möglichst schnell von diesen Geldern profitieren können. Da inzwischen ein „Gegenantrag“ eingegangen ist, ziehen wir unsere Anträge zurück und u nterstützen die interfraktionellen Anträge.

Christine Michel (GB): Die Bevölkerung hat dem Systemwechsel zu den Betreuungsgutscheinen zugestimmt, weil sie mehr bezahlbare Kita-Plätze will. Wir ergreifen den Volksvorschlag, weil wir eine soziale Umsetzung des Gutscheinsystems wollen, das Volk wird entscheiden. Wichtig ist vor allem, dass der Ausbau weitergeht, wofür eine breite Koalition existiert, wie wir während der Eintretensdebatte vernommen haben. Wir haben unsere Anträge gestellt, damit die eingestellten Mittel für den Ausbau eingesetzt werden können. Weil wir die Lösung ebenfalls im Ausbau von subventionierten Plätzen bei privaten Kitas oder in der Ausstellung von provisorischen Leistungsverträgen sehen, können wir den interfraktionellen Anträgen zustimmen und unsere Anträge zurückziehen.

Daniel Klauser (GFL): Wir führen hier nicht zum ersten Mal in diesem Jahr eine Diskussion über Kitas und Betreuungsgutscheine. Hoffentlich können wir heute Abend den gordischen Knoten endlich lösen, indem wir die Erhöhung der finanziellen Mittel für die Kinderbetreuung beschliessen. Es handelt sich um eine Art Feuerwehrübung: Nachdem das konstruktive Referendum, also der Volksvorschlag, ergriffen worden ist, war im heutigen Zeitungskommentar von Lea Kusano zu lesen, es liege jetzt an den Mitte-Parteien, dafür zu sorgen, dass die Gelder fliessen können. Dies erinnert an jemanden, der ein Haus anzündet, damit er die Feuerwehr rufen kann, um den Brand zu löschen. Wir sind gute Feuerwehrleute und haben in Ab-

sprache mit den Juristinnen und Juristen der BSS einen breit abgestützten Antrag zustande gebracht. Ich begründe kurz, weshalb wir die vorliegenden Anträge nicht unterstützen: Die Anträge der SP/JUSO und GB/JA! sind zu offen formuliert und würden einen weiteren Ausbau bei den städtischen Kitas zulassen. Es ist für uns wichtig, dass die eingestellten Beträge den Eltern zugutekommen, die gemäss neuem Kita-Reglement anspruchsberechtigt sind. Wir konnten eine juristisch stringente Formulierung finden, die sicherstellt, dass die Gelder den erwerbstätigen Eltern zugutekommen, die gemäss neuem Reglement Ansprüche auf Betreuungsgutscheine hätten.
Ich habe das Budget heute Abend bereits als „Chnorz" bezeichnet. Darunter fällt auch diese Übung, denn dabei handelt es sich um eine Zwischen- beziehungsweise Übergangslösung, die zusätzlichen Aufwand für die Stadt und für die privaten Kitas bringt. Dass der interfraktionelle Antrag von allen Seiten unterstützt wird, zeigt, dass alle hinter dem Anliegen stehen, den betroffenen Eltern eine Lösung zu bieten. Dies ist ein wichtiges Zeichen, das der Stadtrat nach aussen senden kann. In der konfrontativen Situation der letzten Wochen geriet im Streit um die Details das grundsätzliche Anliegen, das offenbar alle Fraktionen teilen, in den Hintergrund, nämlich der Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung. In gewissem Sinne handelt es sich hier um einen grossen Moment, in dem die zerstrittenen Lager innerhalb des Stadtrats sich in diesem Punkt einigen und wir nach vorne schauen können, indem die Gelder ab dem 1. Januar 2013 frei werden, soweit rechtlich möglich nach neuem System.

Michael Köpfli (GLP): Schon bei der Debatte zum neuen Reglement haben wir erklärt, ein Volksvorschlag hätte zur Folge, dass der Ausbau der Kitas nicht stattfinden kann, wodurch viele Eltern, die bereits auf die Gutscheine gesetzt und einen privaten Kita-Platz gefunden hatten, stark belastet würden. Ein Referendum ist eigentlich unnötig, in den ersten drei Jahren hätte sich sowieso nichts geändert. Später hätte man das Reglement anpassen oder eine Initiative einreichen können, um so weiterhin Planungssicherheit zu gewähren. Dies ist aber offenbar nicht der Fall. Einen Tag vor der Budgetdebatte erfahren wir von den Anträgen der SP/JUSO und GB/JA!, welche sehr offen formuliert sind, sodass problemlos städtische Plätze nach altem System geschaffen werden könnten. Gemäss neuem Reglement liegt die Betonung auf der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, demnach müssen primär Kita-Plätze für Erwerbstätige geschaffen werden.
Die in unseren kurzfristig erstellten, interfraktionellen Anträgen gewählte Formulierung ermöglicht es, den Eltern, die jetzt auf einen privaten Kita-Platz warten, aber keine Betreuungsgutscheine erhalten, eine Unterstützung zukommen zu lassen, die ihnen und den privaten Kitas Planungssicherheit gewährleistet. Nur sie sollen in den Genuss dieser Unterstützung kommen, es sollen damit keine anderen Kita-Plätze geschaffen werden. Wir bieten gerne Hand für eine Übergangslösung, obwohl wir es uns anders gewünscht hätten. Im Sinne der Sache sind wohl alle einverstanden, dass wir den betroffenen Eltern und Kitas Planungssicherheit zugestehen müssen, denn alles andere wäre fatal, auch in Hinblick auf die kommende Abstimmung. Der Systemwechsel muss kommen, es ist nur noch eine Frage des Wie. Wenn wir den Eltern jetzt keine Unterstützung bieten, wird dadurch eine schlechte Dynamik ausgelöst. Wir bitten Sie, den breit abgestützten Anträgen zuzustimmen.

Lea Bill (JA!): Ich spreche zum Antrag 57 betreffend die Verschiebung zwischen der Mitwirkung von Kindern und der Offenen Jugendarbeit. Wir hegen grosse Sympathien für den Ausbau der Offenen Jugendarbeit, es kann aber nicht sein, dass dies auf Kosten der Mitwirkung von Kindern geht. Wir lehnen diesen Antrag ab. Zu den Anträgen, die PINTO betreffen: Unsere Fraktion stand PINTO immer schon skeptisch bis ablehnend gegenüber, weil wir die Elemente ordnungsdienstliche Arbeit, also Polizeiarbeit und Sozialarbeit, für nicht vereinbar halten. Auf diese Weise kann man die Leute auf der Gasse nicht erreichen, daher waren wir im-

mer gegen einen Ausbau von PINTO. Deswegen unterstützen wir den Antrag 61a und den Eventualantrag 61b der PdA. Wie sich die Stimmung im Rat bezüglich PINTO bisher darstellt, müssen wir davon ausgehen, dass beide Anträge abgelehnt werden. Deswegen lege ich Ihnen nahe, unseren Antrag 62 anzunehmen. Da PINTO nun einmal besteht und wir jährlich eine Million Franken dafür ausgeben, wollen wir auch wissen, was PINTO eigentlich tut. Im Budget finden sich zwei lächerliche KZ zu PINTO, bei denen es um ordnungsdienstliche und soziale Interventionen geht. Niemand weiss, wie viele Personen davon betroffen sind, zumal zehn Interventionen sich auf eine Person beziehen können. Auch über die zeitliche Streuung der Interventionen erhalten wir keine Informationen. Deswegen bitten wir um Zustimmung zum Antrag 62, den wir schon in der SBK einbrachten. Es geht um die Einführung von neuen KZ, damit man die Anzahl der Klientinnen und Klienten von PINTO kennt oder weiss, in welchen Stadtkreisen PINTO in welcher Form aktiv wird. Auch die Anzahl der spezifischen Einsätze für oder mit Jugendlichen wird damit ersichtlich, zumal PINTO vielen als Ersatz für Offene Jugendarbeit gilt.

Beat Gubser (EDU): Mein Antrag 62a sieht vor, die Kosten für Kitas lediglich um 300'000 Franken statt um 2'300'000 Franken zu erhöhen, was ein Ausgabenwachstum von zwei Prozent statt acht Prozent bedeutet. Wir wünschen eine günstigere Umsetzung des Betreuungsgutscheinsystems. Wir werden total 33 Mio. Franken für die externe Kinderbetreuung ausgeben. Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, erhalten nach wie vor keinen Franken. Dies ist einseitig und ungerecht. Durch den Volksvorschlag kommt es zur Verzögerung, es existiert kein Budgetdruck. Ich bitte Sie, eine nur moderate Erhöhung zu unterstützen.

Martin Schneider (BDP): Daniel Klauser hat die Sache als „Chnorz“ bezeichnet. Deswegen haben wir den Antrag 56 eingereicht, der Einsparungen von 500'000 Franken bei der Administration der Betreuungsgutscheine vorsieht. Wir sind erfreut, dass die interfraktionellen Anträge eine grosse Mehrheit finden. Dies ist nahezu legendär, in vier Jahren habe ich noch nie erlebt, dass wir sehr unterschiedliche Meinungen vertreten und miteinander streiten, aber schliesslich einen Konsens finden, um so eine Zwischenlösung zu begründen, die den Eltern, die während der Wechselphase dringend auf das Geld angewiesen sind, zugutekommt. Deshalb ziehen wir unseren Antrag zugunsten der interfraktionellen Anträge zurück.

Pascal Rub (FDP): Nachdem ein Volksentscheid, ein Stadtratsentscheid und ein Reglement vorliegen, ist es haarsträubend, dass wir erneut über das Thema der familienexternen Kinderbetreuung diskutieren müssen. Sie haben das Recht, einen Volksvorschlag einzureichen, aber eigentlich ist es eine Frechheit, dass wir das Problem, das Sie mit dem Volksvorschlag geschaffen haben, lösen müssen. Dies zeigt vor allem, dass es Ihnen nicht um den Abbau der Warteliste oder um die Kinder geht. Wie Sie der Presse gegenüber erklärt haben, geht es Ihnen um die Arbeitsbedingungen des städtischen Personals. Dieses Anliegen mag durchaus legitim sein, aber es ist haarsträubend, dass wir Ihnen die Lösung präsentieren müssen, wie der Volksvorschlag ergriffen werden kann, ohne die privaten Kitas fallen zu lassen, die lange auf eine Lösung warten mussten, für die das Volk entschieden hatte und die von der Mehrheit im Parlament in einem langwierigen Prozess erarbeitet wurde. Nun mussten wir eine neue Lösung zurechtschneidern, damit die betreffenden Kitas nächstes Jahr weiterarbeiten können. Wir werden zum Zustandekommen dieser Lösung beitragen, aber nicht mit grossem Enthusiasmus.

Simon Glauser (SVP): In den 90er-Jahren demonstrierte ich als junges Mitglied der SVP auf dem Bundesplatz gegen die eidgenössische Jugendsession. Ich regte mich über die Sinnlosigkeit und das Kasperletheater auf, das die Jugendlichen im Bundehaus veranstalteten, in-

dem sie im ehrwürdigen Nationalratssaal Platz nehmen und über Dinge diskutieren konnten, die niemanden interessierten. Inzwischen ist auch die Jugendsession auf dem Boden der Realität angelangt und es finden sich kaum mehr genügend Jugendliche, die sich auf dieser Ebene engagieren wollen. Im Kinderparlament der Stadt Bern werden nach wie vor vorgekaute Ideen und Projekte umgesetzt, als Paradebeispiel gilt der *Plämu-Preis*. Ich selbst erwarte jedes Jahr, den *Plämu-Preis* für kinderunfreundliches Verhalten zu erhalten, weil ich die Absetzung des Kinderparlaments mehrfach verlangt habe. Im Jahr 2012 erhielt die BKW den Preis für kinderunfreundliches Verhalten, weil sie das AKW Mühleberg nicht abstellt. Weil keine externen Kandidaten gefunden werden konnten, hat man den *Olé-Preis* an sich selber verliehen, im Jahr 2012 erhalten ihn die beiden Kinderparlamentspräsidentinnen. Wir sollten mit der Instrumentalisierung von Kindern und Jugendlichen zuwarten, bis sie ein Alter erreichen, welches politische Mitspracherechte und das Recht, an Abstimmungen teilzunehmen, für sie mitbringt. Ich habe nichts gegen das Stimmrechtsalter 16 einzuwenden, denke aber, dass die Alibiübung mit dem Kinderparlament aufgegeben werden soll. Ich bin gegen die Instrumentalisierung von Kindern und Jugendlichen für Anliegen, die nicht der ganzen Bevölkerung entsprechen. Wir wollen die 332'000 Franken nicht streichen, sondern der Offenen Jugendarbeit zukommen lassen, wo dieses Geld mehr Nutzen bringen.

Rolf Zbinden (PdA): Ich helfe mit, zu sparen, bitte lassen Sie mich mit diesem Vorhaben nicht alleine. Die Zeit ist günstig und reif für eine Flurbereinigung bei einem Produkt, das von Anfang an konzeptuell weder Fisch noch Vogel war. Die Erhöhung der sichtbaren Präsenz der Polizei erlaubt uns einen problemlosen Schnitt bei PINTO. Der durch die Verquickung von sozialarbeiterischen und repressiven Aufgaben bereits angerichtete Schaden ist jedoch durch unsere heutige Entscheidung nicht wieder rückgängig zu machen. Der Glaubwürdigkeitsschaden, welcher der Sozialarbeit durch den PINTO-Mischmasch zugefügt worden ist, kann nur noch begrenzt werden. Für alle Nostalgikerinnen und Nostalgiker stelle ich den Eventualantrag 61b, PINTO in der Produktegruppe Ruhe und Ordnung weiterwursteln zu lassen.

Roland Jakob (SVP): Jahrelang wetterte unsere Fraktion über PINTO, an dessen Nutzen wir Zweifel hegten. Heute sind wir der Meinung, PINTO soll weiterarbeiten. Wir wollen sehen, was die Zukunft bringt. Aber schon springen die Leute aus dem linken Lager auf und verlangen vehement die sofortige Auflösung von PINTO. Wir scheinen das Mandat irgendwie weitergegeben zu haben. Erstaunlicherweise bringt nun diejenige Seite einen Streichungsantrag ein, welche PINTO gegen das frühere Ansinnen der SVP immer verteidigt hat. Es stellt sich die Frage, wie die Realitäten liegen oder verschoben worden sind. Unsere Anträge fordern die Absetzung der Kindersession, weil wir Offene Jugendarbeit und nicht instrumentalisierte Kinder wollen, die am Ende noch einen Sozialarbeiter brauchen, weil sie aufgrund der ganzen linken Themen die Realität nicht mehr erkennen. Wir ziehen die Anträge 58 und 61 zurück, die obsolet sind, nachdem man uns gezeigt hat, wie unwichtig die Arbeit im Westen von Bern für die linke Mehrheit in diesem Ratssaal ist.

Manuel C. Widmer (GFL): Als ehemaliger Generalsekretär der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendarbeit und als Lehrer in Bern erwidere ich auf das Votum von Simon Glauser: Es gibt nicht viele gute Anlagen, um Demokratie zu üben. Darunter ist beispielsweise die Partizipation in der Schule zu verstehen, wo die Kinder lernen, mitzureden, mitzudiskutieren und ihre Meinung zu äussern. Auch in Jugendsessionen kann man Demokratie üben. Wenn man für ein Stimmalter von 16 Jahren ist, muss man den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich in der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte zu üben. Sie müssen lernen, miteinander zu diskutieren und zu akzeptieren, wenn jemand anderer Meinung ist. Bitte streichen Sie die Mittel für das Kinderparlament nicht. Auch wenn die Jugendsessionen

der Stadt Bern kleine Nachbesserungen vertragen könnten, bleibt die Idee, dass schon kleine Kinder lernen sollen, zu diskutieren und ihre Meinung zu äussern, im Grundsatz richtig.

Simon Glauser (SVP): Auf den Einwand meines Vorredners entgegne ich als ehemaliger Generalsekretär der Jungen SVP Schweiz, der ich sechs Jahre lang war: Demokratie kann man in den Jungparteien üben. Ich hatte mich während zehn Jahren in der Jungpartei engagiert, und als ich das nötige Alter erreichte, kandidierte ich als Stadtrat für die SVP. Dies ist das richtige politische Tummelfeld. Ich arbeite auch als Lehrer und behaupte, dass den Kindern in einem gewissen Alter das Verständnis noch fehlt. Es bringt nichts, Budgetspiele mit Pingpongbällen zu betreiben. Die vorgeformten Schablonen im Kinderparlament erlauben es den beteiligten Kindern kaum, selbst mitzudenken. Eine derartige Instrumentalisierung kann ich nicht befürworten.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: Zum Antrag, der die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen betrifft. Hier spielt man die Kinder gegen die Jugendlichen aus. Die Kinder treffen bei der Verleihung dieser Preise eben kindliche Entscheidungen. Ich selbst habe fast einmal den *Plämu-Preis* und fast einmal den *Olé-Preis* erhalten, beides ist möglich. Es besteht ein Reglement, das man nicht via Budgetantrag aushebeln kann. Folgende Empfehlung an Simon Glauser: Im Kinderparlament sehen Sie das Produkt aus den vorangehenden, mit den stadträtlichen Kommissionen vergleichbaren Arbeitsgruppen. Miriam Schwarz begleitet seit Jahren die für das Bauen zuständige Arbeitsgruppe und wird Sie gerne hinter die Kulissen führen, damit Sie sehen, wie das Ganze vorgängig zur Session im Kinderparlament entsteht. Bitte lehnen Sie den Antrag 57 ab. Der Antrag 60 der SVP steht in Verbindung zum Streichungsantrag 57 beim Kinderparlament.
Der Antrag 59 fordert einen Ausbau der Kontaktstunden in der offenen Arbeit mit Jugendlichen. Man kann aber nicht auf 15'000 Kontaktstunden erhöhen, wenn das nötige Geld dazu fehlt. Der Kanton hat die Offene Kinder- und Jugendarbeit in der ASIV neu geregelt. Wenn Sie mehr Kontaktstunden wünschen, müssen die nötigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, die allein der Stadt Bern zur Rechnung fallen und nicht in den Lastenausgleich eingehen. Aus finanziellen Gründen bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.
Zu PINTO: Die PdA und das Grüne Bündnis haben PINTO noch nie unterstützt. Es ist logisch, dass von dieser Seite ein Antrag kommt. Rolf Zbinden ist da in seiner Haltung stringent. PINTO ist heute eine anerkannte Gruppe, die im öffentlichen Raum einen ordnungspolitischen und sozialpolitischen Auftrag erfüllt. An sich nimmt Rolf Zbinden Volksentscheide sehr ernst, daher sollte er die im Rahmen einer Volksabstimmung beschlossene Aufstockung von PINTO akzeptieren. Bitte lehnen Sie beide Anträge 61a und 61b ab: PINTO erfüllt einen aus ordnungs- und sozialpolitischen Aspekten bestehenden Auftrag. PINTO gehört nicht in die SUE, damit der sozialarbeiterische Auftrag frei umgesetzt werden kann. PINTO ist in verschiedenen Bereichen tätig, sei es gegenüber dem Gewerbe, im öffentlichen Raum oder im Rahmen des Beschwerdemanagements. Zum Antrag 62: Wenn zusätzliche KZ erhoben werden, müssen die Daten von PINTO während der Arbeit auf der Gasse von Hand gesammelt und danach erfasst werden. Ein solcher Aufwand geht auf Kosten der Präsenzzeit auf dem Feld. Über diese Problematik wurde bereits in der SBK diskutiert. Wir wollen, dass PINTO vor allem auf der Gasse arbeitet, es gibt genügend KZ für PINTO. Ich bitte Sie, den Antrag der Fraktion GB/JA! abzulehnen.
Nun zu den Anträgen betreffend die familienexterne Kinderbetreuung: Die Anträge 56a und 62b wurden zugunsten der interfraktionellen Anträge 56b und 62c zurückgezogen. Wie Martin Schneider sagte, kann man sich über diese Anträge freuen, weil alle Parlamentsmitglieder, mit Ausnahme weniger, der Meinung sind, dass mehr Eltern von Vergünstigungen bei den familienexternen Betreuungsplätzen profitieren können sollten. Wir wissen, dass ein gutes

Betreuungsangebot etwas kostet. Die neuen Anträge bedeuten eine Freude für die Eltern sowie für mich als Sozialdirektorin der Stadt Bern. Es ist wichtig und gut, wenn die Mittel im Übergangsjahr eingesetzt und genutzt werden, um die Eltern finanziell zu entlasten. Ich betone, dass wir eine einfache Lösung suchen müssen, bei der auf das Abschliessen von Leistungsverträgen für das Übergangsjahr verzichtet wird. Wir können auch nicht eigens dafür ein Informatiksystem einführen. Wir haben bereits Abklärungen getroffen, wer berechtigt ist, Betreuungsgutscheine einzulösen, diese Kriterien orientieren sich an den ASIV-Vorgaben. Logischerweise müssen Verträge abgeschlossen werden, wenn öffentliche Gelder fliessen. Wir werden so viel wie nötig und so wenig wie möglich unternehmen, um Ihre Forderungen umzusetzen. Die Tarife werden sich an den ASIV-Vorgaben orientieren, wie im Reglement über die familienergänzende Betreuung von Kindern und Jugendlichen (FEBR) festgesetzt. Den Anträgen der SBK ist aus Sicht des Gemeinderates nichts hinzuzufügen.

Beschluss

1. Der Antrag 56 wird von der Fraktion BDP/CVP zurückgezogen.
2. Der Antrag 56a wird von den Fraktionen SP/JUSO und GB/JA! zurückgezogen.
3. Der Stadtrat stimmt dem interfraktionellen Antrag 56b zu.
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 57 ab (25 Ja, 38 Nein, 4 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 055*
5. Der Antrag 58 wird von der Fraktion SVPplus zurückgezogen.
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag 59 ab (18 Ja, 51 Nein). *Abst.-Nr. 056*
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 60 ab (17 Ja, 53 Nein). *Abst.-Nr. 057*
8. Der Antrag 61 wird von der Fraktion SVPplus zurückgezogen.
9. Der Stadtrat lehnt den Antrag 61a ab (12 Ja, 56 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 058*
10. Der Stadtrat lehnt den Antrag 61b ab (13 Ja, 54 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 059*
11. Der Stadtrat lehnt den Antrag 62 ab (12 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 060*
12. Der Stadtrat lehnt den Antrag 62a ab (4 Ja, 65 Nein). *Abst.-Nr. 061*
13. Der Antrag 62b wird von den Fraktionen SP/JUSO und GB/JA! zurückgezogen.
14. Der Stadtrat stimmt dem interfraktionellen Antrag 62c zu (68 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 062*
15. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 63 zu.
16. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 64 zu (44 Ja, 5 Nein, 16 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 063*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:41 - 055
Ja-Stimmen: 25 Nein-Stimmen: 38 Enthaltungen: 4 Abwesend: 12 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Bartlome, Blaser, Dana, Erni, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hirsbrunner, Imhof, Jaisli, Jakob, Mäder, Meyer, Neeracher, Pauli, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schneider, Wasserfallen, Weder, Zimmerli
Nein gestimmt haben: Bahnan Büechi, Battagliero, Bill, Chheng, Eicher, Elsener, Espinoza, Fischer R, Gasser, Göttin, Gutzwiller, Hächler, Jordi, Keller, Klauser, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mathieu, Michel, Oester, Pinto, Ruch, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Widmer, Zbinden
Der Stimme enthalten sich: Ammann, Imthurn, Köpfli, Schmidt
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grosjean, Grossi, Jost, Kohli, Leibundgut, Mordini, Penher, Sancar, Stürmer, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:42 - 056
Ja-Stimmen: 18 Nein-Stimmen: 51 Enthaltungen: 0 Abwesend: 10 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Imhof, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Zimmerli
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gasser, Göttin, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Weder, Widmer, Zbinden
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Jost, Kohli, Leibundgut, Mordini, Sancar, Stürmer, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:42 - 057
Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 53 Enthaltungen: 0 Abwesend: 9 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Bartlome, Blaser, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hirsbrunner, Imhof, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rüegsegger, Schneider, Wasserfallen
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gasser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann,

Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Weder, Widmer, Zbinden, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Leibundgut, Mordini, Sancar, Stürmer, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:42 - 058
Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 56 Enthaltungen: 1 Abwesend: 10 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Bill, Fischer R, Gasser, Hächler, Michel, Oester, Penher, Ruch, Theiler, Trede, Wasserfallen, Zbinden
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Göttin, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Meyer, Neeracher, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Trachsel, Vollmer, von Greyerz, Weder, Widmer, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich: Pinto
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Leibundgut, Mordini, Pauli, Sancar, Stürmer, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:43 - 059
Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 54 Enthaltungen: 3 Abwesend: 9 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Bill, Fischer R, Gasser, Hächler, Köpfli, Michel, Oester, Penher, Ruch, Theiler, Trede, Wasserfallen, Zbinden
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Göttin, Gutzwiller, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Meyer, Neeracher, Pauli, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Trachsel, Vollmer, von Greyerz, Weder, Widmer, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich: Grosjean, Gubser, Pinto
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Leibundgut, Mordini, Sancar, Stürmer, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:43 - 060
Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 57 Enthaltungen: 1 Abwesend: 9 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Bill, Fischer R, Gasser, Hächler, Krebs, Michel, Oester, Penher, Ruch, Theiler, Trede, Zbinden
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Göttin, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Meyer, Neeracher, Pauli, Pinto, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Trachsel, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Weder, Widmer, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich: Espinoza
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Leibundgut, Mordini, Sancar, Stürmer, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:44 - 061
Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 65 Enthaltungen: 0 Abwesend: 10 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Glauser, Gubser, Meyer, Wasserfallen
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Fischer R, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Neeracher, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Weder, Widmer, Zbinden, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Leibundgut, Mordini, Pauli, Sancar, Stürmer, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:45 - 062
Ja-Stimmen: 68 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1 Abwesend: 10 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Fischer R, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Glauser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Meyer, Michel, Neeracher, Oester, Pauli, Penher, Pinto, Renner-Bach, Rub, Ruch, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Weder, Widmer, Zbinden, Zimmerli
Nein gestimmt haben:
Der Stimme enthalten sich: Gubser
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Köpfli, Leibundgut, Mordini, Sancar, Stürmer, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:45 - 063
Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: 5 Enthaltungen: 16 Abwesend: 14 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Blaser, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jost, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Lanfranchi, Lutz-Beck, Mäder, Meyer, Neeracher, Pauli, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Sönmez, Trachsel, Wasserfallen, Weder, Widmer, Zimmerli
Nein gestimmt haben: Bill, Michel, Oester, Penher, Ruch
Der Stimme enthalten sich: Battagliero, Chheng, Gasser, Göttin, Jordi, Keller, Kusano, Lehmann, Mathieu, Pinto, Schoch-Meyer, Schwarz, Stampfli, Trede, Vollmer, Zbinden
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Fischer R, Grossi, Gubser, Kohli, Leibundgut, Mordini, Sancar, Stürmer, Stüssi, Theiler, von Greyerz, Wertli

Direktorin BSS *Edith Olibet*: In der SBK wurde über die zusätzlichen KZ gemäss Antrag 65 diskutiert, wir versprachen eine Stellungnahme im Rahmen der Budgetdebatte: Der Grund, weshalb wir gegenüber dem heutigen System auf diverse KZ verzichten, ist mit den Wechsel

auf Betreuungsgutscheine verbunden. Mit dem neuen System werden wir weniger beeinflussen und weniger steuern. Wir werden keine Leistungsverträge mehr abschliessen und können demnach die Kitas nicht verpflichten, uns Daten zu liefern. Dies kann nur auf freiwilliger Basis geschehen. Daher hat der Gemeinderat diese KZ gestrichen, die für uns ziemlichen Mehraufwand brachten.

Michael Köpfli (GLP): Bei der Diskussion in der SBK bestand dahingehend ein Konsens, dass diese KZ bei den städtischen Kitas, die ja nicht privatisiert werden, weiterhin zu erheben sind. Die SBK meinte, gewisse KZ können bei den privaten Kitas durchaus erhoben werden. Da der Systemwechsel bedauerlicherweise im kommenden Jahr nicht vollzogen werden kann, können die KZ bleiben. Dem Antrag 65 kann man daher zustimmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 65 zu (65 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 064*
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 66 zu.

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:48 - 064
Ja-Stimmen: 65 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2 Abwesend: 12 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Blaser, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Fischer R, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imhof, Imthurn, Jaisli, Jakob, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Meyer, Michel, Neeracher, Oester, Pauli, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Weder, Widmer, Zbinden, Zimmerli
Nein gestimmt haben:
Der Stimme enthalten sich: Rub, Theiler
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Glauser, Grossi, Kohli, Krebs, Leibundgut, Mordini, Penher, Sancar, Stürmer, Wertli

BSS: Alters- und Versicherungsamt

67.	S. 314 Alters- und Versicherungsamt (350)	BDP/CVP	Kürzung der Nettokosten um Fr. 1‘000‘000 auf Fr. 31‘751‘244.08[50]
68.	S. 314 Alters- und Versicherungsamt (350100)	GR	Erhöhung der Nettokosten des Produkts P350140 Gemeindebeiträge Ergänzungsleistungen und Kinderzulagen Nichterwerbstätige um Fr. 705‘200 auf Fr. 28‘050‘00051
69.	S. 335 Alters- und Versicherungsamt (350500)	SBK	Unter Bemerkungen wird folgender Kommentar ergänzt: „Zu Steuerungsvorgabe 6 und 7): Die Befragung der älteren Bevölkerung zur Altersfreundlichkeit der Stadt Bern (Wohnsituation, Ausgestaltung des öffentlichen Raums) findet alle vier Jahre statt, erstmals 2013.“

Judith Renner-Bach (BDP): Auf die stagnierende Teuerung, die heute unter dem Wert von Anfang Jahr 2011 liegt, habe ich bereits hingewiesen. Deswegen kann unsere Fraktion einem Ausbau der städtischen Aufgaben im betreffenden Bereich nicht zustimmen. Wir verlangen eine Reduktion um eine Million Franken auf den Wert von 2011, dies geschieht auch in Hinblick auf die in Zusammenhang mit dem Lastenausgleich notwendigen Sparmassnahmen. Für uns ist nicht nachvollziehbar, dass ein untergeordneter Verwaltungsbereich dieselben Kosten verschlingt wie der Polizeieinsatz in der Stadt Bern. Dieses Amt kann einen Beitrag von drei Prozent leisten.

[50] Reduktion der Nettokosten auf den Stand von 2011, kein Ausbau der städtischen Aufgaben.

[51] Lastenausgleich Sozialversicherungen.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: Wir würden sehr gerne auf diese Kostenerhöhung verzichten. Betrachtet man den Antrag 68 des Gemeinderats, wird deutlich, dass es nicht um einen Ausbau geht, sondern um die Lastenausgleichssysteme für die Familienzulagen und die Gemeindeanteile zum Kantonsbeitrag Ergänzungsleistungen und Kinderzulagen der Nichterwerbstätigen, die um rund 1,2 Mio. Franken steigen. 500'000 Franken sind bereits im Budget enthalten, die anderen 700'000 Franken muss der Gemeinderat beantragen. Es handelt sich nicht um einen Ausbau, vielmehr geschieht diese Erhöhung als Folge davon, dass beide Lastenausgleichssysteme des Kantons höhere Forderungen an die Stadt stellen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den 67 ab (22 Ja, 34 Nein). *Abst.-Nr. 065*
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 68 zu.
3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 69 zu.

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:50 - 065
Ja-Stimmen: 22 Nein-Stimmen: 34 Enthaltungen: 0 Abwesend: 23 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Bartlome, Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Hirsbrunner, Imhof, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Renner-Bach, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Wasserfallen, Zimmerli
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bill, Elsener, Espinoza, Fischer R, Göttin, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Ruch, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trede, Vollmer, von Greyerz, Weder, Widmer
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Battagliero, Bietenhard, Chheng, Gasser, Glauser, Grosjean, Grossi, Gubser, Jost, Kohli, Krebs, Kusano, Leibundgut, Mäder, Mordini, Rub, Sancar, Schoch-Meyer, Stürmer, Trachsel, Wertli, Zbinden

BSS: Gesundheitsdienst

70.	S. 355 Gesundheitsdienst (370300)	BDP/CVP	Kürzung der Nettokosten um Fr. 500‘000 auf Fr. 1‘203‘980.28[52]
70a.	S. 355 Gesundheitsdienst (370300)	Beat Gubser (EDU)	Kürzung der Nettokosten um Fr. 400‘000 auf Fr. 1‘303‘980.28 zulasten P370340 Gesundheitsförderung Familie und Quartier, Frühförderung[53]

Beat Gubser (EDU): Mein Antrag 70a bezieht sich auf das Produkt *primano*, bei welchem eine Kostensteigerung von 176 Prozent oder 510'000 Franken zu verzeichnen ist. Es existiert noch ein anderer Posten, der eine noch grössere Kostensteigerung erfährt, aber dazu stelle ich keinen Antrag. Ich will den Anstieg auf 35 Prozent begrenzen. Statt um 510'000 Franken soll nur um 110‘000 Franken erhöht werden, was einer Kürzung von 400'000 Franken entspricht. Es wird angeführt, dass Drittfinanzierungen weggefallen sind. Wenn die Mittel nicht ausreichen, muss versucht werden, neue Drittfinanzierungen zu erschliessen.

Judith Renner-Bach (BDP): Beim Antrag 70 kann ich meine früheren Bemerkungen wiederholen. Eine Kostensteigerung von 40 Prozent ist inakzeptabel. Wo bleiben da die Prioritäten? Falls unser Antrag abgelehnt würde, werden wir dem Antrag 70a zustimmen.

Direktorin BSS *Edith Olibet*: Der Gemeinderat hat Prioritäten gesetzt, dabei stützen wir auf eine mit grosser Mehrheit überwiesene Motion zu *primano* ab, die zu diesen Kosten führt. Die

[52] Reduktion der Nettokosten auf den Stand von 2011, kein Ausbau der städtischen Aufgaben.

[53] Die Nettokosten dieses Produkts betrugen im PGB 2012 noch 285‘424.80. Mit der beantragten Kürzung steigen die Ausgaben nur um 35 statt um 176 Prozent.

510'000 Franken betreffen das bisherige Pilotprojekt, das im Jahr 2013 in ein Regelangebot überführt wird, welches in den Pilotquartieren weiterläuft. Der Stadtrat erteilte dem Gemeinderat den Auftrag, für den Weiterausbau Drittmittel zu akquirieren. Dass wir bereits 500'000 Franken an Drittmitteln generierten, hängt damit zusammen, dass wir bei unseren Gesuchen in Aussicht stellen konnten, den Pilot im Jahr 2013 in ein Regelangebot zu überführen. Bitte lehnen Sie die Anträge 70 und 70a ab.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den 70 ab (22 Ja, 35 Nein). *Abst.-Nr. 066*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 70a ab (21 Ja, 33 Nein). *Abst.-Nr. 067*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:54 - 066
Ja-Stimmen: 22 Nein-Stimmen: 35 Enthaltungen: 0 Abwesend: 22 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Bartlome, Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Gubser, Hirsbrunner, Imhof, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Renner-Bach, Rüegsegger, Schmidt, Wasserfallen, Zimmerli
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer R, Gasser, Göttin, Gutzwiller, Hächler, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Ruch, Schwarz, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trede, Vollmer, von Greyerz, Weder
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Glauser, Grosjean, Grossi, Imthurn, Jost, Kohli, Kusano, Leibundgut, Mäder, Mordini, Rub, Sancar, Schneider, Schoch-Meyer, Sönmez, Stürmer, Trachsel, Wertli, Widmer, Zbinden

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-21:55 - 067
Ja-Stimmen: 21 Nein-Stimmen: 33 Enthaltungen: 0 Abwesend: 25 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Bartlome, Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Renner-Bach, Rüegsegger, Schmidt, Wasserfallen, Zimmerli
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer R, Gasser, Göttin, Gutzwiller, Hächler, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mathieu, Michel, Oester, Pinto, Ruch, Schwarz, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trede, von Greyerz, Weder
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Glauser, Grosjean, Grossi, Hirsbrunner, Imthurn, Jost, Kohli, Kusano, Leibundgut, Mäder, Mordini, Penher, Rub, Sancar, Schneider, Schoch-Meyer, Sönmez, Stürmer, Trachsel, Vollmer, Wertli, Widmer, Zbinden

Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün

PVS-Präsident *Daniel Klauser*: Die Anträge der FDP und der Antrag 71 sind zur Beratung in der SBK nicht vorgelegen. Wir diskutierten ausführlich über den Antrag 75 mit dem neuen Produkt Rückerstattung Abfallgrundgebühren. Dieses neue Produkt ist saldoneutral. Wie funktioniert ein Produkt, dessen Nettokosten bei null liegen? Die PVS und nach ihr der Stadtrat werden die Frage der Rückerstattung der Littering-Gebühren nach dem Bundesgerichtentscheid im Herbst behandeln. Der Gemeinderat hat diesbezüglich die Bildung einer Rückstellung zulasten des Budgets 2012 verabschiedet. Die rund 20 Mio. Franken werden der Rechnung 2012 belastet. Ab 2013 finden laufend Rückerstattungen statt, die aus den zurückgestellten Mitteln entnommen werden. Diese gehen in das neue Produkt, von dort werden sie an die Berechtigten ausbezahlt. Der Erlös wird den Rückstellungen zukommen. Weil die entnommenen Beträge den Auszahlungen entsprechen, handelt es sich um ein saldoneutrales Produkt. Regula Rytz hat mich darauf hingewiesen, dass ein Nachkredit folgt, der den genauen Betrag beziffern wird, das Produkt bleibt aber saldoneutral. Die Zustimmung des Stadtrats bildet die notwendige Voraussetzung, dass der vom Gemeinderat vorgesehene Mechanismus für die Rückerstattung so funktionieren kann. Wir werden später darüber beschliessen. Hier wird ein saldoneutrales Produkt eingeführt, das auf das Gesamtergebnis des PGB 2013 keine Auswirkungen zeitigt.

TVS: Direktionsstabsdienste

71.	S. 390 Direktionsstabs-dienste (500500)	GR	Erhöhung der Nettokosten des Produkts P500520 Beitrag der Stadt an den öffentlichen Verkehr um Fr. 2‘386‘644 auf Fr. 32‘876‘565[54]
72.	S. 390 Direktionsstabs-dienste (500500)	Mario Imhof (FDP.Die Liberalen)	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 10'000'000 auf 40‘682‘068.76 zugunsten P500520 Beitrag der Stadt an den öffentlichen Verkehr[55]
72a.	S. 392 Direktionsstabs-dienste (500500)	Mario Imhof (FDP.Die Liberalen)	**Neues übergeordnetes Ziel:** Die Verbilligung des Jahresabonnements BernMobil um 50 Prozent wird allen Bewohnerinnen und Bewohnern der Stadt in geeigneter Weise kommuniziert.
73.	S.393 Direktionsstabs-dienste (500500)	Mario Imhof (FDP.Die Liberalen)	Neue Kennzahl 7) Anzahl Personen inkl. Kinder und Jugendliche, die das Angebot des ermässigten Jahresabonnements nutzen
74.	S.393 Direktionsstabs-dienste (500500)	Mario Imhof (FDP.Die Liberalen)	Neue Kennzahl 8) Anzahl der abgegebenen verbilligten Jahresabonnemente

Mario Imhof (FDP) für die FDP-Fraktion: Als langjähriges Mitglied der PVS habe ich all die Bemühungen verfolgt, die Leute zum Umsteigen auf den öV zu bewegen. Jeder Unternehmer muss Anreize schaffen, um Kunden zu gewinnen und ein Produkt zu verkaufen. Mittels meiner Anträge sollen Anreize für den öV geschaffen werden. Laut meinen Berechnungen kostet es etwa zehn Millionen Franken: Wenn etwa die Hälfte von den 80'000 Stadtbewohnerinnen und -bewohnern, die den öV benutzen, über ein Libero-Jahresabonnement verfügen, gelangt man auf einen Betrag in dieser Grössenordnung, wenn man pro Person 360 Franken, respektive 180 Franken bei vergünstigten Abos, an BernMobil zurückerstatten muss. Dies wäre sicherlich eine gute Sache und würde viele Leute zum Umsteigen bewegen. Einige Leute haben mir gesagt, sie würden anstelle der Monatsabonnemente sogleich ein Jahresabonnement kaufen. Auch BernMobil wäre glücklich darüber, denn sie könnten mehr Umsatz erzielen, der wiederum an den Kanton gelangt. Die Stadtregierung könnte mit dem Kanton über das Thema einer Rückvergütung diskutieren. Ich halte an meinen Anträgen fest, die zehn Millionen Franken müssen jetzt eingestellt werden, denn in dieser Sache wird eine Motion folgen und ich werde, falls die Motion abgelehnt würde, eine Volksinitiative starten. Erfolgt da die Zustimmung des Stimmvolks, wären die notwendigen Geldmittel schon bereitgestellt. Denen, die jetzt lachen, wird nächstes Jahr das Lachen noch vergehen.

Daniel Klauser (GFL): Die langen Jahre in der rot-grün dominierten PVS haben abgefärbt: Mario Imhof hat die Wichtigkeit des öV erkannt. Diese erzieherische Leistung der PVS verdient Anerkennung. Aus ökologischer Sicht ist keine Form der Mobilität kostenfrei, auch der öV verursacht Umweltbelastungen. Deswegen, aber vor allem aus finanzpolitischen Gründen,

[54] Lastenausgleich/Finanzplanungshilfe des Kantons.

[55] Verbilligung des Jahresabos BernMobil der Zonen 100 und 101, 2. Klasse, und Junior/Senior, 2. Klasse um 50 Prozent für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Bern und zur Förderung des öffentlichen Verkehrs in der Stadt Bern.

lehnen wir diese Anträge ab. Wir wünschen Mario Imhof viel Spass beim Sammeln der Unterschriften für seine Initiative.

Direktorin TVS *Regula Rytz*: Ich freue mich über das grosse Engagement für den öV. Wir werden im nächsten Jahr Gelegenheit haben, den öV zu fördern. Vielleicht nicht mittels Abo-Verbilligungen, aber durch Tramprojekte. Ich präsentiere Ihnen die zwei *Atu Prix*-Preise, die wir heute für die Projekte Tram Bern West und das neue Tramdepot erhalten haben. Die Arbeit, die der Stadtrat und die Bevölkerung zur Förderung des öV leisten, wird also honoriert. Dies mag Mario Imhof darüber hinwegtrösten, dass er mit seinen Anträgen heute wohl nicht erfolgreich sein wird.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 71 zu (52 Ja, 9 Nein). *Abst.-Nr. 068*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 72 ab (11 Ja, 51 Nein). *Abst.-Nr. 069*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-22:02 - 068
Ja-Stimmen: 52 Nein-Stimmen: 9 Enthaltungen: 0 Abwesend: 18 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer R, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Gutzwiller, Hächler, Imhof, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Ruch, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Weder, Widmer, Zbinden, Zimmerli
Nein gestimmt haben: Blaser, Fischer C, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Renner-Bach, Wasserfallen
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bartlome, Bietenhard, Glauser, Grosjean, Grossi, Gubser, Hirsbrunner, Kohli, Leibundgut, Mäder, Mordini, Rub, Rüegsegger, Sancar, Schneider, Stürmer, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-22:03 - 069
Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 51 Enthaltungen: 0 Abwesend: 17 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Erni, Feuz, Fischer R, Gafner Wasem, Imhof, Jaisli, Jakob, Pauli, Theiler, Zbinden
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Espinoza, Fischer C, Friedli, Gasser, Göttin, Gubser, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mathieu, Meyer, Michel, Neeracher, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Schmidt, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Weder, Widmer, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bartlome, Bietenhard, Glauser, Grosjean, Grossi, Hirsbrunner, Kohli, Leibundgut, Mäder, Mordini, Rub, Rüegsegger, Sancar, Schneider, Stürmer, Wertli

Die Präsidentin *Ursula Marti*: Nach der Ablehnung von Antrag 72, sind die Anträge 72a, 73 und 74 obsolet.

TVS: Tiefbauamt

75.	S. 405 Tiefbauamt (510300)	GR	Schaffung neues Produkt P510350 Rückerstattung Abfallgrundgebühren[56]
76.	S. 405 Tiefbauamt (510300)	Alexander Feuz (FDP.Die Liberalen)	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 90‘000 auf Fr. 31‘892‘791.12 zugunsten P510310 Betrieb und Unterhalt Strassen, Ufer- und Waldwege[57]

[56] Schaffung des saldoneutralen Produkts im Zusammenhang mit dem diesbezüglichen BGE vom 21. Februar 2012 zur Abwicklung der Rückerstattung Abfallgrundgebühren (Littering).

[57] Zwischen dem Restaurant Tierpark und der Dalmazibrücke gibt es auf der rechten Aareseite zur Zeit nur eine schlecht zugängliche Ausstiegsstelle. Diese befindet sich ca. 50 Meter nach dem Kindergarten Dalmazi in Richtung Dalmazibrücke. Dieser Aareausstieg ist nicht signalisiert; zudem muss nach dem Aussteigen aus dem Wasser noch eine Traverse zurückgelegt werden, bis das Trottoir auf dem Dalmaziquai erklommen werden kann. Die Abstände zwischen den einzelnen Stufen sind für Kinder und kleinere Personen dabei viel zu gross. Bei hohem Wasserstand und hoher Fliessgeschwindigkeit treten für

Alexander Feuz (FDP) für die FDP-Fraktion: Vorher wurde ich wegen meiner wiederholten Forderung, über eine Ausstiegsstelle bei der Aare zu diskutieren, angegriffen. Vor Einreichung dieses Antrags sprach ich mit der Verwaltung über die Kosten eines Aareausstiegs. Beim Postulat wurde mir ja vorgeworfen, ich hätte nicht mit der Verwaltung gesprochen. Laut Auskunft der Verwaltung kostet ein solcher Steg zwischen 50'000 und 70'000 Franken. Dieser für die Sicherheit einzusetzende Betrag ist gerechtfertigt. Ich hätte es begrüsst, wenn die Verwaltung im Rahmen meiner Kleinen Anfrage zu meinen detaillierten Fragen Stellung genommen hätte, was leider nicht möglich scheint. Die bestehende Situation an dieser Stelle ist schlecht, es handelt sich um eine Traverse, ausserdem wurden aufgrund von Vandalismus die Rettungsringe entfernt. Die Sicherheit gebietet, an dieser Stelle Verbesserungen vorzunehmen. Personen mit geringem Gewicht bekunden Mühe, die Traverse zurückzulegen, insbesondere bei Hochwasser. Zwischen dem Restaurant Tierpark und der Dalmazibrücke befindet sich eine einzige, mehr oder weniger offizielle Ausstiegsstelle. Die Situation ist zu klären, der bestehende Ausstieg ist zu sanieren, eventuell ist eine zweite Ausstiegsstelle vorzusehen. Bitte stimmen Sie dem Antrag 76 zu.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 75 zu.
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 76 ab (17 Ja, 45 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 070*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-22:06 - 070
Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 45 Enthaltungen: 2 Abwesend: 15 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Neeracher, Pauli, Schmidt, Theiler, Zbinden, Zimmerli
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer R, Gasser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mathieu, Meyer, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Trede, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Weder, Widmer
Der Stimme enthalten sich: Fischer C, Trachsel
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Glauser, Grossi, Jost, Kohli, Krebs, Leibundgut, Mäder, Mordini, Rub, Rüegsegger, Sancar, Stürmer, Wertli

TVS: Stadtgärtnerei

77.	S. 427 Stadtgärtnerei (520300)	Roland Jakob (SVP), Alexander Feuz (FDP. Die Liberalen)	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 110‘000 auf 843‘835.50[58]
78.	S. 427 Stadtgärtnerei (520300)	GB/JA!	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 40‘000 auf Fr. 773‘835.50 zugunsten P520320 Förderung Grünkompetenz[59]

---

leichtgewichtige Personen zusätzliche Gefahren auf, die insbesondere für Auswärtige, die mit der dortigen Situation nicht vertraut sind, zusätzliche Gefahren beinhalten können. Gerade die letzten tragischen Unfälle von ausländischen Touristen in der Aare zeigen, dass aus Sicherheitsgründen hier dringender Handlungsbedarf besteht. Der Ausstieg ist bei Badenden aus dem Dalmazi und unteren Kirchenfeld sowie für Badende, die dort ihr Verkehrsmittel abgestellt haben, sehr beliebt. Die Erstellung einer neuen Ausstiegstelle soll gemäss den mir von Baufachleuten gemachten Angaben Fr. 50‘000 bis Fr. 70‘000.00 betragen. Die Restanz wäre für die Sanierung des bestehenden Ausstieges beim Kindergarten Dalmaziquai und für die Verbesserung des Ausstieg insbesondere nach Traverse sowie die Signalisation vorzusehen.

[58] Verzicht auf Haushaltsverbesserungsmassnahme und Weiterführung Pflanzenschauhaus.

[59] Das „grüne Klassenzimmer“ erfreut sich grosser Beliebtheit, die Warteliste wird immer länger und es müssen Klassen abgewiesen werden. Umweltbildung beginnt bei den Kleinsten und daher soll das gut funktionierende und zielführende Angebot gestärkt werden.

Roland Jakob (SVP): Ich äussere mich zum Antrag 77, den Alexander Feuz und ich gemeinsam einreichten. Wir wehren uns dagegen, dass den Kakteen- und Orchideenfreunden die Grundlage entzogen werden soll. Neben kleinen Kakteen haben Sie heute Abend auch Exemplare eines Offenen Briefes an die Stadtregierung bekommen. Wir wollen die schöne Kakteenschau in der Elfenau erhalten, man denke an die vielen Arbeitsstunden, die in die Pflege dieser Pflanzen investiert worden sind. Bei der Kleinen Anfrage von heute Abend wurde erklärt, dass die Anlage aus Platzgründen geräumt werden muss, auch die hohen Unterhaltskosten für das Gebäude wurden zwecks Begründung angeführt. Ich wundere mich über die desolate Führung unseres Haushalts: Zuerst wird der Gebäudeunterhalt jahrelang vernachlässigt, danach wird gejammert, der Erhalt der Schauhäuser würde eine Million Franken kosten. Für diese vernachlässigende Haltung müssen die beiden betroffenen Vereine nun bluten. Ihre über Jahre hinweg geleistete Arbeit wird wegen Vernachlässigung der Unterhaltsarbeiten und einer Ideologie, der so eine Schau nicht ins Konzept passt, einfach zunichte gemacht. Dies ist sehr bedauernswert. Die Leute, die sich für diese Sache einsetzen, haben ein Recht, angehört zu werden. Sie haben auch ein Recht, dass sich das Parlament in dieser Sache Gedanken macht. Bitte helfen Sie mit, die Schauhäuser zu erhalten und sprechen Sie den Kredit. Im Verhältnis zum Milliardenbudget sind 110'000 Franken nicht viel. Mit der Zustimmung handeln Sie nicht bloss im Sinne einiger weniger Vollblutgärtner, sondern im Sinne der ganzen Bevölkerung, die diese Pflanzenschau besuchen und geniessen kann und dort Informationen zu Kakteen und Orchideen erhält. Bitte lassen Sie die Kakteen weiterhin gedeihen und blühen.

Alexander Feuz (FDP) für die FDP-Fraktion: Ich spreche zuerst zum Hauptantrag, sollte dieser abgelehnt werden, folgt ein Eventualantrag. Es handelt sich nicht um einen Antrag der FDP und SVPplus, vielmehr stehen Organisationen wie Pro Natura, Pro Specie Rara oder Bern Tourismus dahinter. Die beiden Gewächshäuser zählen zu den Visitenkarten der Stadt, sie gehören zu Bern und werten die Elfenau auf. Es geht in keiner Weise um einen Kampf gegen den Botanischen Garten. Bitte stimmen Sie dem Antrag zu, für die Touristinnen und Touristen und für alle Besucherinnen und Besucher der Elfenau. Wird die Anlage abgerissen, ist sie weg, die Kakteen und Orchideen wären unwiederbringlich verloren. Es würde lange Zeit dauern, sie wieder aufzuziehen. Als Freisinniger unterstütze ich gerne sinnvolle Sparanstrengungen, aber in diesem Fall bitte ich Sie, einer Budgeterhöhung zuzustimmen.

Judith Gasser (GB): Zum Antrag 78 auf Aufstockung bei der Förderung der Grünkompetenz: Es geht um das Grüne Klassenzimmer, ein Angebot der Stadtgärtnerei zur Natur- und Umweltpädagogik, welches in den Anlagen der Stadtgärtnerei in der Elfenau stattfindet, wo die Kinder die Themen direkt miterleben können. Es handelt sich um ein erfolgreiches Angebot für die Unter- und Mittelstufen: Die Nachfrage übersteigt die Anzahl Klassen, die aufgenommen werden können. Das breite Angebot ist auch bei den Lehrpersonen sehr beliebt, da zusätzlich zum Grünen Klassenzimmer Werkstätten angeboten werden, die ins Unterrichtsprogramm aufgenommen werden können. 2009 erhielt das Angebot den Förderpreis des Verbandes der Lehrerinnen- und Lehrer (LEBE). Der Erfolg ist also nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ fundiert. Wir meinen, eine moderate Aufstockung des Angebots ist überfällig. Wir haben bereits einen Vorstoss eingereicht, den der Stadtrat angenommen hat. Wir bitten Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Stefan Jordi (SP): Am Antrag 79 können wir erkennen, wie es aussähe, wenn die SVPplus die Finanzen der Stadt Bern übernehmen würde, wie sie heute Nachmittag vorschlug. 2011 wurde bereits im Budget aufgeführt, dass die Pflanzenschau im Rahmen der Sanierung der Ge-

wächshäuser geschlossen werden muss, die Umsetzung dieser Massnahme war für 2013 terminiert. Die SVP hat sich dazumal nicht zu dieser Massnahme geäussert. Dies ändert nun plötzlich, nachdem ein Offener Brief versandt worden ist. Bestimmt ist es schwierig, wenn eine bei einem gewissen Teil der Bevölkerung beliebte Einrichtung aufgehoben werden muss. Haushaltverbesserungsmassnahmen sind aber generell nicht sehr beliebt. Das Kakteen- und Sukkulentenhaus ist für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe von Interesse. Es bieten sich andere Möglichkeiten, solche Pflanzen zu besichtigen, beispielsweise im Botanischen Garten. Die Orchideenschauen werden weiterhin durchgeführt. Die Mehrheit der Besucherinnen und Besucher nutzen nur die Parkanlage in der Elfenau. Um stringent zu handeln, müssen wir der konsequenten Umsetzung dieser angekündigten Massnahme zustimmen. Es geht um eine vertretbare Haushaltsverbesserungsmassnahme, selbst wenn eine bestimmte Gruppe sie nicht befürwortet.
Den Antrag GB/JA! zum Grünen Klassenzimmer unterstützen wir. Es ist wichtig, den Stadtkindern direkten Kontakt mit der Natur zu ermöglichen. Das Angebot reicht von der Garten- bis zur Eichhörnchen-Werkstatt. Wir begrüssen, wenn die Stadt Bern dieses Angebot pflegt und noch erweitert.

Peter Künzler (GFL): Den bei der Beratung des Vorstosses zu den Kakteenschauhäusern von Regula Rytz abgegebenen Erklärungen ist nichts hinzuzufügen. Sie hat die Fakten in Bezug auf Fristen und die heutigen Regelungen klar dargelegt und überzeugend aufgezeigt, dass man sich im Rahmen der Budgetmöglichkeiten um die Sache kümmert. Ich füge folgenden Punkt an: Wir erkundigten uns, woher die Unterschriften zur Petition stammen und es zeigte sich, zwei Drittel der Unterschriften sind von ausserhalb der Stadt. Diese Art von Regionalpolitik schätzen wir nicht. Die Schauhäuser befinden sich nahe der Gemeindegrenze zu einer der eher vermögenden Gemeinden im Kanton Bern. Abgestützt auf die Unterschriftenlisten handelt es sich bei rund zwei Dritteln der Leute, die von der Schau profitieren, um Personen, die in der Stadt Bern keine Steuern bezahlen, jedoch keine Hemmungen zeigen, gegenüber der Stadt die hohle Hand auszustrecken. Wir würden im Minimum erwarten, dass in einer Gemeinde wie Muri und im gehobenen Elfenauquartier finanzielle Mittel gesammelt würden oder eine Stiftung eingerichtet worden wären, die einen grossen Teil der Kosten tragen könnte. Aber nichts dergleichen ist geschehen. Man hat sich auf die billige Variante verlegt, auf die Tränendrüse zu drücken und im Nachhinein und zu spät bei uns mit dem Klingelbeutel vorbeizukommen. In dieser Weise geht ausgerechnet der Freisinn vor, der sonst alle erdenklichen Probleme mittels Privatinitiativen lösen will, ja sogar eine private Polizei einführen möchte. Wir bitten Sie, den Antrag abzulehnen.

Judith Renner-Bach (BDP): Wir werden den Antrag zum Grünen Klassenzimmer ablehnen, weil wir damit aufhören müssen, laufende Projekte ohne Evaluation auszuweiten und in Providurien zu überführen. Man könnte überlegen, andere Projekte zu stoppen, um die Mittel umzuverteilen, dabei denke ich vor allem an das Ökomobil, dessen Nutzen ich bezweifle. Es liessen sich noch andere, dahindümpelnde Projekte finden, die zugunsten von Projekten wie dem Grünen Klassenzimmer endlich entsorgt werden könnten.

Luzius Theiler (GPB-DA): Bei der Erhaltung der Gewächshäuser handelt es sich um ein Anliegen, das im Quartier breit unterstützt wird. Es geht wirklich nicht um einen Vorstoss von FDP und SVPplus. Ich habe an der Versammlung der IG Elfenau teilgenommen, bei der die Leute entsetzt auf das drohende Verschwinden der Gewächshäuser reagierten. Es ist ein Verhältnisblödsinn, wenn man sieht, wie das Geld andernorts locker ausgegeben wird. Wie viele Bärenparkbesucherinnen und -besucher gehören denn zur Stadtberner Bevölkerung? Trotzdem baut man eine solche Anlage, obwohl diese, nach dem Weggang der Jungtiere,

immer mehr zur baulichen Belastung wird und kaum Nutzen entfaltet. Ich bin ebenfalls der Ansicht, dass die Gemeinde Muri die in Fussdistanz gelegene Anlage grosszügig unterstützen könnte. Aber belehren kann man sie nicht, Muri achtet eben lieber auf den Steuersatz. Jedoch darf man auch nicht meinen, alles, was in der Nähe von Muri liegt, solle entfernt werden. Es geht um ein legitimes Anliegen seitens der Bevölkerung. Die Gewächshäuser tragen zur Attraktivität der Elfenau bei. Im Sommer wird daneben ein kleines Café betrieben, dessen Gäste die Kakteen- und Orchideenschauhäuser gerne besuchen. Bitte streichen Sie nicht aufgrund kurzsichtiger Sparüberlegungen eine mit viel Energie und Idealismus aufgebaute Sache. Es trifft zu, man hätte vor einem Jahr schon aufmerken sollen, aber bei einem intransparenten PGB kann es vorkommen, dass man etwas verpasst und spät reagiert. Dies stellt aber auch keinen Grund dar, die Schauhäuser zu schliessen.

Roland Jakob (SVP): Mir missfällt das Argument, dass zwei Drittel der Besucherinnen und Besucher Auswärtige seien. Zum Glück kommen alle Besucherinnen und Besucher des Stadttheaters aus Bern. Auch das zu Weihnachten geplante Lichtspiel werden nur die Stadtbernerinnen und Stadtberner sehen und die 180'000 Franken, die wir investieren, kommen so ausschliesslich der Berner Bevölkerung zugute. Genauso wie die x Millionen Franken, die wir in die Kultur stecken, die ja nur für die Bevölkerung von Bern unterhalten wird. Peter Künzlers Argument ist ein eher schlechter Witz. Es geht hier darum, ein Angebot zu retten, das allen zugutekommt. Bitte unterstützen Sie die dahinterstehenden Vereinigungen. Verglichen mit anderen Ausgaben handelt es sich bei diesen 110'000 Franken um einen Pappenstiel.

Alexander Feuz (FDP): Ich präzisiere, dass der Vorstoss nicht von den Fraktionen FDP und SVPplus getragen wird, sondern von Roland Jakob und mir als Privatpersonen. Meine Einstellung weicht hier von der Mehrheitsmeinung meiner Fraktion ab, so werde ich auch dem Grünen Klassenzimmer zustimmen. Solch nachhaltige Projekte unterstütze ich gerne, ganz im Gegensatz zu den autofreien Sonntagen. Ich stelle folgenden **Eventualantrag**: Ich beantrage, die Erhöhung auf 40'000 Franken zu reduzieren. Dieses Geld soll dem Erhalt des Kakteenhauses zukommen. Bitte respektieren Sie das Engagement der Leute, die sich dieser Sache widmen. Bitte entscheiden Sie sich, wenigstens die Kakteen zu erhalten, im Sinne eines Kompromisses. Ich hätte es begrüsst, wenn der Widerstand früher erfolgt wäre. Aber meine Bemühungen, die Burgergemeinde Bern oder die Gemeinde Muri einzubinden, haben gezeigt, dass solche Dinge sehr viel Zeit brauchen. Bitte räumen Sie den Kakteenfreunden die nötige Zeit ein. Wir können nächstes Jahr nochmals über die Schliessung diskutieren, falls bis dahin keine Drittmittel aufzutreiben sind. Bitte unterstützen Sie diesen Eventualantrag, für die Elfenau und für die Kakteen.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Ich schliesse mich meinen Vorrednern an. Der Argumentation von Peter Künzler zufolge soll die Stadt diese Anlage nicht mehr finanzieren, weil die Mehrheit der Leute, die sich an der Anlage erfreuen, nicht aus der Stadt stammt. Demzufolge können wir ebenso gut die Reithalle schliessen, denn mehr als die Hälfte der Besucherinnen und Besucher der Reitschule stammen wahrscheinlich auch nicht aus der Stadt Bern.

Eventualantrag Alexander Feuz, mündlich gestellt:

S. 427 Verkehrsplanung (580100)	Alexander Feuz (FDP, Die Liberalen)	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 40'000 auf 773'835.50

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 77 ab (22 Ja, 35 Nein, 10 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 071*

2. Der Stadtrat lehnt den Eventualantrag ab (27 Ja, 33 Nein, 7 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 072*
3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 78 zu (39 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 073*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-22:26 - 071
Ja-Stimmen: 22 Nein-Stimmen: 35 Enthaltungen: 10 Abwesend: 12 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Dana, Eicher, Erni, Feuz, Fischer C, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Oester, Pauli, Rüegsegger, Theiler, Vollmer, Wasserfallen, Weder, Zbinden, Zimmerli
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Blaser, Chheng, Elsener, Espinoza, Friedli, Gasser, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Pinto, Renner-Bach, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, von Greyerz, Widmer
Der Stimme enthalten sich: Fischer R, Göttin, Penher, Ruch, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Trachsel, Trede
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Jost, Kohli, Krebs, Leibundgut, Mordini, Rub, Sancar, Stürmer, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-22:26 - 072
Ja-Stimmen: 27 Nein-Stimmen: 33 Enthaltungen: 7 Abwesend: 12 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Fischer C, Fischer R, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Krebs, Mäder, Meyer, Neeracher, Oester, Pauli, Rüegsegger, Schneider, Theiler, Trede, Wasserfallen, Weder, Zbinden, Zimmerli
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Chheng, Elsener, Espinoza, Friedli, Gasser, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mathieu, Michel, Pinto, Renner-Bach, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Trachsel, von Greyerz, Widmer
Der Stimme enthalten sich: Battagliero, Bill, Göttin, Penher, Ruch, Schmidt, Stüssi
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Jost, Kohli, Leibundgut, Mordini, Rub, Sancar, Stürmer, Vollmer, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-22:27 - 073
Ja-Stimmen: 39 Nein-Stimmen: 28 Enthaltungen: 1 Abwesend: 11 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Battagliero, Bill, Blaser, Chheng, Feuz, Fischer R, Gasser, Glauser, Göttin, Hächler, Imhof, Jaisli, Jakob, Jordi, Keller, Krebs, Kusano, Lehmann, Mathieu, Meyer, Michel, Neeracher, Oester, Pauli, Penher, Pinto, Ruch, Rüegsegger, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trede, Vollmer, von Greyerz, Weder, Zbinden
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hirsbrunner, Imthurn, Klauser, Köpfli, Künzler, Lanfranchi, Lutz-Beck, Mäder, Renner-Bach, Schmidt, Trachsel, Wasserfallen, Widmer, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich: Schneider
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Jost, Kohli, Leibundgut, Mordini, Rub, Sancar, Stürmer, Wertli

TVS: Verkehrsplanung

79.	S. 444 Verkehrsplanung (580100)	SVPplus	Kürzung der Nettokosten um Fr. 1‘250‘000 auf Fr. 2‘939‘160.54 zulasten P580140 Förderung Fuss- und Veloverkehr[60]

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Antrag 79 ab (10 Ja, 56 Nein). *Abst.-Nr. 074*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-22:27 - 074
Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 56 Enthaltungen: 0 Abwesend: 13 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Glauser, Hirsbrunner, Jaisli, Jakob, Meyer, Neeracher, Pauli, Rüegsegger, Wasserfallen
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Dana, Eicher, Elsener, Erni, Espinoza, Feuz, Fischer C, Fischer R, Friedli, Gafner Wasem, Gasser, Göttin, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hächler, Imhof, Imthurn, Jordi, Jost, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Schmidt, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Trede, von Greyerz, Weder, Widmer, Zbinden, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Leibundgut, Lutz-Beck, Mäder, Mordini, Rub, Sancar, Stürmer, Vollmer, Wertli

Direktion für Finanzen, Personal und Informatik

FSU-Referent *Rudolf Friedli*: Die FSU stellt zur Direktion FPI keine finanzrelevanten Anträge. Die Kommission stellt die Anträge 81 bis 84, bei denen es um KZ und SV geht. Bei den Anträgen 82 und 83 wollen wir mittels ergänzender KZ im Auge behalten, wie die Stadt mit Open Source Softwarelösungen (OSS) umgeht. Wir wollen sehen, ob die Stadt diesbezüglich genügend Offenheit zeigt und sich nicht zu sehr in die Abhängigkeit von einem einzigen System

[60] Entspricht der Streichung der gesamten Nettokosten von Fr. 1‘250‘000 des P580140. Solange die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs in erster Linie aus der Schikanierung des motorisierten Verkehrs besteht, ist darauf gänzlich zu verzichten.

begibt. Der Antrag 84 bezieht sich auf einen verbesserten Kostendeckungsgrad bei der Schul- und Büromaterialzentrale (SBZ). Der Chef dieser Stelle hat der FSU gegenüber eingeräumt, dass ein Kostendeckungsgrad von 95 Prozent problemlos zu erreichen sei. Es stellt sich die Frage, wieso im Budget nicht von Anfang an 95 Prozent vorgegeben werden.

FPI: Finanzverwaltung

80.	S. 468 Finanzverwaltung (610400)	GR	Kürzung der Bruttokosten P610430 Finanz- und Lastenausgleich um Fr. 2‘576‘154 (Disparitätenabbau) sowie Erhöhung der Bruttokosten P610430 (vertikaler Lastenausgleich Kanton) um Fr. 9‘237‘000 (EKS) bei gleichzeitiger Entnahme von Fr. 2‘000‘000 aus Rückstellung EKS und Einstellung eines Haushaltsverbesserungspakets in der Höhe von Fr. 7‘000‘000 als Korrekturfaktor/Erlös Finanz- und Lastenausgleich. **Ergebnis:** **Bruttokosten 63'359'194.70** **Erlöse: 72'253‘600** **Nettoerlös: 8'894'405.30.**

Mögliche Sparpotentiale zur Erreichung der Vorgaben zum Budgetausgleich 2013 mit einem 13. Haushaltsmassnahmenpaket in der Höhe von 7 Mio. Franken:

Art der Massnahmen	**2013**
Reduktion Personalkosten	Fr. 2 650 000.00
Verzicht Beiträge an Dritte	Fr. 635 000.00
Senkung Zinsaufwand	Fr. 760 000.00
Zwischentotal Einsparungen (Anteil 55 %)	**Fr. 4 045 000.00**
Mehrertrag Dividenden	Fr. 1 640 000.00
Erhöhung/Teuerungsanpassung Gebühren	Fr. 1 000 000.00
Auflösung nicht mehr gebundene Rückstellungen	Fr. 500 000.00
Rückerstattung Kanton	Fr. 175 000.00
Zwischentotal Mehrertrag (Anteil 45 %)	**Fr. 3 315 000.00**
Total Massnahmen	**Fr. 7 360 000.00**

Bernhard Eicher (FDP) für die FDP-Fraktion: Der Gemeinderatsantrag 80 fordert, sieben Millionen Franken für Einsparungen einzustellen, die im Laufe des nächsten Jahres folgen. Unsere Fraktion nimmt dazu folgende Haltung ein: Einerseits bewerten wir die Bemühungen um ein ausgeglichenes Budget als vorbildlich, andererseits finden wir es relativ ungünstig, der Bevölkerung ein Budget vorzulegen, das angeblich ausgeglichen erscheint. Wir werden den Antrag 80 ablehnen, weil es ehrlicher ist, der Bevölkerung ein Budget vorzulegen, das einen Minusbetrag von sieben Millionen Franken ausweist. Wir machen den Fraktionen, die den vorliegenden Antrag ablehnen, aber dennoch sparen wollen, das Angebot, mit uns gemeinsam eine Motion einzureichen, mit dem nachträglichen Auftrag an den Gemeinderat, sieben Millionen Franken einzusparen. So erfüllen wir den Sparauftrag, der allen Fraktionen am Herzen liegt, und weisen gleichzeitig gegenüber den Stimmberechtigten transparent aus, dass wir zum aktuellen Zeitpunkt über kein ausgeglichenes Budget verfügen.

Daniel Klauser (GLP) für die GLP-Fraktion: Um das Bild der Feuerwehr nochmals zu bemühen: Die von der FDP vorgeschlagene, sonderbare Vorgehensweise erinnert an jemanden,

der heute sein Haus anzündet, aber erst eine Woche später die Feuerwehr ruft. Mit Annahme des vorliegenden Antrags entsteht der verbindliche Auftrag an den Gemeinderat, den Betrag von sieben Millionen Franken im Budget einzustellen. Der Gemeinderat muss dieses Sparpaket später dem Stadtrat vorlegen, der dann die Möglichkeit hat, sich dazu zu äussern. Heute kaufen wir gewissermassen die Katze im Sack. Bei der Vorlage des Sparpakets wird sich uns die Möglichkeit noch bieten, die Sache genau zu betrachten und nötigenfalls Anpassungen vorzunehmen. Sollte der Stadtrat ein Sparpaket über einen geringeren Betrag festlegen, müsste der Gemeinderat weitere Vorschläge ausarbeiten, bis der Auftrag erfüllt wäre und die Einsparungen dem Betrag im Budget entsprechen. Ein Fehlbetrag im Budget verpflichtet automatisch zu einem Nachkredit. Der Vorschlag der FDP scheint absurd. Wir haben heute Abend die Möglichkeit, den Sparbetrag im Rahmen des Budgets vorzugeben. Es macht keinen Sinn, dies mittels einer demnächst einzureichenden Motion, die dem Gemeinderat zur Beantwortung eine Frist von sechs Monaten einräumt und weitere Verzögerungen bringt, einzufordern. Die im Antrag aufgeführten Sparpotenziale sind für einige zu allgemein formuliert. Ich denke, man kann vom Gemeinderat nicht verlangen, innert kürzester Zeit spezifische Vorschläge auszuarbeiten. Als wichtigen Aspekt wiederhole ich die Aussage aus dem Eintretensvotum der Direktorin FPI, es werde sich um ein ausgewogenes Sparpaket handeln und bei der vorgesehenen Reduktion der Personalkosten gehe es nicht um Entlassungen, sondern um sozialverträgliche Massnahmen. Barbara Hayoz stellt in Aussicht, dass durchaus Möglichkeiten bestehen, um dieser Zielsetzung zu entsprechen. Überdies können die Abstimmungen vom kommenden Wochenende an der einen oder anderen Stelle Hilfe bieten. Aber es bleibt ein Geknorze, das wir auf uns nehmen müssen, um der Bevölkerung ein ausgewogenes Budget zu unterbreiten, dazu müssen wir uns diesen Sparauftrag auferlegen, den der neu gewählte Stadtrat im nächsten Jahr als Ziel im Auge behalten muss. Bitte stimmen Sie dem Antrag 80 zu.

Roland Jakob (SVP) für die Fraktion SVPplus: Unsere Fraktion kann dem Antrag in bestehender Form nicht zustimmen, weil er eine Gebührenerhöhung enthält. Was tut man bei einem Defizit? Da man die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht durch eine Steuererhöhung belasten kann, werden die Gebühren erhöht. Diese Vorgehensweise ist nicht korrekt gegenüber der Bevölkerung. Wenn es mit dem Budget schräg läuft, liegt der Fehler einzig beim Gemeinderat. Es wird eine Reduktion bei den Personalkosten angegeben, wobei die geschilderten Massnahmen niemals die erforderlichen Auswirkungen zeigen werden, deshalb handelt es sich hierbei um eine reine Alibiübung. Am Ende steckt nicht eine Katze im Sack, sondern eine bissige Ratte. Der Gemeinderat sollte besser mit korrekten, kompetenten und klaren Vorstellungen aufwarten, die wir noch ausformen können, bevor wir zustimmen. Zur hier präsentierten Form ist keine Zustimmung möglich. Wir wollen weder Gebührenerhöhungen in Kauf nehmen, noch auf irgendwelche Rückerstattungen des Kantons, die wir hoffentlich erhalten, oder auf Dividenden, von wer weiss woher, warten. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind bestenfalls Annahmen ohne faktische Grundlage, damit können wir nicht arbeiten. Wenn das Budget nicht ausgeglichen ist, muss man ehrlich sein. Wir hatten heute schon einen Antrag, der das Budget 2012 belastet, dieser wäre auch auf das Budget 2013 zu nehmen, so würde das Budget 2013 am Ende ehrlicherweise einen Betrag in roten Zahlen ausweisen. Weil der Gemeinderat nicht ehrlich vorgeht, lehnen wir den Antrag ab.

Luzius Theiler (GPB-DA): So läuft die Sache nicht. Gemäss kantonalem Recht bestehen klare Vorgaben, wie ein Budget aussehen muss. Ein Budget muss vollständig, klar und detailliert sein. Man kann nicht einfach eine Lücke ins Budget einsetzen, damit man dem Volk ein ausgeglichenes Budget vorlegen kann. Es geht nicht nur um unser Entscheidungsrecht, sondern auch um das Anrecht der Stimmbevölkerung, über ein vollständiges Budget abzustimmen.

Dies gilt auch bei nach Methoden des New Public Management (NPM) erstellten Budgets, wo zwar nicht alle einzelnen Kontostellen erfasst werden müssen, aber alle Produktegruppen vollständig aufzuführen sind. Nach meiner Auffassung widerspricht der Antrag 80 den kantonalen Rechtsvorgaben. Es bleiben zwei Möglichkeiten: Entweder unterbrechen wir die Budgetdebatte und warten ab, ob die Finanzdirektion und der Gemeinderat fähig sind, nach den Herbstferien konkrete Vorschläge vorzubringen, damit wir darüber entscheiden können, und das Budget noch zur Herbstabstimmung gelangen kann, oder wir legen der Bevölkerung ein Budget mit einem Defizit von sieben Millionen Franken vor. Ich **beantrage**, nach der ersten Variante vorzugehen. Dies wäre kein Drama, sondern eine ehrliche Vorgehensweise. Aber eine dritte Möglichkeit, wie sie der Antrag 80 vorsieht, existiert nicht. Nach kantonalem Finanzrecht gibt es die Katze im Sack nicht.

Annette Lehmann (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir haben Barbara Hayoz genau zugehört und haben zur Kenntnis genommen, dass die Reduktion bei den Personalkosten ohne Entlassungen erfolgen soll. Wir erwarten, dass die Sparmassnahmen mit den Sozialpartnern abgesprochen werden. Wir werden das ganze Sparpaket detailliert prüfen. Wir erachten es nach wie vor als Option, einen Anteil dem Eigenkapital zu entnehmen. Wir werden dem Antrag zähneknirschend zustimmen. Diese Zustimmung betrifft nicht die einzelnen Massnahmen, denn dazu hoffen wir im Februar erst mehr zu erfahren.

Esther Oester (GB) für die Fraktion GB/JA!: Es wird kritisiert, dass auf Vorrat gespart werden soll, indem dem Gemeinderat sieben Millionen als Carte Blanche überlassen werden. Wir haben einige wenige Informationen darüber erhalten, was sich im Sack befindet. Es sind sowohl Massnahmen auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite vorgesehen. Dieser Lösungsweg führt in die richtige Richtung. Im Februar können wir die Massnahmen im Detail betrachten. Mit im Sack befindet sich allerdings eine Kröte. Wir werden diese Kröte zwar nicht schlucken müssen, aber wir müssen ihr ins Auge schauen. Ich spreche von den Personalmassnahmen, die uns grosse Sorgen bereiten. Für uns ist wichtig, dass es nicht zu Entlassungen kommt. Aber auch der schöne Begriff „Fluktuationsgewinne mitnehmen“, den wir von Barbara Hayoz vernommen haben, geht auf Kosten des Personals. Wir werden diese Massnahmen kritisch begleiten. Nach eingehender Betrachtung hat unsere Fraktion entschieden, den Antrag 80 anzunehmen.

Kurt Hirsbrunner (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Ich schliesse an mein Eingangsvotum an und wiederhole die Bemerkung, dass es sich um ein geschöntes Budget handelt, das eine schwarze Null vorgaukelt, aber eigentlich ein Defizit von sieben Millionen Franken aufweist. Der Gemeinderat unterbreitet uns einen Vorschlag. Wir können nicht vier bis acht Monate auf eine Motionsantwort warten, um darüber befinden zu können. Wir nehmen den Gemeinderat beim Wort und denken, dass er einen ausgewogenen Sparvorschlag vorlegen wird. Er soll nachweisen, wie die Reduktion bei den Personalkosten erreicht werden soll. Anschliessend werden wir darüber befinden und entscheiden, ob wir einverstanden sind. Unsere Fraktion stimmt dem Antrag 80 zu.

Rudolf Friedli (SVP): Falls wir dem Vorschlag des Gemeinderates folgen, würden wir zwar ein wirklich schönes Budget verabschieden, aber zugleich alle Probleme auf den Februar vertagen. Wir wären damit vertröstet, dass der Gemeinderat einen Vorschlag unterbreiten wird, dem wir zustimmen können oder nicht. Wir beschliessen hier wirklich über die Katze im Sack. Wie sollen wir dies unserer Partei erklären? – Etwa: Hier steht zwar eine Null, eigentlich steckt jedoch ein Defizit von sieben Millionen Franken dahinter, aber dieses wird nicht ausgewiesen, weil dies ein unschönes Bild ergäbe, weshalb wir uns entschieden haben, unehrli-

che Politik zu machen. Wir versprechen aber, im nächsten Jahr zu sparen. – Nein, so geht das nicht: Vielmehr muss man zu diesem Defizit stehen und im nächsten Jahr kann man sich umso mehr anstrengen, um die Rechnung 2013 zu verbessern. Wenn dieses Defizit im Budget ausgewiesen wird, können wir dennoch im Februar über die vom Gemeinderat in Aussicht gestellten und konkretisierten Sparanträge befinden. Wenn wir den Sparvorschlägen diszipliniert folgen, kommt es am Ende gar zur erfreulichen Situation, dass wir trotz des defizitären Budgets eine ausgeglichene Rechnung vorweisen können. Diese Vorgehensweise wäre ehrlicher als jedes andere Geknorze, das angestrengt werden soll, damit unsere Regierung sich einmal mehr damit brüsten kann, ein ausgeglichenes Budget vorzuweisen.

Bernhard Eicher (JF): Den Einwänden von Daniel Klauser begegne ich mit der Frage, was geschehen soll, wenn das Parlament das Sparpaket ablehnt. In diesem Fall hätten wir der Bevölkerung ein ausgeglichenes Budget versprochen, könnten dies aber nicht einlösen. So führt man die Stimmberechtigten an der Nase herum. Von Annette Lehmann konnten wir dahingehende Zwischentöne vernehmen: Hier steht zwar, dass sieben Millionen eingespart werden, aber die Fraktion SP/JUSO hat transparent dargelegt, dass sie sich vorstellen kann, einen Teil aus dem Eigenkapital zu entnehmen, was bedeutet, dass schliesslich keine sieben Millionen Franken eingespart werden. Ausserdem frage ich mich, ob Mehrertrag bei Dividenden oder Erhöhung von Gebühren als Sparmassnahmen zu bezeichnen sind. Wir hörten bereits, dass zur Reduktion der Personalkosten Bedingungen gestellt werden. Auch andere Punkte wurden hinterfragt. Bei genauer Betrachtung muss dieses Parlament ehrlicherweise feststellen, dass wir uns schwerlich einigen werden, wenn kein Druck besteht. Dieser Druck entfällt, sobald das Budget an der Bevölkerung vorbeigemogelt wird. Es wäre im Sinne der Transparenz, der Bevölkerung zu kommunizieren, dass ein Minus von sieben Millionen Franken besteht. Wir können in einem zweiten Schritt versuchen, uns bezüglich der notwendigen Sparmassnahmen zu einigen. Für mich steht fest, dass wir unter den falschen Prämissen nicht zu einer Einigung über das Sparpaket gelangen, vielmehr ist zu befürchten, dass es unter vielen Argumenten in einzelne Bestandteile zerlegt würde.

Michael Köpfli (GLP): Auf den ersten Blick erscheint es als angenehme Lösung, den Antrag 80 abzulehnen, um Transparenz zu schaffen, indem wir ein Defizit ausweisen. Aber dies trifft nur auf den ersten Blick zu, denn falls wir den Antrag ablehnen, wird für das nächste Jahr zwar ein Defizit budgetiert, welches aber bequem mit dem Eigenkapital verrechnet werden kann. In Anbetracht dahinzielender Voten, erscheint diese Gefahr relativ gross. Anders verhält es sich, wenn die Sparmassnahmen ins Budget aufgenommen werden, denn dadurch handelt es sich um einen verbindlichen Auftrag. Falls der Stadtrat das vorgelegte Sparpaket ganz oder teilweise ablehnen sollte, muss der Gemeinderat einen neuen Vorschlag unterbreiten, denn der Auftrag bleibt über das ganze Jahr bestehen. Dieses Vorgehen zeigt deutlich stärkere Wirkungen als eine Motion, die dem Gemeinderat eine sechsmonatige Frist zur Beantwortung und ein weiteres Jahr Frist zur Umsetzung einräumt. Deshalb ist es wichtig, dass Sie dem Antrag zustimmen. Obwohl inzwischen ein bisschen Licht in die Black Box gelangt ist, bleibt das Sparpaket wenig konkret. Es steht fest, dass die aufgelisteten Sparpotenziale Möglichkeiten aufzeigen, die aber nicht feste Bestandteile des Antrags 80 bilden. Im nächsten Jahr werden wir bestimmt Hand bieten, ein Sparpaket umzusetzen. Wir werden alle Fraktionen in die Pflicht nehmen, die heute dem Sparpaket zustimmen. Falls Sie mit den Sparmassnahmen, die der Gemeinderat vorschlagen wird, nicht einverstanden sind, erwarten wir, dass Sie eigene Sparvorschläge einbringen, damit wir den im Budget enthaltenen Auftrag erfüllen können, denn dadurch erfüllen wir auch das Versprechen, das wir dem Stimmvolk abgeben, wenn wir dem Budget unter dieser Prämisse zustimmen. Daran werden wir Sie erinnern.

Um Transparenz zu schaffen, ist das Budget nicht der richtige Ort, vielmehr muss die Abstimmungsbotschaft entsprechend angepasst werden. Es darf dort nicht heissen, das Budget 2013 sei erneut ausgeglichen, sondern es muss deutlich gesagt werden, dass das PGB 2013 nur ausgeglichen scheint, weil für 7,36 Millionen Franken Haushaltverbesserungsmassnahmen eingeplant sind und das Budget ansonsten ein Defizit von mehr als sieben Millionen Franken ausweisen würde. So schafft man Transparenz auf der ersten Seite der Botschaft, während der Spardruck auf die Regierung aufrechterhalten bleibt. Wir wollen unbedingt, dass die Sparmassnahmen ins Budget aufgenommen werden. Für die nächste Sitzung muss die Abstimmungsbotschaft massiv angepasst werden, unsere heutigen Beschlüsse müssen transparent dargelegt werden. Die Stimmberechtigten müssen wissen, dass es sich nicht um ein ausgeglichenes Budget handelt, sondern um ein Budget, das unter der Voraussetzung ausgeglichen werden kann, dass wir unsere Versprechungen nächstes Jahr einhalten.

Rolf Zbinden (PdA): Ich habe eingangs der Budgetdebatte darauf hingewiesen, dass in diesem Budget gewisse Punkte stecken, die das Potenzial in sich tragen, das PGB 2013 implodieren zu lassen. Ein grosser Knackpunkt liegt genau hier. Ich weiss nicht, welche Überlegungen die Befürworterinnen und Befürworter des Antrags 80 anstellen, denn sie riskieren damit, das Budget in den Sand zu setzen. Nicht hier und heute, aber bei der Volksabstimmung. Mittels der kosmetischen Operationen, die mein Vorredner beschrieben hat, wird man das Volk nicht beruhigen. Wenn Sie die vorgeschlagenen Massnahmen genau betrachten, werden Sie erkennen, dass Sie damit ins Sandwich geraten: Wer wird einer Reduktion der Personalkosten zustimmen, wo wird sich dagegen Widerstand erheben? Andererseits wird garantiert eine Opposition gegen die Erhöhung der Gebühren entstehen. Vor einer Volksabstimmung ist dies die dümmste Zweifrontenlösung, die man sich vorstellen kann. Wenn Sie es denn schaffen, dass das Budget in der Volksabstimmung Schiffbruch erleidet, stecken wir mitten im schönsten Schlamassel. Der Antrag von Luzius Theiler bietet zum gegenwärtigen Zeitpunkt die einzig vernünftige Lösung, weil die Möglichkeiten, die er aufzeigt, ehrlich, transparent und für alle verständlich sind.

Roland Jakob (SVP): Wie mein Vorredner richtig feststellt, wird sich die Situation im Februar so darstellen, dass eine Seite nicht beim Personal sparen will, während die andere Seite eine Gebührenerhöhung ablehnen wird. Der Gemeinderat wird danach seine guten Absichten bekunden und vorbringen, leider sei er am Stadtrat gescheitert. In der aktuellen Abstimmungsbotschaft schreibt der Gemeinderat bereits, der Stadtrat habe abgelehnt, Massnahmen zu treffen. Der Gemeinderat hat also vor, dem Stadtrat die Schuld zuzuschieben. Hier steht aber definitiv der Gemeinderat in der Pflicht. Er muss seine Pflichten erfüllen oder dafür geradestehen, dass er ein Budget mit roten Zahlen ausweist. Ein defizitäres Budget ist ehrlich, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden entscheiden, was damit geschieht. Alles andere stellt eine Farce dar und kommt einer Hintergehung der Stimmbevölkerung und des Stadtrates gleich, der diesbezüglich Rede und Antwort stehen muss. Ein Antrag wie der hier vorgeschlagene ist eines Gemeinderates nicht würdig, ebenso sind es auch die Äusserungen in der Abstimmungsbotschaft nicht. Die Fraktion SVPplus wird weder dem Antrag 80 noch dem Budget, wie es in der Beratung aufgestellt worden ist, die Zustimmung erteilen. So geht es nicht. Wir werden alles dafür tun, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger offen und transparent informiert werden, damit sie entscheiden können, ob sie diesem Budget zustimmen. Es ist klar, dass der Rat im Februar zu Ungunsten der Stimmbevölkerung entscheiden wird.

Die Präsidentin *Ursula Marti*: Nun folgt das Votum der Finanzdirektorin, das zugleich das Schlussvotum ist, weil keine weiteren finanzrelevanten Anträge vorliegen.

Direktorin FPI *Barbara Hayoz*: Ich versuche, die gegen Ende der Budgetdebatte aufgeflackerten Emotionen zu beruhigen, indem ich sachlich begründe, warum wir Ihnen empfehlen, dem Antrag 80 zuzustimmen. Es mutet seltsam an, wenn mittels Motion gefordert werden soll, was der Gemeinderat bereits freiwillig vorlegt. Dies liegt nicht im Sinne der Ratseffizienz. Wir schlagen Ihnen vor, sieben Millionen Franken zu sparen. Da müssen meine Parteikolleginnen und -kollegen nicht eine Motion einreichen, sondern einzig dem vorliegenden Antrag zustimmen. Die Haushaltsverbesserungsmassnahmen betreffen die Ausgaben- sowie die Einnahmenseite, von zu Tode sparen kann keine Rede sein. Der Begriff Haushaltsverbesserungsmassnahmenpaket betrifft Aufwands- und Ertragsseite, wir werden mittels verschiedener Massnahmen sparen und zugleich Einnahmen generieren. Zu diesem Zweck werden wir Ihnen im Februar ein ausgewogenes Paket vorlegen.
Auch wenn Luzius Theiler dies bestreitet, läuft alles korrekt: Der Stadtrat korrigiert das Budget über einen Faktor von 0,07 Prozent. Der Kanton stellt in seinem Budget 123 Mio. Franken ein, was einem Faktor von 1,2 entspricht, ohne nähere Angaben, wo er dieses Geld einzusparen gedenkt. Der Gemeinderat hat seine Hausaufgaben gemacht. Sie haben im Prinzip recht, Sie kaufen heute die Katze im Sack. Sie erhalten aber immerhin die verbindliche Zusage des Gemeinderates, dass er bereit ist, sieben Millionen Franken einzusparen. Wir wiederholen diese verbindliche Aussage auch in der Abstimmungsbotschaft zuhanden der Stimmberechtigten. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zur Vorgehensweise des Kantons, der ohne nähere Angaben 123 Mio. Franken einspart. Wir verstossen wohl kaum gegen übergeordnetes Recht, wenn wir unter Angabe möglicher Sparpotenziale sieben Millionen Franken einsparen. Rudolf Friedli, der Mühe bekundet, dies seiner Partei zu erklären, versichere ich, dass Gemeinderat und Parlament wirklich sparen wollen. Wir befinden uns momentan noch im negativen Budgetbereich, aber im Februar 2013 werden wir konkrete Verbesserungsmassnahmen vorlegen. Es wurde anerkannt, dass wir solche Massnahmen nicht heute einbringen können, weil dies unseriös wäre. Ich wiederhole, dass es im Personalbereich keine Entlassungen geben wird und nur sozialverträgliche, mit den Sozialpartnern abgesprochene Massnahmen zum Zuge kommen. Dass wir ein sehr gutes Verhältnis zu unseren Sozialpartnern pflegen, haben wir in der Vergangenheit bewiesen. Andererseits hat das Personal in der Vergangenheit oftmals mitgeholfen, das Budget im Lot zu halten. Wir können uns auf unser Personal verlassen. Wir gehen mit unserem Personal fair um. Weil sie unsere Interessen teilen, werden die Mitarbeitenden unsere Massnahmen unterstützen. Schliesslich sitzen wir alle im gleichen Boot. Der Gemeinderat wird die Verhandlungen mit den Sozialpartnern nicht in eigener Regie führen, sondern das Personal miteinbeziehen. So können wir Ihnen im Februar im Personalbereich ein Paket vorlegen, das von den Sozialpartnern mitgetragen wird. Sie werden im Februar 2013 über die konkreten Sparmassnahmen entscheiden. Mit der Zustimmung zum Antrag erteilen Sie uns heute den verbindlichen Auftrag, ein Sparpaket von sieben Millionen Franken vorzulegen. In der Stadt Bern herrscht eben die unmögliche Situation, dass wir im Frühling 2012 ein Budget verabschieden müssen, in dem wir angeben müssen, wie die Situation Ende des Jahres 2013 aussehen wird. Keine andere Gemeinde im Kanton Bern ist an solch unmögliche Fristen gebunden. Diese lange Frist macht es uns schwer mit dem Budget, das auch dem Volk vorgelegt werden muss.
Im Moment befinden wir uns auf Kurs. Unter Berücksichtigung der in der heutigen Beratung beschlossenen Anträge weisen wir eine Budgetverbesserung von 626'993,9 Franken aus. Damit ist das Sparpaket schon weniger als sieben Millionen schwer, dennoch werden wir Verbesserungsmassnahmen über diesen Betrag vorschlagen. Sie haben in der Budgetdebatte gezeigt, dass Sie den Ernst der Lage erkennen und bereit sind, beim Sparpaket Hand zu bieten. Ich bin zuversichtlich, dass meine Nachfolgerin oder mein Nachfolger auf das Parlament zählen kann. Wir werden für die nötige Transparenz sorgen. Wir haben die Argumente der heutigen Debatte angehört. Darunter war keine konkrete Angabe, was wo eingespart werden

soll. Wir haben aber die Erwartungen, die das Parlament an uns stellt, aufgenommen. Ich versichere Ihnen, dass wir den Auftrag sehr ernst nehmen. Ich bitte Sie, dem Gemeinderatsantrag zuzustimmen. Es geht nicht darum, dem Volk ein beschönigtes Budget vorzulegen, das Tatsachen verschleiert oder verheimlicht, vielmehr legen wir dem Volk ein Budget mit der klaren Aussage vor, dass wir aufgrund von ausserordentlichen Faktoren eine Lücke ausweisen, die wir aber noch füllen werden. Bestimmt teilt das Volk meine Überzeugung, dass Sie als gewählte Volksvertretung nach bestem Wissen und Gewissen im Februar über die erforderlichen Massnahmen beschliessen werden.

Robert Meyer (SD): Folgende Richtigstellung: Wir sprechen von sieben Millionen Franken bei einem Budget in Milliardenhöhe. Das Sparpaket umfasst also nicht 0,07 Prozent, wie die Finanzdirektorin angab, sondern 0,7 Prozent.

Ordnungsantrag *Luzius Theiler*, mündlich gestellt:
Falls der Antrag 80 angenommen wird, ist mit der Budgetberatung auszusetzen, bis die konkreten Vorschläge des Gemeinderates zum Budgetausgleich vorliegen.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 80 zu (39 Ja, 26 Nein, 4 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 075*
2. Der Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag Theiler ab (26 Ja, 42 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 076*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-23:01 - 075
Ja-Stimmen: 39 Nein-Stimmen: 26 Enthaltungen: 4 Abwesend: 10 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer C, Gasser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Oester, Renner-Bach, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Weder, Widmer
Nein gestimmt haben: Bill, Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Fischer R, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Jost, Meyer, Neeracher, Pauli, Rub, Ruch, Rüegsegger, Schmidt, Theiler, Wasserfallen, Zbinden, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich: Kusano, Michel, Penher, Pinto
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Leibundgut, Mathieu, Mordini, Sancar, Stürmer, Wertli

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-23:02 - 076
Ja-Stimmen: 26 Nein-Stimmen: 42 Enthaltungen: 2 Abwesend: 9 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Fischer R, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Imhof, Jaisli, Jakob, Jost, Meyer, Neeracher, Pauli, Rub, Ruch, Rüegsegger, Schmidt, Theiler, Wasserfallen, Weder, Zbinden, Zimmerli
Nein gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer C, Gasser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Jordi, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Trachsel, Trede, Vollmer, von Greyerz, Widmer
Der Stimme enthalten sich: Imthurn, Keller
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Leibundgut, Mordini, Sancar, Stürmer, Wertli

Die Präsidentin *Ursula Marti*: Wir behandeln noch die folgenden, nicht finanzrelevanten Anträge und werden anschliessend die Schlussabstimmung durchführen. Die Beratung zur Abstimmungsbotschaft wird auf die nächste Sitzung verschoben.

FPI: Informatikdienste

81.	S. 500 Informatikdienste (650100)	FSU	Einfügen einer neuen Kennzahl 3) Gesamtanzahl Kursteilnehmende über alle angebotenen Kurse.
82.	S. 501 Informatikdienste (650100)	FSU	Ergänzung der Kennzahl 8) Anzahl Serversysteme: a) Davon virtualisiert b) Davon quelloffene Betriebssysteme[61]

[61] Beispielsweise Linux, BSD.

83.	S. 501 Informatikdienste (650100)	FSU	Ergänzung der Kennzahl 11) Anzahl laufende Informatik Projekte: a) Davon OSS-Projekte b) Davon teilweise OSS-Projekte[62]

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 81 zu.
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 82 zu (44 Ja, 23 Nein). *Abst.-Nr. 078*
3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 83 zu (44 Ja, 23 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 079*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-23:04 - 078
Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: 23 Enthaltungen: 0 Abwesend: 12 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer R, Friedli, Gasser, Grosjean, Gubser, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mathieu, Meyer, Michel, Oester, Penher, Pinto, Ruch, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Weder, Zbinden
Nein gestimmt haben: Bartlome, Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Fischer C, Gafner Wasem, Glauser, Hirsbrunner, Imhof, Jaisli, Jakob, Jost, Mäder, Neeracher, Pauli, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Göttin, Grossi, Kohli, Leibundgut, Mordini, Sancar, Stürmer, Trede, Wertli, Widmer

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-23:05 - 079
Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: 23 Enthaltungen: 2 Abwesend: 10 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer R, Friedli, Gasser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Ruch, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Theiler, Trachsel, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Weder, Widmer, Zbinden
Nein gestimmt haben: Bartlome, Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Fischer C, Gafner Wasem, Glauser, Hirsbrunner, Imhof, Jaisli, Jakob, Jost, Mäder, Neeracher, Pauli, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich: Gubser, Meyer
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Leibundgut, Mordini, Sancar, Stürmer, Trede, Wertli

FPI: SBZ

84.	S. 510 SBZ (660300)	FSU	Änderung der Steuerungsvorgabe 1) Kostendeckungsgrad. **Soll 2013: 95%** [statt 93 %]

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag 84 zu.

Sonderrechnungen

85.	S. 543 Entsorgung und Recycling (870100)	GR	Schaffung einer neuen Kennzahl 11) Kosten Entsorgung Siedlungsabfall im öffentlichen Raum a) finanziert durch Steuerhaushalt b) finanziert durch Sonderrechnung[63]

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag 85 zu (48 Ja, 19 Nein). *Abst.-Nr. 080*

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-23:06 - 080
Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 19 Enthaltungen: 0 Abwesend: 12 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Ammann, Bahnan Büechi, Bartlome, Battagliero, Bill, Chheng, Elsener, Espinoza, Fischer C, Fischer R, Gasser, Göttin, Grosjean, Gutzwiller, Hächler, Hirsbrunner, Imthurn, Jordi, Keller, Klauser, Köpfli, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann,

[62] Beispielsweise Windowsserver, auf dem ein Apache-Webserver läuft.

[63] Schaffung steht im Zusammenhang mit BGE vom 21. Februar 2012 betreffend Rückerstattung Abfallgrundgebühren.

Lutz-Beck, Mäder, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Pinto, Renner-Bach, Ruch, Schneider, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Trachsel, Vollmer, von Greyerz, Wasserfallen, Weder, Widmer, Zbinden
Nein gestimmt haben: Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Imhof, Jaisli, Jakob, Jost, Meyer, Neeracher, Pauli, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich:
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Gubser, Kohli, Leibundgut, Mordini, Sancar, Stürmer, Theiler, Trede, Wertli

Michael Köpfli (GLP): Wir haben nicht zuletzt wegen der Beteuerungen von GB/JA! und SP/JUSO angenommen, dass Sie mitmachen wollen, das Sparpaket annehmen. Bei der Abstimmung enthielt sich die Fraktion GB/JA! mehrheitlich oder lehnte den Antrag 80 ab. Dies zeigt, dass Ihre Bekenntnisse nur leere Worte enthalten. Wir werden im nächsten Jahr trotzdem bei den Einsparungen mithelfen. Bei der Schlussabstimmung werden wir uns jedoch enthalten, weil es offensichtlich ist, dass der Stadtrat ein Sparpaket beschlossen hat, welches in gewissen Fraktionen trotz gegenteiliger Beteuerungen gar nicht mitgetragen wird.

Stéphanie Penher (GB): Da muss ich korrigieren: Unsere Fraktion stimmte mit 4 Ja, 2 Nein und 2 Enthaltungen. Die Mehrheit hat das Sparpaket angenommen.

Beschluss

1. Der Stadtrat bereinigt und genehmigt das Produktegruppen-Budget 2013 Ziffern 1 und 2 des Gemeinderatsantrags (31 Ja, 28 Nein, 10 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 081*
2. Er verschiebt die Beratung zur Abstimmungsbotschaft, Ziffer 3 des Gemeinderatsantrags auf die Sitzung vom 20. September 2012.

SRB Nr. 461 lautet

1. Der Stadtrat bereinigt und genehmigt das Produktegruppen-Budget 2013 mit den Globalkrediten pro Dienststelle, den übergeordneten Zielen und den Steuerungsvorgaben zu Handen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger (31 Ja, 28 Nein, 10 Enthaltungen).
2. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung mit den Produktegruppen-Budgets für das Jahr 2013, der bei Gegenüberstellung von Aufwendungen von Fr. 1 031 362 208.73 und Erträgen von Fr. 1 031 989 202.63 mit einem Überschuss von Fr. 626 993.90 schliesst, wird den Stimmberechtigten mit folgenden Festlegungen zur Annahme empfohlen:
   - die **Steueranlage** beläuft sich unverändert auf das **1,54-fache** der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze,
   - die **Liegenschaftssteuer** beträgt weiterhin **1,5 Promille** des amtlichen Werts,
   - die **Hundetaxe** je Hund und Jahr beträgt wie bisher **Fr. 100.00**, ab Inkraftsetzung des neuen Hundegesetzes Fr. 115.00.
3. Er verschiebt die Beratung zur Abstimmungsbotschaft auf die Sitzung vom 20. September 2012.

Abstimmungsnummer: 13.09.2012-23:08 - 081
Ja-Stimmen: 31 Nein-Stimmen: 28 Enthaltungen: 10 Abwesend: 10 Total: 79 (Präsidium stimmt nicht)
Ja gestimmt haben: Bahnan Büechi, Battagliero, Chheng, Elsener, Espinoza, Gasser, Göttin, Gutzwiller, Hächler, Jordi, Keller, Klauser, Krebs, Künzler, Kusano, Lanfranchi, Lehmann, Lutz-Beck, Mathieu, Michel, Oester, Penher, Schoch-Meyer, Schwarz, Sönmez, Stampfli, Stüssi, Trachsel, Vollmer, von Greyerz, Widmer
Nein gestimmt haben: Bartlome, Blaser, Dana, Eicher, Erni, Feuz, Fischer C, Friedli, Gafner Wasem, Glauser, Gubser, Hirsbrunner, Imhof, Jaisli, Jakob, Jost, Mäder, Meyer, Neeracher, Pauli, Renner-Bach, Rub, Rüegsegger, Schmidt, Schneider, Theiler, Wasserfallen, Zimmerli
Der Stimme enthalten sich: Ammann, Bill, Fischer R, Grosjean, Imthurn, Köpfli, Pinto, Ruch, Weder, Zbinden
Abwesend sind: Anliker-Mansour, Bietenhard, Grossi, Kohli, Leibundgut, Mordini, Sancar, Stürmer, Trede, Wertli

- Der Stadtrat verschiebt die Beratung zur Abstimmungsbotschaft Traktandum 13. -

Eingänge

Es werden folgende **parlamentarische Vorstösse** eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Dringliche interfraktionelle Motion GLP, SP/JUSO, GFL/EVP (Claude Grosjean, GLP/Gisela Vollmer, SP/Manuel C. Widmer, GFL/Martin Trachsel, EVP): Planung Gaswerkareal ausweiten – Wiederherstellung Aare-Seitenarm durch das Marzilibad
2. Motion Fraktion GFL/EVP (Tanja Espinoza/Lukas Gutzwiller, GFL): Energiewende konkret – Photovoltaikanteil in das Standardangebot von ewb aufnehmen
3. Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, GFL/EVP, BDP/CVP, SVPplus (Stéphanie Penher, GB/David Stampfli, SP/Daniela Lutz, GFL/Kurt Hirsbrunner, BDP/Roland Jakob, SVPplus): Eine Liftlösung für den Bärenpark
4. Postulat Fraktion FDP (Bernhard Eicher, JF): Public Viewing beim Konzert Theater Bern KTB
5. Postulat Fraktion FDP (Mario Imhof/Alexander Feuz, FDP): Untertunnelung Thunstrasse
6. Postulat Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher, GB): Einführung eines Libero-Abo-Light
7. Kleine Anfrage Fraktion FDP (Alexander Feuz, FDP): Sicheres Schwimmen in der Aare – Gilt das allgemeine Fahrverbot auf dem Gemeindegebiet im Bereich Schönausteg auch für Velofahrer?
8. Kleine Anfrage Mario Imhof (FDP): Die Stadt Bern als Gastregion an der BEA 2013

andere Eingänge

-

Schluss der Sitzung: 23.10 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin: *Ursula Marti*

Die Protokollführerin: *Barbara Waelti*